Abschrift

Rechtsanwälte **Dirk Büge**
Dr. Christian Tünnesen-Harmes
Fachanwälte für Verwaltungsrecht
Schwerpunkt Umweltrecht & Technische Sicherheit

RAe Büge & Dr. Tünnesen-Harmes, Königstr. 8, 47051 Duisburg

Verwaltungsgericht Düsseldorf
Bastionstr. 39

40213 Düsseldorf

Königstr. 8, 47051 Duisburg
Telefon: 02 03 / 28 11 511
Telefax: 02 03 / 28 11 515
E-Mail: kanzlei@rae-bth.de
Internet: www.rae-bth.de

Duisburg, den 04.06.2004
T-H/Pe

Im der Verwaltungsstreitsache

des Naturschutzbundes Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. (NABU NRW), vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch Herrn Prof. Dr. Wolfgang Gerß, Eifelstr. 14, 42579 Heiligenhaus,

- Kläger -

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Büge & Dr. Tünnesen-Harmes, Duisburg

gegen

die Bezirksregierung Arnsberg, Goebenstr. 25, 44135 Dortmund

- Beklagte -

wegen naturschutzrechtlicher Verbandsklage gegen den Planfeststellungsbeschluß für den Rahmenbetriebsplan mit Umweltverträglichkeitsprüfung zur Gewinnung von Steinkohle im Bergwerk Walsum für den Zeitraum 2002 - 2019 der Firma Deutsche Steinkohle AG (DSK AG) vom 07.06.2002 (zugestellt am 24.06.2002)

begründen wir die Klage nunmehr wie folgt:

I. Sachverhalt

Der Kläger ist ein durch den als

Anlage K 1

beigefügten Runderlaß des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 31.10.1980 (I A 1 – 1.17.00 – 93/77) mit Wirkung vom 09.12.1980 nach § 29 Abs. 2 BNatSchG (a.F.) anerkannter Naturschutzverband.

Der Kläger wird durch den Planfeststellungsbeschluß für den Rahmenbetriebsplan mit Umweltverträglichkeitsprüfung zur Gewinnung von Steinkohle im Bergwerk Walsum der Beklagten vom 07.06.2002 auch in seinen satzungsmäßigen Aufgaben im Sinne des § 12 b Abs. 2 LG berührt. Die als

Anlage K 2

beigefügte Satzung des Klägers sieht unter § 2 als Zweck des NABU NRW die Förderung des Naturschutzes, des Tierschutzes unter besonderer Berücksichtigung der freilebenden Vogelwelt und das Eintreten für die Belange des Umweltschutzes einschl. der Bildungs- und Forschungsarbeit in den genannten Bereichen vor.

Mit seiner Klage wendet sich der Kläger gegen den mit Planfeststellungsbeschluß vom 7. Juni 2002 zugelassenen Rahmenbetriebsplan für die untertägige Gewinnung von Steinkohle durch das Bergwerk Walsum in Duisburg für den Zeitraum vom 01.01.2002 bis 31.12.2019. Der ab dem Jahr 2002 zugelassene Abbau erstreckt sich auf die Grubenfeldteile Rheinberger Staffel, Walsumer Horst (Altfeld u. Nordfeld) und Dinslakener Graben. Betroffen sind die Gebiete der kreisfreien Stadt Duisburg und des Kreises Wesel mit den Städten Voerde, Moers, Dinslaken, Rheinberg und der Gemeinde Hünxe. Durch den angegriffenen Rahmenbetriebsplan wird die Zulässigkeit der durch den Abbaubetrieb des Bergwerkes Walsum verursachten Senkungen festgestellt. Die Feststellungswirkung bezieht sich auf alle durch das Vorhaben berührten öffentlichen Belange.

Der technisch gewinnbare Kohlevorrat des Bergwerkes Walsum beträgt 381 Mio. Tonnen Steinkohle bis in eine Teufe von 1.500 m. Hiervon sollen bis 2019 ca. 50 Mio. Tonnen in einer Teufe zwischen 370 und 1.500 m (Stand 01.01.2000) gefördert werden (täglich ca. 10.500 t). Der Abbau soll in folgenden Zeitabschnitten erfolgen:

- Bereich Rheinberger Staffel (nördl. Binsheimer Feld) 2002 bis 2003 (Abbau ist beendet – Stand Mai 2004)
- Bereich Walsumer Horst Altfeld 2002 bis ca. 2012 und wieder ab 2016 bis 2019 (Fettkohle der tieferen Schichten)
- Bereich Walsumer Horst Nordfeld Abbau 2002 bis 2016
- Bereich Dinslakener Graben ab 2012 bis 2019.

Laut Rahmenbetriebsplan werden durch den untertägigen Abbau Senkungen an der Oberfläche mit einem prognostizierten Senkungsmaxima von bis zu 5,5 m hervorgerufen. Prognostiziert sind folgende Senkungsschwerpunkte:

- Ca. 1,50 m im Bereich Vierbaum (Moers)
- Ca. 5,00 m im Bereich nördlich Mehrum (Voerde)
- Ca. 4,00 m im Bereich Wurm-Götterswick (Voerde)

- Ca. 2,50 m im Bereich östlich Schanzenberg (Voerde)
- Ca. 3,00 m im Bereich Voerde (Voerde)
- Ca. 5,50 m im Bereich Orsoyer Rheinbogen südlich Mehrum (Rheinberg, Voerde)
- Ca. 3,50 m im Bereich Wohnungswald (Dinslaken, Voerde)
- Ca. 2,50 m im Bereich Dinslakener Bruch (Dinslaken)
- Ca. 4,50 m im Bereich Milchplatz/ Walsumer Rheinaue (Rheinberg, Duisburg)
- Ca. 3,00 m im Bereich Walsum Overbruch/ Vierlinden (Duisburg, Dinslaken)
- Ca. 3,00 m im Bereich Walsum Aldenrade (Duisburg)

Der untersuchte Planungsraum für die gem. § 52 Abs. 2 a BBergG durchzuführende Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) wurde im wesentlichen anhand der prognostizierten Senkungsnulllinie abgegrenzt. Die Senkungsnulllinie beschreibt die Grenze der Einwirkungen außerhalb derer keine relevanten Senkungen erwartet werden. Da die ökologischen Folgewirkungen aufgrund der weitreichenden Grundwasserstandsänderungen räumlich über den durch die Senkungen betroffenen Raum hinausreichen können, wurde die Untersuchungsraumgrenze der Umweltverträglichkeitsstudie von bis zu 3 km Abstand zum Senkungsnullrand abgegrenzt:

Der Untersuchungsraum der Umweltverträglichkeitsstudie wird im Westen durch den Verlauf der Bundesstraße B 57 begrenzt; im Nordwesten verläuft die Abgrenzung über die Ortslagen Ossenberg und Wallach bis nach Büderich. Im Norden und Nordosten wird der Untersuchungsraum vom Wesel-Datteln-Kanal und der Bundesstraße B 8 begrenzt. Im Osten quert die Begrenzung das Stadtgebiet von Dinslaken und trifft im Duisburger Stadtteil Fahrn auf die Bundesautobahn A 59. Die Südostgrenze verläuft von Fahrn über Baerl bis zur Bundesautobahn A 42, die im weiteren die südwestliche Grenze des Untersuchungsraumes bildet. Der so definierte Untersuchungsraum umfaßt ca. 142 km² und erstreckt sich auf Teile des Kreises Wesel mit Teilen der Städte Rheinberg, Voerde, Dinslaken, Moers und der Gemeinde Hünxe sowie auf Teile der kreisfreien Stadt Duisburg.

Der betroffene Raum wird geprägt durch den Rheinstrom und die durch deutlich sichtbare Geländekanten gegliederte Stromterrassenlandschaft beiderseits des Rheins. Landschaftsbildprägend ist als größter Landnutzer die Landwirtschaft. Die Talauen des Rheins werden schwerpunktmäßig als Grünland bewirtschaftet. Die Auenbereiche sind reich strukturiert mit wertvollen Biotopstrukturen. Hervorzuheben sind insbesondere die häufig durch Gehölze strukturierten (Feucht-) Grünlandbereiche. Zu den typischen landschaftsprägenden Gehölzstrukturen zählen insbesondere die Kopfbaumbestände z.B. im Naturschutzgebiet Mommniederung mit ihrer besonderen Bedeutung für Höhlenbrüter und die ausgedehnten (Weißdorn-) Hecken.

Im Ostteil des vom Abbau betroffenen Raumes liegen die zusammenhängenden Stadtgebiete von Duisburg und Dinslaken sowie Voerde und Friedrichsfeld als weitere größere Siedlungsgebiete auf der rechtsrheinischen Seite. Im übrigen ist der Ostteil auch durch großteils zusammenhängende landwirtschaftliche Nutzflächen gekennzeichnet. Im gesamten linksrheinischen sowie dem rechtsrheinischen Teil westlich Voerde-Kernstadt sind nur kleinere und mittlere Siedlungsbereiche und Streusiedlungen vorhanden. Im übrigen finden sich hier auf den Niederterrassenbereichen bei Vierbaum sowie zwischen Spellen und Voerde Einzelhöfe.

Industrie- und Gewerbegebiete sind im linksrheinischen sowie im nördlichen Teil des rechtsrheinischen Teil des betroffenen Raumes nur untergeordnet vertreten. Hervorzuheben ist das Kraftwerk Voerde der STEAG. Im übrigen ist in diesen Bereichen ackerbauliche Nutzung vorrangig. Landwirtschaftlich genutzt werden das Binsheimer Feld, die Rheinaue Binsheim, die Budberger Niederterrasse, der Orsoyer Rheinbogen, die Rheinauen bei Spellen und Mehrum, die Mommniederung und die Voerder-Spellener Niederterrasse.

Beiderseits des Rheins werden außendeichs gelegene Flächen intensiv und großflächig zur Sand- und Kiesgewinnung genutzt. Dieses betrifft insbesondere Bereiche im Nordwesten des Raumes bei Niederwallach, die Rheinaue bei Spellen, den Bruckhauser Bruch nördlich von Dinslaken, den Orsoyer Rheinbogen und den Bereich Mehrum. Im übrigen Niederterrassenbereich findet sich überwiegend Grünlandnutzung.

Die Forstwirtschaft spielt im Raum nur eine untergeordnete Rolle. Wie der gesamte niederrheinische Naturraum ist auch der vom Rahmenbetriebsplan betroffene Raum walddarm. Größere Waldbereiche existieren nur zwischen Dinslaken und Voerde (Wohnungswald), Bei Baerl (Baerler Busch) und in Walsum (Driesenbusch).

Im Landesentwicklungsplan ist ein Großteil des Raumes als Bereich für den Schutz der Natur sowie als Bereich mit Grundwasservorkommen dargestellt (Mommniederung). Im Gebietsentwicklungsplan ist die Mommniederung daher auch als Bereich für den Schutz der Natur und im Landschaftsplan Raum Dinslaken/Voerde als Naturschutzgebiet dargestellt. Darüber hinaus finden sich weitere zahlreiche kleinere und größere Naturschutzgebietsausweisungen, wie z.B. die Naturschutzgebiete Rheinaue Walsum, Rheinaue Binsheim und Rheinvorland im Orsoyer Rheinbogen.

Aufgrund der im Untersuchungsraum vorhandenen besonderen Grundwasservorkommen sind zwei Wasserschutzgebiete ausgewiesen. Dabei handelt es sich um die Schutzgebiete für die Trinkwassergewinnung durch das rechtsrheinische Wasserwerk Löhnen (Dinslaken) und die linksrheinische Wassergewinnungsanlage Binsheimer Feld (Duisburg). Ein großer Flächenanteil des Raumes ist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen, schwerpunktmäßig die Rheinaue und die nur eine geringe Siedlungsdichte aufweisenden Niederterrassenbereiche der Städte Voerde, Hünxe und Rheinberg.

Aufgrund der hervorgehobenen Bedeutung großer Teile des Raumes für Flora und Fauna wurden von der Landesregierung folgende FFH-Gebiete an die EU-Kommission gemeldet:

- NSG Rheinaue Walsum (DE-4406-301)
- NSG Rheinvorland im Orsoyer Rheinbogen mit Erweiterung (DE-4405-303)
- NSG Rheinvorland nördlich der Ossenberger Schleuse, nur Teilfläche (DE-4405-302)
- Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef (DE-4405-301)

Zudem ist das Vogelschutzgebiet im Sinne von Artikel 4 Vogelschutz-Richtlinie (VSRl.) der EU „Unterer Niederrhein“ (DE-4203401) betroffen.

Durch die Planfeststellung des Rahmenbetriebsplanes 2002 bis 2019 für den untertägigen Abbau von Steinkohle durch das Bergwerk Walsum wird die Zulässigkeit des Vorhabens im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt. Dieses betrifft insbesondere die Zulässigkeit der durch den untertägigen Abbau hervorgerufenen Senkungen bzw. deren Auswirkungen auf Natur und Landschaft sowie die Menschen.

Die hervorgerufenen Senkungen dürfen gem. Punkt 1.1.1 des Beschlusses den im Rahmenbetriebsplan angegebenen Einwirkungsbereich und die in den Antragsunterlagen angegebenen Senkungsmaxima von bis zu 5,5 m nicht überschreiten.

Außerdem steht die Zulassung des Rahmenbetriebsplans unter dem Vorbehalt, daß anderweitige, insbesondere wasserrechtliche Zulassungen für die erforderlichen gegensteuernde Maßnahmen oder Folgemaßnahmen in den Bereichen Dinslakener Graben und Walsumer Horst/Altfeld rechtzeitig vor dem Abbau in diesen Bereichen erteilt werden. Der Abbau soll nicht zulässig sein, wenn die Zulassungen nicht fristgerecht erteilt worden sind (siehe Punkt 1.1.1 des Planfeststellungsbeschlusses).

Andere für dieses Vorhaben gesonderte behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich - rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen sind nicht erforderlich (siehe Punkt 1.1.2 des Planfeststellungsbeschlusses). Insbesondere gilt dies laut Planfeststellungsbeschuß für:

- Die Befreiung nach § 69 Abs. 1 LG hinsichtlich der Regelung in § 62 LG NW, der Bestimmungen in Landschaftsplänen des Kreis Wesel und der kreisfreien Stadt Duisburg, sowie der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Bereich des Kreises Dinslaken (1974),
- die Waldumwandlungsgenehmigung nach § 39 i.V.m. § 43 Landesforstgesetz für die vom Gewinnungsvorhaben betroffenen Waldflächen, die aufgrund von Abbaueinwirkungen dauerhaft nicht mehr waldfähig sind und
- Planfeststellungen gem. § 31 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) für die Entstehung von Senkungsseen (z.B. in de Rheinaue Walsum und im Bereich Hopmannshof).

Der Rahmenbetriebsplan beinhaltet ferner Aussagen zur Vereinbarkeit der Planung mit europarechtlichen Vorgaben der Vogelschutz- und der Fauna-Flora-Habitat – Richtlinie (VS- und FFH- RI. der EU) und nationalem Umweltrecht sowie zum Trinkwasser- und Hochwasserschutz. Teile von erläuternden Unterlagen sowie eine Überarbeitung der FFH-Studie (FFH-Revision 01) wurden während des laufenden Anhörungsverfahrens nachträglich in das Verfahren eingebracht.

1. **Regelungen des Rahmenbetriebsplans bezüglich der Umweltauswirkungen des Vorhabens**

Die Planfeststellung umfaßt gem. Punkt 1.1.2 nicht

- die Zulassung von Haupt-, Sonder- und Abschlußbetriebsplänen sowie
- Art und Umfang der erforderlichen Kompensationsmaßnahmen nach § 4 bis 6 LG NW für Eingriffe in Natur und Landschaft. Hierzu gibt es Vorbehaltsregelungen in den entsprechenden Nebenbestimmungen des Planfeststellungsbeschlusses (siehe auch Nebenbestimmung Nr. 1.3.6 Natur und Landschaft).

Es wird gleichzeitig eine Befreiung von sämtlichen dem Vorhaben entgegenstehenden Schutzbestimmungen der Landschaftspläne, insbesondere des Kreises Wesel und der Stadt Duisburg, erteilt. Ebenso wird ohne jegliche Einschränkung von den gesetzlichen Schutzbestimmungen für die unter Ziffer 1.1.2 des Planfeststellungsbeschlusses aufgezählten geschützten Biotopie eine Befreiung erteilt.

Die maßgeblichen Nebenbestimmungen lauten wie folgt:

Nebenbestimmung 1.3.2 Dinslakener Graben/Walsumer Horst:

„Die Zulassung des Rahmenbetriebsplans steht u.a. unter dem Vorbehalt, daß anderweitige, insbesondere wasserrechtliche Zulassungen für die erforderlichen gegensteuernde Maßnahmen oder Folgemaßnahmen in den Bereichen Dinslakener Graben Nord, Mitte und Süd sowie im Walsumer Horst/Altfeld rechtzeitig vor dem Abbau in diesen Bereichen erteilt werden. Der Abbau soll nicht zulässig sein, wenn die Zulassungen nicht fristgerecht erteilt worden sind.“

"1.3.6.4 Eingriffsregelung

Die Eingriffe in Natur und Landschaft, die nach Durchführung der der Planfeststellung zugrunde liegenden gegensteuernden Maßnahmen verbleiben, sind möglichst auszugleichen, ansonsten zu ersetzen.

Entscheidungen über Art und Umfang erforderlicher Kompensationsmaßnahmen bleiben gem. § 74. Abs. 3 VwVfG NRW Nachtragsbeschlüssen vorbehalten ..."

"1.3.6.5 Biotopie nach § 62 LG NW

Beeinträchtigungen von Biotopie nach § 62 LG NW, für die unter Nr. 1.1.2 Befreiungen erteilt worden sind, sind möglichst auszugleichen, ansonsten zu ersetzen.

Entscheidungen über Art und Umfang erforderlicher Kompensationsmaßnahmen bleiben gem. § 74 Abs. 3 VwVfG NRW Nachtragsbeschlüssen vorbehalten ..."

Bezüglich der durchzuführenden gegensteuernden Maßnahmen sowie der durchzuführenden naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen beinhaltet der angegriffene Planfeststellungsbeschuß folgende Regelungen:

"1.3.4 Monitoring

Die Auswirkungen des planfestgestellten Vorhabens auf die Umwelt, insbesondere auf das Grundwasser, die Altlasten bzw. Altlastenverdachtsflächen, die Oberflächengewässer, die Trinkwassergewinnung, den Naturhaushalt und das Landschaftsbild inklusive FFH-

Aspekte werden durch ein systematisches Programm der räumlichen Beobachtung, Kontrolle und Steuerung (Monitoring) unter Federführung der Planfeststellungsbehörde begleitet.

Das Monitoring hat sich an dem Ziel der Bestandserhaltung für den überwiegenden Teil der senkungsbedingt betroffenen Teilräume zu orientieren.

Dabei sind

- die Ziele, die im Zielkonzept der erläuternden Unterlagen zur UVS Abbau Walsum (Dezember 2001) zusammengestellt sind, ggf. zu quantifizieren und zu konkretisieren,
- Erfordernis, Eignung und Wirksamkeit von gegensteuernden Ausgleichsmaßnahmen zu prüfen,
- Grundlagen für die frühzeitige Erkennung bzw. kurzfristige Prognose ggf. auftretender bergbaubedingter Zielabweichungen zu erarbeiten und
- nachvollziehbare Informationen über die wasserwirtschaftliche und naturräumliche Entwicklung des Einflußgebietes zu erarbeiten und den mit der Entwicklung der Landschaft befaßten Stellen zur Verfügung zu stellen ..."

Nebenbestimmung 1.3.4.2 Vorbehalt

„Ergänzende Regelung zum Monitoring bzw. den entsprechenden Maßnahmen bleiben vorbehalten.“

Bezüglich des Schutzes insbesondere von Gebäuden sowie von Natur und Landschaft durch eintretende Grundwasserflurabstandsveränderungen beinhaltet der Rahmenbetriebsplan die folgende Regelung:

"1.3.5.2 Grundwasser

Zum Schutz der Bebauung, zur Beibehaltung der Landwirtschaftsbetriebe, zum Erhalt wertvoller Biotope und Landschaftsbestandteile, zur Nutzung von Wald- und Grünflächen sowie zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Friedhofsbetriebes sind die erforderlichen Maßnahmen zur Regelung des Grundwasserflurabstandes zu treffen. Für die zu treffenden Maßnahmen zur Regelung des Grundwasserflurabstandes sind gebietsbezogene Maßnahmekonzepte basierend auf dem wasserwirtschaftlich-ökologischen Modell der Lippe Gesellschaft für Wassertechnik mbH (LW, Anlage 12 des Rahmenbetriebsplans) und dem wasserwirtschaftlichen Gutachten der Linksnieder-

rheinischen Entwässerungsgenossenschaft (LINEG, Anlage 11 des Rahmenbetriebsplans) zu entwickeln.

Maßgebend sind die Vorgaben aus dem das Vorhaben begleitenden Monitoring und deren Umsetzung in nachfolgenden Betriebsplanzulassungsverfahren oder sonstigen Bescheidverfahren (Nebenbestimmung 1.3.4.1) ..."

Nebenbestimmung 1.3.5.2.1 Grundwasser

„Durchführung erforderlicher Maßnahmen zur Regelung des Grundwasserflurabstandes zum Schutz der Bebauung, zur Beibehaltung der Landwirtschaftsbetriebe, zum Erhalt wertvoller Biotope und Landschaftsbestandteile, zur Nutzung von Wald- und Grünflächen sowie zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Friedhofsbetriebes.“

Einzuhaltende Richtwerte gem. Nebenbestimmung 1.3.5.2.2

„Zur Regelung des Grundwasserstandes sind bestimmte Richtwerte zu beachten (Gebäude, Wald, Grünland, Acker, Friedhöfe). Die Richtwerte werden in der Nebenbestimmung 1.3.5.2.2 genannt.“

Nebenbestimmung 1.3.5.4.3 Oberflächenwasser

„Anwendung der Blauen Richtlinie sowie des Merkblattes Nr. 34 des Landesumweltamtes NRW „Leitbilder für kleine bis mittelgroße Fließgewässer in Nordrhein-Westfalen – Flußtypen – ..“

Nebenbestimmung 1.3.5.5 Trinkwasser

„Sicherstellung des derzeitigen und auch zukünftigen Umfangs der Trinkwasserversorgung für Dinslaken durch das Wasserwerk Löhnen. Die wasserrechtlichen Zulassungen für die Polderanlagen Mehrum Nord, Mehrum Ost, Voerde- Kernstadt, Möllen und Wurm-Götterswick sowie für die Obere und Untere Grundwasserkontaktstrecke Mommbach und für die Versickerung nördlich des Langenhorster Leitgraben sind der Zulassungsbehörde vorzulegen.“

Bezüglich der sich aus der FFH- und Vogelschutzrichtlinie ergebenden Anforderungen trifft der angegriffene Planfeststellungsbeschluß folgende Regelung:

"1.3.7 FFH- und Vogelschutzrichtlinie

1.3.7.1 Gegensteuernde Maßnahmen

Die in dem Gutachten vorgeschlagenen Maßnahmen, in der jeweils vorgeschlagenen Vorzugsvariante, die zur Vermeidung und Verminderung von erheblichen Beeinträchtigungen von Lebensräumen oder Arten, die in Anhang I bzw. II der FFH-Richtlinie aufgeführt werden oder von Vogelarten gemäß Anhang I oder Art. 4 Abs. 2 der Vogelschutzrichtlinie notwendig sind, sind durchzuführen.

Eine Abstimmung der erforderlichen Maßnahmen erfolgt im Monitoring gemäß Nebenbestimmung 1.3.4.1.

1.3.7.2 Ausgleichsmaßnahmen

Die in dem Gutachten vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherung des Zusammenhangs des Europäischen Ökologischen Netzes „Natura 2000“ gemäß § 48 d Abs. 7 LG erforderlichen Maßnahmen sind durchzuführen.

Entscheidungen über die näheren Details der Durchführung bleiben gemäß § 74 Abs. 3 VwVfG NW Nachtragsbeschlüssen vorbehalten. Der Planfeststellungsbehörde ist spätestens bis zum 1. Oktober 2002 eine entsprechende Planung vorzulegen.

Eine Abstimmung der erforderlichen Maßnahmen erfolgt im Monitoring zur Nebenbestimmung 1.3.4.1."

Nebenbestimmung 1.3.6.5 Biotop nach § 62 LG:

„Beeinträchtigungen von § 62 Biotopen sind möglichst auszugleichen, ansonsten zu ersetzen. Entscheidungen über Art und Umfang erforderlicher Kompensationsmaßnahmen bleiben Nachtragsbeschlüssen vorbehalten.“

Nebenbestimmung 1.3.6.6 Driesenbusch und Kurfürstenstraße:

„In diesen Feuchtgebieten sind die grundwasserabhängigen Lebensräume zu erhalten. Sollte dieses nicht möglich sein, sind entsprechende Kompensationsmaßnahmen vorzusehen.“

Nebenbestimmung 1.3.6.7 Ersatzaufforstung im Wohnungswald:

„Die senkungsbedingten Waldverluste im Bereich Wohnungswald sind mit Ersatzaufforstungen auszugleichen.“

Es werden damit durch den Rahmenbetriebsplan sämtliche Auswirkungen des Vorhabens mit Bezug auf Natur und Landschaft zugelassen, ohne daß die eintretenden Folgen für geschützte Gebiete bzw. Biotope ermittelt, geschweige denn die Wirksamkeit von gegensteuernden Maßnahmen geprüft wurden. Nachtragsbeschlüsse zum Rahmenbetriebsplan existieren bisher nicht, obwohl bereits in einer Vielzahl von Bereichen auf der Grundlage des Rahmenbetriebsplans Abbau getätigt wurde und gravierende Folgen für geschützte Landschaftsbestandteile und Biotope verursacht wurden. Die auf Rahmenbetriebsplanebene bezüglich der Naturschutzbelange getroffenen Regelungen dienen damit im Ergebnis lediglich dazu, die gesetzlichen Voraussetzungen des Natur- und Landschaftsschutzes zu umgehen.

2. Bewertung der Folgen des Abbauvorhabens auf die Landschaftsschutzgebiete durch den Rahmenbetriebsplan

In der Begründung des Planfeststellungsbeschlusses wird auf den S. 57 ff. ausgeführt, daß weite Gebiete des Einwirkungsbereichs des Bergwerks Walsum zwar landschaftsrechtlich aufgrund ihrer hohen Schutzwürdigkeit unter Schutz gestellt worden seien und ohne gegensteuernde Maßnahmen großflächige Vernässungen mit der Konsequenz des Absterbens insbesondere des vorhandenen Baumbestandes eintreten würden. Auf S. 104 wird dann jedoch bezüglich der Bewertung der Folgen lapidar ausgeführt, daß für das Schutzgut Landschaft unter Berücksichtigung der vorhandenen Entwicklungspotentiale und Kompensationsmöglichkeiten keine relevanten Beeinträchtigungen verblieben.

Auch die Bedeutung der Kulturlandschaft, insbesondere der Mommniederung, wird auf S. 61 der genannten Begründung herausgestellt und als Konsequenz der bergbaulichen Einwirkungen ohne gegensteuernde Maßnahmen eine Vernässung mit der Folge der Beeinträchtigung wesentlicher Teile der Gründlandschaft genannt.

3. Bewertung der Folgen des Abbaus auf Kultur- und Sachgüter

Soweit es um den Waldbestand geht, wird unter dem Gliederungspunkt 2.2.1.4 (Kultur- und Sachgüter) zwar für die Bereiche Voerder-Bruch, Bruckhauser-Bruch und Wohnungswald Eppinghoven eine Beeinträchtigung des forstwirtschaftlichen Bestandes bejaht. Es wird dann jedoch die Behauptung aufgestellt, die Waldbestände würden in ihrer Gesamtheit nicht beeinträchtigt. Kompensationsmaßnahmen könnten auf den direkt betroffenen Flächen durch Ersatzpflanzungen durchgeführt werden (S. 105 der Begründung).

Bezüglich der Bewertung der Beeinträchtigung der Kulturlandschaft wird auf S. 105 des Planfeststellungsbeschlusses ausgeführt, daß die bäuerliche durch Kopfbäume geprägte Kulturlandschaft der Mommniederung nicht beeinträchtigt werde. Beeinträchtigungen, die sich an anderen Stellen (Hasselshof, Hopmannshof, Milchplatz Hasenfeld) ergäben, seien durch Ersatzpflanzungen ausgleichbar. Der Verlust gliedernder oder typischer Landschaftselemente in den Bereichen Bruckhauser Bruch, Hasselshof (temporär), Hopmannshof, Milchplatz-Hasenfeld, Nordwestteil der Rheinaue Walsum, Voerde-Kernstadt/Neuer Mommnbach, Voerder Bruch, Rheinvorland-Mehrum, Mommniederung (Westteil) und Wohnungswald/Eppinghoven wird auf S. 104 des Planfeststellungsbeschlusses zwar zutreffend angesprochen. Es wird dann aber die unzutreffende Behauptung aufgestellt, diese negativen Entwicklungen würden durch Vernässungen in anderen Bereichen kompensiert bzw. könnten ansonsten durch Ersatzpflanzungen kompensiert werden.

4. **Bewertung der Abbaueinwirkungen auf betroffene Biotopstrukturen**

Hinsichtlich der Bewertung der Abbaueinwirkungen auf betroffene Biotopstrukturen wird auf S. 111 der Begründung des Planfeststellungsbeschlusses zunächst zutreffend folgendes ausgeführt:

"Die Mommniederung ist eine kulturhistorisch bedeutende Landschaft mit Kopfbaumbestand und dient als Lebensraum einer überregional bedeutsamen Steinkauzpopulation sowie als Rasthabitat für arktische Wildgänse. Es kommt zu kleinflächigen Veränderungen – Abtrocknung und Vernässung – im unmittelbaren Mommbachverlauf. Senkungsbedingt treten Grünlandvernässungen und -abtrocknungen auf; maßnahmebedingt kommt es zu Gehölzverlusten."

Im unmittelbaren Anschluß wird dann die folgende unzutreffende Behauptung aufgestellt:

"Eine Veränderung des Gebietscharakters der Mommniederung ergibt sich hieraus nicht. Für die Steinkauzpopulation und die Nutzung des Lebensraums als Rasthabitat bleiben die Auswirkungen ohne Relevanz. Die kulturlandschaftlichen Bereiche in der Mommniederung bleiben unter Berücksichtigung gegensteuernder Maßnahmen erhalten."

Daran anschließend enthält die Begründung des Planfeststellungsbeschlusses sodann folgende Ausführungen:

"Insbesondere in den Bereichen der Rheinaue Walsum, Polder Hasenfeld, Hopmannshof und Rheinvorland Mehrum kann es durch Vernässungen bzw. Überstauungen zu teilweisen Gehölzverlusten kommen. Im übrigen sind durch Überstauung in den Bereichen – bis auf die Rheinaue Walsum – nur landwirtschaftlich genutzte Flächen betroffen; in der Rheinaue Walsum werden vorhandene Feuchtgebiete durch Abtrocknung betroffen."

Daran schließen sich wiederum unzutreffende Ausführungen an, wonach die eintretenden Folgen für die betroffenen Habitate nicht zu negativen Folgen führen werden.

Bezüglich des Rheinvorlandes in Voerde Mehrum wird auf S. 112 der Begründung folgendes ausgeführt:

"Das Rheinvorland Mehrum beherbergt rastende Zugvögel - arktische Wildgänse - und dient als Bruthabitat für Wiesenvögel. Hier kommt es zu kleinflächigen senkungsbedingten Feuchtigkeitsentwicklungen im Nordteil. An bedeutenden Stellen für die Vogelwelt treten keine nachteiligen Veränderungen auf."

Wie im weiteren noch darzulegen sein wird, sind auch diese Ausführungen vollständig unzutreffend, da es aufgrund der bergbaubedingten Absenkung des Rheinvorlandes zu

wesentlich häufigeren Überstauungen und damit zum Verlust des Brutreviers des Flußregenpfeifers, der auf Kiesufer als Bruthabitat angewiesen ist, kommen wird.

5. **Begründung der Befreiung von den Festsetzungen für die Landschaftsschutzgebiete**

Die pauschale Erteilung einer Befreiung von den Schutzfestsetzungen für Landschaftsschutzgebiete und gesetzlich geschützten Biotopen wird auf S. 113 des Planfeststellungsbeschlusses wie folgt begründet:

"Die Liste der betroffenen Biotope, die nach § 62 LG-NW geschützt sind, enthält ausschließlich feuchtgeprägte Biotope, die senkungsbedingt sowohl durch Abtrocknungseffekte (Voerder Bruch) als auch Ver-nässungseffekte (Milchplatz-Hasenfeld, Rheinaue-Walsum, Mommniederung) in ihrer aktuellen Ausprägung verändert werden.

Mit Ausnahme des Gebüschbestandes im Bereich Voerder Bruch sind alle übrigen Biotope durch frühere Bergsenkungen entstanden. Sie weisen aufgrund dessen eine geringe Altersentwicklung auf. Durch die zu erwartende senkungsbedingte Ausdehnung der Feuchtgebiete ist ein zeitliches und räumliches Nebeneinander von Verlust und von Neuentstehung (durch Eigenentwicklung, Sukzession) entsprechender Biotope zu erwarten."

Es wird bezüglich der Beeinträchtigung geschützter Landschaftsbestandteile sowie gesetzlich geschützter Biotope eine relativ einfache Ausweichstrategie zur Umgehung der gesetzlichen Vorgaben des Naturschutzrechts gewählt, indem behauptet wird, daß eintretende Verschlechterungen an anderer Stelle durch Neuentstehung entsprechender Biotope oder schützenswerter Landschaftsbestandteile kompensiert würden. Ein fachlich nachvollziehbarer Beleg für diese Behauptung läßt sich den Ausführungen des Planfeststellungsbeschlusses zugrunde liegenden Gutachten des Büros Drecker, das von der Beigeladenen beauftragt wurde, allerdings nicht entnehmen. Auch soweit die Ausgleichbarkeit sonstiger Beeinträchtigungen behauptet wird, fehlt hierfür wiederum jeglicher fachlich nachvollziehbarer Beleg.

Auf S. 159 der Begründung des Planfeststellungsbeschlusses wird weiterhin die Behauptung aufgestellt, daß die Sicherung von 3.400 Arbeitsplätzen jedenfalls ein überwiegendes öffentliches Interesse im Sinne des § 69 Abs. 1 S. 1 b) LG NW darstelle, das eine Befreiung erforderlich machen würde. Hinter der großen wirtschaftspolitischen Bedeutung des Vorhabens träten die Schutzziele der einzelnen Schutzgebietsfestsetzungen zurück. Insofern ist bereits jetzt anzumerken, daß eine Befreiung von sämtlichen Schutzziele festgesetzter Landschaftsschutzgebiete - entgegen diesen Darlegungen, wie noch näher auszuführen sein wird - rechtlich nicht möglich ist.

6. **FFH-Verträglichkeitsprüfung**

Unter Ziffer 2.2.5 (S. 161 f.) des Planfeststellungsbeschlusses wird bezüglich der Einhaltung der Vorschriften zur Umsetzung der FFH-Richtlinie zunächst ausgeführt, daß die insoweit erforderliche Prüfung eine Anlage zu dem angegriffenen Planfeststellungsbeschluß bildet. Diese Verträglichkeitsprüfung habe zur Überzeugung

beschluß bildet. Diese Verträglichkeitsprüfung habe zur Überzeugung der Planfeststellungsbehörde ergeben, daß das Vorhaben auch unter diesen Aspekten zu genehmigen sei. Aufgrund zwingender Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses sowie des Nichtvorhandenseins zumutbarer Alternativen des Vorhabens werde eine Ausnahme im Sinne des § 48d Abs. 5 LG NW zugelassen.

Die Verträglichkeitsprüfung selbst besteht aus einer Übernahme der Aussagen der Verträglichkeitsstudie des Planungsbüros Drecker, das von der Beigeladenen insoweit beauftragt wurde. Sowohl die Bestandsaufnahmen als auch die Auswirkungsprognosen der Untersuchungen des Planungsbüros Drecker genügen nicht den fachlichen Standards für die Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung und sind einseitig daran orientiert, ein für die Beigeladene positives Ergebnis zu erzielen. Es wird praktisch durchweg behauptet, daß die ohne gegensteuernde Maßnahmen dargestellten Auswirkungen durch gegensteuernde Maßnahmen verhindert oder durch positive Entwicklungen an anderer Stelle kompensiert werden könnten. Ein Nachweis für die Durchführbarkeit und Wirksamkeit solcher Maßnahmen fehlt praktisch durchgängig. Zum Teil wird auch die Schutzwürdigkeit bestimmter Biotope und geschützter Landschaftsbestandteile – entgegen den insoweit geltenden rechtlich maßgeblichen Schutzbestimmungen – unter Heranziehung eigener Einschätzungen unzulässig relativiert.

7. Schutzstatus der betroffenen FFH- und Vogelschutzgebiete

7.1 FFH-Gebiete

Im Einwirkungsbereich des beklagten Rahmenbetriebsplans des Bergwerkes Walsum wurden nach Kabinettsbeschluß vom 13.01.2000 im Rahmen der Tranche 1b drei FFH-Gebiete von der Landesregierung an die EU-Kommission gemeldet. Es handelt sich dabei um die Flächen

- NSG Rheinaue Walsum (DE-4406-301)
- NSG Rheinvorland im Orsoyer Rheinbogen mit Erweiterung (DE-4405-303)
- NSG Rheinvorland nördlich der Ossenberger Schleuse, nur Teilfläche (DE-4405-302).

Aufgrund von Nachforderungen der EU-Kommission im Rahmen des Bewertungseminars für die atlantische biogeographische Region am 5. bis 7. Juni 2002 in Den Haag erfolgte zudem mit Kabinettsbeschluß vom 18.11.2003 die Meldung einer weiteren Fläche, die der Sicherung der Wanderstrecken und Ruheräume für Langdistanz-Wanderfische des Anhang II der FFH-RL dienen soll (Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef DE-4405-301). Nach dem als

Anlage K 3

beigefügten Schreiben des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft u. Verbraucherschutz NRW vom 26.11.2003 ist davon auszugehen, daß die Meldung des FFH-Gebietes „Rhein-Fischschutzzonen“ inzwischen erfolgt ist. Diese FFH-Fläche teilt sich in mehrere Teilflächen am Rheinufer von Bad Honnef bis Emmerich auf. Im Bereich des Bergwerkes Walsum wurde von der nordrhein-westfälischen Landesregierung das rechte Rheinufer vom Nordhafen Walsum bei Rhein-Km 793 bis zur Em-schermündung bei Stapp bei Rhein-Km 798 gemeldet. Auf der linken Rheinseite wurde unter der gleichen Gebietsbezeichnung eine weitere Teilfläche von Rhein-Km 796 bei Hasenfeld bis zur Einmündung des Alten Rhein/Moersbach bei Ossenberg bei Rhein-km 806 gemeldet.

Die Lage der im Einwirkungsbereich des Bergwerkes Walsum gelegenen FFH-Gebiete ist auf der als

Anlage K 4

beigefügten Karte dargestellt. Besonders gravierend von den negativen Auswirkungen ist das FFH-Gebiet NSG Rheinaue Walsum (DE-4406-301) betroffen.

7.2 Vogelschutzgebiete

Die Landesregierung hat das Vogelschutzgebietes Unterer Niederrhein (DE-4203-401) gem. Art. 4 Abs. 3 VS-Rl. an die EU-Kommission gemeldet, dessen räumliche Abgrenzung im Bereich des Bergwerkes Walsum die

Anlage K 5

zeigt.

Nicht für alle betreffenden Flächen innerhalb dieses gemeldeten Gebietes liegen ausreichenden Unterschutzstellungen vor. So ist dies nicht der Fall für den Bereich des Rheinvorlandes Mehrum.

Das gesamte Rheinvorland westlich und südlich von Mehrum liegt innerhalb der von der Landesregierung an die EU-Kommission gemeldeten Vogelschutzgebietsfläche. Die Unterschutzstellung erfolgte bereits durch den am 8.11.1995 in Kraft getretenen Landschaftsplan „Raum Dinslaken/Voerde“ des Kreises Wesel. Der Landschaftsplan setzt für den Bereich des Rheinvorlandes Mehrum zwei Schutzgebiete fest, deren Abgrenzung der

Anlage K 6

zu entnehmen ist. In dieser Karte sind neben der Lage der Schutzgebiete ebenfalls die im Zuge der UVS Abbau BW Walsum (siehe hierzu Bd. 6 – Karte 2.02 a – Blatt 2) kartierten Brutplätze des Flußregenpfeifers (*Charadrius dubius*) sowie Feststellungen von Brutzeitgastvögeln dieser Art eingetragen. Der Flußregenpfeifer ist eine Zugvogelart, die im Gebiet auf natürlichen Uferabschnitten des Rheins, die als Kiesufer ausgeprägt sind, brütet. Sie unterfällt damit hinsichtlich der Verpflichtung zur Ausweisung von Vogelschutzgebieten Art. 4 Abs. 2 VS-Rl.

Die gemeldeten Vogelschutzgebiete stellen allerdings nicht alle Flächen dar, die nach der Vogelschutzrichtlinie hätten unter Schutz gestellt werden müssen. Die Region wurde nicht nur Ende der 90er Jahre von der nordrhein-westfälischen Landesregierung als Vogelschutzgebiet gem. Art. 4 Abs. 3 VS-Rl. an die EU-Kommission gemeldet (jedenfalls zum Teil), sondern auch bereits 1989 in das Verzeichnis ‚Important Bird Areas in Europe‘ (nachfolgend IBA 89) aufgenommen.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß das IBA 89 ein Verzeichnis der Gebiete, die für die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten in der Gemeinschaft von großer Bedeutung sind, enthält, das von der Europäischen Gruppe für die Erhaltung der Vögel und der Lebensräume gemeinsam mit dem Internationalen Rat für Vogelschutz in Zusammenarbeit mit Sachverständigen der Kommission für die zuständige Generaldi-

reaktion der Kommission erarbeitet wurde (EuGH, Urteil vom 19.05.1998, Rs. C-3/96, Randzahl 68).

Der EuGH hat in dem v.g. Urteil entschieden, daß das IBA 98-Verzeichnis angesichts dessen konsistenter Entstehung aufgrund europaweit einheitlich gehandhabter Auswahlkriterien die derzeit beste Beurteilungsgrundlage zur Identifikation von Vogelschutzgebieten bildet. In der Folge geht der EuGH in ständiger Rechtsprechung davon aus, daß das IBA 89-Verzeichnis ein schwergewichtiges Beweismittel für das Vorliegen eines faktischen Vogelschutzgebietes ist (siehe auch BVerwG, Urteil vom 21.11.2000, 4 VR 13.00; BVerwG, Urteil vom 26.03.2003, 4 VR 6.02). Inzwischen hat das IBA 89-Verzeichnis eine Revision erfahren, die als IBA 2000 veröffentlicht wurde. In beiden Verzeichnissen ist der Untere Niederrhein mit einer Flächengröße von ~ 50.000 ha verzeichnet.

Damit ist die in den IBA-Verzeichnissen eingetragene Fläche deutlich größer, als die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung an die EU-Kommission gemeldete Vogelschutzgebietsfläche DE-4203-401. Im Auswirkungsbereich des Bergwerkes Walsum erstreckt sich die IBA-Fläche im Süden und Westen von Eversael sowie im Binsheimer Feld und im Süden und Osten der Mommbachniederung sowie zwischen Ork und Spellen über die von der Landesregierung gemeldete Vogelschutzgebietsfläche hinaus wie die als

Anlage K 7

beigefügte Karte zeigt.

Der Kläger hat bereits 1998 in einem Gutachten untersuchen lassen, welche Bereiche des Unteren Niederrheins als Vogelschutzgebiet aufgrund der ornithologischen Datelage in Frage kommen (Sudmann, Fachliche Grundlagen für die Ausweisung des EU-Vogelschutzgebietes „Unterer Niederrhein“ 1983 und 1998). Nach diesem Gutachten weist der Bereich der Mommbachniederung hohe Bedeutung insbesondere als Äsungsfläche für Blässgänse auf. Der Kläger hat aufgrund dieser Datelage und gestützt auf das IBA 89-Verzeichnis die Landesregierung darum ersucht, die gesamte Fläche der Mommbachniederung als Vogelschutzgebiet an die EU-Kommission zu melden. Dem gegenüber wurde lediglich der westliche Teil der Niederung, nicht aber deren Ostteil sowie die zwischen Mommbach und Rhein liegenden Flächen nach Art. 4 Abs. 3 VS-Rl. der EU-Kommission gemeldet.

Der Kläger hat sodann bei der EU-Kommission eine diesbezügliche Beschwerde eingereicht, weil seiner Auffassung nach die Vogelschutzgebietsmeldung der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht alle Flächen umfaßt, die sich aufgrund ihrer ornithologischen Bedeutung hierfür aufdrängen und die zum Schutz der Vögel nötig sind. Die EU-Kommission hat inzwischen auf der Grundlage dieser Beschwerde die Landesregierung um Stellungnahme ersucht, die als

Anlage K 8

beigefügt wird. Die EU-Kommission gibt darin zu erkennen, daß sie von einer nicht rein vogelschutzfachlichen Abgrenzung des von der Landesregierung gemeldeten Vogelschutzgebietes ausgeht.

Die in Folge der Realisierung des Rahmenbetriebsplans Walsum zu befürchtenden Beeinträchtigungen betreffen auch ein Teilgebiet, das zu Unrecht nicht als Vogelschutzgebiet an die EU-Kommission gemeldet wurde. Dabei handelt es sich um die schon erwähnte östliche Mommniederung sowie die Flächen zwischen Mommbach und Rhein.

Dieser Bereich ist Bestandteil des in den IBA-Listen von 1989 und 2000 aufgeführten Gebietes „Unterer Niederrhein“. Ausweislich der Erhebungen der Biologischen Station im Kreis Wesel, die mit dem Monitoring der Gänse beauftragt ist, hat der Bereich auch nach wie vor eine hohe Bedeutung als Äsungsfläche für die Wildgänse. Dies zeigen auch aktuelle Bestandsdaten der Winterhalbjahre 2002/03 und 2003/04, die als Kartendarstellung mit der

Anlage K 9

beigefügt sind. Demnach kommen die für die Abgrenzung des Raumes als Vogelschutzgebiet bedeutsamen arktischen Wildgänse sowohl in der von der Landesregierung als Vogelschutzgebiet gemeldeten westlichen Hälfte der eigentlichen Mommbachniederung, als auch in der nicht gemeldeten östlichen Hälfte und den höher gelegenen Bereichen zwischen Mommbach und Rhein vor. Besondere Verbreitungsschwerpunkte, die eine Einengung der Vogelschutzgebietsfläche begründen könnten, sind hier nicht erkennbar.

Mithin ist festzuhalten, daß die nicht nach Art. 4 Abs. 3 VS-Rl. an die EU-Kommission gemeldeten Flächen des Mommbachbereiches als faktisches Vogelschutzgebiet anzusehen sind. Die Beklagte hat diesen Umstand nicht zur Kenntnis genommen. Sie ging zu Unrecht davon aus, daß die Vogelschutzgebietsmeldung der Landesregierung insoweit abschließend ist und daher mit „faktischen Vogelschutzgebieten“ nicht zu rechnen war.

8. Stellungnahmen des Klägers im Rahmen des Beteiligungsverfahrens

Der Kläger hat im Sinne des § 12 b Abs. 2 Nr. 1 LG von seinem Mitwirkungsrecht nach § 12 LG Gebrauch gemacht. In den bei den Verwaltungsvorgängen befindlichen gemeinsamen Stellungnahmen des Klägers mit den weiteren in Nordrhein-Westfalen anerkannten Naturschutzverbänden, Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) und Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) vom

- 24.01.2001 zu dem mit Schreiben vom 08.08.2001 von der Antragstellerin DSK AG beim Rechtsvorgänger der Beklagten – Landesoberbergamt - eingereichten Unterlagen für die Zulassung des Rahmenbetriebsplan, (1. Stellungnahme),
- 30.01.2002 zu den mit Schreiben der Beklagten vom 21.12.2001 an die anerkannten Naturschutzverbände überreichten ergänzenden Unterlagen, (2. Stellungnahme) und
- 21.05.2002 zu von der Beklagten an die Naturschutzverbände übersandten Revision 01 vom 24.04.2002 (überarbeitete FFH-Studie), (3. Stellungnahme)

hat der Kläger seine Bedenken gegen die Zulassung des Rahmenbetriebsplanes geltend gemacht. Darüber hinaus stellten die anerkannten Naturschutzverbände im Erörterungstermin zahlreiche Anträge, auf die Bezug genommen wird.

8.1 Verletzung des Gebots zu einer nachhaltigen Ressourcenschonung

Die erste Stellungnahme des Klägers datiert vom 24.01.2001. Eingangs dieser Stellungnahme hat der Kläger darauf hingewiesen, daß der Landesentwicklungsplan die Sicherung abbauwürdiger Bodenschätze zur langfristigen Versorgung mit heimischen Rohstoffen (LEP NRW, C IV, 2.1, GVBl. NRW 1995, S. 532) fordert und gleichzeitig herausgestellt, daß die im Landesentwicklungsplan genannten Ziele – entsprechend den

Vorgaben des Landesentwicklungsplans auf den nachfolgenden Planungsebenen zu konkretisieren sind.

Insbesondere legt der LEP den besonderen Schutz von Naturschutzgebieten sowie Feuchtgebieten von internationaler Bedeutung fest, die

„für Nutzungen, die diese Zielsetzung beeinträchtigen, nur in Anspruch genommen werden, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung der Gebiete dies zuläßt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird.“ (LEP NRW, a.a.O., B.III.2.22)

Bezüglich der Vorgaben des Landesentwicklungsplans hat der Kläger in seiner Stellungnahme vom 24.01.2001 folgendes ausgeführt:

"In diesem Zusammenhang ist es von besonderem Interesse, daß im Bereich des Bergwerkes Walsum insgesamt über 381 Mio. t technisch gewinnbarer Steinkohlevorräte anstehen. Davon sollen jedoch 'nur' ca. 113 Mio. t zukünftig abgebaut werden. Von diesen 113 Mio. t sind für den Planungszeitraum bis 2019 'nur' 50 Mio. t für den Abbau vorgesehen. ...

Es wird bezweifelt, daß ein allein unter kurzfristigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten betriebener Abbau, bei dem offensichtlich nur die von der DSK festgelegten günstigsten gewinnbaren Bauhöhen abgebaut werden und alle anderen unberührt bleiben, eine solchen, den Zielen des Landesentwicklungsplanes entsprechenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen darstellt. Diese gilt um so mehr, da es - wie die Erfahrungen zeigen - höchst unwahrscheinlich ist, daß in späteren Jahrzehnten erneut in einem solchen teilabgebauten Bergrevier - in welcher Form auch immer - Abbau betrieben werden kann. Es ist daher davon auszugehen, daß diese, unter heutigen Bedingungen für den Abbau wirtschaftlich ungeeigneten Vorräte für zukünftige Generationen verloren sind. Ein derartiger Abbau verstößt zudem gegen das Verbot der Beeinträchtigung von Bodenschätzen, deren Schutz im öffentlichen Interesse liegt."

Die entsprechende Rüge hat sich dann - auch auf der Grundlage der Ausführungen des geologischen Dienstes des Landes Nordrhein-Westfalen in dem Erörterungstermin - als vollständig zutreffend herausgestellt. Herr Dr. Droschewski vom geologischen Dienst führte insoweit aus, daß durch die Beigeladene "Raubbau betrieben werde", da nur die mächtigsten Flöze abgebaut würden. Dies führt zwar - gegenüber einem Abbau auch geringermächtiger Flöze - zu erheblichen Kostenreduzierungen für die Beigeladene. Der Abbau der Flöze mit großer Mächtigkeit führt jedoch dazu, daß regelmäßig die darüberliegenden Flöze geringerer Mächtigkeit für einen eventuell späteren Abbau verloren gehen, da das Absenken des Gebirgskörpers im darüberliegenden Bereich zu entsprechenden Verwerfungen führt, die im Regelfall in diesem Bereich einen Abbau von Kohle verhindern. Gleichzeitig wird durch die entsprechende Vorgehensweise der Bei-

geladenen auch die Konzentration des Abbaus in bestimmten Bereichen unter gleichzeitiger Schonung anderer Bereiche verhindert.

8.2 Fehlende Berücksichtigung der rechtsverbindlichen Festsetzung der Landschaftspläne im Rahmen der Umweltverträglichkeitsstudie

Die von der Beigeladenen in Auftrag gegebene Umweltverträglichkeitsstudie berücksichtigt - wie auch von der Bezirksregierung Düsseldorf aufgezeigt - die Schutzziele für die unter Landschaftsschutz gestellten Schutzgebiete nicht. Insofern wurden in der ersten Stellungnahme der Naturschutzverbände folgendes ausgeführt:

"Allgemeiner Konsens bei der Aufstellung der Landschaftspläne des Kreises Wesel war es unter anderem, die für den Landschaftsraum unterer Niederrhein typischen Kulturlandschaften (z.B. Mommniederrung), trotz des damit verbundenen nicht unerheblichen Pflegeinsatzes, zu erhalten. Diesem Erhaltungsziel sind vom Grundsatz her auch die Maßnahmen im Entwurf des Rahmenbetriebsplanes verpflichtet. In den Unterlagen finden sich jedoch keine konkreten Aussagen zu den Festsetzungen des Landschaftsplanes Wesel, Teilräume Dinslaken/Voerde und Alpen/Rheinberg. Es wird u.a. nicht dargestellt, ob die Auswirkungen des Steinkohleabbaues mit den Entwicklungszielen im Einklang stehen oder ob die im Rahmenbetriebsplan angesprochenen Maßnahmen mit den für die Schutzgebiete festgesetzten Ver- und Geboten im Einklang stehen. Die Aussagen der UVS (Kap. 11, S. 514 ff.) reichen jedenfalls nicht aus. Es ist der Nachweis zu erbringen, daß die verbleibenden Veränderungen tatsächlich keine Einschränkung der durch die Landschaftsplanung vorgesehene Entwicklung darstellen. Dabei ist auch die Frage zu beantworten, ob die verbleibenden Veränderungen und Maßnahmen auf der Grundlage der Entwicklungsziele und Festsetzungen zulässig sind."

8.3 Grundwasser

Der Kläger hat bereits in seiner ersten Stellungnahme die unzureichenden Untersuchungen der Umweltverträglichkeitsstudie zum Thema Grundwasser umfassend gerügt und dazu insbesondere folgendes dargelegt:

"In Kapitel 5.5.3.1 'Bewertung des Schutzgutes Grundwasser' geht der Gutachter ausschließlich auf den 'gegenwärtigen' Grad einer Verschmutzungsempfindlichkeit ein. Als Bewertungskriterien werden lediglich die Grundwasserneubildungsrate und die Filterfunktion der Deckschichten herangezogen. Der Gutachter bewertet die Verschmutzungsempfindlichkeit des Schutzgutes Grundwasser nicht hinsichtlich der aufgrund des untertägigen Steinkohleabbaus pro-

gnostizierten Änderungen von Flurabständen oder Fließrichtungen. ...

Gerade vor dem Hintergrund der ... ungeklärten Situation der Altlasten und Altlastenverdachtsflächen im Untersuchungsgebiet ist dies ein wichtiger Aspekt. Auch müssen im Rahmen einer Schutzgutbetrachtung die Gefahren betrachtet und bewertet werden, die infolge der geplanten 'Kontaktherstellung' in Bereichen des Rotbaches und des Mommbaches entstehen können. Im Bereich von 'Schlitzungsstellen' der Bachbettsohlen fällt der vorher sehr gut ausgeprägte Filterweg (durch die gering durchlässigen Deckschichten) für Schadstoffe aller Art weg und ermöglicht somit einen ungehinderten Eintrag von Schadstoffen ins Grundwasser. ...

Insbesondere durch die Sumpfungsmaßnahmen werden allein im Stadtgebiet Voerde ca. 46 Mio. m³ Grundwasser pro Jahr in die Vorfluter abgeleitet. Die jährliche Grundwasserneubildung dürfte nach überschlägigen Berechnungen im Untersuchungsbereich bei ca. 25 - 30 Mio. m³ jährlich liegen. Auch wenn Zuflüsse von außerhalb des Untersuchungsraumes eine Rolle spielen, so besteht die Gefahr eines dauerhaft negativen Grundwassersaldos, was zu einer langfristigen Gefährdung dieses bedeutenden regionalen Grundwasserreservoirs mit Bedeutung als Trinkwasser führen kann. Bei den Unterlagen fehlt eine entsprechende Bilanzierung des Wasserhaushaltes, die für die Klärung dieser Frage erforderlich ist."

Die Frage der Grundwasserneubildung und der Möglichkeit des ungehinderten Eintrags von Schadstoffen in den Grundwasserleiter ist nicht nur vor dem Hintergrund der Vorgaben für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung von Belang, sondern auch vor dem Hintergrund der Einhaltung der wasserrechtlichen Vorschriften, auf die noch einzugehen sein wird, von Bedeutung. Genau die von dem Kläger erhobenen Rügen hat der geologische Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen bestätigt.

8.4 Mommbach

Bereits in seiner ersten Stellungnahme hat der Kläger darauf hingewiesen, daß es zu gravierenden und nicht hinnehmbaren Veränderungen des Mommbaches im Stadtgebiet der Stadt Voerde kommen wird. Insofern wurde von dem Kläger bereits in der Stellungnahme vom 24.01.2001 folgendes ausgeführt:

"Die Mommniederung wird beherrscht durch den bogenförmig verlaufenden Mommbach. Dieses Gewässer ist noch weitgehend als natürlicher Wasserlauf (Wiesenbach) vorhanden. Durch die geplanten wasserwirtschaftlichen Maßnahmen wird praktisch der gesamte Lauf erheblichen, veränderten Eingriffen durch Vertiefungen und durch die geplante Sohlschlitzung unterliegen. Das bisher natürliche Gewässer wird danach

auf ganzer Länge künstlich wieder hergestellt sein. Ohne weitere erhaltende Maßnahmen kann die Funktionsfähigkeit des Gewässers nicht gewährleistet werden."

Im weiteren wird dann durch den Kläger die unzutreffende Bewertung des Ist-Zustandes des Mommaches im Rahmen der Umweltverträglichkeitsstudie gerügt.

Die Beeinträchtigung des Mommaches ist wiederum nicht nur vor dem Hintergrund der Vorgaben des UVPG von Bedeutung. Vielmehr sind insofern auch die Richtlinien der Europäischen Union für den Gewässerausbau sowie die Festsetzungen des rechtsgültigen Landschaftsplanes zum Schutz der Mommniederung von rechtlicher Relevanz.

Wie sich in dem Erörterungstermin zum Rahmenbetriebsplan für das Bergwerk Walsum herausgestellt hat, wird aufgrund der bergbaubedingten Senkungen notwendig ein tiefer Einschnitt des Bachlaufes in die Geländeoberfläche durchzuführen sein. Der Charakter des Bachlaufes geht dadurch vollständig verloren und dieser gewinnt den Charakter eines künstlichen Abflusses. Dies widerspricht insbesondere den Festsetzungen des rechtsgültigen Landschaftsplanes zum Erhalt des historischen Charakters der Mommniederung.

8.5 Bergbaubedingte Einwirkungen im Bereich der unter Naturschutz stehenden Rheinufer

Bezüglich der Einwirkungen auf die Rheinufer, die Teil des Vogelschutzgebietes unterer Niederrhein sind und die darüber hinaus in einigen Bereichen als Schutzgebiete nach der FFH-Richtlinie gemeldet wurden bzw. unter Landschaftsschutz stehen, wurde bereits in der ersten Stellungnahme des Klägers folgendes ausgeführt:

"Vor allem bestehen aber erhebliche Auswirkungen durch das Absenken der Rheinaue selber. Kompensiert werden sollen diese Eingriffe durch die Vorlandaufhöhung mit Bergematerial. Diese Hochwasserschutzmaßnahmen stellen selber schwerwiegende Eingriffe dar; werden aber in der UVS nicht als Problem gesehen ('Wiederherstellbarkeit' - siehe Anlage 14, Seite 494 ff.). Eigentlich handelt es sich bei dem Einbringen des Bergematerials (unklar um welches Material es sich genau handelt) um die Entsorgung von Material, was bei der Gewinnung von Steinkohle anfällt und normalerweise aufgehaldet werden muß.

Da sich das beiderseitige Rheinufer im Einwirkungsbereich in unterschiedlichem Maße absenken wird, sind zudem über dem gesamten Verlauf bauliche Maßnahmen im Strombett und am Ufer erforderlich, um die Sicherheit der Schifffahrt zu gewährleisten. Diese Maßnahmen führen zu einer vollständigen Beseitigung des bisher noch erhaltenen Flußbettes und der natürlichen Ufersituation. Die Abtrennung großer Uferbereiche vom eigentlichen Fluß durch Leitdeiche oder gar die Aufhöhung der Vorlandflächen z.B. durch Bergematerial führen dazu, daß der Rhein nach Abschluß der Abbaumaßnahmen durchweg ein künstliches Flußbett erhalten haben wird. Bedenken beste-

hen auch gegen die beabsichtigte Auffüllung des Flußbodens, da Störungen der Gewässerökologie befürchtet werden."

8.6 Auswirkungen von Grundwasserflurabstandsveränderungen auf Fauna und Flora

Bergbau ist - jedenfalls im Bereich der Niederterrassen des Rheins - immer mit großflächigen Veränderungen der Grundwasserflurabstände verbunden. Dies ergibt sich gerade auch aus den Karten der Lippegesellschaft für Wassertechnik mbH, die im Rahmenbetriebsplanverfahren zur Beurteilung der bergbaulichen Auswirkungen auf das Grundwasser herangezogen wurden. Auch hierauf hat der Kläger bereits mit der ersten Stellungnahme wie folgt hingewiesen:

"Direkte und indirekte Auswirkungen des Steinkohleabbaus führen grundsätzlich zu einer Gefährdung bestimmter Tier- und Pflanzenarten. In erster Linie betrifft dieses Tier- und Pflanzenarten, die auf Änderungen der Feuchteverhältnisse sensibel reagieren. Hinzu kommen Beeinträchtigungen und Gefährdungen, die durch Eingriffe infolge von erforderlichen Kompensationsmaßnahmen oder sonstigen Maßnahmen (z.B. Hochwasserschutzmaßnahmen) entstehen. Dabei spielt regelmäßig nicht der typische Feuchtigkeitsbedarf der jeweiligen Vegetationsart eine Rolle; bedeutsam ist vielmehr, daß sich insbesondere ältere - und damit meist für das Biotop prägende - Pflanzen nicht mehr an die geänderten Bedingungen anpassen können und somit innerhalb eines mehr oder weniger kurzen Zeitraumes absterben.

Es sei an dieser Stelle nur beispielhaft der Zusammenhang zwischen Vegetation als Lebensraum (Habitat) und den entsprechend darauf angewiesenen Tieren bzw. mögliche Auswirkungen durch Veränderungen der Standortfaktoren anhand der in der Mommniederung vorkommenden Steinkauzpopulation hingewiesen: Die vorhandene Steinkauzpopulation ist unzweifelhaft zwingend auf die in der Mommniederung vorhandenen Gehölzbestände als Lebensraum zur Erhaltung dieser Art angewiesen. Die durch die FFH-Studie z.T. zutreffend dargelegten Risiken sind durch die vorgeschlagene Kompensationsmaßnahme nicht hinreichend ausgeräumt. Dabei ist zu bedenken, daß andere Schutzgüter, insbesondere der Schutz des Grundwassers, die vorgeschlagenen Maßnahmen einschränken oder verhindern können. So wurde z.B. nicht berücksichtigt, daß bei den geplanten Maßnahmen zur erforderlichen Grundwasserregulierung in der Mommniederung von einer relativen Undurchlässigkeit des Bodenkörpers auszugehen ist. ...

Demnach würde sich das Wasser unter der Auelehm-schicht spannen. Daraus ist zu schließen, daß umgekehrt auch das Niederschlagswasser nicht ungehindert

versickern kann, sondern oberflächlich oder auf eventuellen verdichteten Bodenschichten ab- und in entstehenden Bodenmulden zusammenfließen wird. Es käme aufgrund dessen zu einem Stauwasserhorizont oberhalb des Grundwassers. In solchen Muldenbereichen würden die vorhandenen Eschenkopfbäume voraussichtlich absterben."

Genau diese Entwicklung läßt sich bereits jetzt im Bereich der Mommniederung anschaulich dokumentieren. Die Vernässungen haben stark zugenommen. Wir werden diesbezüglich noch eine Fotodokumentation nachreichen, die den aufgezeigten Zustand veranschaulicht.

Außerdem werden die Grundwasserflurabstandsveränderungen auch unabhängig von dem vorstehend angesprochenen Stauwasserhorizont zum Absterben von Pflanzen und damit zum Verlust von Biotopen führen. Diesbezüglich wurde in der bereits mehrfach zitierten ersten Stellungnahme des Klägers folgendes ausgeführt:

"Die UVS geht bezüglich der Pflanzen von zu pauschalen und im Ergebnis unzutreffenden Annahmen aus. Zwar wird ausführlich (S. 305) die typische Wurzeltiefe für zahlreiche Baumarten in Tabellen dargestellt und unter Berücksichtigung des Kapillarraumes eine Tiefe ermittelt, bei der gewöhnlich von Grundwasserkontakt ausgegangen werden kann. Anschließend wird jedoch unzulässig pauschaliert und die weiteren Erwägungen auf die Annahme gestützt, daß bei Flurabständen von 2 m und mehr ein Grundwasserkontakt nicht gegeben sei. ...

Besonders geschützte Biotope gemäß § 62 Landschaftsgesetz NW werden in den Unterlagen überhaupt nicht dargestellt. Es ist aber davon auszugehen, daß hier gravierende Eingriffe zu verzeichnen sind, da die betreffenden Biotoptypen häufig auf Grundwasserstandsveränderungen sensibel reagieren. ...

Die UVS unterschätzt die Wirkung der Vergrößerung der Grundwasserflurabstände auf die vorhandene Vegetation. Anders als prognostiziert sind erhebliche Beeinträchtigungen von Vegetationsbeständen, insbesondere von alten Großgehölzen in der Mommniederung, im Wohnungswald und der Landschaft östlich der B 8 zu erwarten. Die für die Landschaftsräume aufgestellten Zielvorstellungen können durch die vorgesehenen Maßnahmen nicht eingehalten werden. Daher bestehen erhebliche Bedenken gegen die vorgeschlagenen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen. Diese sind nicht in der Lage, die Gewährleistung eines ausreichenden Flurabstandes für die Bebauung mit den Erfordernissen für die Sicherung der landschaftstypischen Vegetation zu verbinden."

Die Prognosen zu den Grundwasserflurabstandsveränderungen beruhen insbesondere auf einem nicht ausreichenden Grundwassermodell. Dies wird bereits aus der Vielzahl der Fehlprognosen in der Vergangenheit deutlich.

8.6.1 Auswirkungen der Grundwasserflurabstandsveränderungen im Bereich der Mommniederung

Mit gravierenden Auswirkungen durch die Grundwasserflurabstandsveränderungen ist – schon auf der Grundlage der Erfahrungen der Vergangenheit – insbesondere im Bereich der Mommniederung zu rechnen. Insoweit wurde in der ersten Stellungnahme des Klägers folgendes ausgeführt:

"In den Bereichen, in denen aufgrund der Sumpfungsmaßnahmen mit einer erheblichen Vergrößerung des Grundwasserflurabstandes zu rechnen ist, haben die vorhandenen Gehölzbestände voraussichtlich Grundwasserkontakt (Flurabstände zur Zeit 0 - 2 m).

Kritisch muß in diesem Zusammenhang die Wertung der Untersuchungen zum Hauptwurzelschizont von Eschen und Weiden in der Mommniederung betrachtet werden (S. 305, UVS). Soweit bekannt, wurden die Ergebnisse durch Untersuchungen an einigen Bäumen vor Ort gewonnen. Es dürfte aber unzulässig sein, hieraus generelle Rückschlüsse auf die Wurzelhorizonte der Baumart, unabhängig von dem jeweiligen Standort, zu ziehen. Es ist nämlich sehr wahrscheinlich, daß grundwasserabhängige Bäume ihren Wurzelhorizont zum Grundwasser hin ausdehnen, womit eine Empfindlichkeit auch bei größeren Flurabständen gegeben wäre. ...

Im Bereich des zu errichtenden Pumpwerks - welches im übrigen selbst einen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt - ist eine Verringerung des Flurabstandes auf einen Wert um 1 m prognostiziert. Aufgrund der in diesem Bereich vorhandenen heutigen Grundwasserstände kann davon ausgegangen werden, daß die dortige Vegetation keinen Grundwasserkontakt aufweist, so daß die Änderung hier ebenfalls zu einer schwerwiegenden Gefährdung des Bestandes führen kann. ...

Gerade für den Bereich des Naturschutzgebietes, dessen Eigenart im wesentlichen durch den dort vorhandenen Kopfbaumbestand sowie durch Heckenstrukturen bestimmt wird, wäre eine detaillierte Kartierung des Gehölzbestandes mit einer jeweiligen Erhaltungsprognose im Rahmen der UVS zwingend erforderlich. Nicht akzeptiert werden kann eine Aufrechnung in dem Sinne, als ließe sich durch Abtrocknung hier und Durchfeuchtung dort eine Art Ausgleich der Eingriffe bewirken. Das Gegenteil ist der Fall: In beiden Bereichen und damit in großen Teilen des Naturschutzge-

bietes wird es zu einer Gefährdung der Vegetation kommen. Die Beeinträchtigungen der Kopfbäume und Heckenstrukturen führen auch zu einer empfindlichen Einengung der Lebensräume für die in diesem Gebiet heimischen Tierarten, u.a. dem Steinkauz (siehe oben)."

8.6.2 Auswirkungen der Grundwasserflurabstandsveränderungen im Bereich des Wohnungswaldes

Besonders drastische Auswirkungen werden sich für den Wohnungswald, der eines der wenigen zusammenhängenden Waldgebiete im Stadtgebiet der Stadt Voerde darstellt, ergeben. Diesbezüglich hat der Kläger in der vorzitierten ersten Stellungnahme folgendes ausgeführt:

"Ohne regulierende Maßnahmen wäre infolge des Abbaus der Bestand des gesamten Wohnungswaldes aufgrund von intensiven Vernässungen gefährdet. Durch Sumpfungsmaßnahmen im Bereich der Ortslage Möllen und Eppinghoven, sowie durch die Nutzung des Rotbachlaufs als Entwässerungsgraben, soll der Grundwasserflurabstand im Kernbereich des Wohnungswaldes in etwa auf dem heutigen Stand gehalten werden. Dies bedingt jedoch eine deutliche Flurabstandsvergrößerung in den übrigen Bereichen des Waldgebietes bis zur B 8 hin. In Abhängigkeit von der jeweiligen Art des Bestandes kann dort überwiegend mit Grundwasserkontakt im Ist-Zustand gerechnet werden. Das bedeutet eine Gefährdung der Bestände bei Eintreten der prognostizierten Senkungen um 1 - 2 m, teilweise mehr als 2 m. ...

Der Grundwasserflurabstand in den Waldgebieten östlich der B 8 (Bruchhauser Bruch) beträgt z.Z. höchstens 1,5 - 2 m, zum Teil weniger. Die dort vorhandenen Bäume haben daher überwiegend Grundwasserkontakt, so daß der Bestand insbesondere älterer Exemplare durch die in diesem Bereich zu erwartende Grundwasserabsenkung gefährdet ist."

8.7 Beeinträchtigung des Vogelschutzgebietes "Unterer Niederrhein" (über die im Bereich der Rheinufer gelegenen Bereiche hinaus)

Ebenfalls bereits in der ersten Stellungnahme des Klägers wurde gerügt, daß die der Umweltverträglichkeitsstudie zugrundeliegende avifaunistische Bewertung zwar auf Seite 49 zu dem Ergebnis kommt, daß der Untersuchungsraum auch überregional betrachtet in seiner Gesamtheit eine herausragende avifaunistische Stellung inne hat, hierzu aber die Bewertungsergebnisse unter 5.3.4.2 der UVS in krassem Gegensatz stehen, wonach die Biotopfunktionen der entsprechenden Bereiche als sehr gering und gering einzustufen seien. Hierzu wurde durch den Kläger folgendes ausgeführt:

"Diese Einschätzung in den Unterlagen steht vor allem aber auch im krassen Widerspruch zu den fachlichen Bewertungen, die im Rahmen der Erarbeitung des Gebietsentwicklungsplanes, des Landschaftsplanes des Kreises Wesel bzw. der Einstufung als internationales Vogelschutzgebiet erfolgt sind. Es ist fachlich nicht nachvollziehbar und kann auch nicht durch 'Korrekturfaktoren' (ein Naturschutzgebiet mit sehr geringem Biotopwert wird wegen der Schutzfestsetzung hochgestuft - der Biotopwert ist dann gering) begründet werden."

Wäre die hohe Biotopfunktion des Vogelschutzgebietes zutreffend der Beurteilung zugrundegelegt worden, so hätte sich ergeben, daß ganz erhebliche negative Auswirkungen auf die Schutzziele der genannten Festsetzungen zu erwarten sind. Insbesondere wird es zum Verlust von Äsungsflächen für geschützte Vogelarten kommen. Dies ergibt sich zum einen aus der notwendigen Verbreiterung der Rheindeiche und zum anderen daraus, daß die Grundwasserflurabstände nachhaltig verringert werden und damit eine Vernässung der entsprechenden Bereiche eintritt. Auch dies kann bereits jetzt durch entsprechende Fotos belegt werden, die wir als

Anlage K 10

beifügen.

8.8 Auswirkungen auf das Landschaftsbild

Bereits in der ersten Stellungnahme des Klägers wurde auch auf die gravierenden Folgen des Abbauvorhabens für das Landschaftsbild hingewiesen. Diese ergeben sich insbesondere aus den notwendigen Deichaufhöhungsmaßnahmen, die gleichzeitig mit einer erheblichen Verbreiterung der Rheindeiche verbunden sind. Besonders schwer wiegt hierbei die Umgestaltung des Landschaftsbildes im Bereich der Rheinaue. Einschneidende Veränderungen werden vor allem dann auftreten, wenn es zu großflächigen Verlusten von Wald und Gehölzbeständen kommt.

Auch die Senkungströge werden sich in der Auenlandschaft deutlich abzeichnen. Insbesondere bezüglich des Schutzes der Mommbachniederung als historischer Kulturlandschaft trifft der Landschaftsplan des Kreises Dinslaken/Wesel – wie bereits erwähnt – eindeutige Festsetzungen zum Erhalt dieses schützenswerten Bereiches. Dieser geschützte Charakter einer ehemaligen Rheinauenlandschaft würde durch die Ausbildung von Senkungströgen zerstört.

8.9 Nichtberücksichtigung von Summationseffekten

Aus Art. 6 FFH-Richtlinie ergibt sich, daß bei der Zulassung eines Projektes auch Summationseffekte im Zusammenwirken mit anderen Projekten zu untersuchen sind. Insofern wurde in der ersten Stellungnahme des Klägers folgendes ausgeführt:

"Augenscheinlich wird die Bedeutung des Art. 6 der FFH-Rl. auch hinsichtlich des Prüfungsumfanges nicht erkannt. So fehlt es an jeder Betrachtung zur Summation von Eingriffen. Offenbar werden sonstige Störungen und Beeinträchtigungen der Natura 2000-Gebiete

weder zur Kenntnis genommen, noch hinsichtlich ihrer Auswirkungen bewertet. Es fehlt also an der von der FFH-Rl. klar geforderten Beachtung von Summationseffekten. An dieser Stelle muß betont werden, daß Gegenstand der FFH-Verträglichkeitsprüfung nicht in erster Linie der Eingriff, sondern das Gebiet ist. Es muß also geprüft werden, ob die Bedeutung des Gebietes hinsichtlich der Erhaltungsziele durch den konkreten Eingriff und darüber hinausgehende Störungen, Beeinträchtigungen und Eingriffe gefährdet ist."

Insoweit hätten insbesondere die bereits erfolgten Kiesabbauten und die zuvor bereits durch den Bergbau verursachten Geländeabsenkungen, die bereits zu erheblichen Beeinträchtigungen der Rheinufer geführt haben, berücksichtigt werden müssen.

8.10 Fehlen eines Kompensationskonzeptes

Bezüglich des Ausgleichs von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft wird in dem angegriffenen Planfeststellungsbeschluß durchgehend auf ein noch später erfolgendes Monitoring verwiesen. Es bleibt damit vollständig unklar, welche Kompensationsmaßnahmen konkret erforderlich sind und auch, ob diese überhaupt realisierbar sind. Diesbezüglich wurde in der ersten Stellungnahme des Klägers folgendes ausgeführt:

"In der UVS zum Rahmenbetriebsplan des Bergwerkes Walsum wird zwar festgestellt, daß bei den einzelnen Umweltschutzgütern Beeinträchtigungen verbleiben, es werden jedoch keine Angaben zu den erforderlichen Kompensationsmaßnahmen getroffen. Insbesondere fehlt eine Bilanzierung der Eingriffe bzw. der gegenüberzustellenden Kompensationsmaßnahmen und der Nachweis, daß die Maßnahmen überhaupt realisierbar sind (Flächenverfügbarkeit). Es ist noch nicht einmal angegeben, wo Flächen für mögliche Kompensationsmaßnahmen liegen sollten (Leitbilder, Umweltqualitätsziele). Kurzum - es fehlt ein Maßnahmenkonzept."

8.11 Naturschutzgebiet und Vogelschutzgebiet Rheinaue Walsum

Die Rheinaue Walsum gehört zu den ökologisch hochwertigsten Gebieten in Nordrhein-Westfalen. Dieses Gebiet ist zwar erst durch Bergsenkungen entstanden. Demgegenüber sind aber auch durch die Bergsenkungen etwa ein Drittel aller Kopfbäume (über 200 Exemplare) und mehrere Kilometer Hecken abgestorben. Insoweit wären durch die zukünftigen Bergsenkungen weitere gravierende Beeinträchtigungen des Naturschutzgebietes nur dann vertretbar, wenn die vorhandenen geschützten Biotope erhalten blieben. Diesbezüglich wurde in der ersten Stellungnahme des Klägers folgendes ausgeführt:

"In zahlreichen Bereichen wird eine sehr hohe Konfliktintensität erkannt, die sich im Verlust z.B. von FFH-Biotopen und §-62-Biotopen niederschlägt. Es sterben z.B. naturnahe Weidenwälder ab und es werden 'ausschließlich verbleibende Zielkonflikte' beschrieben (Bereich Rheinaue Walsum-Süd Karte

9.01). Zielkonform ist nicht das Überwägen einer Entwicklung sondern nur der Erhalt höchst wertvoller Lebensräume. Ob sich in den neuen Senkungsgewässern überhaupt derartige wertvolle Lebensgemeinschaften ansiedeln können, wie sie an anderer Stelle zerstört werden, ist nicht sichergestellt, bzw. kann auch nicht sichergestellt werden. ...

Einen weiteren gravierenden Eingriff in das Naturschutzgebiet stellt die notwendige Deichaufrhöhung bzw. -verbreiterung dar. Es werden zahlreiche Gehölzstreifen zerstört, in denen gefährdete Vogelarten brüten. Der aus Naturschutzsicht sensibelste Abschnitt erstreckt sich von Kilometer 796,7 bis Kilometer 797,3 (Marienschleuse). Die hier an den Deichfuß angrenzenden Gewässer und feuchten Gehölze sind vollständig zu erhalten."

8.12 Weitere Rügen im Zusammenhang mit der ersten Stellungnahme

Der Kläger hat noch eine Vielzahl weiterer Rügen bereits zu Beginn des Verfahrens vorgebracht. Diese betreffen insbesondere die Forderung nach einer Präzisierung der Abbauplanung mit Darlegung der technisch gewinnbaren Vorräte und der betrieblichen Überlegungen für die Auswahl zwischen verschiedenen Alternativen. Gleichzeitig forderte er die Darlegung eines öffentlichen Interesses am Steinkohleabbau im Raum Walsum.

Des weiteren wurde unter dem Punkt "10. Forderungen" auch die Erstellung einer Prognose des Ausgleichsflächenbedarfs und ein umfassendes Kompensationskonzept gefordert. In diesem Zusammenhang wurde auch die Forderung nach einer Überarbeitung und Ergänzung des Gutachtens bezüglich der Vorgaben FFH- und der Vogelschutzrichtlinie auf der Grundlage von aktuellen Kartierungen und Bestandsaufnahmen erhoben.

8.13 Stellungnahme des Klägers zu den nachgereichten Unterlagen vom 30.01.2002

Mit der Stellungnahme zu den nachgereichten Unterlagen vom 30.01.2002 wurde die Erstellung eines den Anforderungen des § 4 bis 6 LG NW genügenden Kompensationskonzeptes gefordert. Auf die vollständig unzureichende Erfassung der vorhandenen Arten und das auch noch zur falschen Zeit wurde nachdrücklich hingewiesen. Es wurde wiederum gerügt, daß der Verlust von Überwinterungshabitaten arktischer Wildgänse im Bereich der Momm als unerheblich eingeschätzt wird. Als ganz wesentlich wurde wiederum herausgestellt, daß die Verknüpfung von Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen zur Verneinung einer Beeinträchtigung aus fachlichen und rechtlichen Kriterien nicht zulässig ist (vgl. Seite 18 der Stellungnahme). Des weiteren wurde die unzutreffende FFH-Prüfung im Hinblick auf die Voraussetzungen von Eingriff und Ausgleich gerügt (Seite 14 der Stellungnahme).

8.14 Stellungnahme des Klägers zur Überarbeitungsfassung der FFH-Prüfung vom 21.05.2002

In der Stellungnahme zur Überarbeitungsfassung der FFH-Prüfung wurde wiederum gerügt, daß erneut die Untersuchungen auf unzutreffenden Bestandserhebungen beruhen. In dieser Auffassung sah sich der Kläger insbesondere dadurch bestätigt, daß aufgrund der Berücksichtigung aktuellen Datenmaterials in der Überarbeitungsfassung eine erhebliche Diskrepanz zu der Vorfassung entstand. Das eingearbeitete aktuelle Datenmaterial betraf nur die Rheinaue Walsum, so daß bei einer Berücksichtigung aktuellen Datenmaterials für den gesamten Untersuchungsraum mit dem Antreffen eines erheblich größeren Bestandes an schützenswerten Biotopen und Arten zu rechnen ist. Soweit es um die Kartierung der Rheinaue Walsum geht, war aber selbst die neue Kartierung aufgrund der Feststellungen bei einer Begehung durch die Naturschutzverbände nicht nachvollziehbar. Dies betraf insbesondere die Abgrenzung der unterschiedlichen Lebensräume. Des weiteren wurde gerügt, daß die Karten der Umweltverträglichkeitsstudie und der FFH-Prüfung sich widersprechen, so daß bereits rein tatsächlich eine ordnungsgemäße Würdigung der Probleme auf dieser Grundlage nicht möglich sei.

Soweit es die Bestandserhebung angeht, wurde darauf hingewiesen, daß FFH-Leitarten, die tatsächlich vorkommen, keine Erwähnung fanden (S. 5). Des weiteren wurde darauf hingewiesen, daß Bestandsangaben zu den Vogelarten für die Rheinaue Walsum von unzutreffend niedrigen Zahlen ausgehen (S. 6 f.). Weiterhin wurde gerügt, daß die Veränderung für den Kammmolch unzutreffend als positiv gewertet wurden (S. 7).

Es wurde im weiteren auf eine Reihe zusätzlicher unzutreffender tatsächlicher Annahmen der Überarbeitungsfassung der FFH-Prüfung hingewiesen. Dies betraf zum einen die Aussage, wonach Vorlandaufhöhungen mittels Bergematerials für die betroffenen Vogelarten als positiv bewertet wurden (S.8). Kritisiert wurde weiter, daß die vom Gutachter unterstellte gleichzeitige Kompensation von Beeinträchtigungen durch gegenläufige Entwicklungen nicht zutrifft. Insoweit wird in der FFH-Prüfung unterstellt, daß Abtrocknungen durch Vernässungen in anderen Bereichen ausgeglichen würden. Aufgrund des schnellen Verlaufes von Senkungen kommt es jedoch nicht zu dieser unterstellten gleichzeitigen Entwicklung.

Im weiteren wurde gerügt, daß der unter dem Schutz der FFH-Richtlinie stehende Hartholzauenwald verloren geht und entgegen den Annahmen der FFH-Prüfung dies nicht ausgleichbar ist (S. 11). Den Aussagen des Gutachters wurde die Feststellung entgegengehalten, daß die Vogelarten des Rheinvorlandes erheblich beeinträchtigt werden (S. 13).

Abschließend wurde dann erneut die Alternativenprüfung gerügt und auf das fehlende öffentliche Interesse an der Durchführung des Steinkohleabbaus unter gleichzeitiger Hinnahe gravierender negativer Einwirkungen auf geschützte FFH- und Vogelschutzgebiete hingewiesen. Auch auf die Tatsache, daß im Zusammenhang mit möglichen Standortalternativen die Verlagerung der Förderung auf andere Bergwerke nicht ausreichend geprüft worden war, wurde nachdrücklich hingewiesen.

8.15 Es wurden in den vorstehend bereits wiedergegebenen Stellungnahmen noch eine Vielzahl weiterer Rügen erhoben, die hier nur stichpunktartig wie folgt aufgelistet werden können:

8.15.1 Einwirkungen auf den Grundwasserhaushalt (24.01.01 Teil A Seite 8 – 11)

- Fehlerhaftes Grundwasserströmungsmodell, siehe auch 24.01.01 Teil C Seite 76.

- Fehlen einer Gesamtbilanzierung der Grundwasserentnahmen im vom Abbau betroffenen Bereich.
 - Fehlerhafte Bewertung der Verringerung der Grundwasserneubildungsrate aufgrund von massiven Polderungsmaßnahmen und Abfuhr des gepumpten Wassers zum Rhein.
 - Nichtbeachtung der Änderung der Grundwasserfließverhältnisse infolge der großflächigen Senkungen.
 - Nichtberücksichtigung von bebauten Bereichen, Aufschüttungen, Altlasten (Anlage 14 UVS, Kap. 9.3 Seite 365; Kap. 9.6 Seite 405).
 - Fehlerhafte Bewertung der Verringerung der Filterstrecken aufgrund von Flurabstandsverringerungen, da nicht als Eingriff erfaßt, siehe auch 24.01.01 Teil C Seite 79.
 - Falsche Bewertung der Schlitzung des Mommbachs, da negative Auswirkung hinsichtlich Verschmutzungsempfindlichkeit des Grundwassers nicht beachtet.
 - Nichtberücksichtigung der geplanten Abdichtung der Emschersohle im Mündungsbereich.
 - Fehlerhafte Beurteilung des Risiko für die Trinkwasserversorgung (WW Löhnen) durch senkungsbedingte Einwirkung auf die trinkwasserrelevanten Grundwasserspeicher z.B. Änderung der Grundwasserströme, Erhöhung des Uferfiltratanteils.
 - Nichtberücksichtigung der senkungsbedingten Grundwasseränderungen durch den Abbau des Bergwerkes Lohberg/Osterfeld.
 - Einwirkungen auf Fließgewässer (24.01.01 Teil A Seite 11 – 13).
 - Mangelhafte Bestandsaufnahmen, da z.B. Angaben zur Gewässerqualität, Gewässerchemismus oder Biozönosen fehlen, siehe auch 30.01.02 Seite 7.
 - Falsche Beurteilung der Eingriffe in die Fließgewässer durch nachhaltige und erhebliche Beeinträchtigung der vorhandenen Fließgewässer durch Vertiefungen, technische Verbauten, Bachpumpwerke etc. Insbesondere der Mommbach wird durch Unterbrechung der Fließgewässerdurchgängigkeit und ökologisch kritischen und landschaftsraumuntypischen Ausbau erheblich und nachhaltig beeinträchtigt.
 - Verlust der heute noch relativ naturnah ausgebildeten Mündung in den Rhein durch eine Deichschleuse/Bachpumpwerk, siehe auch 30.01.02 Seite 6 u. 7.
 - Nichtberücksichtigung des Rheins im Wasserwirtschaftlichen Gutachten (RBP Anlage 11 Seite 67).
 - Fehlende Aussagen zur geplanten Einleitung von Sumpfungswässern.
 - Einwirkungen auf Stillgewässer (24.04.01 Teil A Seite 13).
 - Fehlende Angaben zu Gewässergüte, Gewässerchemismus, Biozönosen, siehe auch 30.01.02 Seite 7.
 - Fehlerhafte Einschätzung der Auswirkungen bzw. Kompensierbarkeit der Eingriffe in und an Stillgewässern - Vergrößerung oder Verkleinerung der Gewässer durch Schiefstellung der Sohlen ist nicht in jedem Fall - wie in der UVS dargestellt - positiv.
- 8.15.2 Einwirkungen auf Boden/Altlasten (24.01.01 Teil A Seite 14 – 16 sowie Teil D Stellungnahme v. 24.01.01 Seite 81 - 86)

Es erfolgte nur eine unvollständige und unzureichende Erfassung der vorhandenen Altlastenflächen. Nur ein Teil davon ist untersucht/beprobt oder beurteilt worden; dies betrifft insbesondere die vorhandenen, mit unbekanntem Stoffen verfüllten ehemaligen Auskiesungen z.B. im Rheinvorland bei Mehrum, u.a. 24.01.01 Teil C Seite 73.

8.15.3 Einwirkungen auf Tiere und Pflanzen

- Einwirkungen auf Vegetationsbestände (24.01.01 Teil A Seite 17 – 20).
- Fehlerhafte, da nur pauschale Beurteilung der Auswirkungen auf Vegetationsbestände infolge Grundwasserstandsveränderungen z.B. Bereich Mommniederung, 24.01.01 Teil A Seite 18.

- Fehlerhafte, da lediglich pauschale überwiegend positive Bewertung der Abtrocknungsbereiche bzw. der Vernässungsbereiche als praktisch in sich selber ausgeglichen.
- Unvollständige Bestandsaufnahme und mangelhafte Einschätzung der Auswirkungen; dies trifft insbesondere auf die Aussagen zur Kompensierbarkeit der Verluste und Eingriff in § 62 LG-Biotop zu, 24.01.01 Teil B Seite 65.
- Fehlerhafte Bewertung der Auswirkungen der durch den Bergbau bedingten Folgemaßnahmen; laufend senkungsbedingte Ausbaumaßnahmen am Rhein führen zu Flächenverlusten z.B. Vorlandaufhöhungen, Deichertüchtigung, Folgemaßnahmen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Diese durch den Bergbau bedingten Folgemaßnahmen sind nicht zutreffend in die Beurteilung der Auswirkungen eingestellt worden, siehe auch 30.01.02 Seite 2 u. 3.

8.15.3.1 Einwirkungen auf Tierarten durch Verluste und Veränderungen von Lebensräumen (24.01.01 Teil A Seite 16 – 22)

- Fehlende Berücksichtigung von Tierarten z.B. Insekten des Grünlandes, Laufkäfer der Waldbestände, Fauna Rheinstrom.
- Fehlerhafte Beurteilung der grundsätzlichen Gefährdung der Steinkauzpopulation in der Mommniederung infolge Absterben der Habitate aufgrund Grundwasserstandsänderungen.

8.15.3.2 Fehlerhafte Bewertung der Verluste und Beeinträchtigungen (zumindest über längere Zeiträume) faunistischer Lebensräume durch Aufschüttung im Rheinvorland, durch Deichbaumaßnahmen sowie Gewässerausbaumaßnahmen (z.B. Fischfauna Rhein), 24.01.01 Seite 21,22.

8.15.4 Einwirkungen auf Schutzgut Klima/ Luft (24.01.01 Teil A Seite 22, 23)

- Unzureichende Darstellung der Auswirkungen auf Klima und Lufthygiene; es fehlt eine umfassende klimatische und lufthygienische Bewertung und Darstellung (Feuchtezunahme aufgrund senkungsbedingtem Grundwasseranstieg).
- Unzureichende Darstellung der Vorbelastung bzw. Wechselwirkungen.

8.15.5 Einwirkungen auf das Landschaftsbild (24.01.01 Teil A Seite 23, 24)

- Fehlerhafte Bewertung der Veränderung der natürlichen Morphologie durch die entstehenden Senkungsmulden, da nicht als Eingriff bewertet. Z.B. werden die Veränderung der natürlichen Morphologie durch die entstehenden nebeneinander liegenden Senkungsmulden nicht als Eingriff bewertet und es kommt zu nachhaltigen Veränderungen der typischen niederrheinischen Kulturlandschaft Mommniederung.
- Fehlerhafte Bewertung des Verlustes des Charakters von Fließgewässern als kleinere Tieflandbäche aufgrund der streckenweise großmaßstäblichen Ausbauten. Z.B. sind die starke Eintiefung des Mommbachs und des Rotbachs sowie die starke Verbreiterung des Wasserkörpers infolge Einleitung von Polderwasser nicht als Eingriff in das Landschaftsbild bewertet worden.
- Fehlerhafte Bewertung der Beeinträchtigungen erhaltenswerter Kulturlandschaftsbereiche durch Verlust prägender Vegetation, z.B. Kopfbäume in der Mommniederung.
- Fehlende Bewertung der Ausbaumaßnahmen am Rhein (Vorlandaufhöhungen, Deicherhöhungen, Maßnahmen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung) als Landschaftsbildbeeinträchtigung.

8.15.6 „Natura 2000“ (FFH-Richtlinie und Vogelschutz-Richtlinie der EU)

8.15.6.1 FFH – Gebiete

8.15.6.1.1 Methodische Mängel:

- Bestimmte Schutzgüter (z.B. wandernde Fischarten wie Lachs) wurden überhaupt nicht betrachtet, 24.01.2001 Teil A Seite 37.
- Bestimmte Lebensraumtypen (z.B. 3260 Fließgewässer mit Unterwasservegetation u. 91F0 Hartholzauwald) wurden selbst in der Revision 01 nicht flächendeckend erfaßt oder falsch abgegrenzt, 21.05.02 Seite 4 bis 6 u. 10.
- Der Hartholzauwald (91F0) wird fälschlich als qualitativ geringwertig angesehen, 21.05.02 Seite 9 und 10.
- Der Juchtenkäfer (*Osmoderma eremita*), eine prioritäre Tierart gem. Anhang II FFH-RI, wurde nicht berücksichtigt, obwohl die UVS selbst das Vorkommen bestätigt, 21.05.02 Seite 6.

8.15.6.1.2 Beeinträchtigungen wurden falsch ermittelt:

- Nichtberücksichtigung von Summationseffekten (z.B. bereits genehmigter Kiesabbau im Orsoyer Rheinbogen), 24.01.2002 Seite 36.
- Beeinträchtigungen sind nicht ausreichend berücksichtigt worden, z.B. Schiefstellung und Absenkung der Stillgewässersohlen wird zu positiv gesehen, 21.05.02 Seite 7 u. 8.
- Vernichtung von altem Hartholzauwald (91F0) wird zu unrecht als ausgleichbar angesehen, 21.05.02 Seite 10 bis 12.
- Verluste des prioritären Weidenauwaldes (*91E0) werden als unerheblich angesehen, obwohl 2 % des Gesamtbestandes im FFH-Gebiet Rheinaue Walsum verloren geht und sich erst in Jahrzehnten wieder entwickeln wird.

8.15.6.2 Vogelschutzgebiete

8.15.6.2.1 Methodische Mängel

- Unzutreffende Beschränkung der Betrachtung von Zugvögeln im Sinne von Art. 4 Abs. 2 VS-RI. ausschließlich auf Rast- und Zughabitate z.B. für Turteltaube, Gartenrotschwanz, Dorngrasmücke, 21.05.02 Seite 6 u. 7.
- Der Brutbestand dieser und anderer Arten wird nach veraltetem Untersuchungen abgearbeitet, die auch noch falsch zitiert werden, was zu einer Unterschätzung der Beeinträchtigungen der Arten führt, 21.05.02 Seite 7.

8.15.6.2.2 Beeinträchtigungen von geschützten Vogelarten falsch oder nicht ausreichend ermittelt

- In Zukunft zunehmende Bergsenkungen werden zu unrecht überwiegend als positiv dargestellt, obwohl die besonderen schutzwürdigen Arten Tüpfelsumpfhuhn, Krickente u. Knäkente, Wasserralle u. Zwergtaucher hierdurch verdrängt werden, 21.05.02 Seite 7 u. 8.
- Nötige regelmäßige Aufhöhungen des Rheinvorlandes führen zu langdauernder Nichtnutzbarkeit für bestimmte Vogelarten (z.B. Uferschnepfe) 21.05.02 Seite 8.
- Rasch einsetzende Verluste von Brut- und Rasthabitaten (Rheinkiesufer für Flußregenpfeifer, Weidengebüsche für Knick- und Knäkenten,) durch Bergsenkungen werden in

den Auswirkungen auf die Vogelarten unterschätzt (Nichtbeachtung „time lag“), 21.05.02 Seite 9.

8.15.6.2.3 Faktische Vogelschutzgebiete nicht berücksichtigt

Der Rechtsstatus weiter Teile des betroffenen Gebietes als faktisches Vogelschutzgebiet, das nach der EuGH-Rechtsprechung nicht in seiner ornithologischen Bedeutung beeinträchtigt werden darf, wird nicht beachtet, 24.01.01 Seite 33 u. 34.

8.15.7 Eingriffsregelung unzureichend abgearbeitet

- Gewässerbauliche – unabdingbar notwendige Maßnahmen zum Schutz von Sach- u Kulturgütern - werden nicht als Eingriffe gewertet oder aber zu positiv dargestellt z.B. gewässerbauliche Maßnahmen am Mombach u. am Rotbach/Wohnungswald, Deichbaumaßnahmen, 24.01.01 Teil A Seite 19.
- Nichtdarstellung der auch aufgrund der beabsichtigten Einleitung von Polderwasser in die Fließgewässer notwendigen Fließgewässerausbauten (z.B. Mombach).
- Nichtberücksichtigung der wasserbaulichen Folgemaßnahmen (Wasser- u. Schifffahrtsverwaltung) am Rhein, 24.01.01 Teil A Seite 20.
- Das Ziel- sowie Kompensationskonzept ist unzureichend und nicht nachvollziehbar; fehlender Nachweis der Realisierbarkeit bzw. der Flächenverfügbarkeit, 30.01.02 Seite 2 bis 4.
- Eine Eingriffsbilanzierung mit Gegenüberstellung Eingriffe – Kompensationsmaßnahmen differenziert hinsichtlich Ausgleich und Ersatz liegt nicht vor. Die pauschalisierende Darstellung von Kompensationsmaßnahmen ist völlig ungenügend; es fehlen u.a. Angaben zu den betroffenen Biotopen (Bewertungen) bzw. zu den Kompensationsflächen, siehe auch 30.01.02 Seite 5 und 6, 24.01.01 Teil B Seite 64.

8.15.8 Hochwasserschutz

Unzureichende Bewertung der Hochwassergefährdung für Mensch und Naturhaushalt; unklare Aussagen zur Standsicherheit der Deiche bzw. den vorzusehenden Maßnahmen zur Deichertüchtigung, 24.01.2001 Teil A Seite 38 u. 39.

8.15.9 Schutzgebietsbeeinträchtigungen (Zielkonzept)

Oberflächliche Aussagen im Zielkonzept, fehlerhafte Einschätzung der Auswirkungen auf die Schutzgebiete gemäß Landschaftsplänen, Nichtberücksichtigung der Flächenverfügbarkeit; Quantifizierungen (Eingriffsregelung) fehlen, daher können die Aussagen zu den Zielen der Landschaftsplanung nicht nachvollzogen werden, siehe 30.01.02 Seite 2 bis 4, sowie 24.01.01 Teil A Seite 6.

9. **Stellungnahmen der Bezirksregierung Düsseldorf zur Verträglichkeitsprüfung**

Zutreffend wird die Schutzwürdigkeit der unter Naturschutz stehenden Biotope und Landschaftsbestandteile auch in den Stellungnahmen der Bezirksregierung Düsseldorf vom 27.03.2002, die wir als

beifügen, nachdem zu vermuten ist, daß sich diese nicht mehr bei den Verwaltungsvorgängen befindet, und in der Stellungnahme vom 24.05.2002 – Az.: 51-1-5.6-02-1/01, die sich bei den Verwaltungsvorgängen befindet, dargelegt.

Allerdings wurde in der ersten Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf deutliche Kritik an den Ausführungen und Untersuchungen des Planungsbüros Drecker geübt und es wurden die Unterlagen als insgesamt nicht prüffähig bezeichnet. Nach nur geringfügigen Überarbeitungen, insbesondere der Erstellung von Plänen, die die in den Schutzgebieten eintretenden Senkungen mit hinreichender Genauigkeit erkennen lassen, erfolgte dann - wohl nach wiederholter Intervention des damaligen Regierungspräsidenten der Bezirksregierung Arnsberg, Herrn Kuschke - eine Prüfung der Verträglichkeitsprüfung durch die Bezirksregierung Düsseldorf entsprechend der insoweit maßgeblichen Verwaltungsvorschrift zur FFH-Richtlinie. Diese endete mit folgendem Ergebnis:

"Unter Zugrundelegung der Ausführungen und Annahmen der Verträglichkeitsstudie ist davon auszugehen, daß der Rahmenbetriebsplan zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen des oben genannten Europäischen Vogelschutzgebietes führen wird.

Die ebenfalls oben genannten Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung unterliegen zwar teilweise erheblichen Beeinträchtigungen, die jedoch durch die dargelegten Kompensationsmaßnahmen voraussichtlich soweit behoben werden können, daß die Funktionalität der jeweiligen Schutz-, Erhaltungs- und Entwicklungsziele gewährt bleibt.

Ein solches Ergebnis kann allerdings nur in Betracht gezogen werden, wenn die jeweils genannten gegensteuernden Maßnahmen (Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen) sowie der zur Sicherstellung der Kohärenz von NATURA 2000 notwendigen Ausgleichsmaßnahmen in vollem Umfang und zeitlich rechtzeitig realisiert werden. Dabei muß unterstellt werden, daß die Verträglichkeitsstudie den jeweils rechtzeitig eintretenden Erfolg der Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sowie der Ausgleichsmaßnahmen hinreichend wissenschaftlich untersucht hat und damit eindeutig eine erhebliche Beeinträchtigung ausgeschlossen werden kann.

Insbesondere scheinen die im Untersuchungsgebiet befindlichen prioritären Lebensräume nach den vorliegenden Erkenntnissen nicht erheblich beeinträchtigt zu werden.

Für den nicht auszuschließenden Fall, daß die Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen bzw. Ausgleichsmaßnahmen nicht oder nicht rechtzeitig wirken, bzw. nicht oder nicht in beeinträchtigungsfreier Art durchgeführt werden können oder andere eine erhebliche Beeinträchtigung auslösende Unvorhersehbarkeit

ten auftreten, muß die Zulassung des Vorhabens rückholbar sein, so das eine entsprechende Nebenbestimmung, vorzugsweise eine auflösende Bedingung, ggf. ein Widerrufsvorbehalt aufgenommen werden sollten. Insbesondere sollte dem Projektträger aufgegeben werden, noch vor Wirksamwerden der Zulassung die Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sowie die Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen einer Vorplanung nebst Machbarkeitsstudie und "Bauzeitenplan" - ggf. über einen oder mehrere Sonderbetriebspläne - zu konkretisieren.

Da angesichts der Komplexität und der nicht eindeutig vorhersehbaren Wirkungen erhebliche Beeinträchtigungen im Sinne der Vogelschutz- und/oder FFH-Richtlinie denkbar sind und aufgrund des Fortschritts der Maßnahmedurchführung durch eine Aufhebung der Zulassung nicht mehr verhindert werden können, müßte eine Verpflichtung zur Durchführung der dann zur Sicherung des Zusammenhangs des Europäischen ökologischen Netzes "NATURA 2000" notwendigen Maßnahmen aufgegeben werden.

Bezüglich der dem Vorhaben entgegenstehenden Ge- und Verbote bestehender naturschutzrechtlicher Schutzausweisungen (Landschaftspläne) weise ich darauf hin, daß mit den jeweils zuständigen Trägern der Landschaftsplanung abzuklären ist, ob deren Überwindung im Rahmen von Befreiungsverfahren nach § 69 Landschaftsgesetz möglich ist, oder ob es der Durchführung eines Verfahrens zur Änderung des jeweils betroffenen Landschaftsplanes bedarf."

Eine Prüfung im eigentlichen Sinne fand damit in der abschließenden Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf gerade nicht statt. Es wurde lediglich formal dem Erfordernis der Abgabe einer Stellungnahme der oberen Naturschutzbehörde zu einer FFH-Prüfung Rechnung getragen. Im Ergebnis wurde lediglich die Aussage getroffen, daß, soweit die Annahmen und Aussagen des Gutachters zutreffen, die Verträglichkeit des Projekts mit den Schutz- und Erhaltungszielen der FFH-Gebiete gegeben ist. Inhaltlich werden die Annahmen und Bewertungen des Gutachters in der Stellungnahme durchgängig angezweifelt. Auch die Realisierbarkeit der Vermeidungsmaßnahmen wurde durch die Bezirksregierung Düsseldorf nicht geprüft und betont, daß diese vorlaufend zur verwirklichen sind, damit es nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen kommt. Tatsächlich steht bereits jetzt fest, daß durch den Bergbau vorlaufend zu den Bergsenkungen überhaupt keine Kompensationsmaßnahmen durchgeführt werden. Die vorgesehene Ergänzung des Planfeststellungsbeschlusses auf der Grundlage des Ergebnisses des Monitorings erfolgte bis heute nicht. Damit ergeben sich - auch unter Zugrundelegung der Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf - erhebliche Beeinträchtigungen der betroffenen Schutzgebiete unter Verletzung der insoweit geltenden Schutzbestimmungen. Auch nach der insoweit zum Ausdruck kommenden Auffassung der Bezirksregierung Düsseldorf müßte unter dieser Voraussetzung eigentlich die angegriffene Planfeststellungsentscheidung aufgehoben werden.

10. Schutzwürdigkeit und Bewertung der durch die Abbaueinwirkungen betroffenen Biotop sowie geschützter Landschaftsbestandteile

Eine fachlich zutreffende Einschätzung zur Schutzwürdigkeit der betroffenen Landschaftsschutzgebiete sowie der geschützten Biotop lässt sich – wie bereits angesprochen – den zitierten Stellungnahmen der Bezirksregierung Düsseldorf sowie dem Eilantrag des Kreises Wesel gegen den Rahmenbetriebsplan entnehmen. Demgegenüber beinhalten die Ausführungen der Verträglichkeitsprüfung eine naturschutzfachlichen Kriterien nicht Rechnung tragende Einschätzung der Schutzwürdigkeit der durch die Bergbauauswirkungen betroffenen Gebiete und eine rechtlich unzulässige Relativierung der für diese geltenden Schutzziele. Daher wird im nachfolgenden bezüglich der tatsächlichen und naturschutzfachlichen Darlegungen zu den betroffenen unter Naturschutz stehenden Gebieten im wesentlichen auf die gerade bezeichneten behördlichen Stellungnahmen sowie die Stellungnahmen des Landesbüros der Naturschutzverbände in dem Rahmenbetriebsplanverfahren zurückgegriffen. Nur so lässt sich überhaupt erkennen, daß die Verträglichkeitsprüfung unter Außerachtlassung fachlicher Standards und Ausblendung der gültigen Schutzgebietsfestsetzungen sowie der insoweit geltenden Erhaltungsziele erstellt wurde. Soweit nicht anders gekennzeichnet, sind die nachfolgenden Ausführungen der Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf vom 24.05.2002, die sich bei den Verwaltungsvorgängen befindet, entnommen:

„Vogelschutzgebiet "Unterer Niederrhein" (Gebietsnr. DE-4203-401)

Kurzcharakterisierung

Mit 20.334 ha handelt es sich hier um das größte nordrhein-westfälische Vogelschutzgebiet, welches sich von der Walsumer Rheinaue im Süden bis zur niederländischen Grenze im Norden erstreckt.

Die typische historisch gewachsene Stromtal-Kulturlandschaft ist geprägt durch den Rheinstrom mit episodisch trockenfallenden Sand- und Schlickufern, seine Altarme, Altstromrinnen und Kolke mit Schwimmblatt- und Verlandungsröhrichten, Silberweidenwälder und Weidengebüsche, Abgrabungsgewässer, aber auch Acker- und Grünlandflächen mit teilweise kleinflächiger Kammerung durch Hecken und Kopfbäume.

Schutzwürdigkeit nach Vogelschutzrichtlinie (VSR)

Das Vogelschutzgebiet ist das Überwinterungsgebiet für bis zu 200.000 arktische Gänse. Sie sind lebendiger Ausdruck für die Notwendigkeit eines internationalen Biotopverbundes, der die Niederlande – ebenfalls Überwinterungsquartier – mit dem Niederrhein verbindet, aber auch die im fernen Sibirien befindlichen Brutreviere der Gänse einbezieht. Neben der herausragenden Bedeutung des Gebietes für Blässgans und Saatgans, hat das Vogelschutzgebiet mit seinen zahlreichen Gewässern einerseits für viele hier brütende Vogelarten landesweite Bedeutung, andererseits wird es neben den Gänsen von vielen weiteren Vogel-

arten als Rast- und Überwinterungsgebiet genutzt. Die kiesig, sandigen Rheinufer, aber auch die Ufer der Abgrabungsseen sind ein bevorzugter Brutplatz des Flußregenpfeifers. Im Bereich des Grünlandes, vor allem dann, wenn es in Teilen der Altaue und im Umfeld von Altwässern bei relativ hohem Grundwasserstand nicht zu intensiv genutzt wird, brüten Rotschenkel, Uferschnepfe, Kiebitz, Großer Brachvogel und Wachtelkönig. Die gekammerten Landschaftsteile mit ihren ausgedehnten Kopfbaumbeständen – z.B. Mommniederung – beherbergen ein Schwerpunkt-vorkommen des Steinkauzes in NRW, zugleich eines der bedeutendsten Vorkommen in Deutschland. Die Weichholzaunenwälder und – gebüsche sind der Lebensraummittelpunkt der Nachtigall. Zahlreiche Teilflächen werden wegen ihrer auentypischen Lebensraumausstattung auch als FFH-Gebiet in das Netz NATURA 2000 eingestellt.

Für die Meldung des Gebietes sind die Vorkommen folgender Arten der VS-Rl. ausschlaggebend:

Teichrohrsänger, Bläßgans, Wiesenpieper, Flußregenpfeifer, Wachtelkönig, Weißstorch, Singschwan, Uferschnepfe, Blaukehlchen, Goldregenpfeifer, Schwarzkehlchen, Dunkelwasserläufer, Grünschenkel, Rotschenkel, Löffelente, Knäkente, Saatgans, Tafelente, Nonnengans, Trauerseeschwalbe, Zwergschwan, Zwergsäger, Kampfläufer, Tüpfelsumpfhuhn, Flußseeschwalbe, Bruchwasserläufer, Waldwasserläufer.

Das Gebiet hat darüber hinaus für weitere Arten der VS-Rl. Bedeutung:

Spießente, Krickente, Rohrdommel, Bekassine, Gän-säger, Großer Brachvogel, Eisvogel, Rohrweihe, Nachtigall, Pirol, Kiebitz.

Rheinvorland bei Mehrum, Nordteil

Kurzcharakterisierung:

Das Gebiet umfaßt den nördlich an das NSG "Rheinvorland und Kolk" angrenzenden Teil des Rheinvorlandes und ist weitgehend von großflächig offenem Grünland mit geringem Anteil an eingestreuten Gehölzinseln, Kleinwäldern, Heckenstrukturen, Einzelgehölzen sowie sukzessiv aufwachsenden, flächenhaften Gehölzbeständen im Gebüsch-/Vorwaldstadium charakterisiert.

Der Uferverlauf des Rheins ist gekennzeichnet von einem bis zu 100 m breiten, mehr oder weniger vegetationsfreien Spülsaum; teilweise sind verschiedene

Sand- und Kiesfraktionen sedimentiert worden. Von Osten aus dem NSG "Momm-Niederung" kommend, verläuft die begradigte, durch den Rückstau des Rheins überwiegend stehendes Wasser führende Momm nordwärts durch die Aue.

An den steilen Uferböschungen stocken alte, geschlossene Gehölzsäume aus Bruchweiden, Kopfeschen, Erlen, Hainbuchen und einer Reihe sehr alter Pappeln. Die Mündung der Momm ist durch Kiesablagerungen verlandet.

Lebensraumtypen des Anhangs I der FFH-Rl.

Weidenauenwaldbestände	(potenziell)
LÖBF-Code: AE21	
Ufergehölze	(potenziell)
LÖBF-Code: BE0, BE7	
Röhrichte	(potenziell)
LÖBF-Code: CF0	

Arten von gemeinschaftlichem Interesse des Anhangs II der FFH-Rl.

Pflanzen- und Tierarten des Anhangs II wurden nicht nachgewiesen.

Vogelarten des Anhangs I der Vogelschutz-Rl.

Rohrweihe	Brutzeitgastvogel
Schwarzmilan	Brutzeitgastvogel
Kornweihe	Durchzügler

Der Argumentation des Gutachters, die Kornweihe gälte deshalb als Durchzügler, weil sie in NRW ausgestorben sei, kann nicht gefolgt werden.

Regelmäßig auftretende, nicht in Anh. I aufgeführte Zugvogelarten gem. Art. 4 (2) VSR

Kiebitz
 Flußregenpfeifer *
 Rotschenkel *
 Wiesenpieper *

(Für die mit * gekennzeichneten Arten liegen Brutzeitfeststellungen vor.)

Darüber hinaus stellt der Bereich einen Hauptäusungsplatz für rastende und überwinterte Gänse dar.

Schutzwürdigkeit nach FFH-/Vogelschutz-Rl.

Die Vorkommen von Lebensraumtypen des Anhangs I und von Tierarten des Anhangs II der FFH-Rl. sind als nicht relevant im Sinne der FFH-Rl. anzusehen. Die Bestände der Lebensraumtypen sind derzeit als nicht signifikant einzustufen. Eine besondere Schutzwürdigkeit ergibt sich aus dem extensiv genutzten Grünland, den Brachen, Hochstaudenfluren und Röhrichten im Bereich des Rheinhochwassers und dem weitgehend vegetationsfreien Rheinufer für brütende, ziehende und rastende Vogelarten.

Schutz-, Erhaltungs- und Entwicklungsziele

- Schutz des Feuchtgebietes "Unterer Niederrhein" (GEP Düsseldorf) insbesondere aufgrund seiner Bedeutung als Rast-, Brut- und Nahrungsraum für Wat- und Wasservögel sowie für bedrohte Tier- und Pflanzenarten (LP Dinslaken/Voerde)
- Erhalt und Optimierung einer strukturreichen Grünlandnutzung im Überflutungsbereich (LP Dinslaken/Voerde, LÖBF BK 4405-119)
- Beibehaltung der Grünlandnutzung (UQZ Kreis Wesel, LP Dinslaken/Voerde, LÖBF BK 4405-119), Extensivierung der intensiv genutzten Bereiche (LÖBF BK 4405-119)
- Erhalt des Reliefs (UQZ Kreis Wesel, LP Dinslaken/Voerde)
- Nutzungsaufgabe im Bereich des Rheinhochwassers (Sukzession) (LÖBF BK 4405-119)
- Renaturierung der Momm (LP Dinslaken/Voerde, LÖBF BK 4405-119)
- Kopfbäume pflegen, Nachpflanzen abgängiger Kopfbäume (UQZ Kreis Wesel, LP Dinslaken/Voerde (LÖBF BK 4405-119)
- Schaffung von Pufferzonen um die Kleingewässer (LÖBF BK 4405-119)

Zu erwartende Auswirkungen des Vorhabens ohne gegensteuernde Maßnahmen (Anmerkung: Es handelt sich nachfolgend um in die Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf eingerückte Aussagen der Verträglichkeitsprüfung der Beigeladenen)

Das Teilgebiet würde Senkungen von bis zu ca. 4 m erfahren, woraus sich bis 2019 Übersauungsflächen im Bereich "Lange Ward" und entlang des Momm-bachs ergäben. Flurabstände zwischen 0.0 und 1.5 m würden überwiegen.

Etwa ein Fünftel (25 ha) des Teilgebiets würde überstaut, im Bereich von ca. 10 ha würde der mittlere Grundwasserstand auf der Höhe der Geländeoberfläche schwanken. Bei den betroffenen Biotoptypen handelt es sich überwiegend um nährstoffreiches Grünland. Neben dem Verlust des Momm-bachunterlaufes und

seiner gehölzgeprägten Begleitvegetation würden ausgedehnte Grünlandflächen und Weidenufergebüsche überstaut. An ihrer Stelle würde sich aufgrund des Rheineinstaus ein relativ breites Gewässer entlang des Mommbachunterlaufes einstellen, welches permanent an den Rheinangebunden wäre und Altarmcharakter hätte.

Dabei würden auch Gebiete überflutet, die potentiell von VSR-Arten während der Rast- und Zugzeit genutzt werden. Das großflächige Flachgewässer mit den entstehenden Uferstrukturen ließe eine artenreiche Avizönose solcher Lebensräume erwarten.

Zur Zug- und Rastzeit könnten sich aufgrund der verschiedenen Wassertiefen der überstauten Flächen Arten mit den entsprechenden Ansprüchen einstellen. Bei den nachgewiesenen Arten, für die nach Art. 4 (2) VSR Schutzmaßnahmen erforderlich sind, ergäben sich folgende Auswirkungen:

Der Rotschenkel wurde in einem Rheinuferabschnitt festgestellt, der vorhabenbedingt nicht betroffen ist. Die Habitate des Flußregenpfeifers würden sich kontinuierlich über einen längeren Zeitraum verlagern; die Habitatstrukturen blieben für die Art durch sukzessive Neubildung erhalten, so die Aussage des Gutachters. Dies impliziert einen Idealzustand in der Art, daß sich das Rheinufer kontinuierlich, - d.h. über einen längeren Zeitraum hinweg - absenken wird, während sich die Sand- und Kiesufer so kurzfristig neu entwickeln, daß sie der Ausprägung des Status quo gleichartig und -wertig sind und somit zu keinem Zeitpunkt ein Verlust von Habitatstrukturen insbesondere des Flußregenpfeifers zu besorgen ist. (Anmerkung des Unterzeichners: hier endet die Einrückung der Aussagen der Verträglichkeitsprüfung und folgt die eigene Bewertung der oberen Naturschutzbehörde)

Allgemein gilt, daß sich die relevanten Geländesenkungen innerhalb der ersten Monate nach dem untertägigen Abbau einstellen. Unter dieser Voraussetzung wären die Sand- und Kieshabitats senkungsbedingt zunächst von einem Totalverlust betroffen. Dann erst schliesse sich die Entwicklung vom überstauten Grünland über Mutterbodenabtrag hin zur Sedimentation von Sand und Kies und Ausbildung der ehemaligen Sand- und Kiesufer an. Die Neubildung von Kiesufern und Ufergehölzen in ehemaligen Grünlandflächen dürfte demnach einen wesentlich längeren Zeitraum beanspruchen.

Der Schlußfolgerung des Gutachters, daß sich hier keine vorhabenbedingten Auswirkungen auf die Habitate des Flußregenpfeifers ergäben, kann nur unter der Voraussetzung gefolgt werden, daß über den gesamten

Abbauzeitraum hinweg tatsächlich die relevanten Habitatstrukturen in diesem Teilgebiet in ausreichendem Maße vorhanden wären und demgemäß keine starke oder zeitweilige Beeinträchtigung der dort vorkommenden Arten des Anhangs I zu besorgen wäre. (Anmerkung: Es folgt erneut eine Wiedergabe von Aussagen der Verträglichkeitsprüfung)

Da die durch Überstauung betroffenen Flächen stärker durch Gehölzstrukturen gegliedert sind, Kiebitz und Wiesenpieper aber weithin offene, ebene gehölzarme Flächen mit spärlicher oder fehlender Vegetation bevorzugen, wären diese beiden Arten durch die Überstauung nicht relevant beeinträchtigt.

Ferner würden zwei Teilflächen mit einer Gesamtgröße von ca. 25 ha mit einer lt. gutachterlicher Einschätzung aufgrund vorhandener Vegetationsstrukturen nur geringen Bedeutung als Gänserast- und Überwinterungshabitate vorhabenbedingt überstaut.

Verträglichkeit mit den Schutz- und Erhaltungszielen

Das Vorhaben wäre mit folgenden Schutz- und Erhaltungszielen nicht vereinbar:

Erhaltung der Landschaftsstrukturen,
Beibehaltung /Extensivierung der Grünlandnutzung

Verbleib von erheblichen Beeinträchtigungen nach Durchführung gegensteuernder Maßnahmen

Durch die geplanten Polderungsmaßnahmen in der benachbarten Mommniederung würden die großflächigen Überstauungen stark reduziert. Die Überstauungen entlang des Mommbaches beschränkten sich auf einen Bereich ca. 700 m oberhalb der Mündung, die Breitenausdehnung würde wesentlich verringert. Das zukünftige Senkungsgewässer südlich des Mommbaches würde auf 8 - 9 ha reduziert. Der Rotschenkel wurde in einem Rheinuferabschnitt festgestellt, der vorhabenbedingt nicht betroffen wäre. Die Habitate des Flußregenpfeifers würden sich kontinuierlich über einen längeren Zeitraum verlagern, vorausgesetzt, die Habitatstrukturen blieben für die Art durch sukzessive Neubildung erhalten (s. obige Anmerkungen).

Da die durch Überstauung betroffenen Flächen stärker durch Gehölzstrukturen gegliedert sind, Kiebitz und Wiesenpieper aber weithin offene, ebene gehölzarme Flächen mit spärlicher oder fehlender Vegetation bevorzugen, würden diese beiden Arten durch die Überstauung nicht relevant beeinträchtigt.

Ferner würden von zwei Teilflächen mit einer Gesamtgröße von ca. 25 ha insgesamt 11 ha mit einer laut. gutachterlicher Aussage aufgrund vorhandener Vegetationsstrukturen nur geringen Bedeutung als Gänserast- und Überwinterungshabitate vorhabenbedingt überstaut.

Mit der senkungsbedingt erforderlichen Aufhöhung des Hochwasserschutzdeiches zwischen Mehrum und Spellen wäre die landseitige Verbreiterung der Deichbasis verbunden. Zur Vermeidung und Minderung von Lärm und Bewegungsunruhe sollten die Baumaßnahmen bevorzugt außerhalb der Hauptbrut- und -zugzeiten, d.h. im Hoch- und Spätsommer durchgeführt werden. Somit könnten Auswirkungen auf das Gebiet auch unter Berücksichtigung von Summationswirkungen vermieden werden.

Die beschriebenen Veränderungen verhalten sich nach Aussage des Gutachters konform zu den Festsetzungen des Landschaftsschutzgebietes "Rheinvorland" des Landschaftsplanes "Dinslaken / Voerde".

Ausnahmen nach § 62 LG NW wären aufgrund fehlender Betroffenheit entsprechender Biotope nicht erforderlich.

NSG "Rheinvorland und Kolk westlich Mehrum"

Kurzcharakterisierung

Das Gebiet südwestlich von Mehrum umfaßt die unmittelbar am Rheinufer gelegenen Flächen des Deichvorlandes im Mehrumer Rheinbogen. Das Rheinufer besteht über weite Strecken aus 30-80 m breiten, zumeist vegetationsfreien Sand- und Kiesbänken, selten mit schütterer Pioniervegetation.

Das rheinnahe Grünland wird extensiv bzw. gar nicht genutzt. In dem stark reliefierten Bereich wechseln Rohrglanzgras-, Quecken- und Sumpfkressenbachfluren mit offenen Bodenbereichen und Gehölzaufwuchs. Das nordöstlich angrenzende, höher liegende Grünland wird intensiv genutzt.

An der nördlichen Grenze befindet sich ein ehemaliger, ca. 300 m langer Kolk, der vom Rheinhochwasser erfasst wird und offenbar nicht völlig austrocknet, während ein 300 m südlich gelegener Kolk in Trockenzeiten vollständig austrocknet.

Südlich von Mehrum befindet sich ein Kiessee mit Anschluß zum Rhein. Die geschützten Arten sowie die

Schutz und Erhaltungsziele sowie die Vorgaben der Landschaftspläne können dann im weiteren wiederum der Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf entnommen werden, auf die insoweit verwiesen wird.

Der Kreis Wesel hat in seinem gegen den Rahmenbetriebsplan gerichteten Eilantrag bezüglich der Beeinträchtigung des Rheinvorlandes durch das Abbauvorhaben folgendes ausgeführt:

„Es handelt sich bei dem Schutzgebiet um ein weitgehend von natürlichen Gestaltungsprozessen des Rheines geprägtes Gebiet, in dem die Verbindung der wechselnden Wasserlinie mit dem natürlich entstandenen Kiesufer für die Bedeutung im Hinblick auf den Artenschutz maßgebend sind. Gerade die langjährigen Bemühungen zur Verbesserung der Wasserqualität des Rheines haben dazu geführt, daß seltene und bereits als ausgestorben geltende Arten den Lebensraum Rhein zurückerobert haben. Dies gilt für Fische, Muscheln, Insekten und viele weitere Lebensformen. Vergleichbares gilt auch für die uferbewohnenden Vögel. Diese Lebewesen sind auf bestimmte Lebensraumstrukturen angewiesen. So stellt Dr. Stefan Staas, Zoologisches Institut der Universität zu Köln in einem Aufsatz über die grundlegenden Untersuchungen des Landes NRW zum Jungfischauftreten im Rhein (Staas in LÖBF-Mitteilungen 2/98 - Anlage 9) fest, ... Die Untersuchungsergebnisse belegen eine Rehabilitation der Fischartengemeinschaft im Niederrhein, die im Wesentlichen auf die verbesserte Wasserqualität zurückgeführt werden muß. Insbesondere die ökologisch anspruchsvollen Arten aus der Gruppe rheophiler Kieslaicher, deren Bestände in der Vergangenheit weitgehend ausgelöscht oder dramatisch zurückgegangen waren, finden im Rhein wieder gute Reproduktionsmöglichkeiten vor ... Diese Entwicklung ist aber eindeutig an das Vorhandensein längerer, unverbauter Flußabschnitte mit naturnahen Kiesstrecken vor breiten Uferbänken gebunden ... Diese Uferabschnitte sind daher unbedingt zu erhalten.

Vor diesem Hintergrund ist heute die Artausstattung des Naturschutzgebietes wesentlich besser bekannt als zum Zeitpunkt seiner Festsetzung. Es ist nicht sachgerecht, daß sich die Artenerbung im Rahmen der Umweltverträglichkeitsstudie auf weit zurückliegende Zeitpunkte (1995 bis 1996) bezieht. Zudem läßt die Umweltverträglichkeitsstudie die eigentlich grundlegende Lebensgemeinschaft des Rheinstroms und der Uferzonen ganz außer acht. Dagegen wurden Amphibien als Indikatorarten für die Aue herangezogen. Die untersuchten Amphibien können jedoch im Uferbereich des Rheins gar nicht dauerhaft leben. Diese

grundlegenden Mängel der Umweltverträglichkeitsstudie wurden im Verfahren nicht ausgeräumt.

Die im Kreis Wesel auf beiden Seiten des Rheines liegenden Uferbereiche sind insgesamt als Naturschutzgebiete, nur nördlich des Naturschutzgebiets 2.2.2 als Landschaftsschutzgebiet festgesetzt. Durch die zunächst linksrheinisch, in den letzten Jahren aber auch auf der rechten Rheinseite einsetzenden bergbaubedingten Absenkungen der Ufer war die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSA) zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs gezwungen, in diesem Rheinabschnitt alle Ufer technisch zu befestigen und die Kiesufer zu beseitigen. Vor diesem Hintergrund sind im Untersuchungsgebiet der Umweltverträglichkeitsstudie zwischen 1998 und 2002 das gesamte linksrheinische Ufer und auch ein mehrere hundert Meter langer rechter Uferabschnitt des Naturschutzgebiets so ausgebaut worden, daß eine Lebensraumfunktion für die zu schützenden Arten nicht mehr gegeben ist. Der verbleibende Uferstreifen zwischen Voerde Ork (Rheinkilometer 808,3) und der Ausbaustrecke im NSG 2.2.2 (Rheinkilometer 804,5) ist damit das letzte noch verbliebene natürliche Kiesufer im Untersuchungsgebiet. Die wenigen übrigen Kiesufer im Kreis Wesel sind aufgrund ihrer geringen Größe und Ausprägung auch im Hinblick auf die Funktion für den Naturhaushalt nicht vergleichbar.

Die aktuelle Situation des Rheinufers Kilometer 804,5 und 807,5 wurde in der Fotodokumentation vom 16.07.2002 dargestellt (Anlage K 10). Die Fotos zeigen sowohl die von wechselnden Wasserständen verursachten dynamischen Veränderung und Entwicklungsstadien des Ufers und seiner Vegetation als auch die erheblichen und nachhaltigen Veränderungen, die im Zusammenhang mit den o.g. Uferbefestigungen durch die Wasserschifffahrtsverwaltung entstanden sind.

In der Stellungnahme der Bezirksregierung vom 24.05.2002 (Anlage K 16) heißt es dann weiter:

„NSG "Mommniederung"

Kurzcharakterisierung

Die Momm-Niederung ist eine bis zu 1.500 m breite Rheinschlinge, die überwiegend landwirtschaftlich als Grünland genutzt wird. Sie wird durch eine Vielzahl von frei wachsenden Weißdornhecken, Kopfbaumreihen und Einzelbäumen gegliedert. Die Momm, die aufgrund ihres bogenförmigen Verlaufs dem Gebiet die Morphologie verleiht, ist über weite Strecken grabenartig ausgebaut und führt nur selten Wasser. Das

Gewässer wird größtenteils von einem dichten Strauch- und Krautsaum begleitet, der mitunter einige Kopfbäume enthält. In einigen Grabenabschnitten bleibt längere Zeit Wasser stehen.

In den ufernahen Bereichen solcher Abschnitte haben sich feuchte- und nässeabhängige Lebensräume (zumeist Feuchtgrünland) erhalten bzw. entwickelt. Die geschützten Lebensraumtypen und Arten sowie die Schutzziele und rechtsverbindlichen Schutzfestsetzungen können im weiteren dann wiederum der Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf entnommen werden, so daß von einer Einrückung der entsprechenden Textpassagen abgesehen wird.

Als Ergebnis ergibt sich bezüglich der Beeinträchtigung der Mommniederung aus der Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf folgendes:

„Zusammenfassend ist festzuhalten, daß aufgrund der flächenhaften Übersäunungen 1. Erhaltungs- und Entwicklungsziele des Gebietes großflächig nicht realisiert werden könnten und 2. ein Teil des Vogelschutzgebietes Unterer Niederrhein stark beeinträchtigt würde.

Verbleib von erheblichen Beeinträchtigungen nach Durchführung gegensteuernder Maßnahmen

Den dargestellten großflächigen Übersäunungen würde durch folgende Maßnahmen entgegengesteuert: Nach Planung des Lippeverbandes soll die Grundwassersituation durch Kontaktherstellung zum Mommmbach innerhalb zweier Gewässerabschnitte geregelt werden (Infiltration und Ableitung des Grundwassers). Auf Teilstrecken des Mommmbachs zwischen den Kontaktstrecken ist eine Sohlvertiefung und niedrige Verwaltung sowie eine Hebeanlage vorgesehen. Abschnittsweise zu beseitigende Ufergehölze am Mommbachunterlauf würden durch Pflanzungen entlang des zukünftig naturnah umgestalteten und mit einer permanenten Wasserführung ausgestatteten Mommmbaches ersetzt. Weitere Maßnahmen zur Regelung der Grundwassersituation wären die vom Lippeverband geplanten Brunnengalerien Mommmbach, Mehrum-Nord und Mehrum-Ost.

Durch die senkungsbedingt erforderliche Deicherhöhung zwischen Götterswickerhamm und Spellen und die damit verbundene landseitige Verbreiterung der Deichbasis um 40-50 m wären keine Flächen mit Bedeutung für Rast- und Überwinterungsvögel betroffen.

Da durch die geplanten Maßnahmen die Grundwasserstände bis auf einige kleinere Bereiche in der gesamten Momm-Niederung auf Werte von mehr als 1 m

unter Flur eingeregelt würden, bliebe die für die Steinkauzpopulation als Lebensraum bedeutsame, durch Kopfbäume, Obstwiesen und Hecken gegliederte Grünlandniederung vollständig erhalten. Verluste von Kopfbäumen wären nicht zu erwarten.

Aufgrund der grundwasserregelnden Maßnahmen blieben die großflächigen Acker- und Grünlandgebiete der Mommniederung als Rast- und Äsungsflächen für Wildgänse vollständig erhalten.

Auch unter Berücksichtigung der Summationswirkungen verblieben keine Konflikte mit den Schutz- und Erhaltungszielen.

Durch die Maßnahmen am Deich, am Mommbach und an der Kläranlage Voerde würden die Verbote, Gehölze, wildwachsende Pflanzen und Tierlebensstätten zu beschädigen, nicht eingehalten. Darüber hinaus würden die Verbote bauliche Anlagen zu errichten, Abgrabungen oder Ausschachtungen vorzunehmen und unterirdische Leitungen zu verlegen nicht eingehalten.

Die Gehölzverluste entlang des Mommbaches sowie entlang des Deiches zwischen Götterswickerhamm und Spellen widersprechen dem Verbot geschützte Landschaftsbestandteile zu beschädigen. Darüber hinaus liefe die Feuchtzunahme und Abtrocknung von (Feucht-) Grünlandflächen, die Schaffung und Veränderung von Gewässern und die Veränderung der Grundwasserflurabstände den Ver- und Geboten des Landschaftsplanes, die das Grundwasserregime betreffen, zuwider.

Ausnahmen nach § 62 LG-NW wären aufgrund der Betroffenheit entsprechender Biotope erforderlich.“

Der Kreis Wesel (örtlich zuständige Naturschutzbehörde) hat in seinem gegen den angegriffenen Rahmenbetriebsplan gerichteten Eilantrag das Naturschutzgebiet Mommniederung und die Folgen des Bergbauvorhabens für dieses Gebiet demgegenüber zutreffend wie folgt beschrieben:

„NSG Mommniederung (Gliederungsnummer 2.2.1 – Seite 66 ff. LP Dinslaken-Voerde)

Die Mommniederung liegt mit 599 ha vollständig in der Bergsenkungsfläche. Sie stellt einen in sich geschlossenen Grünlandbestand mit einer reichen Ausstattung mit Kopfbäumen und Hecken dar. Diese Landschaft ist aus mittelalterlichen Nutzungsstrukturen überkommen und in dieser Homogenität und reichen Ausstattung zugleich typisch und einzigartig für den Niederrhein. Die Mommniederung hat neben ihrer hohen Bedeutung für Biotop und Artenschutz und

Kulturlandschaftsschutz als herausgehobenes Naturschutzgebiet Symbolwirkung für den Naturschutz in NRW.

Das Naturschutzgebiet ist geprägt durch eine für den Niederrhein typische Geländeform. Es handelt sich um eine verlandete Altrheinschlinge. Dieser zur Niederterrasse und zu dem zwischen Rhein und Altrheinschlinge eingeschlossenen Niederterrassenrest durch einen markanten Höhenanstieg gekennzeichnete Bereich ist durchgängig als Grünland genutzt und mit vielen Kilometern Hecken und einigen hundert Kopfbaumbäumen gegliedert. Die Kopfbaumbestände bilden gemeinsam mit den benachbarten Obstwiesenbeständen der Niederterrasse den Lebensraum der größten Population des Steinkauzes in NRW. Das Gebiet ist von hervorragender Schönheit und auch als Erholungsgebiet von außerordentlicher Bedeutung.

Vergleichbare Landschaftsstrukturen wie die Mommniederung waren teilweise im Orsoyer Rheinbogen und in der Walsumer Rheinaue zu finden. Sie sind aber dort durch massive Bergsenkungen, Abgrabungen und sonstige Kultureinflüsse verloren gegangen. Die Mommniederung stellt damit ein letztes Beispiel dieser kulturhistorisch bedeutsamen Landschaftsform im Kreisgebiet dar. Vergleichbar gut ausgestattete Heckenniederungen finden sich am gesamten Niederrhein nicht mehr.

Art des unabweisbar mit dem Bergbau verknüpften Änderungen der Bodengestalt und der Grund- und Oberflächen- und Hochwasserwasserverhältnisse und der damit verknüpften Auswirkungen auf die Schutzgegenstände:

Durch die Absenkung des Geländes kommt es zunächst zu Einmuldungen, die das typische Geländere relief der Altstromrinne überformen und die besondere Eigenart des Gebietes überprägen. Des weiteren treten Risse oder Kanten im Gelände auf, die die landwirtschaftliche Flächennutzung unzumutbar erschweren und eingeebnet werden müssen. Dies führt zu Eingriffen in die gewachsene Bodenstruktur und die alten Grünlandbestände, ggf. auch zur Vernichtung von Hecken und Bäumen. Des weiteren wird das Gefälle im Momm bach grundsätzlich verändert. Die heute noch feuchten und im Winter zumeist überstauten Flächen im Bereich „Am Meer“ werden zukünftig trockengepumpt. Die naturgegebene Dynamik der hohen und niedrigen Wasserstände wird dann durchbrochen. Es sind technische Ausbaumaßnahmen und Wasserbauwerke in der Mommniederung erforderlich.

Zunächst wird das Grundwasser so ansteigen, daß die Wurzeln der Bäume ins Grundwasser eintauchen können. Die Annahme der UVS, daß die alten, nicht zu ersetzenden Kopfbäume diese Änderungen noch ertragen, ist nicht bewiesen. In vergleichbarer Situation in der Walsumer Rheinaue sind die größten Teile der Kopfbäume tatsächlich abgestorben. Dem kann auch nicht entgegengehalten werden, daß eine gegenwirkende Absenkung des Grundwassers künstlich herbeigeführt wird. Die Bodensenkungen erfolgen muldenartig und nicht gesamtflächig. Dagegen wirken die pauschal genehmigten Grundwasserabsenkungen zum Schutz des Wasserwerks Löhnen flächig bzw. trichterartig. Somit kommt es u.U. zwar zur Einstellung eines mittleren Grundwasserstandes. Bezogen auf die Pflanzenstandorte aber sind immer graduelle Abtrocknungen oder Vernässungen die Folge sein.

Ebenfalls von gravierender Bedeutung ist der erforderliche Ausbau des Mommbachs. Wegen des Absinkens großer Landschaftsteile aus Auelehm muß eine technische „Entspannung“ des Grundwasserleiters erfolgen. Es ist geplant, die Sohle des Mommbach bis auf die wasserführenden Schichten zu schlitzen. Die Ausbautiefen für die Neuanlage des Mommbachs von ca. 3 m führen zu einer erforderlichen Breite bis zu 30 Metern innerhalb des NSG. Ein solches neues Fließgewässer stellt ein völlig fremdes Element dar.

Ebenso wird die Aue unter das Niveau der Rheinsohle abgesenkt. Die Mommniederung als ehemaliger Altrhein muß generell als Retentionsraum für Rheinhochwässer gelten und ist - gerade auch durch die geplanten Abbauvorhaben des Bergbaus unter den Deichen - hochwassergefährdet. Anders als in historischer Zeit, könnte ein Hochwasser bei einem Deichbruch nicht mehr natürlich in den Rhein abfließen. Die längere Dauer einer solchen Überflutung würde die Baum- und Heckenbestände zum Absterben bringen.

Behandlung in der UVS und im Planfeststellungsverfahren:

Der UVS-Autor unterstellt, daß alle Schäden durch Einregulierung des Grundwasserstandes vermieden werden können. Diese Auffassung ist so pauschal nicht zutreffend und nicht realisierbar.

Im Planfeststellungsverfahren wurde auch dieser Konflikt nicht bewältigt. Weder wurden in den Antragsunterlagen plausible Angaben zur Konfliktbewältigung gemacht noch hat die verfahrensführende Behörde den Konflikt trotz der Beteiligung der Fachbehörden erkannt. Das Problem wurde auch im Erörterungsverfahren nicht gelöst. Insbesondere ist nicht erkannt

worden, daß in eine hochgradig schutzwürdige Landschaftsstruktur irreversibel eingegriffen wird. Nachfolgende insbesondere wasserrechtliche Verfahren wären nicht geeignet, eine Problembewältigung herbeizuführen.

Konsequenzen für die Landschaftsplanung:

Die genannten Schutzzwecke sind in vielen Punkten in Frage gestellt. Der Schutzgegenstand beruht vorrangig in der Bedeutung der Mommniederung als historisch gewachsene Kulturlandschaft mit entsprechender Ausstattung. Dieser Schutzgrund würde entfallen. Es müsste eine grundlegende Änderung des Landschaftsplanes erfolgen. Die Ausweisung als NSG und die damit verknüpften weitreichenden Einschränkungen der Landwirtschaft wären nicht mehr vertretbar.“

In der bereits mehrfach zitierten Stellungnahme der Bezirksregierung (Anlage K 16) wird dann weiter folgendes ausgeführt:

„FFH-Meldegebiet "NSG Rheinaue Walsum und NSG Rheinaue Walsum/Dinslaken" (Gebietsnr. DE-4406-301)

Kurzcharakterisierung

Das NSG Rheinaue Walsum befindet sich zwischen der Stadtgrenze von Dinslaken im Norden, dem Bahndamm, der Kaiser- und Königsstraße im Osten, dem Hafen Walsum im Süden und dem Rhein im Westen zwischen den Strom-km 792 und 797.5.

Das NSG Rheinaue Walsum/Dinslaken grenzt mit einer Breite von ca. 150 m im Nordosten an das NSG Rheinaue Walsum an. Das Gebiet erstreckt sich in nordwestlicher Richtung auf einer Länge von etwa 1.500 m parallel zur Straße "Rheinaue" und biegt bei Stapp nach Norden ab, wo es auf Höhe der Emschermündung endet.

Dieses Gebiet, als abwechslungsreicher und vielgestaltiger Teil der Rheinaue im Raum Duisburg, zeichnet sich durch eine auetypische Lebensraumausstattung aus, wobei die Gewässerkomplexe und Weichholzauenwaldbestände hervorzuheben sind. Neben verschiedenen Stillgewässern, z.T. mit Schwimmblattvegetation und Röhrlichzonen, finden sich feuchte Grünlandbereiche, die durch verschiedene Gehölzstrukturen in Form von Hecken, (Kopf)Baumreihen, Einzelbäumen, Feldgehölzen, Obstweiden und Silberweidenauwald reich gegliedert sind.

Das Gelände setzt sich aus zwei unterschiedlichen Teilgebieten zusammen, die durch einen Deich getrennt werden. Im westlichen Teil (Rheinvorland) wird das Grünland in unmittelbarer Nähe des Rheins als Feuchtweide, in Deichnähe als Fettweide genutzt. In diesem Teil liegen mehrere Abtragungsgewässer von erheblicher Größe.

Im Osten der Aue liegt in einer Altstromrinne ein größeres Feuchtgebiet mit Weidengebüschen, Sumpf-, Röhricht- und Feuchtgrünlandbereichen. Weiterhin gibt es hier zerstreut liegende, temporär oder ständig wasserführende Tümpel verschiedener Größe. Die meisten stellen durch Bergsenkung vertiefte Altstromrinnen dar, einige entstanden durch alte Lehmagrabungen. Ihre Wasserstände werden von den Hochwässern des Rheins stark beeinflusst.

Der das Gebiet durchfließende Bach ist vollständig kanalisiert, weist an den Böschungen jedoch teilweise einen Röhrichtsaum und begleitende Ufergehölze auf. Im Nordosten befindet sich eine alte Abgrabungsfläche, die im Kontakt zum Bach einen Silberweidenauenwald aufweist. Binnendeichs liegt ein durch Hecken, Feldgehölze, Baum- und Kopfbaumreihen sowie Einzelbäume stark gegliedertes, abwechslungsreiches Weideland. Eine ca. 600 x 500 m große, von zahlreichen Wasservögeln besiedelte Wasserfläche, teilweise mit Röhrichtsaum und aufkommenden Weiden, weist kleinflächig Schwimmblatt-Vegetation und submerse Vegetation auf. In der Wasserfläche stehen abgestorbene Bäume. An einem kleineren, teilweise verlandeten Stillgewässer dominieren Weiden bis zu 8 m Höhe.

Das Gebiet der Rheinaue Walsum ist Teilfläche des international bedeutsamen Feuchtgebietes Unterer Niederrhein. Bezüglich der geschützten Lebensraumtypen und Arten sowie der Schutzziele und der rechtsverbindlichen Schutzfestsetzungen wird im weiteren wiederum auf die Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf (Anlage K 16) verwiesen. Zur Schutzwürdigkeit nach der FFH- und Vogelschutzrichtlinie hat die Bezirksregierung Düsseldorf folgendes ausgeführt:

„Schutzwürdigkeit nach FFH-/Vogelschutz-Rl.

Das Gebiet ist als Naturschutzgebiet ausgewiesen und im Kataster der schutzwürdigen Biotope der LÖBF verzeichnet.

Das Gebiet, als abwechslungsreicher und vielgestaltiger Teil der Rheinaue im Raum Duisburg, zeichnet sich durch eine auetypische Lebensraumausstattung aus, wobei die Gewässerkomplexe und Weichholzaunenwaldbestände hervorzuheben sind. Neben verschiedenen Stillgewässern, z.T. mit Schwimmblattvegetation und Röhrichtzonen, finden sich feuchte Grünland-

bereiche, die durch verschiedene Gehölzstrukturen in Form von Hecken, (Kopf)Baumreihen, Einzelbäumen, Feldgehölzen, Obstweiden und Silberweidenauwald reich gegliedert sind. Das Gebiet ist wichtiger Rast- und Nahrungsplatz für überwinterte Gänse sowie Brutplatz für über 100 Brutvögel. Neben den 30 VSR-Arten wurden seit 1970 etwa 100 weitere Arten nachgewiesen (67 davon als Brutvögel im Jahre 1996). Die vorliegenden ornithologischen Untersuchungen belegen die Sonderstellung des Gebietes auch im Vergleich zu anderen Teilgebieten des Feuchtgebietes Unterer Niederrhein. Als typische Brutvögel der mit Gehölzen reich strukturierten Kulturlandschaft sind Nachtigall und Steinkauz hervorzuheben. Zahlreiche Kleingewässer dienen darüber hinaus als Laichgewässer für verschiedene Amphibienarten. So kommt der Kammmolch hier in einer seiner größten Populationen im Naturraum vor.

Schutz-, Erhaltungs- und Entwicklungsziele

- Schutz des Feuchtgebietes „Unterer Niederrhein“ (GEP Düsseldorf) insbesondere aufgrund seiner Bedeutung als Rast-, Brut- und Nahrungsraum für Wat- und Wasservögel sowie für bedrohte Tier- und Pflanzenarten (UQZ Kreis Wesel, LP Dinslaken/Voerde, LP Duisburg, LÖBF BK 4406-901);
- Erhalt und Optimierung einer großflächigen Auenlandschaft zur Sicherung bzw. Herstellung eines großflächigen Feuchtgebietes, insbesondere zur Erhaltung der Brut- und Rastplätze für die artenreiche Vogelwelt (UQZ Kreis Wesel, LP Dinslaken/Voerde, LP Duisburg, LÖBF BK 4406-901);
- Erhaltung und Entwicklung der naturnahen eutrophen Stillgewässer (LÖBF BK 4406-901) mit Arten der Charetea, Lemnetaea und Potamogetonetea und der typischen Fauna, insbesondere auch als Lebensraum für den Kammmolch und zahlreiche der genannten wassergebundenen Vogelarten (LÖBF 2001);
- Erhaltung und Entwicklung artenreicher Glatthaferwiesen mit ihrer charakteristischen Vegetation und Fauna (LÖBF 2001);
- Erhaltung des Kleinreliefs (LÖBF BK 4406-901);
- Erhaltung der Landschaftsstrukturen (LÖBF BK 4406-901);
- Beibehaltung der Grünlandnutzung (LP Dinslaken/Voerde, LP Duisburg, LÖBF BK 4406-901) /

- extensive Beweidung (LP Dinslaken/Voerde, LP Duisburg, (LÖBF BK 4406-901) / keine Beweidung des Feuchtgrünlandes zur Rastzeit (November bis Anfang März) (LÖBF BK 4406-901);
- KopfbBaumpflege / Pflege von Hecken (LP Dinslaken/Voerde, LP Duisburg, LÖBF BK 4406-901);
 - Erhaltung der Überschwemmungsdynamik (LÖBF BK 4406-901);
 - Beschränkung der Jagd- und Freizeitaktivitäten (LP Duisburg, LÖBF BK 4406-901);
 - Erhaltung und Entwicklung der Eichholzaunenwälder mit ihrer typischen Fauna und Flora – insbesondere auch als Lebensraum für Arten wie Nachtigall und Pirol – in ihren verschiedenen Entwicklungsstufen/Altersphasen und ihrer standörtlichen typischen Variationsbreite, inklusive ihrer Vorwälder und – gebüsch sowie feuchten Hochstaudenfluren (LÖBF 2001);
 - Erhaltung und Förderung der Kammolch-Population (LÖBF 2001);
 - Erhaltung und Entwicklung vorhandener Feuchtweiden und Flutrasen, sandigkiesiger Uferabschnitte sowie von Auengewässern (nicht FFH-bezogenes Schutzziel) (LÖBF 2001)

Bezüglich der Bewertung des Gutachters der Beigeladenen wird in der Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf folgendes ausgeführt:

„Auch die oben zitierte gutachterliche Aussage impliziert einen Idealzustand in der Art, daß sich die Absenkungen obertägig abbilden (Vernässungen), während sich anderenorts in der Rheinaue durch Grundwasserspiegelabsenkungen Trockenstandorte neu entwickeln, die jeweils der Ausprägung des Status quo gleichartig und -wertig sind, so daß zu keinem Zeitpunkt ein Verlust bestimmter Biotopstrukturen zu besorgen ist, da sich die Biotope tatsächlich nur "verlagern". Diese "Verlagerung" mag auf den prognostizierten Zustand 2019 als rechnerisches Fazit zutreffen, wird jedoch zum einen der Tatsache nicht gerecht, daß die jeweils überstauten bzw. abtrocknenden Biotope zunächst von einem Totalverlust betroffen sind, und zum anderen, daß sich innerhalb der Laufzeit des Abbaus Zwischenstadien einstellen, die durchaus ein Ungleichgewicht der verlorenen/neugewonnenen Biotopqualitäten beinhalten bzw. dazu führen, daß bestimmte

Biotopstrukturen für einen nicht näher definierten Zeitraum nicht zur Verfügung stehen.

Der Schlußfolgerung des Gutachters, daß sich grundsätzlich keine Zustandsverschlechterungen ergäben, kann nur unter der Voraussetzung gefolgt werden, daß über den gesamten Abbauzeitraum hinweg die relevanten Habitatstrukturen in diesem Teilgebiet in ausreichendem Maße vorhanden sind und demgemäß keine starke oder zeitweilige Beeinträchtigung der dort vorkommenden FFH-relevanten Arten und Lebensräume zu besorgen ist.

Der prioritäre Lebensraum 91E0 (Weichholz-Auenwälder) mit einer Gesamtfläche von ca. 15 ha ist in einer Größenordnung von max. 0.3 ha gleich ca. 2 % betroffen.

Bei den durch Wasseranstieg beeinträchtigten Flächen handelt es sich um kleinere bandartige Flächen insbesondere in den wasserseitigen Bestandsrändern der Weidengebüschgürtel an den Senkungsgewässern.

Parallel entstehen Entwicklungspotentiale für Weidengebüsche in terrestrischen Bereichen, die senkungsbedingt zukünftig Flurabstände von - 0.25 bis + 0.25 m (in Einzelfällen in Gewässernähe bis + 0.5 m) aufweisen.

Im Süden des durch senkungsbedingte Vernässungen geprägten Bereichs sieht der Gutachter (in Absprache mit der LÖBF) zur Vermeidung der Beeinträchtigung von Rastflächen für Wildgänse und Wiesenvögel einen Vorrangbereich zur Entwicklung von Feuchtgrünland vor. Die sich hier senkungsbedingt zukünftig einstellenden Standortpotentiale sollen demnach nicht zur Entwicklung von Weidenwald, sondern zur Entwicklung von Feuchtgrünlandflächen genutzt werden. Das Vorranggebiet zur Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen zur Entwicklung von Lebensraumtypen 91E0 besäße einen Flächenumfang von 11 ha. Der Gutachter trifft die Aussage, es träte kein Zeitpunkt ein, an dem ein Großteil des Weidengebüschbestandes ausfiele, die Funktionalität des Gebietes hinsichtlich der Entwicklung des Lebensraumtyps 91E0 würde nicht erheblich beeinträchtigt und es sei mittelfristig sogar mit einer deutlichen Vergrößerung der Bestandsfläche zu rechnen.

Der Lebensraumtyp 91F0 (Eichen-Ulmen-Eschen-Auenwälder am Ufer großer Flüsse) wird im Nordwestteil der Walsumer Rheinaue aufgrund von Grundwasserflurabstandsverringerungen auf einer Fläche von 1.36 ha vernäßt, damit kommt es zu einem Verlust des jetzigen Baumbestandes; mit einer Ent-

wicklung in Richtung Weidenauwald (91E0) kann gerechnet werden. Der übrige Bestand von ca. 1.2 ha in zwei verbleibenden Teilflächen ist nicht betroffen.

Durch den Bestandsverlust in Höhe von 53 % ist mit einer erheblichen Beeinträchtigung des Lebensraumtyps 91F0 zu rechnen.

250 m östlich des vorhabenbedingt betroffenen Hartholzauenwaldes werden für 2019 unter Berücksichtigung gegensteuernder Maßnahmen Grundwasserflurabstände prognostiziert, die denen der rezenten Hartholzauenwälder entsprechen. Darüber hinaus ist für den in Rede stehenden Bereich bereits heute wie auch in Zukunft eine periodische Übersauung durch Rheinhochwässer zu erwarten.

Nördlich des angesprochenen potentiellen Hartholzauenbereiches befindet sich ein weiterer bestehender Hartholzauwald, der vorhabenbedingt nicht beeinträchtigt wird. Geplant ist gemäß Kartennummer. 5 Blatt 5 die Entstehung eines Hartholzauwaldgürtels mit einer Gesamtfläche von 5.5 ha (davon Ausgleichsfläche 3.9 ha, Ausgleichsverhältnis 1 : 3).

Durch frühzeitige Durchführung der Initialpflanzungen im Bereich der gehölzfreien Flächen im Vorgriff auf die zu erwartenden vorhabenbedingten Auswirkungen und somit zeitlich minimiertem Funktionsverlust, Verzicht auf Bewirtschaftungsmaßnahmen und Pflegeeingriffe und dadurch Gewährleistung einer naturnahen Entwicklung wird das Kompensationsverhältnis als ausreichend erachtet, um die Funktionalität des Gebietes hinsichtlich der Schutz-, Erhaltungs- und Entwicklungsziele des Lebensraumtyps 91F0 zu gewährleisten, vorausgesetzt, der Eingriff in den Lebensraumtyp findet erst dann statt, wenn sich 91F0 auf den Ausgleichsflächen mindestens in der heutigen Ausprägung eingestellt hat.

Bezüglich der Betroffenheitsprognose für den Lebensraumtyp 3150 (natürliche eutrophe Seen und Altarme) kann den Ausführungen des Gutachters, eine direkte Betroffenheit läge nicht vor, nicht gefolgt werden, da es weiter heißt: "Im Südteil und am Nordrand der Rheinaue Walsum führen Absenkungen des Grundwasserspiegels zu Reduzierungen der vorhandenen Gewässerflächen, die jedoch nicht den gänzlichen Verlust eines Gewässers erwarten lassen. Im Nordwestteil des Gebietes werden sich vorhandene Gewässerflächen ausdehnen."

Daraus läßt sich sehr wohl eine Betroffenheit des Lebensraumtyps 3150 ableiten, wenn sie aufgrund feh-

lender Flächenangaben des Gutachters auch nicht quantifizierbar ist.

Die Aussage des Gutachters, daß sich hier aufgrund der Neubildung von ca. 10 ha Wasserfläche keine erhebliche Beeinträchtigung des Lebensraumtyps 3150 ergäbe, der in seiner vorhandenen Ausprägung ca. 20 ha Flächenausdehnung besitzt, kann daher nicht nachvollzogen werden.

Für den Lebensraumtyp 6510 (Glatthaferwiesen) läge mit der Vernässung von 1.6 ha (der am besten ausgeprägten) Teilflächen eine erhebliche Beeinträchtigung der Funktionalität des Gebietes hinsichtlich der Erhaltung und Entwicklung des Lebensraumtyps vor.

Einen Ausgleich sieht der Gutachter im Südteil des Gebietes vor, im Bereich vorhabenbedingt abtrocknenden heutigen feuchten bis nassen Grünlandes mit einem zukünftigen Flurabstand von > 0.75 m.

Ich weise darauf hin, daß hier die verlorengelassene Biotopfunktion des abtrocknenden Feucht- bis Naßgrünlandes unbeachtet geblieben ist.

Unter der Voraussetzung, daß sich auf den für die Neuentwicklung des Lebensraumtyps 6510 vorgesehenen Flächen der Bestand in heutiger Ausprägung eingestellt hätte und dann erst der Eingriff in die 1.6 ha große Teilfläche der Glatthaferwiese erfolgen würde, könnte eine erhebliche Beeinträchtigung der Funktionalität des Gebietes hinsichtlich der Erhaltung und Entwicklung ausgeschlossen werden.

Für den Kammmolch als Art, die unter Art. II der FFH-RL fällt, könnte aus dem prognostizierten Wechsel von permanenter zu periodischer Wasserführung - so der Gutachter - noch keine erhebliche Beeinträchtigung abgeleitet werden, vorausgesetzt, im Rahmen des begleitenden Biomonitorings würden für die neu entstehenden potentiellen Laichgewässer geeignete Pflegemaßnahmen festgelegt.

Gemäß VS S. 108 würden durch das Projekt nur zwei kleine Gewässer negativ beeinträchtigt, während die neu entstehenden Senkungsgewässer von positiver Bedeutung für die Art seien.

Wie bereits mündlich im Erörterungstermin dargelegt, sind bei dieser Argumentation die Habitatansprüche des Kammmolches unberücksichtigt geblieben. Ich verweise daher auf meine ausführlichen Ausführungen zum Thema "Kammmolch" während der mündlichen Erörterung und im Ihnen vorliegenden Entwurf der Stellungnahme vom 26.03.2002.“

Die gerade zitierten Ausführungen aus der Stellungnahme vom 26.03.2003 lauten wie folgt:

„Die Bewertungspraxis der VS ist kaum nachvollziehbar, teilweise werden Bestandserfassung und -bewertung miteinander verquickt. Bewertungsschritte werden nur ansatzweise dargestellt, die Kriterienauswahl bleibt unklar, eine Beschreibung von Wertstufen fehlt. Bewertungsdefizite können so nicht aufgespürt werden, das Bewertungsergebnis ist aber teilweise schlechter als in den amtlichen Datenbögen, was wiederum aufgrund der o.g. Defizite nicht nachvollziehbar ist. Warum z.B. bestimmte Bestände in "keiner signifikanten Ausprägung" vorkommen, ist als nachvollziehbarer Bewertungsschritt nicht dargelegt. Die Maßstäbe für die Verträglichkeit eines Projektes ergeben sich aus den besonderen Erhaltungszielen für das besondere Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung oder für das jeweilige Europäische Vogelschutzgebiet. Sofern eine Schutzgebietsausweisung vorliegt, ergeben sich die Maßstäbe für die Verträglichkeit aus dem besonderen Schutzzweck und den dazu erlassenen Verboten und Geboten sowie aus den für die Europäische Kommission erstellten Meldeunterlagen. Bei der Bewertung der Verträglichkeit wird zur Sachverhaltsfeststellung empfohlen, vergleichbare naturschutzfachliche Bewertungsmethoden und -maßstäbe wie bei der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zu berücksichtigen. Maßgeblich bei der Beurteilung und Prognose der Erheblichkeit der Beeinträchtigung ist schließlich nicht der Status Quo im geschützten Bereich. Entscheidend sind die Erhaltungsziele, die ggf. auch auf die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands angelegt sein können. Die Erheblichkeit der zu erwartenden Beeinträchtigungen ist zu bewerten, wobei als Bewertungsmaßstab der prognostizierte Gebietszustand nach der Durchführung des geplanten Vorhabens gilt. Als Beurteilungskriterien sind dazu die Bewertungen der einzelnen Lebensraumtypen und Arten aus dem Standarddatenbogen sowie aktuelle Datenerhebungen der LÖBF heranzuziehen. Ob eine erhebliche Beeinträchtigung vorliegt, kann nur im Einzelfall beurteilt werden. Dabei reicht die Wahrscheinlichkeit erheblicher Auswirkungen als Ergebnis aus, um eine Unverträglichkeit/Unzulässigkeit des Vorhabens festzustellen.

Beispielhaft soll dies anhand des "Kammolches" als nachgewiesene Tierart des Anhangs II der FFH-Rl. in der "Rheinaue Walsum" aufgezeigt werden:

Die Angaben zum Kammolch sind sehr sparsam und tw. nach meiner Auffassung nicht korrekt, sie entsprechen jedenfalls nicht den o.a. Schritten einer qua-

lizierten Prüfung der potentiellen Auswirkungen des Vorhabens auf die Art.

Es wurden lt. Angaben des Gutachters in der FFH-VS sechs Individuen des Kammmolches gefunden (nach mündlicher Auskunft ausschl. männliche Tiere), lt. dem wasserwirtschaftlich-ökologischen Gutachten S. 146 handelt es sich um < 50 Tiere, lt. FFH-VS S. 74 wurden "Vorkommen dieser Art...im Rahmen der Amphibienkartierung nicht nachgewiesen."

Die Tiere hätten sich in "ehemaligen Laichhabitaten" befunden. Als Ursache wird ausbleibendes Rhein-hochwasser angegeben. Zugeordnet werden die Tiere nahegelegenen Kleingewässern.

K. seien ganzjährig an Gewässer gebunden.

Aufgrund der geringen Individuenzahl sei das Vorkommen als sehr geschwächt anzusehen.

Unter "Auswirkungen auf Pflanzen und Tiere nach Anhang II der FFH-Rl." findet sich ein einziger Satz: "Die Vergrößerung des amphibischen Bereiches wird sich positiv auf den K. auswirken."

Dazu folgendes:

90 % der Kammmolch-Vorkommen Westfalens weisen eine Individuendichte von unter 20 Tieren auf. Es muß sich also keineswegs um eine individuen schwache Population handeln, wie der Gutachter ausführt.

Kammmolche befinden sich im Schnitt 140 Tage in ihren Laichgewässern.

Männchen und Weibchen bewegen sich tw. getrennt und zeitlich versetzt zu ihren Laichgewässern und verbleiben unterschiedlich lange dort.

Ob sie ein Laichgewässer annehmen, ist abhängig vom Besonnungsgrad, der Gewässergröße und der Vegetationsausstattung. Bevorzugt werden 3-4-jährige Gewässer mit bereits ausgeprägter Unterwasser- und Ufervegetation, also Gewässer in einem späteren Sukzessionsstadium.

Neu angelegte Gewässer werden demnach erst nach einigen Jahren angenommen.

Der Bedeckungsgrad der Vegetation sollte ca. 50 % betragen, das Wasser neutral bis schwach alkalisch sein.

Der K. weist eine gewisse Ortstreue zum Landlebensraum wie zum Laichgewässer auf. Periodisch trockenfallende Gewässer sind aufgrund des fehlenden Fischbestandes optimale K.-Gewässer.

Die Untersuchungsbedingungen, unter denen sechs Individuen des K. gefunden wurden (nach mündlichen Aussagen des Gutachters ausschließlich Männchen), sind nicht dargelegt..

Verbindliche Aussagen über Populationsgrößen und -entwicklungen können an sich nur über Langzeitstudien gewonnen werden, ansonsten haben wir lediglich Momentaufnahmen vor uns.

Die in Kurzzeituntersuchungen, also zu einer bestimmten Jahreszeit und einem bestimmten Zeitpunkt im Lebenszyklus des K. gewonnenen Erkenntnisse sind nicht geeignet, ein realistisches Bild der tatsächlich vorhandenen Population wiederzugeben, da im übrigen auch Bestandsschwankungen und natürliche Fluktuationen nicht von langfristigen Trends unterschieden werden können.

Aus naturschutzfachlicher Sicht ist daher nicht anzunehmen, daß sich die prognostizierte Entwicklung der Walsumer Aue mit neu entstehenden zusammenhängenden großen Senkungsseen positiv auf den Kammolch mit seinen besonderen Lebensgewohnheiten und Habitatansprüchen auswirkt.

Im Gegenteil ist aus den eingangs aufgeführten Gründen eine dem Kammolch sogar abträgliche Entwicklung zu besorgen.

Es ist also jeweils zu untersuchen, ob die mögliche Beeinträchtigung der zu schützenden Art und deren Lebensraum droht, wobei eine erhebliche Beeinträchtigung dann vorliegt, wenn die Auswirkungen des Vorhabens von Bedeutung für die Erhaltung und Vermehrung der fraglichen Art sind.

Der Beweis, daß ein wirklich erheblicher Effekt eintreten würde, braucht dabei nicht erbracht zu werden, nach dem Vorbeugungs- und Vorsorgeprinzip reicht allein die Wahrscheinlichkeit, daß eine solche Wirkung eintreten könnte, um gem. Art. 6 Abs. 2 FFH-Rl. geeignete Abhilfemaßnahmen zur Verhinderung erheblicher Verschlechterungen oder Störungen erforderlich zu machen.

Da gemäß den Schutzziele der LÖBF (Stand Aug. 2001) die "Erhaltung und Entwicklung der naturnahen eutrophen Stillgewässer.....insbesondere auch als Lebensraum für den Kammolch" im Vordergrund

steht, bedeutet dies, daß sowohl die vorhandenen Strukturen und Habitate nicht beeinträchtigt als auch potentielle Standorte gar nicht erst angetastet werden dürfen, und nicht, wie der Gutachter es auslegt, daß durch die Vergrößerung von Wasserflächen "vergleichbare, FFH-relevante Lebensräume" entstünden, deren "maßnahmenbedingte räumliche Verschiebung ... der natürlichen Dynamik dieses Lebensraumes Aue" entspräche (FFH-VS S. 73).

Da seitens der LÖBF innerhalb des Vogelschutzgebietes das Vorkommen der einzelnen für die Meldung relevanten Vogelarten nicht nach Teilgebieten differenziert wurde und von daher eine eigenständige Überprüfung nicht möglich war, kann nur unterstellt werden, daß die aufgeführten Vogelarten das vollständige Spektrum der in diesem Teilbereich des VSG vorkommenden Anhang I - und Art. 4 (2) - Arten reflektieren.

Generell prognostiziert der Gutachter sowohl für Anhang I- als auch für Art. 4 (2)-Arten eine grundsätzlich positive Entwicklung.“

Auf S. 115 oben spricht der Gutachter von einem tolerierbaren Verlust von Grünlandfläche in der Rheinaue Walsum von max. 10-15 %, welcher in Abstimmung mit der LÖBF festgelegt worden sei.

Ich gehe davon aus, daß es sich bei dieser prozentualen Abschlagsregelung um einen fachwissenschaftlich ermittelten Faktor handelt.

Für die Walsumer Aue ergäbe sich somit als maximal tolerierbarer Verlust ein Flächenumfang von ca. 18 - 27 ha. Der Gutachter prognostiziert hier einen Flächenverlust von 6.4 ha, was einem Flächenanteil von 3.5 % entspräche.

Da der Verlust weit unterhalb der vereinbarten Toleranzgrenze läge, könne eine erhebliche Beeinträchtigung der Funktionalität des Gebietes hinsichtlich der die Wildgänse und Wiesenvögel betreffenden Erhaltungsziele nicht erwartet werden.

Vorausgesetzt, während des gesamten Abbauzeitraumes käme es tatsächlich zu keinem Zeitpunkt artbezogen zu einer Einschränkung von Brut-, Rast- und Nahrungshabitaten - was aufgrund fehlender Bezüge zum Abbauablauf im Sinne einer zeitlich und räumlich differenzierten Beschreibung einzelner Vorhabenschritte und der durch sie verursachten konkreten Beeinträchtigungen nicht prüfbar ist - so könnte den Ausführungen des Gutachters gefolgt werden. Es ist insofern darauf hinzuweisen, daß z. B. schon der zeitwei-

lige Verlust von Brutplätzen für seltene Arten erhebliche Einbrüche in die Populationen verursachen könnte und damit als erhebliche Beeinträchtigung/Störung der Art zu werten wäre.

Gemäß Biotopkataster der LÖBF kommen im Gebiet folgende § 20 c - Biotoptypen vor: Auenwald (AE2), Röhricht (CF), Nass- und Feuchtgrünland (EC), naturnahe Stillgewässer (FB, FC).

Wohnungswald

Ohne regulierende Maßnahmen wäre infolge des Abbaus der Bestand des gesamten Wohnungswaldes aufgrund von intensiven Vernässungen gefährdet. Durch Sümpfungmaßnahmen im Bereich der Ortslagen Möllen und Eppinghoven, sowie durch die Nutzung des Rotbachlaufs als Entwässerungsgraben soll der Grundwasserflurabstand im Kernbereich des Wohnungswaldes in etwa auf dem heutigen Stand gehalten werden. Dies bedingt jedoch eine deutliche Flurabstandsvergrößerung in den übrigen Bereichen des Waldgebiets bis zur B 8 hin. In Abhängigkeit von der jeweiligen Art des Bestandes kann dort wohl überwiegend mit Grundwasserkontakt im Istzustand gerechnet werden. Das bedeutet eine Gefährdung der Bestände bei Eintreten der prognostizierten Senkungen um 1 bis 2, teilweise mehr als 2 Meter.“

II. Rechtliche Würdigung

Die Klage ist begründet. Es wird durch den angegriffenen Planfeststellungsbeschluss gegen eine Vielzahl dem Schutz der Umwelt dienender Rechtsvorschriften verstoßen.

1. Grundlegende fachliche Mängel der Verträglichkeitsprüfung

Bereits aus den Regelungen des Rahmenbetriebsplans und dessen Begründung ergibt sich, daß in rechtlich unzutreffender Weise stets eine Beeinträchtigung von umweltrechtlichen Schutzgütern verneint wurde. Dieses Ergebnis konnte jeweils nur dadurch erzielt werden, daß durch den Bergbau unzweifelhaft eintretende Beeinträchtigungen umweltrechtlicher Schutzgüter dadurch verneint wurden, daß die Frage der Beeinträchtigung jeweils im Zusammenhang mit Kompensationsmaßnahmen und zukünftigen Entwicklungen geprüft wurde, um dann auf der Grundlage weitestgehend durch Fakten nicht belegter theoretischer Erwägungen die Beeinträchtigung umweltrechtlicher Schutzgüter zu bestreiten. Ein Kompensationskonzept zum Ausgleich eintretender Beeinträchtigungen existiert jedoch bisher weitestgehend nicht. Obwohl auf der Grundlage des angegriffenen Rahmenbetriebsplans bereits seit mehr als einem Jahr Bergbau stattfindet, fehlt auch eine rechtlich verbindliche Festschreibung der durchzuführenden Kompensationsmaßnahmen.

Die Befürchtung des Klägers, daß die Regelungen des Rahmenbetriebsplans ausschließlich dazu dienen - unter Ausblendung jeglicher anderer Belange - das Fortschreiten des Bergbaus zuzulassen, hat sich insoweit bereits tatsächlich bestätigt. Weitere gravierende Rechtsverstöße werden dadurch begründet, daß die Beurteilungen der eintretenden Beeinträchtigungen von Umweltgütern auf der Grundlage unvollständiger Bestandserhebungen und unzutreffender Bewertungen vorgenommen wurde. Letztlich wurde - bezüglich der Umweltgüter, bei denen nicht in rechtswidriger Weise eine Beeinträchtigung verneint werden konnte - ein ausnahmsloser und uneingeschränkter Vorrang des Bergbaus gegenüber sämtlichen Belangen des Naturschutzes zum Anlaß für Befreiungen von den gesetzlichen Schutzvorschriften genommen, der in den entsprechenden gesetzlichen Regelungen keinerlei Grundlage findet.

2. Verstoß gegen die Schutzbestimmungen für FFH-Gebiete

- 2.1 Alle FFH-Gebiete sind - wie bereits im Sachverhaltsteil dargelegt - von den national zuständigen Stellen gem. Art. 4 Abs. 1 FFH-Rl. an die EU-Kommission gemeldet worden. Das FFH-Gebiet ‚Rheinaue Walsum‘ beinhaltet auch einen prioritären Lebensraumtyp. Im FFH-Gebiet NSG Rheinaue Walsum kommt der prioritäre Lebensraumtyp „Erlen-Eschen-Auenwälder (*91E0) mit einer Fläche von ~ 15 ha vor (siehe FFH-VS Abbau Bergwerk Walsum – Revision 01 – S. 90; Standard-Datenbogen der Landesanstalt für Ökologie zur Meldung des Gebietes DE-4406-301 – S. 2).

Aus der Meldung der Gebiete ergeben sich für deren Schutzstatus erhebliche rechtliche Konsequenzen. Die rahmenrechtliche Regelung des § 34 BNatSchG ist bis zum Erlass entsprechender konkretisierender landesrechtlicher Regelungen unmittelbar heranzuziehen (§ 69 Abs. 1 BNatSchG). Die bundesrechtlichen Rahmenvorschriften zur Umsetzung der FFH-Richtlinie sollen nach dieser Vorschrift bis zum 8.5.2003 unmittelbar gelten, um der Vorwirkung der FFH-Richtlinie im nationalen Rechtsraum Rechnung zu tragen (Lorz/Müller/Stöckel, BNatSchG, § 69 Rn. 4 ff.). § 48d Abs. 8 LG NW regelt insoweit, daß das Landesrecht bezüglich der FFH-Verträglichkeitsprüfung lediglich ergänzende Anwendung findet (vgl. Runderlaß des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom 26.04.2000 – MBl. NRW S. 624). Allerdings ist zu berücksichtigen, daß im EU-Amtsblatt die FFH-Gebiete - wegen des Fehlens abschließender Meldungen durch die Mitgliedstaaten - noch nicht veröffentlicht werden konnten. Die rechtlichen Konsequenzen dieser fehlenden Meldungen hat das OVG Koblenz - unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts - wie folgt zutreffend zusammengefaßt:

„Nach der Rechtsprechung des BVerwG, der der erkennende Senat folgt, entfaltet die FFH-Richtlinie bei der Planfeststellung bestimmte Vorwirkungen für den Mitgliedstaat, darunter das oben (S. 27) bezeichnete Verbot (vgl. BVerwG, Urteil vom 17. Mai 2002, NVwZ 2002, 1243, 1244 m.w.N.). Die Vorwirkungen sind die Konsequenz dessen, daß die Bundesrepublik Deutschland die ihr nach Art. 4 Abs. 1 FFH-Rl. obliegenden Meldepflichten nicht zeitgerecht vollständig erfüllt hat (vgl. EuGH, Urteil vom 11. September 2001 - Rs.C-71/99 - NVwZ 2002, 461). Infolgedessen hat die Gemeinschaftsliste (vgl. Art. 4 Abs. 2 FFH-Rl.), die nach den Vorgaben des Art. 4 Abs. 3 FFH-Rl. bis zum 10. Juni 1998 hätte vorliegen sollen, noch nicht erstellt werden können. Wären die

Gebietsmeldungen richtliniengemäß zum 10. Juni 1995 abgeschlossen worden, hätte der fristgerechten Erarbeitung der Gemeinschaftsliste von daher nichts im Wege gestanden, so daß Pläne und Projekte ggf. an den Vorgaben des Art. 6 Abs. 2 bis 4 FFH-Rl. zu messen wären. Die gemeinschaftsrechtliche Vorwirkung der FFH-Richtlinie kann entweder in der Heranziehung von Art. 6 Abs. 3 und 4 FFH-Rl. bestehen oder (lediglich) in dem Verbot, ein Gebiet so nachhaltig zu beeinträchtigen, daß es für eine Meldung und Aufnahme in die Gemeinschaftsliste nicht mehr in Betracht kommt (dazu näher BVerwG, Urteil vom 17. Mai 2002, a.a.O.).”

Letztlich kommt es aber zur Beurteilung des vorliegenden Falls nicht darauf an, ob die Anforderungen der FFH-Richtlinie auf der Grundlage der „Vorwirkung“ im nationalen Rechtsraum oder unmittelbar auf der Grundlage der Bundes- und landesrechtlichen Regelungen zur Umsetzung der Richtlinienvorgaben zur Anwendung kommen, da sich insofern – jedenfalls für bereits der EU-Kommission gemeldete Gebiete – identische rechtliche Anforderungen ergeben. Insofern kann im folgenden auch unmittelbar auf die Kommentarliteratur, insbesondere zu § 34 BNatSchG zurückgegriffen werden, zumal dies auch der Regelung des § 69 Abs. 1 BNatSchG entspricht (für eine direkte Anwendung des § 34 BNatSchG auch BVerwG, Urteil. Vom 01.04.2004, Az.: 4 C 2.03).

Die dem Schutzregime des § 34 BNatSchG unterfallenden FFH- und Vogelschutzgebiete wurden bereits näher bezeichnet. Da es nicht Aufgabe der vorliegenden Klagebegründung sein kann, eine vollständige Verträglichkeitsprüfung gemäß den Vorgaben des § 34 BNatSchG nachzuholen, kann hier nur exemplarisch nachgewiesen werden, daß die der Zulassungsentscheidung zugrundeliegende Verträglichkeitsprüfung auch nicht ansatzweise den Vorgaben des § 34 BNatSchG genügt und – entgegen der Auffassung des Gutachters – gravierende Beeinträchtigungen der FFH- und Landschaftsschutzgebiete eintreten werden.

Maßstab der Verträglichkeitsprüfung sind die Erhaltungsziele des FFH-Gebietes bzw. der Schutzzweck des Vogelschutzgebietes. Die für die Verträglichkeitsprüfung erforderlichen Daten sind im Rahmen der Amtsermittlung zu ermitteln (Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht, 2. Aufl., § 34 Rn. 8). Soweit die Frage, ob es zu erheblichen Beeinträchtigungen eines FFH- oder Vogelschutzgebietes kommt, unklar ist, sind für die Verträglichkeitsprüfung folgende Angaben unabdingbar:

- Vollständige Angaben über die Lebensraumtypen und -arten nach den Anhängen I und II FFH-Richtlinie in dem betroffenen Gebiet, unter besonderer Berücksichtigung prioritärer Biotop- und prioritärer Arten, bzw. der Arten nach Anhang I und Art. 4 Abs. 2 der Vogelschutz-Richtlinie,
- die Ermittlung der Erhaltungsziele bzw. Schutzzwecke,
- die Erstellung einer Prognose über die Auswirkungen des Projekts auf das Gebiet, einschließlich der Summationswirkung sowie
- die Darstellung der zu erwartenden Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des Gebietes und deren Bewertung (siehe nur Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht, 2. Aufl., § 34 Rn. 8).

2.2 Bereits die Ermittlung der Lebensraumtypen und -arten nach den Anhängen I und II der FFH-Richtlinie bzw. der Arten nach Anhang I und Art. 4 Abs. 2 der Vogelschutzrichtlinie erfolgte - insbesondere für den Bereich des FFH-Gebietes Rheinaue Walsum und

des Vogelschutzgebietes Unterer Niederrhein (wobei sich das Vogelschutzgebiet Unterer Niederrhein und das FFH-Gebiet Rheinaue Walsum überdecken) – nicht zutreffend.

- 2.2.1 Dies wird insbesondere durch die bereits wiedergegebene Kritik der Bezirksregierung Düsseldorf als im Rahmen einer FFH-Verträglichkeitsprüfung zu beteiligender Fachbehörde deutlich. Diese hatte bereits mit einer Stellungnahme vom 27.03.2002, die auch an die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Planfeststellungsbehörde übersandt wurde und die von dort als "unautorisierte interne Arbeitsunterlage" bezeichnet wird, die fehlende Prüfbarkeit der "Verträglichkeitsprüfung der Beigeladenen" umfassend gerügt. Dies führte in der Konsequenz jedoch größtenteils nicht dazu, daß den fachlichen Forderungen der Bezirksregierung Düsseldorf nachgekommen wurde. Statt dessen wurde seitens der Bezirksregierung Arnsberg - auch ausweislich des als

Anlage K 12

beifügen Aktenvermerks - immer wieder eine "neue" Stellungnahme angefordert. Dies obwohl seitens der Bezirksregierung Düsseldorf insbesondere gerügt wurde, daß weder die schutzwürdigen Arten noch die schutzwürdigen Lebensraumtypen und Lebensräume von Arten gemäß der FFH- und Vogelschutzrichtlinie zutreffend erfaßt, geschweige denn in zutreffender Form in Bestandskarten dargestellt wurden. Als Ergebnis wurde dann in dem als

Anlage K 13

beigefügten Vermerk über die Besprechung vom 05.04.2002, bezüglich der Notwendigkeit einer Überarbeitung der Verträglichkeitsprüfung folgendes festgehalten:

"Nach fernmündlicher Abstimmung zwischen den zuständigen Abteilungsleitern Herren Dr. Stork und Herrn Maatz ist hierzu am 05.04.02 bei der Bezirksregierung Düsseldorf ein Gespräch über die Vollständigkeit und Prüfbarkeit der Unterlagen geführt worden. Grundlage des Gesprächs war der Entwurf einer Stellungnahme der höheren Landschaftsbehörde Düsseldorf vom 27.03.02 zu diesen Unterlagen. Anhand dieses Entwurfs wurden im wesentlichen folgende Sachfragen erörtert, einschließlich des daraus folgenden Ergänzungsbedarfs der Unterlagen:

1. Bestandsaufnahme

Festgestellte Diskrepanzen zwischen der Verträglichkeitsstudie und den Meldeunterlagen des Landes (Standarddatenbögen der LÖBF) werden in Abstimmung mit der LÖBF überprüft, erläutert und ausgeräumt.

2. Kartenunterlagen

Lebensraumtypen und Lebensräume von Arten gem. FFH- und VSRI. werden soweit möglich, flächenhaft dargestellt. Bestandskarten werden mit Senkungslinien und Linien der Grundwas-

serflurabstände verschnitten (einschließlich Rheinkilometrierung).

3. Schutzziele

Schutzziele werden nach Quellen differenziert dargestellt und mit den neuesten Erhaltungszielvorschlägen der LÖBF abgeglichen.

4. Nachvollziehbarkeit der Bewertungen

Wird durch die Überarbeitung der Bestandsaufnahme hergestellt.

5. Prognose der Entwicklung

Prognose für die vorhabenbedingten Lebensraumentwicklungen werden in Abstimmung mit der LÖBF überprüft und ggf. nachvollziehbar dargestellt (Kartendarstellung oder tabellarische Bilanzierung).

Die Überarbeitung erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen dem Büro Drecker, der LÖBF, der BezReg. Düsseldorf (Dez. 51) und der BezReg Arnsberg, Abt. 8 (Herr Schlüter). Als Zeitrahmen sind etwa 4 Wochen vom Büro Drecker veranschlagt worden. **Die Gesprächsgrundlage vom 27.03.02 wird von der BezReg Düsseldorf nicht als Stellungnahme abgesandt.**

Die DSK weist auf den sehr engen Zeitrahmen hin (z.Z. 50 % der Belegschaft im Urlaub, anschließend drohe Kurzarbeit)."

- 2.2.2 Ein weiterer überarbeiteter Vermerk über das Gespräch vom 05.04.2002 findet sich sodann, datiert auf den 11.04.2002 und mit dem Vermerk „gez. Schlüter“ versehen, wiederum bei den Verwaltungsvorgängen. In einem weiteren als

Anlage K 14

beigefügten Vermerk vom 24.04.2002, der sich ebenfalls bei den Verwaltungsvorgängen befinden müßte, wird dann seitens der Bezirksregierung Arnsberg noch folgendes festgehalten:

"Das Büro Drecker wird auf der Grundlage der aktuellen Daten eine Betroffenheitsprognose durchführen. Der Zeitbedarf hierfür wird auf 14 Tage geschätzt.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Ergebnisse des gemeinsamen Gesprächs am 05.04.2002 (festgehalten im Vermerk vom 11.04.2002) als bindend zu betrachten sind. Die Form der Darstellung al-

ler neuen und aktualisierten Unterlagen bleibt dem Antragsteller vorbehalten."

- 2.2.3 Unter dem 24.04.2002 wurde dann die Revisionsfassung der Verträglichkeitsprüfung vorgelegt. Schon der Zeitdruck, der durch die Beigeladene bezüglich der Überarbeitung der Verträglichkeitsprüfung erzeugt wurde und die Tatsache, daß die Überarbeitung dann innerhalb von 20 Tagen erstellt wurde, belegen, daß den inhaltlichen Kritikpunkten der zuständigen Naturschutzfachbehörde nicht Rechnung getragen werden konnte und allenfalls ein „formales Glätten“ der Verfahrensunterlagen erfolgte. Zuvor hatte die Beigeladene bereits öffentlichkeitswirksam auf die Konsequenzen eines „überlangen Genehmigungsverfahrens“ für das Bergwerk Walsum hingewiesen.
- 2.2.4 Es wurden im weiteren zwar in der Revisionsfassung der FFH-Verträglichkeitsprüfung eine ganze Reihe textlicher Anpassungen und Ergänzungen vorgenommen, um zumindest formal die Schutzziele, wie sie für die verschiedenen Gebiete durch die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten festgelegt wurden, zu berücksichtigen. Die entsprechenden Ergänzungen ergeben sich aus dem bei den Verwaltungsvorgängen befindlichen "Revisionsblatt", das die Änderungen der Textfassungen der Verträglichkeitsprüfungen stichpunktartig umreißt. Daraus ergibt sich insbesondere, daß aufgrund der neuesten Erhebungen der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten für den Bereich der Rheinaue Walsum eine Vielzahl von Ergänzungen bezüglich des Vorhandenseins von schutzwürdigen Arten notwendig wurden. So wurden z.B. auf den Seiten 94 f. der Verträglichkeitsprüfung allein aufgrund der Berücksichtigungen der Standarddatenbögen zum FFH-Meldegebiet eine Vielzahl weiterer Vogelarten gemäß Anhang I der FFH-Richtlinie neu aufgenommen.

Des weiteren wurde neu folgende lapidare Feststellung angefügt:

"Darüber hinaus stellt der Bereich einen Hauptäusungsplatz für rastende und überwinternde Gänsearten dar."

Der Bedeutung des Vogelschutzgebietes Unterer Niederrhein als Rast- und Überwinterungsplatz für Gänse wird damit auch nicht ansatzweise Rechnung getragen.

- 2.2.5 Auf Seite 96 der Revisionsfassung werden dann erstmals die Schutzziele der LÖBF sowie die des rechtsgültigen Landschaftsplanes Dinslaken Voerde und des Landschaftsplanes Duisburg für die Rheinaue Walsum aufgeführt. Dies verdeutlicht, daß die bereits wiedergegebene Kritik der Bezirksregierung Düsseldorf an der Verträglichkeitsprüfung vollumfänglich berechtigt war und ist, wonach der Gutachter seine eigenen Maßstäbe und Bewertungen, die zu einer unzulässigen Relativierung der Schutzziele für die geschützten Gebiete führen, vollständig an die Stelle der zu beachtenden rechtsgültigen Festsetzungen und Meldebögen für die FFH- und Vogelschutzgebiete gesetzt hat. Selbstverständlich konnten dann – wie bereits erwähnt – innerhalb des kurzen Zeitraums der Überarbeitung der FFH-Prüfung die rechtlich zwingend zu beachtenden Schutzziele und die aufgrund der neuen Unterlagen der LÖBF hinzugekommenen Arten keinesfalls mehr auf ihre Beeinträchtigungen durch das planfestgestellte Vorhaben hin ordnungsgemäß geprüft werden.

Die FFH-Verträglichkeitsstudie (FFH-VS Abbau Bergwerk Walsum – Revision 01 – S. 96-97) führt allerdings lediglich formal die Erhaltungsziele zutreffend auf. Dabei wird der im Gebiet vorkommende Lebensraumtyp 91F0 'Eichen-Ulmen-Eschen-Auenwälder am Ufer großer Flüsse' (als „Hartholzauwald“ bezeichnet) nicht berücksichtigt, obwohl er unstrittig im FFH-Gebiet Rheinaue Walsum vorkommt (FFH-VS

Abbau BW Walsum – Revision 01 – S. 90, 91). Die FFH-VS stellt jedoch zutreffend fest (S. 105, 106, 120), daß dieser Lebensraumtyp auch bei Zugrundelegung der gegensteuernden Maßnahmen im Rahmen der Realisierung des Rahmenbetriebsplanes Walsum erheblich beeinträchtigt würde. Die FFH-Verträglichkeitsprüfung der Beklagten unterstreicht diese Wertung, in dem Sie ausdrücklich eine „erhebliche Beeinträchtigung des Gebietes hinsichtlich der Erhaltungsziele für Eichen-Ulmen-Eschen-Auwald“ feststellt (FFH-VP S. 53). Allerdings sind das Ausmaß dieser Beeinträchtigung und die sich daraus ergebenden Folgen strittig.

Als Konsequenz wird sodann auf den Seiten 97 ff. der Revisionsfassung der Verträglichkeitsprüfung bezüglich der Prüfung von verbleibenden Beeinträchtigungen und deren im wesentlichen erfolgreicher Verneinung nämlich nur zu dem unzutreffenden und auch nicht ansatzweise belegten Argument gegriffen, daß es zwar zu einer großflächigen Übersauung bestimmter Bereiche der Rheinaue Walsum kommen werde, daß sich aber an anderer Stelle neue gleichartige Lebensräume für die geschützten Arten bilden werden. Diesbezüglich wird auf S. 98 der Revisionsfassung der Verträglichkeitsprüfung unzutreffend z.B. folgendes ausgeführt:

"Durch die senkungsbedingte Verringerung der Grundwasserflurabstände kommt es im Nord-West- und im Zentralbereich des Gebietes zu einer großflächigen permanenten Übersauung des Geländes. Aufgrund der flach einfallenden Uferbereiche werden Entwicklungspotentiale insbesondere für breite Uferweidengürtel (Lebensraumtyp 91 E0, s.o.) und breite Schwimmblattzonen entstehen. Die heutigen als Lebensraumtyp 3150 eingestuftes Senkungsgewässer weisen eine vergleichbare Entstehungsgeschichte auf wie das zukünftig ohne gegensteuernde Maßnahmen zu erwartende große Senkungsgewässer. Insofern ist auch für diese zukünftige Gewässer eine Entwicklung als Lebensraumtyp 3150 zu erwarten. Durch den dann im das Mehrfache gesteigerten Flächenumfang des Lebensraumtyps ist senkungsbedingt eine positive Beeinflussung zu erwarten."

Auch bezüglich weiterer geschützter Lebensraumtypen geht die Verträglichkeitsprüfung bereits von unzutreffenden tatsächlichen Annahmen aus. Der Kläger hat – aufgrund einer Gebietsbegehung am 16.05.2002 - in seiner Stellungnahme vom 21.05.2002 (S. 6) aufgezeigt, daß der Lebensraumtyp 3260 ‚Fließgewässer mit Unterwasservegetation‘ des Anhangs I der FFH-Rl. im Gebiet der Rheinaue Walsum vorkommt. Die UVS BW Walsum (Bd. 6 – Karte 2.01 – Blatt 5) bezeichnet das Fließgewässer, das sich schon auf historischen Karten von 1844 findet, unzutreffend als „Weiher“, während FFH-VS und infolge dessen auch die FFH-VP der Beklagten auf ein Vorkommen dieses Lebensraumtyps nicht eingehen.

Bei dem fraglichen Gewässer handelt es sich um einen namenlosen Bach, der die amtliche Gewässerkennziffer 277162 trägt. Dieses Gewässer ist ohne weiteres in der Örtlichkeit auf einer Länge von 1,3 km als Fließgewässer zu erkennen. Mit dem Vorkommen der Unterwasserpflanze *Callitriche spec.* entspricht dieses Gewässer auch den für die Abgrenzung von FFH-Lebensraumtypen maßgeblichen Kriterien.

Die in der Stellungnahme aufgeführten Rechts- und Hochwerte hätten es der Beklagten ohne weiteres ermöglicht, im Gelände die Richtigkeit dieser Hinweise zu überprüfen. Dies ist aber offensichtlich unterblieben. Weder dem Planfeststellungsbeschluß noch der

FFH-VP der Beklagten ist zu entnehmen, daß sich die Beklagte mit dem vom Kläger behaupteten Vorkommen der genannten Lebensraumtypen auseinandergesetzt hat.

Der Kläger hat weiterhin auf S. 10 seiner Stellungnahme vom 21.05.2002 deutlich gemacht, daß zwei eng benachbarte Waldflächen im Bereich des FFH-Gebietes Rheinaue Walsum ebenfalls als „Hartholzauwald“ 91F0 einzustufen sind. Diese Waldflächen weisen die gleichen Bestandszusammensetzungen hinsichtlich Struktur und Arteninventar auf, wie der Hartholzauwaldbestand, den die FFH-Studie (Revision 01) in enger räumlicher Nachbarschaft erfaßt hat. Bei den beiden Flächen handelt es sich um Waldflächen von ~ 1,6 ha Größe, die dem Lebensraumtyp 91F0 „Hartholzauwald“ zuzurechnen wären. Sie werden in der UVS Abbau BW Walsum (Bd. 6 – Karte 2.01 – Blatt 5) ebenso wie der durch die FFH-VS nachgewiesene Hartholzauwald-Bestand als Feldgehölz bezeichnet. Die FFH-VS (Revision 01) geht auf die Existenz dieser beiden Waldflächen ebenso wenig ein wie die FFH-VP der Beklagten.

Diese durch die Unvollständigkeit und Fehlerhaftigkeit der FFH-Verträglichkeitsstudie begründeten Fehleinschätzungen hinsichtlich des Vorkommens der genannten Lebensraumtypen wirken sich auch in Form einer unzutreffenden Prognose, wonach keine Beeinträchtigungen erfolgen würden, aus.

2.2.6 In ähnlicher Weise unzutreffend wird im folgenden auch bezüglich des Verlustes von Lebensraumtypen der geschützten Arten argumentiert:

Dem Gutachter sind insofern offensichtlich die bergmechanischen Gesetzmäßigkeiten nicht bekannt gewesen oder sie wurden von ihm bewußt ignoriert, wonach 90 % der durch ein Bergbauvorhaben verursachten Senkungen spätestens innerhalb eines Jahres nach Durchführung des bergbaulichen Vorhabens eintreten. Auf diesen Gesichtspunkt hatte auch bereits die Bezirksregierung Düsseldorf als zuständige Naturschutzbehörde in ihrer bereits wiedergegebenen Stellungnahmen hingewiesen. Damit wird es zu einem schlagartigen Verlust der betroffenen Lebensräume sowie der hierauf angewiesenen Arten kommen. Eine Neubildung wird allenfalls über einen sehr langen Zeitraum eintreten. Ob es dann sogar in größerem Umfang zu Neuansiedlung geschützter Arten kommen wird, wie dies vom Gutachter behauptet wird, ist keinesfalls gesichert und trägt auch nicht den rechtlichen Erfordernissen, wonach die geschützten Gebiete zu erhalten sind, Rechnung. Zunächst werden die geschützten Arten jedenfalls vernichtet.

Wenn der Gutachter von einem Erhalt des Rheinvorlandes ausgeht, trifft dies ebenfalls nicht zu. Der Zustand eines Rheinuferes nach Aufbringen von Bergematerial wird eindrucksvoll durch die Fotodokumentation des Kreises Wesel bezüglich entsprechend bereits erfolgter bergbaubedingter Maßnahmen im Bereich Voerde Mehrum dokumentiert. Anstatt einzuräumen, daß durch die Aufhöhung des Rheinvorlandes mittels Bergematerials eine Zerstörung der entsprechenden Schutzgebiete erfolgt, führt der Gutachter auf S. 118 folgendes aus:

"Das Rheinvorland wird durch eine Aufhöhung den geänderten Höhenverhältnissen angepaßt und bleibt somit in seiner Funktion als Äsungsplatz für Wildgänse und andere Zugvogelarten nach Art. 4 Abs. 2 Vogelschutzrichtlinie erhalten.

Grundsätzlich wird eine flächige Aufhöhung des Vorlandes nach vorherigem Abschieben und seitlichem Lagern des anstehenden Oberbodens durch flächiges Auftragen von Bergematerial bis zur Sollhöhe reali-

siert. Unter Berücksichtigung der Anforderungen der Schifffahrt können zur Schaffung eines strukturreichen Auenreliefs auch kleinere Bereiche von einer Aufhöhung ausgenommen werden. Durch anschließendes Wiederaufbringen des Oberbodens und entsprechender Begrünung wird der in Anspruch genommene Bereich wieder hergerichtet."

Insofern ist bezeichnend, daß der Gutachter sich erst wenige Tage vor Erstellung der Endfassung des Gutachtens überhaupt mit der Problematik der notwendigen Aufhöhung des Rheinvorlandes zum Erhalt der Schifffahrt auseinandergesetzt hat. Sachgerechte Ergebnisse konnte er innerhalb der kurzen Zeit nicht mehr erzielen.

2.2.7 Soweit der Gutachter sich im weiteren erstmals mit der Tatsache befaßt, daß "für die Gewährleistung der Rheinschifffahrt die Mittelhochwasserfahrung (MHW) über ein stromparalleles Dammbauwerk erreicht werden kann", verkennt er wiederum die sich daraus ergebenden gravierenden Konsequenzen. Der besondere Charakter des Gebietes als Lebensraum für geschützte Arten folgt gerade aus der periodischen Überschwemmung. Insofern hat der Kreis Wesel in seinem Eilantrag gegen den Rahmenbetriebsplan zutreffend dargelegt, daß die schutzwürdigen Gebiete durch eine Abtrennung mittels eines Deiches vollständig verloren gehen. Eine periodische Überschwemmung ist nach Errichtung eines Deiches nicht mehr möglich.

2.2.8 Die Tatsache, daß bezüglich der Rheinaue Walsum durch die Berücksichtigung neuen Datenmaterials der LÖBF ganz andere Feststellungen bezüglich des Vorhandenseins geschützter Lebensräume und geschützter Arten getroffen werden mußten, belegt eindrucksvoll, daß - wie vorstehend schon erwähnt - bereits die Bestandserhebung der Verträglichkeitsprüfung vollständig unzutreffend erfolgte. Es wurde - wie schon im Sachverhaltsteil näher belegt - auf veraltetes Datenmaterial zurückgegriffen und soweit überhaupt Bestandsfeststellungen erfolgten, eine naturschutzrechtlich nicht vertretbare Bewertung der Schutzwürdigkeit der vorhandenen Lebensräume und -arten vorgenommen. Eine Überarbeitung unter Berücksichtigung neuerer Bestandserhebungen erfolgte nur für den Bereich der Rheinaue Walsum.

Für den Bereich der weiteren betroffenen FFH-Gebiete, der Vogelschutzgebiete und der Naturschutzgebiete sind damit bereits die der Verträglichkeitsprüfung zugrundeliegenden Bestandserhebungen für die Durchführung einer ordnungsgemäßen Verträglichkeitsprüfung auch nicht ansatzweise geeignet. Es wurde auf veraltetes Datenmaterial zurückgegriffen und es wurden zudem eigene Erhebungen während ungeeigneter Erhebungszeiträume durchgeführt. Wäre eine ordnungsgemäße Neukartierung erfolgt, hätten sich - wie für den Bereich der Rheinaue Walsum - ganz andere Bestandsdaten ergeben.

2.2.9 In diesem Zusammenhang ist näher auf die rechtlichen Vorgaben für die im Rahmen der Verträglichkeitsprüfung durchzuführenden Bestandserhebungen einzugehen. Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft lassen sich nur dann zutreffend bewerten, wenn hinreichend aussagekräftiges Datenmaterial zur Verfügung steht (BVerwG, Urt. v. 31.01.2002 - 4 A 15/01). Zwar ist der Umfang der Ermittlungspflicht von der Art der flächenbeanspruchenden Maßnahmen und den jeweiligen naturräumlichen Gegebenheiten abhängig (Stich, Vollzugsprobleme der naturschutzbezogenen Eingriffsregelung, DVBl. 2002, 1588, 1591). Soweit es Anhaltspunkte für das Vorhandensein vor allem seltener Pflanzen- oder Tierarten gibt, muß dem im Rahmen von Ermittlungen jedoch nachgegangen werden (BVerwG, Beschl. v. 21.02.1997 - 4 P 177/96, UPR 1997, 295; HessVGH, U. v. 21.12.2000 - 4 N 2453/00, BRS Nr. 226). Nur soweit sich verbleibende entscheidungsrelevante Unsicherheiten mit den zur Verfügung stehenden

Mitteln nicht ausräumen bzw. nicht weiter aufklären lassen, ist dies zugunsten des Schutzgebietes (und damit zu Lasten der Beigeladenen) in die Beurteilung einzustellen (vgl. Schumacher/Fischer-Hüftle, BNatSchG, § 34 Rn. 22).

Es dürfte bezüglich der gravierenden aufgezeigten Aufklärungs- und Ermittlungsdefizite nicht in Betracht kommen, den angegriffenen Planfeststellungsbeschluß lediglich außer Vollzug zu setzen, da es bezüglich der Durchführung der Verträglichkeitsprüfung im vorliegenden Fall nicht lediglich um einzelne Mängel geht, sondern die Verträglichkeitsprüfung insgesamt auf einer nicht ordnungsgemäßen Bestandserhebung und nicht nachvollziehbaren fachlichen Bewertungen bezüglich der Beeinträchtigung von geschützten Gebieten und geschützten Arten beruht. Dies wird im weiteren bezüglich der betroffenen Vogelschutz- und Naturschutzgebiete außerhalb der Rheinaue Walsum noch näher belegt werden. Würde man das Fehlen entsprechender Erhebungen zu Lasten der Beigeladenen berücksichtigen, wäre der Planfeststellungsbeschluß in der rechtlichen Konsequenz wiederum aufzuheben.

Selbst soweit es um den Bereich der Rheinaue Walsum unter formaler Einarbeitung neuer Daten der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten geht, treffen die Aussagen der Verträglichkeitsprüfung nicht zu. Die Bezirksregierung Düsseldorf hatte zwar zutreffend eine Kartierung der geschützten Lebensräume gefordert, da ausschließlich auf der Grundlage einer solchen Kartierung überhaupt eine Auswirkungsprognose des Vorhabens möglich ist. Innerhalb der wenigen Tage, die für die Erstellung einer Kartierung zur Verfügung standen, konnte eine ordnungsgemäße Kartierung jedoch naturgemäß nicht mehr erstellt werden.

Wie in der bereits zitierten Stellungnahme des Klägers näher erläutert, konnte die Abgrenzung der unterschiedlichen Lebensräume bei einer eigenen Begehung nicht nachvollzogen werden. Die Kartierung der Lebensräume trifft tatsächlich nicht zu. Des weiteren ist festzustellen, daß die Karten der UVS- und der FFH-Prüfung sich nunmehr widersprechen, so daß bereits tatsächlich eine ordnungsgemäße Würdigung der Probleme auf dieser Grundlage nicht möglich ist.

2.2.10 Weiterhin trifft nicht nur die Kartierung, sondern auch die Bestandserhebung für die Rheinaue Walsum nicht zu. So finden, wie auf S. 5 der Stellungnahme des Klägers vom 21.05.2002 dargelegt, FFH-Leitarten, die tatsächlich vorkommen, keine Erwähnung. Auch gehen die Bestandsangaben zu den Vogelarten für Rheinaue Walsum von unzutreffend niedrigen Zahlen aus (S. 6 f. der vorzitierten Stellungnahmen). Für den Bereich der Rheinaue Walsum stellen somit die durch den Gutachter vorgenommenen Bestandserhebungen und fachlichen Bewertungen keine tragfähige Grundlage für die Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung dar. Schon wegen der unzutreffenden Bestandserhebungen und nicht nachvollziehbaren fachlichen Bewertungen ist folglich der angegriffene Planfeststellungsbeschluß aufzuheben.

2.2.11 Aus den unzutreffenden Bestandserhebungen und Kartierungen lassen sich letztlich auch erhebliche unzulässige Beeinträchtigungen der durch die FFH-Richtlinie geschützten Arten konkret nachweisen.

2.2.11.1 Hartholzauenwald

Die Beklagte stellt in der FFH-VP (S. 53) aufgrund der entsprechenden Darlegungen der FFH-VS (Revision 01) fest, daß es im Nordwesten der Rheinaue Walsum - trotz gegensteuernder Maßnahmen - zu einer Vernässung eines 1,36 ha großen Eichen-Ulmen-Eschen-Auwaldbestandes (91F0 - „Hartholzauwald“) kommen wird, was den Verlust dieses Bestandes zur Folge hätte. Sie wertet dies als erhebliche Beeinträchtigung im Sinne des Art. 6 FFH-RI. und ordnet als Ausgleich (Kohärenz-

Sicherungsmaßnahme gem. Art. 6 Abs. 4 1. UAbs. FFH-Rl.) die Anlage eines Ersatz-„Hartholzauwaldes“ auf einer nach dem Grundwasserflurabstandsplan für den Endzustand mit Maßnahmen (Bd. 5 – Karte 34.2) relativ trockenen Teilfläche innerhalb der Rheinaue Walsum an.

Die grundsätzliche Wertung der Vernichtung des „Hartholzauwaldbestandes“ als erhebliche Beeinträchtigung bzw. als Unverträglichkeit mit den Erhaltungszielen teilt der Kläger, wie sich aus seiner Stellungnahme vom 21.05.2002 (S. 10-12) ergibt. Strittig ist allerdings das Ausmaß der Beeinträchtigung dieses Lebensraumtyps sowie die Realisierbarkeit eines zeitnahen Ausgleichs. Aus Sicht des Klägers kommt es – wie bereits in seiner Stellungnahme ausgeführt – aufgrund der Vernässungen zum Verlust von etwa 2,5 ha „Hartholzauwald. Zu Unrecht geht die Beklagte nur von 1,36 ha aus. Entgegen der Auffassung der Beklagten sind nämlich auch die bereits erwähnten, in der Verträglichkeitsstudie nicht zutreffend erfaßten, benachbarten Hartholzauwald-Bestände als von Vernässungen betroffen anzusehen. Nach dem Grundwasserflurabstandsplan für den Endzustand mit Maßnahmen (Bd. 5 – Karte 34.2 der Antragsunterlagen zum Rahmenbetriebsplan Walsum) liegen beide Flächen innerhalb der vernässen bzw. sogar überstauten Flächen, so daß von einem raschen Absterben der Hartholzauwaldbestände auszugehen ist. Diesen weitergehenden – doppelt so hohen – Verlust des Lebensraumtyps hat die Beklagte zu Unrecht nicht zur Kenntnis genommen. Sie geht daher zwar zutreffend von einer Unverträglichkeit des Rahmenbetriebsplans Walsum mit den Erhaltungszielen im Sinne des Art. 6 FFH-Rl. aus, gewichtet die Bedeutung dieser Unverträglichkeit aber schon deshalb nicht ausreichend, weil sie zu Unrecht von einem nur eher kleinen Verlust dieses Lebensraumtyps ausgeht. Im Grundsatz ist aber unstrittig, daß hinsichtlich des Lebensraumtyps „Hartholzauwald“ (91F0) ein negatives Ergebnis der FFH-Verträglichkeitsprüfung vorliegt.

2.2.11.2 Lokale Vernichtung des *91E0-Auwaldes

Die Beklagte stellt in der FFH-VP (S. 52) fest, daß im Gebiet Rheinaue Walsum ca. 15 ha des prioritären Lebensraumtyps Weichholzauwald (*91E0) vorhanden sind, von dem 0,3 ha (entspricht 2 %) durch Anstieg des Grundwassers im Zuge der eintretenden Bergsenkungen trotz der gegensteuernden Maßnahmen verloren gehen werden. Sie geht weiter davon aus, daß durch die Bergsenkungen weitere Flächen entstehen werden, die aufgrund der geringen Grundwasserflurabstände zur Entwicklung von Weichholzauwald geeignet erscheinen. In der Annahme, daß dem Verlust von Weichholzauwald, der vernässungsbedingt verloren geht, eine gleichzeitige Neuentwicklung entsprechender Bestände gegenübersteht, wertet die Beklagte den angeblich nicht vorhandenen flächenmäßigen Verlust dieses prioritären Lebensraumtyps nicht als erhebliche Beeinträchtigung. Sie geht somit von einer Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen im Sinne des Art. 6 FFH-Rl. aus.

Diese Einschätzung trifft nicht zu. Wie der Kläger zuletzt in seiner Stellungnahme vom 21.05.2002 (S. 12) verdeutlicht hat, führen die rasch innerhalb eines Jahres eintretenden Vernässungen aufgrund der Bergsenkungen zu einem schnellen Absterben der alten Weichholzauwälder auf der „Wasserseite“, während andererseits die Neuentwicklung von Weichholzauwäldern auf der „Landseite“ etwa 10-20 Jahre benötigen wird, bis Bestände entstanden sind, die den Verlust auch funktional ausgleichen können. Denn die verlorengelassenen Weichholzauwälder bestehen vor ihrer vernässungsbedingten Vernichtung bereits etliche Jahre bis Jahrzehnte und konnten sich daher zu reifen Beständen entwickeln. Dem gegenüber entstehen die neuen Weichholzauwälder zukünftig erst im Laufe etlicher Jahre, bis sie ein mit den verlorengelassenen Altbeständen vergleichbares Bestandsalter aufweisen. Bis dahin können die Neubestände die Funktionen dieses Lebensraumes aber nicht vollständig wahrnehmen. Sie können z.B. nicht Lebensraum für

holzbewohnende, lebensraumtypische Insekten sein, weil sie über mehrere Jahre nur aus Jungpflanzen bestehen. Die Jungbestände können auch nicht der Funktionen als Brutplatz für Vögel dienen, weil sie nicht deren Bedürfnis nach Deckung und Sichtschutz befriedigen können.

Die Vernässungen und damit die Vernichtung des aktuellen älteren Bestandes wird erheblich schneller voranschreiten, als sich – an anderer Stelle des Gebietes – ein qualitativ vergleichbarer Weichholzauwald entwickeln kann. Der Bestand der Weichholzauwälder wird also nicht etwa parallel zur Vernässung verschoben („wandernde Weichholzauwälder“). Die Entwicklung eines vergleichbaren Bestandes erfordert vielmehr einen Zeitraum von etwa 20 Jahren. Während dieser 20 Jahre wird ein mit 2 % des Gesamtbestandes dieses Lebensraumtyps im Gebiet nicht zu vernachlässigender Anteil der Weichholzauwälder in seiner heutigen Funktion und Struktur zerstört.

Zudem kann selbst innerhalb von 20 Jahren lediglich der derzeitige Status quo wieder erreicht werden. Die Unterbrechung des natürlichen Entwicklungsprozesses der heute schon bestehenden älteren Weidenauwaldflächen hin zu hochwertigen Altbeständen – der ebenfalls einen Zeitraum von etwa 20 Jahren in Anspruch nimmt – bleibt insoweit unberücksichtigt. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist das Vorhaben unverträglich mit dem Erhaltungsziel.

Bereits jede Veränderung, die zu einer Verschlechterung der natürlichen Lebensräume oder Habitats führen kann, ist „erheblich“. Wird ein Biotop oder ein Habitat durch ein Projekt in Mitleidenschaft gezogen, widerspricht dies den Erhaltungszielen und stellt eine „erhebliche“ Beeinträchtigung dar (Halama, NVwZ 2001, S. 506 ff.; Gellermann, NATURA 2000, S. 79 ff.). Dies gilt um so mehr, wenn – wie hier – ein prioritärer Lebensraum betroffen ist (vgl. etwa Cosack, NuR 2000, S. 315; Cosack, UPR 2002, S. 250; Marzik/Wilrich, Bundesnaturschutzgesetz, S. 471; Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht, aaO. S. 318).

Mithin stellt sich die vernässungsbedingte Zerstörung älterer Weichholzauwald-Stadien auch bei mittelfristiger Wiederherstellung jüngerer Auwald-Stadien als erhebliche Beeinträchtigung des FFH-Gebietes Rheinaue Walsum und als unverträglich mit dessen Erhaltungszielen dar.

2.2.11.3 Beeinträchtigung des Lebensraumtyps 3260

Der Kläger hat wie dargestellt auf ein Fließgewässer bei RW 2.548.489; HW 5.712.847 hingewiesen, das aufgrund des Vorkommens von lebensraumtypischer Unterwasservegetation dem Lebensraumtyp 3260 ‚Fließgewässer mit Unterwasservegetation‘ des Anhangs I der FFH-Rl. zuzuordnen ist. Dieses Gewässer wurde im Zuge der UVS Abbau BW Walsum nicht daraufhin untersucht, inwieweit es bei einem Abbau bis 2019 Veränderungen unterworfen ist (siehe Bd. 6 – Karte 4.10 – Blatt 5).

Nach den Darstellungen der Unterlagen zum Rahmenbetriebsplan (Grundwasserflurabstandsplan für den Endzustand 31.12.2019 mit Maßnahmen - Bd. 5 – Karte 34.2) ist davon auszugehen, daß aufgrund der Bergsenkungen statt des heute vorhandenen etwa 2-3 m breiten Fließgewässers im bezeichneten Bereich auf einer Länge von 300-400 m ein etwa 30-50 m breites Gewässer entstehen wird.

Damit würde eine sehr weitgehende Veränderung der abiotischen Standorteigenschaften einhergehen. Der Gewässercharakter würde sich verändern. Mit der Vertiefung und Verbreiterung des Gewässers geht eine Verringerung der Fließgeschwindigkeit des Gewässers einher. Die gewässertypischen Organismen des Makrozoobenthos, der Fisch-

fauna sowie insbesondere der Unterwasservegetation reagieren auf derartige Veränderungen empfindlich, indem die heute vorhandenen Arten verschwinden und gegen andere, den veränderten Bedingungen angepasste Arten ausgetauscht werden. Dies ist als Beeinträchtigung des Lebensraumtyps im Sinne des Anhangs III FFH-Rl. zu werten.

Es kann auch zur Ausbildung eines flachen, nicht oder kaum fließenden Weihers von etlichen Hektar Größe kommen. Damit würde die Fließgewässereigenschaft und somit der Lebensraumtyp 3260 vollständig verloren gehen. Auf diese Entwicklung deutet die Stillgewässer Veränderungsprognose 2019 – UVS Abbau BW Walsum – Bd. 6 – Karte 4.12 – Blatt 5) hin.

Festzuhalten ist, daß es bei Eintritt der Bergsenkungen trotz der gegensteuernden Maßnahmen schlimmstenfalls zu einem völligen Verlust des Lebensraumtyps 3260 und im günstigsten Fall zu einer schwerwiegenden Veränderung der Gewässereigenschaften kommen würde. Diese erhebliche Beeinträchtigung hat die Beklagte nicht zur Kenntnis genommen.

2.2.12 Fazit: Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes Rheinaue Walsum

Aus den vorstehenden Ausführungen wird deutlich, daß für die FFH-Gebiete Rheinaue Walsum Beeinträchtigungen der Lebensraumtypen des Anhangs I FFH-R. in mehrfacher Hinsicht erfolgen. Unstrittig ist hierbei die Beeinträchtigung der Glatthaferwiesen im FFH-Gebiet Rheinaue Walsum, die auch von der Beklagten als erhebliche Beeinträchtigung und somit als unverträglich mit den Erhaltungszielen gewertet wird (FFH-Verträglichkeitsprüfung – S. 54). Die Beeinträchtigung des Hartholzauwaldes (91F0) hat die Beklagte zwar vom Prinzip her erkannt. Sie unterschätzt aber das Ausmaß der Beeinträchtigung hinsichtlich der betroffenen Fläche, da zwei weitere Waldbestände, die als Hartholzauwald zu werten sind, von ihr zu Unrecht nicht als solcher erkannt wurden. Da die beiden Flächen vernässungsbedingt bei Realisierung des Rahmenbetriebsplans verloren gingen, wird die Unverträglichkeit mit den Erhaltungszielen unterschätzt.

Die Beeinträchtigung der Weidenauwälder (*91E0) verkennt die Beklagte vollends, in dem sie zu Unrecht davon ausgeht, daß die vernässungsbedingt verloren gehenden Weidenauwälder an anderer Stelle aufgrund der weitläufigen Vernässungen wieder neu entstehen. Sie berücksichtigt dabei nicht, daß erhebliche Entwicklungszeiten nötig sind, damit potentiell neu entstehende Weidenauwald-Initialstadien den verlorengegangenen ökologischen Wert und die Funktionen der vernässungsbedingt absterbenden älteren Bestände des Weidenauwaldes kompensieren können. Dies ist um so schwerwiegender, als es sich hier um einen prioritären Lebensraumtyp handelt, dessen erhöhte Empfindlichkeit und Schutzbedürftigkeit von vornherein zu einer besonders vorsichtigen Wertung der Unverträglichkeit von Beeinträchtigungen hätte führen müssen.

Die Beeinträchtigung eines Fließgewässers mit Unterwasservegetation (3260) hat die Beklagte gar nicht zur Kenntnis genommen. Sie geht zu Unrecht davon aus, daß keines der Gewässer in der Rheinaue Walsum diesem Lebensraumtyp zuzurechnen ist. Tatsächlich wird aber ein heute etwa 2,5 m breites Gewässer, das diesem Lebensraumtyp zuzurechnen ist, senkungsbedingt selbst im günstigsten Fall zu einem 30-50 m breiten Gerinne verändert, was mit einem schwerwiegenden Wandel der Fließgewässerfauna und – flora einhergeht. Schlimmstenfalls geht der Fließgewässercharakter und damit die Existenz des Lebensraumtyps völlig verloren, in dem durch großflächige Senkungen ein flächiges Stillgewässer entsteht.

2.2.13. Verschärfte Zulassungsbedingungen für Projekte in FFH-Gebieten mit prioritären Vorkommen werden nicht beachtet

Die oben genannten erheblichen Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes Rheinaue Walsum betreffen ein FFH-Gebiet, in dem der prioritäre Lebensraumtyp Weichholzauwald (*91E0) vorkommt. Bezüglich des FFH-Gebietes Rheinaue Walsum ist dies ausweislich der Darlegungen in der FFH-VP der Beklagten zu den Weichholzauwäldern unstrittig.

3. **Rechtswidrigkeit der Heranziehung tatsächlich und rechtlich nicht gesicherter gegensteuernder Maßnahmen zur Verneinung einer Beeinträchtigung.**

- 3.1 Soweit die Verträglichkeitsprüfung nicht bereits aufgrund unzutreffender Bestandserhebungen und falscher Auswirkungsprognosen zur Verneinung einer Beeinträchtigung von FFH-Schutzgebieten und nach der FFH-Richtlinie geschützter Arten kommen konnte, wurden in unzulässiger Weise gegensteuernde Maßnahmen, deren Durchführung tatsächlich und rechtlich nicht gesichert ist, herangezogen, um eine Beeinträchtigung der Schutzgebiete und der Schutzziele zu verneinen. Dies ist bereits deshalb unzulässig, weil - wie die Bezirksregierung Düsseldorf in ihren bereits zitierten Stellungnahmen umfassend ausgeführt hat - die Beeinträchtigung der FFH-Gebiete sehr schnell eintritt und demgegenüber vom Gutachter zur Verneinung einer aktuellen Beeinträchtigung herangezogene zukünftige positive Entwicklung, die möglicherweise geeignet sind, den alten Zustand wiederherzustellen, zum Teil Jahrzehnte dauern werden, bis sich der entsprechende Altzustand wieder einstellt. Einzelne Beispiele für die entsprechende rechtswidrige Vorgehensweise des Gutachters - wobei die Aussagen des Gutachters dann den Feststellungen der Planfeststellungsbehörde im Rahmen der Verträglichkeitsprüfung zugrundegelegt wurden - werden im weiteren jeweils im Zusammenhang mit der Darlegung der Rechtsverstöße gegen die für die unterschiedlichen Schutzgebiete geltenden rechtlichen Schutzvorschriften dargelegt.

Eine Heranziehung tatsächlich nicht gesicherter Ausgleichsmaßnahmen zur Verneinung einer Beeinträchtigung ist insbesondere vor dem Hintergrund der EU-rechtlichen Vorgaben unzulässig. Soweit bei einer Zulassungsentscheidung behauptet wird, daß Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft vermieden werden könnten, ist zu erläutern, wie dies konkret geschehen soll. Darüber hinaus ist es erforderlich Nachweise über die Sicherung entsprechender Maßnahmen sowie über den für die Durchführung Verantwortlichen vorzulegen (Assessment of Plans and Projects Significantly Affecting Natura 2000 Sites, European Commission GD Environment, November 2001, S. 27.), das wir als

Anlage K 15

beifügen). Insbesondere ist sicherzustellen, daß die Ausgleichsmaßnahmen tatsächlich geeignet sind, den erforderlichen Ausgleich zu erbringen (Assessment of Plans and Projects, a.a.O., S. 38).

- 3.2 Als Beispiel für das rechtswidrige Vorgehen im soeben dargestellten Sinn in bezug auf das FFH-Schutzgebiet Rheinaue Walsum werden nachfolgend einige Aussagen der Verträglichkeitsprüfung zitiert. Auf S. 121 der Revisionsfassung der Verträglichkeitsprüfung kommt der Gutachter zu folgendem Ergebnis:

"Für das Teilgebiet NSG 'Rheinaue Walsum'/NSG 'Rheinaue Walsum/Dinslaken' sind durch die Abtrocknung im Südostteil und durch Vernässungen im Nordwestteil des Gebietes Verlagerung der Lebens-

räume für die betroffenen Vogelarten des Anhangs I zu erwarten. Bei den hier bisher nachgewiesenen Arten, für die nach Art. 4 Abs. 2 VSR Schutzmaßnahmen erforderlich sind, handelt es sich um solche mit besonderer Affinität zu limnischen und amphibischen Bereichen sowie Wasserflächen mit unterschiedlichen Tiefen."

Seine Behauptung, daß es zu einer entsprechenden Verlagerung der Lebensräume für die nach der FFH-Richtlinie geschützten Vogelarten kommen wird, begründet der Gutachter auf S. 102 der Revisionsfassung der Verträglichkeitsprüfung wie folgt.

"Um großflächige Übersauungen der Rheinaue zu verhindern, ist eine Sohlvertiefung des Grabens 16.4 vorgesehen. Um in den südlichen Flächen der Rheinaue Walsum die Grundwasserflurabstände zu beeinflussen, ist eine Verlängerung des Grabens im Oberlauf um 500 m erforderlich. Sowohl bei der Vertiefungsstrecke als auch bei der Gewässerverlängerung würde der Grundwasserkontakt über eine Schlitzung hergestellt (vgl. RBP Band 5 Anlage 12, Karten 34 und 35 bzw. Transparentlayer 5 a + c Revision 01).

Durch die Vertiefungsmaßnahmen bzw. Gewässerverlängerung würde eine durchgehende Vorflut geschaffen. Hierdurch kann die Grundwasseroberfläche in weiten Bereichen der Rheinaue abgesenkt werden. Nachteilig wirkt sich dabei die maßnahmenbedingte Absenkung von Grundwasserflurabständen im Südostteil der Rheinaue durch das Trockenfallen von Feuchtgebieten aus. Hiervon betroffen sind insbesondere einige junge Bergsenkungsgewässer, die in ihrer Wassertiefe und Wasserflächenausdehnung reduziert werden. Darüber hinaus werden Feuchtlandgrünbereiche und Feuchtlandgrünbrachen sowie Kleinflächenröhrichte und feuchte Hochstauden entwässert. Sie werden bei einer Wiederaufnahme bzw. Intensivierung der Nutzung wieder zu Wirtschaftsgrünland bzw. Ackerland umgewandelt oder bei ausbleibender Nutzung zur Entwicklung trockener Hochstaudenbestände führen, die sich durch allmähliche Verbuschung langfristig zu naturnahen Gehölzbeständen entwickeln werden.

Dem Trockenfallen von Gewässern im Südosten der Rheinaue stehen zukünftige Vernässungsflächen im Westteil der Rheinaue gegenüber. Hier wird es trotz Maßnahmen zur Entwicklung weiterer Senkungsgewässer, zur Vergrößerung bestehender Senkungsgewässer und zur Entwicklung von unterschiedlichen Feuchtbiotopen wie Feuchtgrünland, Röhrichten, Hochstaudenbeständen und Weidengehölzen kommen. **Insofern kann in der Rheinaue Walsum von einer maßnahmebedingten räumlichen Verschiebung von**

Biotopen und deren Funktionen gesprochen werden."

Den Behauptungen des Gutachters widersprechen die bereits ausführlich zitierten Darlegungen der Bezirksregierung Düsseldorf. Die zuständige Naturschutzbehörde hat nämlich insbesondere folgendes angemerkt:

"Auch die oben zitierte gutachterliche Aussage impliziert einen Idealzustand in der Art, daß sich die Absenkungen obertägig abbilden (Vernässungen), während sich anderenorts in der Rheinaue durch Grundwasserspiegelabsenkungen Trockenstandorte neu entwickeln, die jeweils der Ausprägung des Statur Quo gleichartig und -wertig sind, so daß zu keinem Zeitpunkt ein Verlust bestimmter Biotopstrukturen zu besorgen ist, da sich die Biotope tatsächlich nur 'verlagern'. Diese Verlagerung mag auf den prognostizierten Zustand 2019 als rechnerisches Fazit zutreffen, wird jedoch zum einen der Tatsache nicht gerecht, daß die jeweils überstauten bzw. abtrocknenden Biotope zunächst von einem Totalverlust betroffen sind, und zum anderen, daß sich innerhalb der Laufzeit des Abbaus Zwischenstadien einstellen, die durchaus ein Ungleichgewicht der verlorenen und neugewonnenen Biotopqualitäten beinhalten bzw. dazu führen, daß bestimmte Biotopstrukturen für einen nicht näher definierten Zeitraum nicht zur Verfügung stehen."

Der Gutachter geht somit von vollständig unrealistischen tatsächlichen Annahmen aus. Dies ergibt sich auch daraus, daß zur Zeit - mehr als eineinhalb Jahre nach Erlaß des angegriffenen Planfeststellungsbeschlusses - weiterhin kein tragfähiges tatsächliches Konzept für die im Bereich der Rheinaue Walsum durchzuführenden grundwasserregulierenden Maßnahmen entwickelt werden konnte. Der Bereich der Rheinaue Walsum wird in den zwischenzeitlich zur Durchführung des Monitorings erstellten Entwürfen des Gutachters für die Durchführung gegensteuernder Maßnahmen ausdrücklich ausgeklammert. Gleichwohl schreitet der Abbau im Bereich der Rheinaue Walsum ohne jegliche Einschränkungen weiter fort.

- 3.3 Als weiteres Beispiel für die rechtlich nicht haltbare Heranziehung von tatsächlich nicht gesicherten gegensteuernden Maßnahmen zur Verneinung des Verlustes des Lebensraumes für nach der FFH-Richtlinie geschützte Arten werden nachfolgend die Ausführungen des Gutachters zur Beeinträchtigung der Lebensräume des Kammmolches auf S. 92 zitiert. Der Gutachter führt hier zwar zunächst zutreffend folgendes aus:

"Literaturangaben belegen, daß Kammmolchvorkommen eher kleine Bestände von 10 - 50 Individuen aufweisen. Das Vorkommen in der Rheinaue Walsum ist vor diesem Hintergrund als größere Population dieser Art einzustufen. Berücksichtigt man zusätzlich, daß es sich bei der Rheinaue Walsum um das Hauptverbreitungsgebiet der Art im Naturraum handelt, ist das Gebiet von einem hervorragenden Wert für die Erhaltung der Art."

Im weiteren führt der Gutachter dann aber vollständig unzutreffend auf S. 109 der Revisionsfassung der Verträglichkeitsprüfung folgendes aus:

"Die Abtrocknungen im Südteil der Rheinaue Walsum, die ein Trockenfallen derzeit vernäßer Grünländereien bewirken wird, ist für die Kammmolchpopulation ohne ausschlaggebende Relevanz. Die Art besiedelt als Landlebensraum sowohl trockene (Felder) als auch feuchte Standorte (Feuchtgrünland), so daß die Veränderung der Feuchteverhältnisse im Landlebensraum der Art keine Beeinträchtigung erwarten läßt.

Durch die Entwicklung neuer Senkungsgewässer kann auch die Entstehung zusätzlicher potentieller Laichgewässer und somit die zusätzliche Förderung der Art im betroffenen Raum erwartet werden. Ein positiver Einfluß auf das Vorkommen des K. wird auch durch eine Gewässerhäufung in der Fachliteratur konstatiert. Somit kann auch vor diesem Hintergrund diese Entwicklung zusätzlicher Senkungsgewässer in der Rheinaue Walsum als grundsätzlich positive Entwicklung für die Vorkommen gewertet werden."

Bezüglich der Tatsache, daß die Ausführungen des Gutachters hinsichtlich der Beeinträchtigungen der Lebensräume des Kammmolches tatsächlich unzutreffend sind, muß nur auf die bereits im Sachverhaltsteil zitierten Ausführungen der Bezirksregierung Düsseldorf verwiesen werden. Daraus ergibt sich insbesondere, daß die Laichhabitate des Kammmolches einen bestimmten Entwicklungszustand und bestimmte Strukturen aufweisen müssen, die gerade bei neu entstehenden Gewässern nicht gegeben sind. Auch kann – wie bereits mehrfach angesprochen – keinesfalls von einem kontinuierlichen Entstehen gleichartiger Lebensräume an anderer Stelle ausgegangen werden.

- 3.4 Zur rechtlichen Begründung der Unzulässigkeit der Vorgehensweise des Gutachters muß – neben der Heranziehung der EU-rechtlichen Vorgaben – lediglich auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Beeinträchtigung von FFH-Gebieten und zur Berücksichtigung von Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit der Prüfung einer Beeinträchtigung auf der Grundlage nationalen Naturschutzrechts verwiesen werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat in der Entscheidung vom 27.02.2003 - 4 A 59/01 - bezüglich der Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen bei der Prüfung von Beeinträchtigungen für FFH-Schutzgebiete folgendes ausgeführt:

"Die Schutzpflanzungen, die das Regierungspräsidium dem Baulastträger auferlegt hat, haben nicht den Charakter von Kohärenzsicherungsmaßnahmen. Sie dienen offensichtlich nicht dazu, den Verlust an Trockenrasen oder Laubkraut-Eichen-Hainbuchenwald zu kompensieren oder sonstwie zur Wahrung des Netzzusammenhangs beizutragen. Ihr Zweck ist es vielmehr, die durch den Autobahnbetrieb betroffenen empfindlichen Lebensraumtypen gegen Schadstoffeinwirkungen abzusichern. Je nachdem, wie zuverlässig sie diese Funktion erfüllen, tragen sie dazu bei, das Beeinträchtigungsniveau zu verringern. ...

Der Baulastträger wird verpflichtet, mit den Schutzpflanzungen "rechtzeitig" zu beginnen. Nach den Angaben des Beklagten in der mündlichen Verhandlung, ist als Pflanzzeitraum das Frühjahr 2004 vorgesehen, wie auch die Verkehrsfreigabe für das Jahr 2005 geplant ist. Nach dem Pflanzplan soll in Befolgung der gutachtlichen Vorgaben Pflanzmaterial verwendet werden, das durch schnellen Zuwachs eine optimale Abschirmung garantiert. Der Kläger legt nicht dar, wieso trotz dieser zeitlich vorgezogenen Vorsorge- maßregeln keine Gewähr dafür besteht, daß sich im Zeitpunkt der Verkehrsaufnahme die Filterwirkung erzielen läßt, die dem erstrebten Schutzziel entspricht."

Genau der vom Bundesverwaltungsgericht vorgezeichnete Weg wird von der Beklagten jedoch nicht eingehalten. Es fehlt jegliche rechtlich verbindliche Festschreibung konkreter Maßnahmen, die geeignet sein könnten, die erhebliche Beeinträchtigung des FFH-Gebietes Rheinaue Walsum zu vermeiden. Insbesondere wird nicht - wie auch von der Bezirksregierung Düsseldorf in ihrer abschließenden Stellungnahme gefordert - eine vorlaufende Durchführung der Anlegung neuer Lebensräume angeordnet, damit überhaupt zum Zeitpunkt der Zerstörung weiter Teile des geschützten FFH-Gebietes gleichzeitig Ersatz an anderer Stelle eingriffsnah geschaffen wird.

Im übrigen wäre selbst eine solche Vorgehensweise, die der Gutachter ansatzweise aber ohne jegliche zeitliche Vorgaben vorschlägt, nach den gerade zitierten Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts zur Verneinung einer Beeinträchtigung nicht geeignet. Das Bundesverwaltungsgericht hält nur solche Maßnahmen, deren Durchführung rechtlich und tatsächlich gesichert sein muß, zur Verneinung einer Beeinträchtigung für geeignet, wenn diese tatsächlich dazu führen, daß negative Einwirkungen auf die geschützten Arten und Lebensräume unterbleiben. Genau solche Maßnahmen sind jedoch - schon ausweislich der Ausführungen der Verträglichkeitsprüfung - gerade nicht vorgesehen. Es fehlt auch jeglicher Nachweis für die Wirksamkeit solcher Maßnahmen.

- 3.5 Darüber hinaus fehlt auch eine genaue Bilanzierung, die einzig die Aussage fachlich stützen könnte, daß es später zu einem Ausgleich von Beeinträchtigungen kommen wird. Diesbezüglich hatte der Kläger in seiner Stellungnahme vom 30.01.2002 insbesondere folgendes ausgeführt:

"Am deutlichsten sind laut Zielkonzept die Auswirkungen in der Rheinaue Walsum. Hier soll es im Nord-Westteil zu großflächigen Ausdehnungen von Feuchtgebietkomplexen kommen, während für den Südteil Abtrocknungen von Feuchtgebieten prognostiziert werden. Laut Zielkonzept wären diese entgegengesetzten Entwicklungen aber in sich ausgeglichen. Auch hier fehlen genaue Angaben, sowohl was die Qualitäten (Lebensräume, Arten, Schutzgüter, Nutzungen etc.) betrifft, als auch der Quantitäten."

Letztlich dient die FFH-Verträglichkeitsprüfung damit nur dazu, das Fortschreiten des Bergbaus zu ermöglichen, indem sie in unzulässiger Weise die Beeinträchtigung von Naturschutzgebieten verneint bzw. dort, wo sich ein solches Ergebnis überhaupt nicht erzielen ließ, die Behauptung aufstellt, daß Ausgleichsmaßnahmen die verbleibenden Beeinträchtigungen kompensieren könnten. Jeglicher Nachweis für die Durchführbar-

keit oder auch nur ein hinreichendes Konzept für die konkrete Durchführung von Maßnahmen fehlt jedoch. Ohne ein tatsächlich gesichertes geeignetes Konzept, das für den Bereich der Rheinufer- wegen der tatsächlichen Gegebenheiten - ohnehin nicht erarbeitet werden kann, ist daher von einer rechtlich unzulässigen Beeinträchtigung der Schutzgebiete auszugehen.

4. Vogelschutzgebiete, die von den Auswirkungen des Rahmenbetriebsplans betroffen sind

Es wurde bereits im Sachverhaltsteil ausgeführt, daß im Wirkungsbereich des Rahmenbetriebsplans sowohl gemeldete als auch faktische Vogelschutzgebiete vorhanden sind. Die Rechtsprechung zum Schutzregime bei Vogelschutzgebieten hat das OVG Koblenz zutreffend wie folgt zusammengefaßt:

„Solange es sich bei dem durch die Straßenplanung betroffenen Landschaftsraum weiterhin um ein faktisches Vogelschutzgebiet in dem eben bezeichneten Sinne handelt und nicht bereits um ein nach Art. 4 Abs. 1 VRl. erklärtes besonderes Europäisches Vogelschutzgebiet, bestimmt sich der Schutzstandard nach Art. 4 Abs. 4 Satz 1 VRl. und nicht über Art. 7 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (EG-Richtlinie "Fauna, Flora, Habitate" -- FFH-Rl. - ABl. EG Nr. L 206 vom 22. Juli 1992, S. 7) nach Art. 6 Abs. 2 bis 4 FFH-Rl.. Gebiete, die nicht zu Schutzgebieten im Sinne der Vogelschutz-Richtlinie erklärt worden sind, obwohl dies erforderlich gewesen wäre, unterliegen weiterhin dem strengen Schutzregime dieser Richtlinie und nicht dem mildereren Rechtsregime des Art. 6 Abs. 2 bis 4 FFH-Rl. (EuGH, Urteil vom 7. Dezember 2000 -- Rs. C-374/98 - Basses Corbierès - NuR 2001, 210, 212 f.; BVerwG, Beschluß vom 21. November 2001 und Urteil vom 14. November 2002, jeweils a.a.O.; s. auch Louis/Wolf, NuR 2002, 455, 457; Kratsch, VBIBW 2001, 341, 342; Kirchhof, NuR 2001, 666, 670; Erbguth, NuR 2000, 130, 135; auch Stür, DVBl 2002, 940, 947, unter 6. a.E.). In den Erwägungsgründen Nr. 50 bis 56 des Urteils vom 7. Dezember 2000 hat der Europäische Gerichtshof im einzelnen dargelegt, weshalb es gerechtfertigt ist, die Gebiete, die nicht zu besonderen Schutzgebieten erklärt wurden, obwohl dies erforderlich gewesen wäre, einer strengeren Schutzregelung zu unterwerfen, als sie gemäß Art. 6 Abs. 2 bis 4 FFH-Rl. für die zu besonderen Schutzgebieten erklärten Gebiete vorgesehen ist (vgl. hierzu auch bereits Jarass, NuR 1999, 481, 484, unter 2 bb; Erbguth, a.a.O., bei Fn. 82). In Anbetracht dieser Erwägungen kann der zuvor teilweise vertretenen anders lautenden Auffassung, daß die Schutzanforderungen des Art. 4 Abs. 4 Satz 1 VRl. auch für noch nicht erklärte (faktische) Vogelschutzgebiete durch das we-

niger strenge Schutzregime des Art. 6 Abs. 2 bis 4 FFH-Rl. abgelöst worden seien (vgl. OVG Münster, Beschluß vom 11. Mai 1999, NVwZ-RR 2000, 490, 491 m.w.N.; ferner z.B. Halama, NVwZ 2001, 506, 513) nicht gefolgt werden. Vielmehr vollzieht sich der Wechsel des Schutzregimes in jedem Fall erst mit der Erklärung des besonderen Schutzgebiets (in diesem Sinne z.B. EuGH, Urteil vom 13. Juni 2002 - Rs. C-117/00 - Owenduff-Nephtin Beg Complex - NVwZ 2002, 1228, 1230, Nr. 25), worin allerdings nicht zwingend nur die Erklärung zum geschützten Teil von Natur und Landschaft i.S. von §§ 33 Abs. 2, 22 Abs. 1 BNatSchG n.F. zu sehen ist (vgl. z.B. § 33 Abs. 4 BNatSchG n.F.).“

Damit finden jedenfalls für die nicht ordnungsgemäß gemeldeten Teile des Vogelschutzgebietes ausschließlich die Ausnahmeregelungen des Art. 4 der Vogelschutzrichtlinie Anwendung. Der genannte Bereich würde auch durch Auswirkungen des Bergwerkes Walsum beeinträchtigt. Durch Bergsenkungen würden nämlich die Habitatbedingungen für die überwinterten Vögel schwerwiegend verschlechtert werden. Dies ist nach der Rechtsprechung des EuGH unzulässig.

4.1 Rheinvorland bei Mehrum als Bestandteil des Vogelschutzgebietes „Unterer Niederrhein“

Bei dem Rheinvorland im Bereich von Mehrum handelt es sich, wie bereits dargelegt, im Uferverlauf des Rheins um einen bis zu 100 m breiten, mehr oder weniger vegetationsfreien Spülsaum; teilweise sind verschiedene Sand- und Kiesfraktionen sedimentiert worden. Vom Osten, aus dem Naturschutzgebiet "Mommniederung" kommend, verläuft die begradigte, durch den Rückstau des Rheins überwiegend stehendes Wasser führende Momm nordwärts durch die Aue. Die Mündung der Momm ist durch Kiesablagerungen verlandet. Dort kommen, wie bereits dargelegt, sowohl Vogelarten des Anhangs I der Vogelschutzrichtlinie als auch Zugvogelarten gemäß Art. 4 Abs. 2 VS-Rl. vor.

Der Standard-Datenbogen der Landesanstalt für Ökologie sowie die von ihr vorgeschlagenen Schutzziele für das gemeldete Vogelschutzgebiet DE-4203-401 führen den Flußregenpfeifer als für die Meldung des Gebietes ausschlaggebende Vogelart auf. Als Schutzziele wurde ausweislich der

Anlage K 16

von dort folgende vorgeschlagen:

„ Für Vogelarten der Fließgewässer mit Unterwasservegetation; des Rheins mit Schlamm- und Kiesbänken und einjähriger Vegetation sowie der feuchten Hochstaudenfluren wie FLUßREGENPFEIFER, BRUCHWASSERLÄUFER, WALDWASSERLÄUFER, DUNKLER WASSERLÄUFER, GRÜNSCHENKEL, BEKASSINE, FLUßSEESCHWALBE und EISVOGEL:

- Erhaltung und Wiederherstellung einer möglichst unbeeinträchtigten Fließgewässerdynamik
- Erhaltung und Entwicklung der Durchgängigkeit der Fließgewässer
- Erhaltung und Entwicklung der typischen Strukturen und Vegetation in der Aue, Rückbau - von Uferbefestigungen
- Sicherung und Entwicklung einer naturnahen Überfutungsdynamik „ (Seite 3, Punkt b).“

Insofern wird deutlich, daß es sich bei dem Brut- und Brutzeit-Gast-Vorkommen des Flußregenpfeifers um ein ornithologisch bedeutsames und für die Meldung der Fläche als Vogelschutzgebiet an die EU-Kommission ausschlaggebendes Vorkommen handelt.

Ausweislich der diesbezüglich unstrittigen Erhebungen der UVS für den Rahmenbetriebsplan Walsum brüten im gesamten Rheinvorland Mehrum, wie auch die obige Kartenanlage zeigt, 5 Brutpaare des Flußregenpfeifers. Nur drei dieser Brutpaare befinden sich allerdings innerhalb des als Naturschutzgebiet festgesetzten NSG „NSG Rheinvorland und Kolk westlich Mehrum“.

Die Festsetzung dieses NSG erfolgte u.a. zur Erhaltung und Entwicklung der Lebensräume brütender und rastender Wat- und Wasservögel (Landschaftsplan Raum Dinslaken/Voerde des Kreises Wesel - Kap. 2.2.2-II). Die ausdrückliche Erwähnung der Wat- und Wasservögel zeigt, daß die Festsetzung dieses Schutzgebietes augenscheinlich insbesondere erfolgte, um die dort vorkommenden charakteristischen Vögel zu schützen, wobei sich die explizite Nennung der Watvögel als Indiz dafür deuten läßt, daß auch das Brutvorkommen des Flußregenpfeifers geschützt werden sollte, der zu dieser taxonomischen Vogelgruppe gehört.

Die zwei weiteren Brutpaare des Flußregenpfeifers innerhalb des Rheinvorlandes Mehrum brüten innerhalb des „Landschaftsschutzgebietes Rheinvorland“. Die Festsetzung des Landschaftsschutzgebietes erfolgte u.a. zur Erhaltung und Wiederherstellung von Biotopen und Lebensgemeinschaften wildlebender Pflanzen- und Tierarten der Rheinaue und zur Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes (Landschaftsplan Raum Dinslaken/Voerde des Kreises Wesel - Kap. 2.4.1-II).

Die Festsetzung erfolgte hier offensichtlich zum allgemeinen Schutz aller Organismen der Rheinaue, wobei den Vögeln kein überwiegendes Gewicht zugemessen wurde. Vielmehr wurden auch andere Tiergruppen, wie Amphibien und Käfer in den Schutzzweck gleichberechtigt mit den Vögeln einbezogen. Es ist daher nicht erkennbar, daß dem Schutz der Vogelwelt bei der Konzeption und Festsetzung des LSG Rheinvorland die Bedeutung beigemessen wurde, die nötig wäre, um den Maßgaben für die ausreichende Ausweisung als Vogelschutzgebiet zu genügen.

Dies bestätigen auch die für das „Landschaftsschutzgebiet Rheinvorland“ geltenden Ge- und Verbote nach den Festsetzungen des ‚Landschaftsplanes Raum Dinslaken/Voerde‘ des Kreises Wesel.:

So erlaubt es das für dieses LSG geltende Verbot Nr. 17 des Landschaftsplanes abschnittsweise das Rheinufer für die Fischerei zu nutzen, während für das NSG Rhein-

vorland und Kolk westlich Mehrum ein ganzjähriges Verbot der Fischerei gilt (Verbot Nr. 27). Dieses Verbot dient in erster Linie der Vermeidung von Beunruhigungen und Beeinträchtigungen des Flußregenpfeifers, der als Brutplatz die Kiesuferzonen des Rheins nutzt. Die Nester des Flußregenpfeifers sind zum Schutz vor natürlichen Feinden gut getarnt und daher stark gefährdet, wenn Menschen die Uferbereiche aufsuchen. Bei der Fischerei, die naturgemäß ebenso wie der Flußregenpfeifer an das Reinufer gebunden ist, kommt es regelmäßig zu Beunruhigungen der brütenden Vögel, die bis hin zur Aufgabe des Nestes führen können und zum direkten Verlust des Geleges der Flußregenpfeifer durch Zertreten des getarnten Nestes. Das Verbot der Fischerei ist also von großer Bedeutung für den Schutz gerade des Flußregenpfeifers. Der Umstand, daß eben dieses Verbot für das Landschaftsschutzgebiet Rheinvorland nicht ausgesprochen wurde, zeigt, daß dem Flußregenpfeifer hier nicht der Schutz zukommt, der für ein Vogelschutzgebiet geboten wäre.

Gerade für die geschützten Brutgebiete des Flußregenpfeifers kommt die Verträglichkeitsprüfung zu ganz gravierenden Fehleinschätzungen. Bezüglich der Habitats des Flußregenpfeifers wird auf S. 42 f. der Revisionsfassung der Verträglichkeitsprüfung folgende Behauptung aufgestellt:

"Entlang des Rheinufers werden sich Kiesufer als Habitate des Flußregenpfeifers aufgrund der Erosions-Sedimentationsprozesse am Rhein sukzessive in heutige Grünlandbereiche, die zukünftig senkungsbedingt in der Mittelwasserlinie des Rheins liegen, verlagern. Diese Verlagerung ist kein schlagartiges Ereignis, sondern vollzieht sich je nach Senkungseintritt in Teilschritten kontinuierlich über einen längeren Zeitraum. Somit bleiben die Habitatsstrukturen für die Art über die Einwirkungszeit durch sukzessive Neubildung erhalten."

Demgegenüber hat der Kreis Wesel in der Begründung seines Eilantrages gegen den Rahmenbetriebsplan auf S. 4 ff. bezüglich der Auswirkung des Bergbauvorhabens auf das Rheinvorland zutreffend folgendes ausgeführt:

„Es handelt sich bei dem Schutzgebiet um ein weitgehend von natürlichen Gestaltungsprozessen des Rheins geprägtes Gebiet, in dem die Verbindung der wechselnden Wasserlinie mit dem natürlich entstandenen Kiesufer für die Bedeutung im Hinblick auf den Artenschutz maßgebend ist. Gerade die langjährigen Bemühungen zur Verbesserung der Wasserqualität des Rheins haben dazu geführt, daß seltene und bereits als ausgestorben geltende Arten den Lebensraum Rhein zurückerobert haben. Dies gilt für Fische, Muscheln, Insekten und viele weitere Lebensformen. **Vergleichbares gilt auch für die uferbewohnenden Vögel.** Diese Lebewesen sind auf bestimmte Lebensraumstrukturen angewiesen.

Vor diesem Hintergrund ist heute die Artausstattung des Naturschutzgebietes wesentlich besser bekannt als zum Zeitpunkt seiner Festsetzung. Es ist nicht sachgerecht, daß sich die Artenerhebung im Rahmen der UVS auf weit zurückliegende Zeitpunkte (1995 -

1996) bezieht. Zudem läßt die UVS die eigentlich grundlegende Lebensgemeinschaft des Rheinstroms und der Uferzonen ganz außer Betracht. Dagegen werden Amphibien als Indikatoren für die Aue herangezogen. Die untersuchten Amphibien können jedoch im Uferbereich des Rheins gar nicht dauerhaft leben. Diese grundlegenden Mängel der UVS wurden im Verfahren nicht ausgeräumt (Anmerkung: vielmehr wurde auf diese unzutreffenden Angaben im Rahmen der Verträglichkeitsprüfung zurückgegriffen).

Die im Kreis Wesel auf beiden Seiten des Rheins liegenden Uferbereiche sind insgesamt als Naturschutzgebiete, nur nördlich des NSG 2.2.2 als Landschaftsschutzgebiet festgesetzt. Durch die zunächst linksrheinisch, in den letzten Jahren auch auf der rechten Seite einsetzenden bergbaubedingten Absenkung der Ufer war die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (ISA) zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs gezwungen, in diesem Rheinabschnitt alle Ufer technisch zu befestigen und die Kiesufer zu beseitigen. Vor diesem Hintergrund sind im Untersuchungsgebiet der UVS zwischen 1998 und 2002 das gesamte linksrheinische und auch ein mehrere 100 m langer rechter Uferabschnitt des NSG so ausgebaut worden, daß eine Lebensraumfunktion für die zu schützenden Arten nicht mehr gegeben ist. Der verbleibende Uferstreifen zwischen Voerde-Ork (Rheinkilometer 808,3) und der Ausbaustrecke in NSG 2.2.2 (Rheinkilometer 804,5) ist damit das letzte noch verbliebene natürliche Kiesufer im Untersuchungsgebiet. Die wenigen übrigen Kiesufer im Kreis Wesel sind aufgrund ihrer geringen Größe und Ausprägung auch im Hinblick auf die Funktion für den Naturhaushalt nicht vergleichbar.

Die aktuelle Situation des Rheinufers Kilometer 804,5 und 807,5 wurde in einer Fotodokumentation vom 16.07.2002 dargestellt. Die Fotos zeigen sowohl die von wechselnden Wasserständen verursachten dynamischen Veränderungen Entwicklungsstadien des Ufers und seiner Vegetation als auch die erheblichen und nachhaltigen Veränderungen, die im Zusammenhang mit den o. g. Uferbefestigungen durch die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung entstanden sind.

Mit dem Bergbau ist unabweisbar folgender Uferausbau verbunden (vergl. Nebenbestimmung 1 + 7 des Sonderbetriebsplans für den Abbau unter dem Rhein für das Kalenderjahr 2002):

Die Kiesufer werden mit einem wallartigen Bauwerk aus Bergematerial, das zur Stromseite mit grobsteiniger Hochofenschlacke, sonst mit bündigem Boden überfüllt wird, überschüttet (siehe Fotodokumentati-

on). Dieses im Mittel an der Basis 30 m breite Bauwerk taucht im Zuge der weiteren Senkung bis auf das Mittelwasserniveau ein und stabilisiert so die Wasserhülle im Rhein. Die bergwerksbedingte Ausweitung des Rheinprofils würde andernfalls zur Absenkung des Wasserspiegels und zur Gefährdung der Schifffahrt führen. Dies ist nicht mit internationaler Verpflichtung der BRD zu vereinbaren.

Der UVS-Autor unterstellt, daß der Rhein (ohne die o. g. Ausbaumaßnahmen) ausufernd können darf. Das Ufer würde sich demnach landwärts neu bilden. Dabei verkennt er die rechtlichen und wasserbautechnischen Notwendigkeiten und die Vorrangigkeit des Schifffahrtsbelangs (§ 63 BNatSchG). Er verkennt weiter, daß eine massive Schädigung der von ihm erstaunlicherweise ebenfalls nicht erkannten hohen Bedeutung für den Biotop- und Artenschutz eintreten wird. Die verfahrensführende Behörde hat den Konflikt, trotz der Beteiligung der Fachbehörden, nicht erkannt. Das Problem wurde nicht erörtert und nicht gelöst.

Konsequenzen für die Landschaftsplanung:

Die genannten Schutzzwecke zur Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensräume von an kiesigen Flußufer sowie Steilufer gebundene Tierarten wegen der besonderen Eigenart und hervorragenden Schönheit der kiesigen Uferbereiche und des Steilufers (das Steilufer ist ein untergeordneter Bereich, der bereits Schädigungen durch den vorangegangenen Abbau erfahren hat) können nicht aufrechterhalten werden. Die Bedeutung für das internationale Schutzgebiet tritt zudem massiv zurück. Die verbleibenden Schutzgegenstände rechtfertigen nicht die mit dem Naturschutzgebiet verbundenen Schrankenbestimmungen gegenüber dem Bürger. **Das Naturschutzgebiet müßte aufgehoben werden!**

Als

Anlage K 17

(liegt der Beklagten sowie der Beigeladenen im Eilverfahren des Kreises Wesel gegen den Rahmenbetriebsplan vor)

werden die von den amtlichen Vermessern des Kreises erstellten Rheinuferprofile beigefügt, die zeigen, daß es zu erheblich häufigeren Überstauungen der Rheinufer bei deren Absenkungen kommt und damit der entsprechende Bereich insbesondere für Brutvögel vollständig verloren geht. Dies wird in der Verträglichkeitsprüfung weder gesehen, noch wurde bezüglich dieser Auswirkungen eine den rechtlichen Vorgaben der FFH-Prüfung entsprechende Beurteilung unter Beteiligung der EU-Kommission vorgenommen.

Für die Beeinträchtigung der Vogelschutzgebiete bestehen noch weitere Nachweise. Im genannten Bereich kommt es auch zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Vö-

gel. Auch ausweislich des Grundwasserflurabstandsplans für den Endzustand (Bd. 5 - Karte 34.1 der Antragsunterlagen zum Rahmenbetriebsplan Walsum) wird es bis zum Jahr 2019 zu großräumigen Bergsenkungen entlang des Rheinufer kommen, die zur Entstehung mehrerer größerer Wasserflächen führen. Wie aus dem Grundwasserflurabstandsplan für den Zwischenzustand (Bd. 5 - Karte 32.1 der Antragsunterlagen zum Rahmenbetriebsplan Walsum) hervorgeht, werden diese Senkungen sowie die Entstehung der Wasserflächen bereits Ende des Jahres 2009 faktisch vollständig realisiert sein.

Die genannten Bergsenkungen betreffen in erster Linie die Brutplätze des Flußregenpfeifers. Diese Vogelart ist zur Brut auf naturnahe und vegetationsarme Kiesuferzonen angewiesen, die natürlich im Zuge von Sedimentations- und Erosionserscheinungen am Ufer großer Flüsse entstehen. Entsprechende Flächen befinden sich am Rheinufer des Rheinvorlandes Mehrum (siehe auch FFH-Verträglichkeitsstudie – Revision 01 – S. 39 unten). Durch die eintretenden Bergsenkungen werden diese Uferpartien unter den Wasserspiegel des Rheins abgesenkt und gehen damit als Brutplatz des Flußuferläufers verloren. Die FFH-Verträglichkeitsstudie (siehe Revision 01 – S. 42) geht davon aus, daß es sich beim Verlust der Kiesufer um keine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele handelt, weil die Kiesufer einerseits nicht gleichzeitig verloren gingen und sich andererseits neue Kiesufer ausbilden würden, die wieder als Brutplätze der Flußregenpfeifer dienen könnten. Die Beklagte nimmt daraufhin in ihrer FFH-Verträglichkeitsprüfung den Verlust der Brutplätze der Flußregenpfeifer unter Einbeziehung gegensteuernder Maßnahmen nicht mehr zur Kenntnis (FFH-VP – S. 22).

Diese Ansicht trifft indes nicht zu. Zunächst kommt es nach der Rechtsprechung des EuGH im Leybucht-Urteil nicht darauf an, ob die Beeinträchtigungen erheblich sind. Selbst letzteres ist vorliegend aber der Fall. Durch die Bergsenkungen werden schon bis 2009 alle als Brutplatz des Flußregenpfeifers geeigneten Kiesuferstrukturen entlang des Rheins unter Wasserniveau gelangen und hierdurch vernichtet werden. Von einer natürlichen und zeitlich parallel verlaufenden Ausbildung neuer Kiesufer kann indes keine Rede sein. Derartige Sedimentations- und Erosionserscheinungen benötigen üblicherweise eine jahrelange Entwicklungszeit. Faktisch können solche Prozesse nur während stärkerer Hochwässer ablaufen. Mithin steht zu erwarten, daß der Verlust der Kiesufer-Brutplätze bis 2009 nur in Anklängen – wenn überhaupt – durch natürliche Neubildung von Kiesufern ausgeglichen werden kann. So würden die Brutplätze der Flußregenpfeifer selbst im besten Fall auf etliche Jahre ersatzlos vernichtet werden.

Der Verlust ist zum Teil auch bereits eingetreten. Denn auf Höhe der Mündung des Mommmbaches in den Rhein ist bereits heute die Kiesbank, die als Brutplatz und Nahrungsraum des Flußuferläufers diente, durch Bergsenkungen vernichtet. Dies wurde im Rahmen der ersten Sitzung der regionalen Arbeitsgruppe AG 2 „Mommniederung“ am 22.03.2004 im Fortbildungszentrum des BW Walsum anhand von aktuellen Fotos dieses Raumes deutlich, die die Gutachter der Beigeladenen vorlegten. Es kommt damit zu rechtlich nicht zulässigen Beeinträchtigungen des Schutzgebietes.

4.2. Mommniederung als Bestandteil des Vogelschutzgebietes „Unterer Niederrhein“

- 4.2.1 Der Charakter der Mommniederung und die naturräumlichen Gegebenheiten wurden bereits im Sachverhaltsteil beschrieben. Die Schutzwürdigkeit der Mommniederung nach der FFH-/Vogelschutzrichtlinie wird grundsätzlich auch in der Revisionsfassung der Verträglichkeitsprüfung anerkannt. Diese enthält diesbezüglich insbesondere folgende Aussage:

“Die Mommniederung ist als bedeutender Hauptäsungsplatz für rastende und überwinternde Gänsearten ein wichtiger funktionaler Bestandteil des Vogelschutzgebietes Unterer Niederrhein. Darüber hinaus beherbergt das Gebiet eine Steinkautzpopulation von nationaler Bedeutung; sie ist einer der größten in Nordrhein-Westfalen. Hieraus ist eine besondere Schutzwürdigkeit nach der Vogelschutzrichtlinie im Sinne der Erhaltung wild lebender Vogelarten abzuleiten.“

Auf S. 51 der Revisionsfassung der Verträglichkeitsprüfung wird sodann auch anerkannt, daß sich ohne gegensteuernde Maßnahmen - aufgrund von Senkungen von bis zu 5 m - großflächige Übersauungen ergeben werden. Das Ausmaß der Übersauung wird auf S. 53 der Revisionsfassung der Verträglichkeitsprüfung mit ca. 60 % des innerhalb des Vogelschutzgebietes liegenden Teils der Mommniederung angegeben. Im weiteren wird dann jedoch unzutreffend behauptet, daß aufgrund der Durchführung grundwasserregulierender Maßnahmen keine negativen Auswirkungen eintreten würden.

Es wird wiederum nicht berücksichtigt, daß die Durchführung entsprechender Maßnahmen nicht gesichert ist. Insofern muß zunächst ein wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden, für das der Kreis Wesel zuständig ist. Dieser hatte bereits im Erörterungstermin zum Rahmenbetriebsplan für das Bergwerk Walsum gravierende Bedenken bezüglich der Genehmigungsfähigkeit der grundwasserregulierenden Maßnahmen. Die entsprechenden Bedenken werden seitens des Kreises weiterhin aufrechterhalten. Insbesondere hat sich der Landschaftsbeirat des Kreises Wesel dagegen ausgesprochen, entsprechende Befreiungen von den Festsetzungen des Landschaftsplanes zu erteilen.

- 4.2.2 Unabhängig von der Durchführung grundwasserregulierender Maßnahmen hatte der Kreis Wesel in seinem gegen den Rahmenbetriebsplan gerichteten Eilantrag auch bereits überzeugend begründet, daß die Untersuchungen der UVS zur Wurzeltiefe der Kopfbaumbestände keine repräsentative Aussage zuläßt, da die Kopfbäume ihren Wurzelhorizont in Abhängigkeit von den vorhandenen Grundwasserverhältnissen ausbilden. Soweit sich die Grundwasserflurabstände verringern ist insbesondere damit zu rechnen, daß die Baumwurzeln in das Grundwasser eintauchen und damit ein Absterben der Kopfbaumbestände in der Mommniederung erfolgen wird. Auf diesen Gesichtspunkt hatte der Kläger auch bereits in seiner ersten Stellungnahme umfassend hingewiesen (S. 18 der Stellungnahme vom 24.01.2001). Insbesondere wurde zutreffend ausgeführt, daß es nicht akzeptiert werden könne, eine Aufrechnung in dem Sinne vorzunehmen, als ließe sich durch Abtrocknung hier und Durchfeuchtung dort eine Art Ausgleich der Eingriffe bewirken. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Sowohl bei einer Abtrocknung als auch bei einer Durchfeuchtung wird es zu einem Absterben der vorhandenen Vegetation kommen.

Im übrigen wird es bei einer Verringerung der Grundwasserflurabstände dazu kommen, daß sich das Grundwasser unter dem Auelehm spannt. Damit wird Niederschlagswasser nicht mehr ungehindert versickern können, sondern oberflächlich ab- und in entstehenden Bodenmulden zusammenfließen.

Durch die Auswirkungen der Grundwasserflurabstandsveränderungen auf Natur und Landschaft werden auch im Wege der Verbandsklage rügefähige Rechtspositionen des Klägers verletzt. Insbesondere bei der Norm des § 1a WHG, die dem Schutz der Lebensräume von Pflanzen und Tiere dient, handelt es sich um eine im Wege der Verbandsklage rügefähige Rechtsposition (Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht, 2. Aufl., § 61, Rn. 12). Aus der auch in das Landesrecht umgesetzten Rechtsnorm folgt insbe-

sondere, daß die Sicherungsobliegenheit des Staates sich nicht isoliert auf die Belange des Gewässerhaushalts konzentrieren, sondern vielmehr stets die Gewässer und damit auch das Grundwasser in seiner Bedeutung für den Naturhaushalt berücksichtigen muß (Kotulla, WHG, § 1a Rn. 5). Die entsprechenden Vorgaben hätten auch bereits im Rahmen des bergrechtlichen Betriebsplanverfahrens beachtet werden müssen, da – wie bereits erläutert – spätere Maßnahmen nicht geeignet sind, die mit den Senkungen notwendig verbundenen Folgen für das Grundwasser auszugleichen. Selbst bei einer Grundwasserregulierung mittels Pumpen kann der Grundwasserstand – wegen der Notwendigkeit der Trockenhaltung der Wohngebäude – und der Gewährleistung der Trinkwassergewinnung im Wasserwerk Löhnen nicht auf dem ursprünglichen Niveau gehalten werden. Dies ist jedoch zum Schutz von Natur und Landschaft – wie mit dem Hilfsantrag gefordert – zwingend erforderlich.

4.3 Rheinaue Walsum als Bestandteil des Vogelschutzgebietes unterer Niederrhein

Im Zuge der Erarbeitung von UVS und FFH-Verträglichkeitsstudie mangelt es bereits an der Erhebung der nötigen Grundlagendaten zur Avifauna der betroffenen Teile des Vogelschutzgebietes. Der Kläger hat mehrfach – zuletzt in seiner Stellungnahme vom 21.05.2002 – darauf hingewiesen, daß innerhalb des Vogelschutzgebietes auch diejenigen Zugvögel im Sinne von Art. 4 Abs. 2 VS-Rl. zu berücksichtigen sind, die in dem Gebiet brüten. Die FFH-Verträglichkeitsstudie der Beigeladenen nimmt diese Brutvögel jedoch allenfalls am Rande zur Kenntnis.

Dies hat gravierende Auswirkungen auf die Ermittlung von Beeinträchtigungen insbesondere für die Vogelarten, die in der halboffenen Kulturlandschaft brüten. Zu nennen sind z.B. Turteltaube, Nachtigall, Gartenrotschwanz und Dorngrasmücke. Diese Arten kommen in den heute noch extensiv landwirtschaftlich bewirtschafteten binnendeichs gelegenen Teilen der Rheinaue Walsum in hoher Häufigkeit vor. Sie werden im Zuge der UVS – und nachfolgend auch in der FFH-Verträglichkeitsstudie – aber entweder gar nicht (so z.B. Turteltaube) oder nur in zu geringer Anzahl zur Kenntnis genommen. Dabei wird z.B. der Brutbestand des Zugvogels Nachtigall mit nur 2 Brutpaaren als zu niedrig dargestellt. Maßgebliche ornithologische Untersuchungen des Gebietes Rheinaue Walsum, die in der FFH-Verträglichkeitsstudie zitiert werden, zeigen auf, daß der Brutbestand der Nachtigall bei 8 Brutpaaren liegt (siehe ausführlich dazu auf S. 6-7 der Stellungnahme des Klägers vom 21.05.2002).

Es fehlt auch schon an einer aktuellen Bestandsaufnahme. Offensichtlich wurden ausschließlich Daten verwendet, die sich auf das Jahr 1994 beziehen. Es kann dahin gestellt bleiben, ob diese Daten im Zuge der FFH-Verträglichkeitsstudie selbst erhoben wurden, oder ob lediglich aus anderen Arbeiten, die das Gebiet betreffen, zitiert wurde. Jedenfalls sind die Daten als veraltet anzusehen. Von der Beigeladenen hätte verlangt werden müssen, aktuelle ornithologische Daten ermitteln zu lassen. Dies ist jedoch nicht geschehen. Die Fehleinschätzungen setzen sich in der FFH-Verträglichkeitsprüfung der Beklagten fort.

All dies führt von vornherein zu einer Unterschätzung der Bedeutung der extensiv genutzten Kulturlandschaft der Rheinaue Walsum für die Vogelwelt. Die Beklagte hat infolge dessen nie in der gebotenen Weise zur Kenntnis genommen, daß mit den bergsenkungsbedingten Veränderungen der binnendeichs gelegenen Teile der Rheinaue Walsum der weitestgehende Verlust dieser Vogellebensräume einhergehen würde. Es fehlt daher schon eine nachvollziehbare Nebeneinanderstellung der Beeinträchtigungen der Vogelwelt, die es der Beklagten erst ermöglicht hätte, die negativen Auswirkungen auf die oben genannten Zugvogelarten der halboffenen Kulturlandschaft den angeblich posi-

tiven Auswirkungen des Vorhabens auf die Vogelarten der Feuchtgebiete gegenüberzustellen.

Tatsächlich hat die Beklagte zu Unrecht nur die angeblich positiven Auswirkungen auf die Vogelarten der Feuchtgebiete gesehen, die wie dargestellt zudem von ihr zudem überbewertet wurden. Der Verlust der Lebensräume der Brutvogelarten der Kulturlandschaft hingegen wurde weder im Zuge der Ermittlung von Beeinträchtigungen gem. § 48d Abs. 3 LG, noch bei den weiteren Entscheidungen der Beklagten nach § 48d Abs. 4, 5 und 6 LG berücksichtigt. Er spielt auch keinerlei Rolle bei der Auferlegung von Ausgleichsmaßnahmen (Kohärenzsicherungsmaßnahmen) im Sinne von § 48d Abs. 7 LG.

4.4 Beeinträchtigungen im Gebietsteil Rheinaue Walsum

Zusätzlich zu der dargelegten mangelnden Berücksichtigung der Brutvogelarten der halboffenen Kulturlandschaft in der Rheinaue Walsum, würde die Realisierung des Rahmenbetriebsplanes in dieser Teilfläche des Vogelschutzgebietes zu weiteren erheblichen Beeinträchtigungen der Vogelwelt führen. Derartige Beeinträchtigungen betreffen auch andere ausreichend als Schutzgebiet ausgewiesene Teile des gemeldeten Vogelschutzgebietes. Sie werden am Beispiel der Rheinaue Walsum daher nur beispielhaft dargestellt.

4.4.1 Vergrößerung der Feuchtgebiete wirkt sich nachteilig auf Vögel aus

Die FFH-Verträglichkeitsstudie der Beigeladenen sowie die FFH-Verträglichkeitsprüfung der Beklagten gehen pauschal davon aus, daß sich durch die Vernässungen eine Ausdehnung der Feuchtgebiete und Wasserflächen ergeben wird, was sich auf die Vogelarten der Feuchtgebiete positiv auswirken soll. Dies ist - wie der Kläger in seiner Stellungnahme vom 21.05.2002 (S. 7, 8, 12, 13) ausgeführt hat - jedoch nicht zutreffend.

Veränderungen eines Lebensraumes führen stets dazu, daß bestimmte dort bislang lebende Arten begünstigt, andere Arten aber benachteiligt werden. Denn alle Tierarten benötigen zu ihrem Überleben bestimmte, mehr oder weniger enge Umweltvoraussetzungen. Ein und dieselbe Veränderung eines Lebensraumes wirkt sich auf manche dort bisher lebende Arten positiv aus, während sie andere Arten verdrängt.

Dies gilt auch für die Vogelarten der Feuchtgebiete, die durchaus unterschiedliche Ansprüche an ihren Lebensraum haben. Bestimmte Arten, wie z.B. Höckerschwan, Stockente, Haubentaucher und überwinternde Gänsesäger benötigen größere und tiefere Gewässer als Lebensraum. Mit einer tendenziellen Vertiefung und Ausdehnung der Feuchtgebiete und Wasserflächen im Gebiet Rheinaue Walsum wäre für diese Arten eine Förderung verbunden. Die gleiche Vertiefung und Ausdehnung der Wasserflächen würde dagegen andere Arten benachteiligen, die wie z.B. Zwergtaucher, Krick-, Schnatter- und Knäkente, die auf kleinere, flache Gewässer angewiesen sind oder wie z.B. Tüpfelsumpfhuhn oder Wasserralle in älteren Uferzonen von Flachgewässern vorkommen. Dies - wie gesagt - schon allein wegen der unterschiedlichen Anforderungen der Vogelarten an ihr Habitat. Hinzu kommen noch interspezifische Verdrängungseffekte. So ist z.B. bekannt, daß Höckerschwäne andere Wasservogelarten aus ihrem Brutgebiet vertreiben.

Die Beklagte nimmt diese zwingend gebotene Differenzierung nicht vor. Sie geht zu Unrecht davon aus, daß die Veränderungen der binnendeichs gelegenen Flächen der

Rheinaue Walsum für alle Vogelarten der Gewässer und Feuchtgebiete positiv ist. Dies ist – wie der Kläger in seiner Stellungnahme vom 21.05.2002 bereits ausgeführt hat – nicht der Fall. Entgegen der Annahmen der Beklagten ist zu erwarten, daß nach Umsetzung des Rahmenbetriebsplanes eine Förderung der Vogelarten größerer und tieferer Gewässer wie Höckerschwan, Stockente, Reiherente und Haubentaucher eintreten wird, die dort als Brutvögel leben. Dabei handelt es sich aber sämtlich um Arten, die in ganz Nordrhein-Westfalen häufig vorkommen und darüber hinaus noch in ihrer Bestandsgröße zunehmen.

Der hohe aktuelle Wert der Rheinaue Walsum als Brutgebiet für Wasservögel basiert indes nicht auf dem Vorkommen dieser häufigen Wasservogelarten. Vielmehr sind hier gerade die Arten der kleineren, flacheren Gewässer wie Krick-, Schnatter- und Knäkenente, Wasserralle, Tüpfelsumpfhuhn und andere Arten von hoher Bedeutung, da sie hier landesweit herausragende Brutvorkommen besitzen. Diese Arten sind in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus selten und weisen zumeist negative Bestandstrends auf.

Im Zuge der Bergsenkungen im Deichhinterland der Rheinaue Walsum werden diese besonders schutzwürdigen Wasservogelarten aber benachteiligt, statt wie von der Beklagten angenommen gefördert werden. Diese Entwicklung ist bezüglich des Zwergtauchers, der ebenfalls an kleinere Gewässer gebunden ist, auch schon in der Rheinaue Walsum aufgetreten, wie die in der FFH-Verträglichkeitsstudie der Beigeladenen zitierte ornithologische Untersuchung zeigt (Messer, Kladny, Schmitz & Hingmann, Charadrius 1995, Bd. 31).

Mithin hat die Beklagte auch die Auswirkungen des Vorhabens auf die Wasservögel zu Unrecht als positiv eingeschätzt, wohingegen tatsächlich Verschlechterungen der Situation eintreten werden, die als erhebliche Beeinträchtigungen zu werten sind.

4.4.2 Vorlandaufhöhung vernichtet mehrfach Uferschnepfen-Bruthabitate

Bergsenkungsbedingt wird das Rheinvorland Walsum bei Realisierung des beklagten Rahmenbetriebsplans mindestens zweimal unter den Rheinwasserspiegel absinken. Die Wertung dieses Eingriffs in die Lebensräume der Vögel sowie der entsprechenden gegensteuernden Maßnahme erfährt in der FFH-Verträglichkeitsprüfung einige bemerkenswerte Metamorphosen:

So hat die Beklagte einerseits erkannt, daß die „großflächigen Übertauungen im Rheinvorland [...] zu einem größeren Verlust von Nahrungs- und Bruthabitaten von Kiebitz, Wiesenpieper und Uferschnepfe führen“ und daß Äsungsflächen für arktische Gänse im Rheinvorland verloren gehen. (S. 50 der FFH-Verträglichkeitsprüfung). Konkret handelt es sich um ~ 80 ha des insgesamt 187 ha großen Rheinvorlandes der Rheinaue Walsum, so daß insofern eine erhebliche Beeinträchtigung auf der Hand liegt.

Hinsichtlich der ‚Beeinträchtigungen nach Durchführung gegensteuernder Maßnahmen‘ geht die Beklagte dann aber davon aus, daß der Verlust der Landlebensräume im Rheinvorland wegen der auch zur Gewährleistung der Schifffahrt gebotenen flächigen Aufhöhung des absinkenden Vorlandes nicht mehr eintritt (S. 55-56 FFH-Verträglichkeitsprüfung). Sie wertet die Vorlandaufhöhung insofern als Ausgleichsmaßnahme, die die Beeinträchtigungen der Vogelwelt dergestalt beseitigt, daß von einer Erheblichkeit oder Unverträglichkeit mit den Erhaltungszielen keine Rede mehr sein kann. Die FFH-Verträglichkeitsprüfung der Beklagten geht nämlich nachfolgend nicht mehr auf den auf S. 50 noch prognostizierten Verlust von Vogellebensräumen ein. Auf S. 56 – 2. Absatz der FFH-Verträglichkeitsprüfung stellt die Beklagte fest, daß durch die Aufhöhung die Standortverhältnisse und Funktionen als Lebensraum für Wiesen- und Watvögel

(z.B. Kiebitz, Uferschnepfe) sowie als Äsungsplatz für Wildgänse erhalten bleiben. Sie verneint demnach deutlich eine erhebliche Beeinträchtigung, weil Ausgleichsmaßnahmen (nämlich die Aufhöhung des Vorlandes) durchgeführt werden sollen.

Dies ist bereits rechtlich unzutreffend. Im Rahmen der Entscheidung über etwaige erhebliche Beeinträchtigungen ist kein Raum für die Berücksichtigung etwaiger Kompensationsmaßnahmen. Diese Frage kann aber dahingestellt bleiben, denn auf S. 56 3. Absatz ihrer FFH-Verträglichkeitsprüfung wertet die Beklagte die gleichen Vorlandaufhöhungsmaßnahmen wiederum als Beeinträchtigung, die zu „temporären“ Beeinträchtigungen der Habitatfunktionen des Rheinvorlandes für rastende u. überwinternde Gänse und für Wat- u. Wiesenvögel im Baubereich (z.B. Kiebitz) führen wird. Diese Beeinträchtigungen will die Beklagte durch Verminderungsmaßnahmen abmildern, wobei unklar ist, um welche Maßnahmen es sich dabei handeln könnte.

Auf S. 60 ihrer FFH-Verträglichkeitsprüfung wertet die Beklagte die gleiche Vorlandaufhöhung schließlich als ein „Projekt Dritter“, obwohl es sich um eine zwingende Folge der Zulassung des Rahmenbetriebsplans handelt, die ansonsten nicht stattfinden würde.

Aus all dem ist der Schluß zu ziehen, daß die Beklagte zwar erkannt hat, daß die Vernichtung der Brutplätze z.B. der Uferschnepfen im Vorland der Rheinaue Walsum eine erhebliche Beeinträchtigung mit sich bringt, weil die Lebensräume der Vögel hier auf Dauer vernässungsbedingt verloren gehen, sich aber nicht in der Lage sah, dieser Vernichtung entgegenzutreten, indem sie bereits im Planfeststellungsbeschluß gegensteuernde Maßnahmen anordnete. Unter Punkt 2.1.4.9.3. ihres Planfeststellungsbeschlusses (S. 73) stellt die Beklagte nämlich fest:

„Das Rheinvorland ist daher, sofern es von Senkungen betroffen ist, entsprechend aufzuhöhen. Ersatzweise kann die Stromführung in Teilbereichen durch den Bau eines Ersatzufers und eines stromparallelen Dammbauwerks (Mittelhochwasserführung) sichergestellt werden.“

Demnach hält die Beklagte zur Lösung des schiffahrtstechnischen Problems, das der bergsenkungsbedingte Verlust des Vorlandes darstellt, sowohl dessen Aufhöhung, als auch die Anlage von Dammbauwerken für möglich. Sie schreibt nicht vor, welche der beiden Möglichkeiten realisiert werden soll.

Wenn im Zuge nachgelagerter Verfahren lediglich die Anlage eines Dammbauwerkes erfolgen sollte, blieben die bergsenkungsbedingt verlorengegangenen Rheinvorlandflächen dauerhaft vernichtet. Damit würden auch die Brutgebiete z.B. der Uferschnepfe oder die Rastflächen von arktischen Gänsen auf Dauer verloren gehen.

Diese zweifelsfrei als erhebliche Beeinträchtigung des Vogelschutzgebietes zu wertende Möglichkeit hat die Beklagte im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung dann aber nur zu ausweichenden Ausführungen bewegt. Die Beklagte hat weder erhebliche Beeinträchtigungen auch nur als Möglichkeit festgestellt, gleichzeitig aber auch nichts unternommen, um diese dauerhaften erheblichen Beeinträchtigungen auszuschließen, indem sie etwa den Kohleabbau unter dem Rheinvorland Walsum nur unter der Bedingung zuließ, daß vorher über die gegensteuernden Maßnahmen (das heißt die wiederholte Vorlandaufhöhung) positiv entschieden wurde. Eine solche Bedingung hätte wenigstens den dauerhaften Verlust der Rheinvorlandes ausgeschlossen. Die Tatsache, daß die Beklagte anders entschieden hat, zeigt, daß sie dem Schutz der Vogelwelt innerhalb des gemeldeten Vogelschutzgebietes nicht den gebotenen Wert beimißt.

Selbst wenn eine solche Regelung bestehen würde, wäre der auch nur zeitweise Verlust der Rheinvorlandflächen als Brutplatz der Vogelarten als erhebliche Beeinträchtigung zu werten.

Der Kläger hat auf S. 8, 9, 13 u. 14 seiner Stellungnahme vom 21.05.2002 dargelegt, daß selbst im Falle einer Aufhöhung der bergsenkungsbedingt vernähten Rheinvorländer nicht umgehend von deren Eignung als Brutgebiet für anspruchsvolle Arten, wie z.B. die Uferschnepfe auszugehen ist. Denn die Nahrungstiere dieser Vogelarten benötigen entsprechende Entwicklungszeiträume um eine etwa 80 ha große neu angelegte Fläche zu besiedeln. Mit einer Besiedlung neugeschaffener Vorlandflächen ist demnach erst nach mehreren Jahren zu rechnen, so daß eine Phase von 3-4 Jahren verbleibt, in denen die aufgeschütteten Flächen nicht von den Vogelarten bewohnt werden können.

Da die Aufhöhungen des Vorlandes u.U. mehrfach wiederholt werden müßten, bliebe es auch nicht bei einer einmaligen temporären Beeinträchtigung der Brutflächen. Vielmehr ist eine mindestens zweimalige Vernichtung der Brutplätze durch die zeitlich gestaffelten Vorlandaufhöhungen bis 2019 zu erwarten, die in der Summe zum Verlust der Uferschnepfenhabitate für etwa 8-10 Jahre führen würde.

Diese Beeinträchtigung ist erheblich. Die Beklagte geht offenbar davon aus, nur dauerhafte Vernichtungen der Habitate von Tier- und Pflanzenarten oder der Lebensräume des Anhangs I der FFH-Rl. seien als erheblich zu betrachten, während temporäre Beeinträchtigungen unerheblich seien. Dem ist zu widersprechen. Wären temporäre Beeinträchtigungen der NATURA 2000-Schutzgebiete ohne weiteres zulässig, wie dies offenbar die Beklagte annimmt, wäre der Zusammenhang des Schutzgebietssystems in zeitlicher Hinsicht nicht gesichert. Im Extremfall wäre es sogar zulässig, eine Fläche in regelmäßigen Abständen völlig zu zerstören, solange sie zwischen diesen Zerstörungsphasen wieder einen gewissen ökologischen Wert erlangt, ohne auch nur einmal eine erhebliche Beeinträchtigung feststellen zu müssen. Nach den Regelungen des Art. 6 FFH-Rl. sowie des § 48d LG liefe in einem solchen Fall das gesamte Schutzregime für die NATURA 2000-Gebiete leer.

Mithin ist festzustellen, daß auch die temporäre Beeinträchtigung der Vögel im Rheinvorland der Rheinaue Walsum durch die wiederholten Vorlandaufhöhungen als erhebliche Beeinträchtigung zu werten ist.

5. Generelle Unzulässigkeit der Beeinträchtigung und Störung von Vogelschutzgebieten

Die durch die Senkung betroffenen Vogelschutzgebiete dürfen nur beeinträchtigt werden, wenn überragende Gemeinwohlbelange, wie etwa der Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen oder der Schutz der öffentlichen Sicherheit dies erforderlich machen (siehe hierzu: EUGH, Urt. v. 17.12.2000 – C374/98 -, DVBl. 2001, S. 359; BVerwG Urt. v. 31.02.2002 - 4 A15/01 -; Urt. v. 26.03.2003 - 4 VR 6/02 -). Die gerade zitierte faktische Vogelschutzgebiete betreffende Rechtsprechung findet auch derzeit noch auf solche Vogelschutzgebiete Anwendung, die nach nationalem Recht als Vogelschutzgebiet (vgl. § 33 Abs. 2 i.V.m. § 22 Abs. 1 BNatSchG) ausgewiesen wurden.

Die Ausnahmegründe des Art. 6 der FFH-Richtlinie, die durch § 34 Abs. 4 BNatSchG umgesetzt wurden, konnten für die Zulassung einer Beeinträchtigung – wie sie der Planfeststellungsbeschluß für die Rheinaue Walsum regelt – nicht herangezogen werden. Art. 7 der FFH-Richtlinie legt insoweit eindeutig fest, daß für Vogelschutzgebiete

die Ausnahmegründe der Art. 6 der FFH-Richtlinie erst "ab dem Datum für die Anwendung der vorliegenden Richtlinie" an die Stelle der Pflichten treten, die sich aus Art. 4 Abs. 4 Satz 1 der Vogelschutzrichtlinie ergeben. Die Voraussetzungen für eine Anwendung der FFH-Richtlinie in diesem Sinne sind jedoch nach wie vor nicht erfüllt. Gemäß Art. 4 Abs. 2 FFH-Richtlinie stellt die Kommission jeweils im Einvernehmen mit den Mitgliedstaaten aus den Listen der Mitgliedstaaten den Entwurf einer Liste der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung auf. Eine solche Liste liegt bislang – mangels ausreichender Meldung bzw. wegen des Ausstehens der fachlichen Überprüfung seitens der Europäischen Union – noch nicht vor (Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht 2. Aufl. 2003, § 33 Rn. 5). Das Land NRW hat erst vor kurzem der EU die abschließende Meldeliste vorgelegt, so daß für dieses Bundesland erst jetzt die Prüfungen auf EU-Ebene bezüglich der Aufnahme der gemeldeten Gebiete in die EU-Listen stattfinden können. Es ist damit festzuhalten, daß die Ausnahmegründe der FFH-Richtlinie für die Beeinträchtigung von FFH-Gebieten auf Vogelschutzgebiete weiterhin keine Anwendung finden (vgl. OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 09.01.2003 – 1 C 10187/01 –; BVerwG, Beschl. v. 27.05.2003 – VR 4/03 –; Schliepkorthe: in Zinkahn/Bielenberg, BauBG, § 1a Rn. 163). Selbst wenn daraus, daß der EuGH in der Corbieres Entscheidung (Urteil vom 7.12.2000 – C-374/98, im Internet abrufbar unter www.curia.eu.int) die Anwendung der Ausnahmegründe des Art. 7 FFH-Richtlinie für ordnungsgemäß unter Schutz gestellte Vogelschutzgebiete in Erwägung gezogen hat, eine Anwendung des Art. 7 FFH-Richtlinie auf ordnungsgemäß gemeldete Vogelschutzgebiete herzuleiten wäre, würde dies jedenfalls für weite Teile des Vogelschutzgebietes nicht greifen (siehe näher zu den strengen Voraussetzungen einer Unterschutzstellung eines Vogelschutzgebietes BVerwG, Urteil vom 01.04.2004, Az: 4 C 2.03). Insofern wurde bereits dargelegt, daß die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet, welches – ausweislich der Aussagen des Landschaftsplanes des Kreises Wesel - nicht dem Vogelschutz dienen sollte, nicht ausreicht, um eine ordnungsgemäße Ausweisung als Vogelschutzgebiet für die Mommniederung sowie die nördlichen Teile zwischen Mommniedermündung und Rhein anzunehmen. Die entsprechende Rechtsauffassung wird auch durch Entscheidungen des EuGH sowie eine Stellungnahme der EU-Kommission gestützt:

Der EuGH hat bezüglich der Ausweisung von Vogelschutzgebieten festgestellt,

„...daß Artikel 4 Absätze 1 und 2 der Richtlinie 79/409 die Mitgliedstaaten nach der Rechtsprechung des Gerichtshofes dazu verpflichtet, ein BSG mit einem rechtlichen Schutzstatus auszustatten, der geeignet ist, u.a. das Überleben und die Vermehrung der in Anhang I der Richtlinie aufgeführten Vogelarten sowie die Vermehrung, die Mauser und die Überwinterung der nicht in Anhang I aufgeführten, regelmäßig auftretenden Zugvogelarten sicherzustellen (in diesem Sinne Urteil vom 2. August 1993 in der Rechtssache C-355/90, Kommission/Spanien, Slg. 1993, I-4221, Randnrn. 28 bis 32).“
EuGH, Urteil vom 18.03.1999, Rs. C-166/97, Randziffer 21

Die Europäische Kommission hat sich dieser Einschätzung angeschlossen. Sie kann

„die im Bundesnaturschutzgesetz vorgesehenen Formen der Einrichtung eines rechtlichen Schutzstatus nicht alle akzeptieren. § 33 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes verweist hinsichtlich der Schutzzerklärung eines BSG auf § 22 Absatz 1. Danach stehen die Gebietskategorien des Naturschutzgebietes, des Nationalparks, des

Biosphärenreservats, des Landschaftsschutzgebiets, des Naturparks, des Naturdenkmals oder des geschützten Landschaftsbestandteils zur Verfügung.

Nach ihrer gesetzlichen Definition ist nicht ausgeschlossen, daß eine Erklärung zum Naturschutzgebiet, zum Nationalpark, zum Biosphärenreservat in Verbindung mit einer entsprechenden Ausgestaltung des Schutzregimes im Ausweisungsakt geeignet ist, einen hinreichenden rechtlichen Schutzstatus zu begründen.

Zweifelhaft ist dies bei der Gebietskategorie des Landschaftsschutzgebiets. Nach seiner Definition in § 26 des Bundesnaturschutzgesetzes zielt diese Gebietskategorie nicht auf die Erhaltung bestimmter wertgebender Vogelarten, sondern nur in einer von drei Alternativen auf die Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter.“ (EU-Kommission, Ergänzendes Aufforderungsschreiben Vertragsverletzung-Nr. 2001/5117, S. 81, 82)

Demnach sind Ausweisungen eines Vogelschutzgebietes als Landschaftsschutzgebiet schon deshalb nicht ausreichend, weil über ein Landschaftsschutzgebiet keine dem Vogelschutz genügende Sicherung der ornithologischen Wertigkeit des Gebietes erreicht werden kann.

Weiter stellt die EU-Kommission fest:

„Schließlich ergeben sich weitere Bedenken daraus, daß Schutzgebietsverordnungen teilweise verabschiedet wurden, bevor das betreffende Gebiet als BSG ausgewiesen wurde. Es ist zu bezweifeln, daß diese Regelungen darauf abzielen, die Erhaltungsziele zu gewährleisten. Auch liegen Anhaltspunkte für Ausnahmen, insbesondere für die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei und die Jagd, in vielen Schutzgebietsverordnungen vor, die die Erhaltungsziele in Frage stellen.“ (EU-Kommission, Ergänzendes Aufforderungsschreiben Vertragsverletzung-Nr. 2001/5117, S. 81, 82).

Die bereits eingangs genannten Ausnahmegründe im Sinne der Vogelschutzrichtlinie greifen nicht, so daß die durch den Rahmenbetriebsplan zugelassene Beeinträchtigung der Vogelschutzgebiete unzulässig ist und Rechte des Klägers verletzt. Das Bergbauvorhaben dient weder dem Schutz von Leib und Leben, noch sonstigen nach der Vogelschutzrichtlinie anerkannten Ausnahmegründen (vgl. hierzu EuGH, Urt. v. 07.12.2000 – C 374/98 -, DVBl. 2001, 359). Sowohl die Beeinträchtigung des Vogelschutzgebietes Rheinaue Walsum als auch die des Vogelschutzgebietes unterer Niederrhein, wobei zu dem letzteren insbesondere das Rheinvorland und die Mommniederung gehören, verstoßen damit gegen Naturschutzrecht. Bereits wegen des Verstoßes gegen die Vorgaben der Vogelschutzrichtlinie, die nach der bereits zitierten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts unmittelbare Anwendung finden, ist damit ein Aufhebungsanspruch des Klägers gegen den angegriffenen Planfeststellungsbeschluß begründet.

6. Summationswirkung im gemeldeten Vogelschutzgebiet nicht beachtet

Nach Art. 6 Abs. 3 FFH-Rl. ist bei der Prüfung der Verträglichkeit nicht nur das zuzulassende Projekt zu prüfen. Vielmehr sind auch andere Projekte, die das betreffende FFH-Gebiet beeinträchtigen können, mit im Rahmen der Prüfung zu berücksichtigen. Dies betrifft sowohl bereits bestehende Projekte, als auch neue, noch nicht genehmigte Projekte, deren Realisierung zu erwarten ist.

Hierbei ist insbesondere festzustellen, ob das neue, zu genehmigende Projekt aufgrund seiner zusätzlichen Belastung des Gebiets noch zugelassen werden kann oder diese neuen Beeinträchtigungen nicht mehr hinzunehmen sind (VG Oldenburg, NdsVBl. 2000, 36, 41). In die Summierung von Beeinträchtigungen verschiedener Projekte mit anderen Projekten oder Plänen sind alle bereits realisierten Projekte einzubeziehen. Dabei ist es unerheblich, ob diese Projekte Bestandsschutz genießen (VG Oldenburg, NdsVBl. 2000, 36, 41; Louis, Bundesnaturschutzgesetz-Kommentar – 2. Aufl., S. 607; Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht – 2. Aufl., S. 316).

Die Beklagte wird diesem Anspruch nicht gerecht. Sie nimmt zwar ausweislich der Darlegungen auf S. 59 ff. ihrer FFH-Verträglichkeitsprüfung zur Kenntnis, daß der Raum des Vogelschutzgebietes bereits durch andere Planungen (insbesondere den Kiesabbau im Bereich des Orsoyer Rheinbogens) vorbelastet ist und daß der Planfeststellung des Rahmenbetriebsplans weitere Planungen folgen werden. Dabei unterschätzt die Beklagte die negativen Auswirkungen des Kiesabbaus am Orsoyer Rheinbogen aber deutlich. Der Kiesabbau wird hier zur Vernichtung von über 400 Hektar ursprünglicher Rheinauenlandschaft führen, die für die innerhalb des Vogelschutzgebietes zu schützenden Vogelarten – und dabei insbesondere die arktischen Wildgänse – von hoher Bedeutung sind.

Sollte es zusätzlich zum Verlust weiterer Gänseäsungsflächen durch die bergsenkungsbedingten Vernässungen des Rheinvorlandes Walsum sowie den Verlust von zur Äsung geeigneten Grünlandflächen im binnendeichs gelegenen Teil der Rheinaue Walsum kommen, würde der gesamte südliche Teil des gemeldeten Vogelschutzgebietes Unterer Niederrhein betroffen sein, wie die als

Anlage K 18

beigefügte Luftbilddarstellung (Stand 01.06.2002) zeigt. Daraus ist ersichtlich, daß bereits vor Erlass des beklagten Planfeststellungsbeschlusses weitere Teile des Orsoyer Rheinbogens abgegraben waren und somit als Äsungsfläche für Gänse entfallen sind. Sollten parallel dazu auch die Flächen der Rheinaue Walsum als Äsungsfläche verloren gehen, ist die Bedeutung des Südteils des Vogelschutzgebietes für diese Vogelarten sichtlich geschmälert, weil keine geeigneten Äsungsflächen mehr vorliegen. Die Beklagte hat diese Situation grundlegend verkannt. Sie kommt, statt der gebotenen planerischen Zurückhaltung bei der Inanspruchnahme weiterer Flächen des Vogelschutzgebietes zu der unrichtigen Einschätzung, daß sich die Planungen im betroffenen Raum entweder nicht summieren oder aber, daß sich diese Planungen sogar gegenseitig aufheben. Dies ist jedoch – wie bereits oben dargelegt – gerade nicht der Fall.

Mithin verstößt der Planfeststellungsbeschluß der Beklagten auch gegen das Gebot Summationswirkungen zu betrachten.

7. **Verstoß gegen die Vorgaben der FFH-Richtlinie bzw. des § 34 BNatSchG aufgrund des Nichtvorliegens von Ausnahmegründen für die Beeinträchtigung des FFH-Gebietes Rheinaue-Walsum**

- 7.1 Aus § 34 Abs. 2 BNatSchG ergibt sich für FFH- und Vogelschutzgebiete die Vorgabe, daß Projekte, die zu erheblichen Beeinträchtigungen solcher Gebiete führen können, grundsätzlich unzulässig sind. Dabei ist eine erhebliche Beeinträchtigung nicht erst dann zu bejahen, wenn der Nachweis erbracht wird, daß ein Gebiet seine Funktion in bezug auf ein oder mehrere Erhaltungsziele nur noch in deutlich eingeschränktem Umfang erfüllen kann. Vielmehr ergibt sich bereits aus der Formulierung des Art. 34 Abs. 2 BNatSchG sowie derjenigen des Art. 6 Abs. 2 FFH-Richtlinie, daß eine erhebliche Beeinträchtigung bereits dann zu bejahen ist, wenn Anhaltspunkte für die Wahrscheinlichkeit erheblicher oder in ihren Auswirkungen ohne nähere Prüfung nicht abschätzbarer Beeinträchtigung bestehen (Schliepkorthe, in Zinkahn/Bielenberg BauGB § 1a Rn. 167). Eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgebietes Rheinaue Walsum ist damit – aufgrund der vorstehend erfolgten tatsächlichen Darlegung – in weitaus größerem Umfang anzunehmen, als dies dem Ergebnis der Verträglichkeitsprüfung entspricht.

Bei einem negativen Ergebnis der Verträglichkeitsprüfung darf ein Projekt nur dann zugelassen werden, wenn die Ausnahmegründe in Art. 6 Abs. 2 – 4 der FFH-Richtlinie vorliegen. Die entsprechenden Ausnahmegründe sind in § 34 Abs. 3 – 5 BNatSchG übernommen worden. Als Ausnahmegründe kommen damit solche des überwiegend öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art in Betracht, soweit zumutbare Alternativen, die mit dem Projekt verfolgten Zwecke an anderer Stelle oder mit geringeren Beeinträchtigungen zu erreichen, nicht gegeben sind.

- 7.2 Vorrangig ist zunächst die **Prüfung von Alternativen**, da eine Interessenabwägung erst dann möglich ist, wenn feststeht, daß eine Alternativlösung nicht vorhanden ist. Ziel der Steinkohleförderung ist entsprechend den Vorgaben der Steinkohlebeihilfeverordnung der EU nur noch die Aufrechterhaltung des Zugangs zu den Rohstoffreserven. Dabei soll auch noch in den nächsten Jahren eine erhebliche Verringerung der Fördertätigkeit erzielt werden, so daß nur noch die “wirtschaftlich günstigsten” Bergwerke fortgeführt werden dürfen.

Dementsprechend werden in den nächsten Jahren – auch gemäß den politischen Vorgaben zur Subventionierung von Steinkohle auf nationaler Ebene – noch eine Vielzahl weiterer Zechen zu schließen sein (voraussichtlich 5 von insgesamt 10). Das Ziel der Aufrechterhaltung des Zugangs zu den Steinkohlevorkommen mit einer erheblich geringeren Fördertätigkeit als derzeit läßt sich damit an einer Vielzahl von Bergwerksstandorten erreichen. An anderen Standorten wäre es jedoch nicht mit vergleichbar gravierenden Konsequenzen für den Schutz von Natur und Landschaft verbunden.

Das Bundesverwaltungsgericht hat bezüglich der Prüfung von Alternativen im Rahmen einer Verträglichkeitsuntersuchung diesbezüglich zutreffend folgendes ausgeführt:

„Eine Alternative ... , welche zu geringeren Eingriffen in den Naturhaushalt führt, ist nicht erkennbar. Eine Alternative im Sinne des Art. 6 Abs. 4 UAbs. 1 FFH-Rl. ist vorhanden, wenn sich die mit dem Straßenbauvorhaben verfolgten Ziele, die ihrerseits von einem Bewerten und Gewichten anderer Zielsetzungen abhängig sind, naturverträglicher erreichen lassen (BVerwG, U. v. 15.01.2004 – 4 A 11/02).“

Die zu verfolgenden Ziele im Sinne der bei einer Alternativenprüfung zu berücksichtigenden öffentlichen Interessen ergeben sich vorliegend allein aus der Steinkohlebeihilferechtsverordnung und nicht den Abbauplanungen der Beigeladenen. Insofern ist schon wegen der unzutreffenden Verneinung von Abbaualternativen eine Beeinträchtigung der FFH-Gebiete nicht zulässig.

- 7.3 Es liegt im übrigen auch gar **kein öffentliches Interesse für die Förderung am Standort Walsum** vor. Die Tatsache, daß zur Gewährleistung der aktuellen Versorgungssicherheit die Förderung von Steinkohle nicht notwendig ist, ergibt sich bereits aus der Steinkohlebeihilferechtsverordnung (Verordnung 1407/2002 des Rates vom 23.07.2002, ABl. vom 02.08.2002 L205/1). In den Begründungserwägungen heißt es unter Ziffer 5:

“Gemäß dem Grünbuch über eine europäische Strategie für die Energieversorgungssicherheit müssen aufgrund der aktuellen energiepolitischen Parameter Maßnahmen getroffen werden, die den Zugang zu den Steinkohlevorkommen und somit die **potentielle Verfügbarkeit** von Steinkohle aus der Gemeinschaft gewährleisten.“

Ziffer 13 der Begründungserwägung lautet dann wie folgt:

“Die im Interesse der Energiesicherheit für die Erhaltung eines Zugangs zu den Steinkohlevorkommen gewährten staatlichen Beihilfen sollen auf Produktionseinheiten beschränkt sein, die unter wirtschaftlich zufriedenstellenden Bedingungen zur Erreichung dieses Ziels beitragen können. Die Anwendung dieser Grundsätze stellt auch einen Beitrag zum Abbau der Beihilfen im Steinkohlebergbau dar.“

Es wird sodann weiter betont, daß das Ziel, Vorsorge für die Versorgungssicherheit zu treffen, selbstverständlich auch mittels anderer Energieträger erreicht werden kann. Diesbezüglich sieht Art. 9 der Steinkohlebeihilferechtsverordnung auch eine Notifizierung staatlicher Beihilfen vor, damit die EU-Kommission – auch unter Berücksichtigung alternativer Energieträger – überprüfen kann, ob die weitere Subventionierung bestimmter Produktionseinheiten überhaupt sinnvoll ist. Es besteht insofern auch keine politische Einschätzungsprärogative des nationalen Gesetzgebers, da den Vorgaben des EU-Rechts Vorrang vor den Bestimmungen nationalen Rechts zukommt.

- 7.4 Laut S. 61 der FFH-Verträglichkeitsprüfung geht die Beklagte davon aus, daß nur diejenigen Alternativen zu überprüfen sind, die die **Ziele, die mit dem Bergwerk Walsum verfolgt werden**, erfüllen. Eine Prüfung zumutbarer Alternativen setzt damit die Ermittlung der Ziele und Interessen voraus, die mit der beantragten Zulassung des Rahmenbetriebsplans für den Steinkohlenabbau durch das Bergwerk Walsum verfolgt werden.

Die FFH-Verträglichkeitsprüfung der Beklagten nennt aber diese Ziele nicht konkret (siehe S. 61-67 der FFH-Verträglichkeitsprüfung), sondern erläutert im Kapitel 4.1. der FFH-Verträglichkeitsprüfung zunächst nur die aus ihrer Sicht bestehenden besonders günstigen Voraussetzungen im Bereich des Bergwerkes Walsum. Die konkreten Projektziele, die mit dem Abbau im Bergwerk Walsum verfolgt werden, werden erst im Kapitel 4.2 der FFH-Verträglichkeitsprüfung genannt, dort aber von der Beklagten bereits als „zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses“ gewertet. Je-

denfalls ist davon auszugehen, daß mit dem Abbau folgende Ziele verfolgt werden (S. 68 – 70 der FFH-Verträglichkeitsprüfung der Beklagten):

- Sicherung einer Ausbildungskapazität von 188 Auszubildenden,
- Sicherung von 20 Behinderten-Ausbildungsplätzen,
- Sicherung von ca. 3.400 Arbeitsplätzen im BW Walsum,
- Sicherung von 3.110 Arbeitsplätzen in Zulieferbetrieben,
- Sicherung der weltmarktführenden Stellung der deutschen Bergbautechnologie,
- Nutzung der Steinkohle als Primärenergieträger zur Sicherstellung der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland.

Damit handelt es sich um ein differenziertes Zielbündel. Der Abbau im Bergwerk Walsum erfolgt nicht allein zum Zweck der Kohlegewinnung, sondern auch zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen inklusive deren Kaufkrafterhaltung und zur Aufrechterhaltung der führenden Stellung im Exportmarkt der deutschen Bergbautechnologie. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes ist es Inhalt der Alternativenprüfung nach Art. 6 Abs. 4 UAbs. 1 FFH-Rl. zu prüfen, ob diese Ziele auch anders und dabei hinsichtlich der FFH-Belange verträglicher erreicht werden können, selbst wenn dabei Abstriche an der Erreichung des Zielbündels hingenommen werden müssen:

„Bleibt das Ziel (-Bündel) als solches erreichbar, so sind Abstriche am Grad der Vollkommenheit als typische Folgen des Gebots, Alternativen zu nutzen, hinnehmbar. Wäre das Tatbestandsmerkmal der Alternativlösung schon dann nicht erfüllt, wenn sich das Ziel (-Bündel) nicht in genau der gleichen Weise wie vom Vorhabenträger geplant erreichen ließe, so liefe insoweit Art. 6 Abs. 4 FFH-Rl. weitgehend leer. Die Alternativenprüfung, die Art 6 Abs. 4 FFH-Rl. vorschreibt, erfüllt eine andere Funktion als die Alternativenprüfung, die sich im deutschen Planungsrecht herkömmlicherweise nach den zum Abwägungsgebot entwickelten Grundsätzen richtet. Läßt sich das Planungsziel an einem nach dem Schutzkonzept der FFH-Rl. günstigeren Standort oder mit geringerer Eingriffsintensität verwirklichen, so muß der Projektträger von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Ein irgendwie gearteter Gestaltungsspielraum wird ihm nicht eingeräumt. Schon aufgrund seines Ausnahmecharakters begründet Art. 6 Abs. 4 FFH-Rl. ein strikt beachtliches Vermeidungsgebot, das zu Lasten des Integritätsinteresses des durch Art. 4 FFH-Rl. festgelegten kohärenten Systems nicht bereits durchbrochen werden darf, wenn dies nach dem Muster der Abwägungsregeln des deutschen Planungsrechts vertretbar erscheint (vgl. hierzu BVerwG, Urteil v. 27.10.2000 – BVerwG 4 A 18.99 - a.a.O), sondern nur beiseite geschoben werden darf, soweit dies mit der Konzeption größtmögliche Schonung der durch die FFH-Rl. geschützten Rechtsgüter vereinbar ist (vgl. BVerwG, Urteil v. 27.01.2000 – BVerwG 4 C 2.99-a.a.O).“ (BVerwG, Urteil vom 17.05.2002 – BVerwG – 4 A 28.01)

Der methodische Leitfaden der Europäischen Kommission, DG Umwelt vom November 2001 zu den Vorschriften Art. 6 Abs. 3 und 4 der FFH-Richtlinie bestätigt diese Einschätzung. Danach ist es Ziel der Alternativenprüfung nach Art. 6 Abs. 4 FFH-Rl, das Vorhaben so durchzuführen, daß möglichst jeder nachteilige Einfluß auf die Unversehrtheit von Natura 2000-Gebieten vermieden wird. In der Phase der Alternativenprüfung dürfen naturschutzfremde Aspekte wie Kosten, Zeitverzug etc. die ökologischen Kriterien nicht überwiegen. Das bedeutet, daß den Schutzziele und dem Schutzstatus der Natura 2000- Gebiete vor allen anderen Belangen in der Phase der Ermittlung von Alternativen zum Vorhaben Vorrang einzuräumen ist. Eine Abwägung mit anderen nicht naturschutzfachlichen Belangen ist nachfolgenden Prüfungsschritten vorbehalten.

Innerhalb der FFH-Verträglichkeitsprüfung beschreibt die Beklagte unter dem Kapitel 4.1 zunächst den geplanten Abbauperlauf sowie den Absatzmarkt (S. 61-62) des Bergwerkes Walsum und kommt zu dem Ergebnis, die unternehmerische Entscheidung des Antragstellers, den Steinkohlebergbau durch das Bergwerk Walsum fortzusetzen, sei nachvollziehbar.

Die Beklagte stellt danach fest, daß nach ihrer Auffassung eine Erschließung der nördlich gelegenen Lagerstätten im Bereich der Lippeaue aus wirtschaftlichen Gründen (immense Investitionskosten für unterirdischen Anschluß oder Neuaufbau der Förderanlagen) nicht zumutbar sei. Zudem käme es in diesem Bereich ebenfalls zu erheblichen Beeinträchtigungen eines FFH-Gebietes (S. 62-63 der FFH-Verträglichkeitsprüfung).

Auf den Seiten 63 - 65 oben ihrer FFH-Verträglichkeitsprüfung beschreibt die Beklagte die sonstigen Planungen des Antragstellers in anderen Bergwerken. Auf S. 65 ihrer FFH-Verträglichkeitsprüfung verneint die Beklagte grundsätzlich die Möglichkeit, daß Standortalternativen als Alternativen im Sinne des Art. 6 Abs. 4 FFH-Rl. in Betracht kommen. Die Beklagte hält derartige Standortalternativen darüber hinaus aber auch nicht für zumutbar bzw. realisierbar (S. 65 unten), weil in den anderen Bergwerken der Beigeladenen keine zusätzlichen Kohlemengen gewonnen werden könnten, dort auch die angeblich günstige Kohlequalität des Bergwerkes Walsum nicht vorliege und das Bergwerk Walsum darüber hinaus auch vom Sicherheits- und Infrastrukturstandard günstiger zu bewerten sei als diese anderen Bergwerke.

Auf den Seiten 66-67 ihrer FFH-Verträglichkeitsprüfung setzt sich die Beklagte mit der ihrer Auffassung nach nicht gegebenen Möglichkeit von Abbaualternativen am gleichen Standort und mit der ihres Erachtens ebenfalls nicht gegebenen Möglichkeit von Maßnahmealternativen auseinander, um im Ergebnis darzulegen, daß es keinerlei Alternativen zum Abbau in der von ihr zugelassenen Art und Weise gibt.

Diese Alternativenprüfung genügt nicht den vom Bundesverwaltungsgericht gestellten Anforderungen und ist somit rechtsfehlerhaft. Um eine Alternativenprüfung zu ermöglichen, ist es im ersten Schritt erforderlich, das Ziel des beabsichtigten Vorhabens zu ermitteln. Der effektive Schutz von NATURA 2000 - Gebieten erfordert es, die Alternativenprüfung nicht von vornherein durch eine eng gefaßte auf das konkret beabsichtigte Vorhaben bezogene Zielsetzung zu verhindern. Eine Alternativenprüfung muß offen sein für Alternativen, die sogar in verschiedenen Regionen/Ländern liegen können. Dies ist vorliegend nicht geschehen.

Zu den von der Beklagten angeführten Gründen, die für den Abbau durch das Bergwerk Walsum genannt werden, ist folgendes festzuhalten:

Auf S. 65 der FFH-Verträglichkeitsprüfung wird die Verneinung von Standortalternativen damit begründet, daß der Abbau von Steinkohlelagerstätten ortsgebunden sei. Bereits diese Grundannahme trifft so nicht zu:

Die konkreten Ziele, die mit dem Bergwerk Walsum verfolgt werden sollen, sind nicht dargelegt. Ausweislich S. 66 FFH-Verträglichkeitsprüfung handelt es sich um das oben genannte Zielbündel. Dieses bezieht sich aber ausschließlich auf das Bergwerk Walsum. Dies ist unzureichend, weil der gesamte deutsche Steinkohlenbergbau in Betracht gezogen werden muß. Die Beigeladene verfügt nicht nur über Bergwerk Walsum, sondern allein im Ruhrgebiet über sechs weitere Bergwerke (BW West, BW Walsum, BW Prosper-Haniel, BW Lippe, BW AV/Blumenthal, BW Ost).

Weltweit kommen Steinkohlevorkommen in den Schichten des Karbons und Perms vor. Aufgrund der räumlich verschieden ablaufenden geologischen Prozesse sind diese Vorkommen unterschiedlich ausgeprägt. In Deutschland sind dem entsprechend vier Lagerstätten vorhanden. Eine davon, das Aachener Revier, ist nicht mehr in bergbaulicher Ausbeutung. Die übrigen drei Lagerstätten sind die des Ruhrkarbons, zu denen auch das Walsumer Bergwerk gehört, das Ibbenbürener Revier (Anthrazitkohle) und das Saarrevier. Die im Untergrund anstehenden Steinkohlevorkommen in Raum Aachen - Ruhrgebiet - Ibbenbüren (rheinisch-westfälisches Revier) stehen im Zusammenhang mit dem südholändisch-belgischen-nordfranzösischem Revier. Insbesondere die Lagerstätte im Ruhrgebiet ist als Teil eines erdgeschichtlich gleichartigen Steinkohlevorkommens zu betrachten. Eine Aufteilung in Lagerstätten nach Bergwerken ist geologisch/erdgeschichtlich nicht zu begründen.

Aufgrund der vorgenannten geologisch/erdgeschichtlichen Entstehungsgeschichte der Steinkohlevorkommen bestehen auch keine wesentlichen Unterschiede bezüglich der Qualitäten der im Ruhrgebiet vorhandenen Kohlevorkommen.

Der Prozeß der Diagenese (Verfestigung der Sedimente) bestimmt die Ausprägung und damit die Qualität der Steinkohle. Die geologisch ständig fortlaufende Absenkung der Erdoberfläche durch jüngere, überlagernde Sedimente (mehrere hundert bis tausende Meter) verfrachtet die fossile pflanzliche Reste beinhaltenden Schichten - insbesondere des Karbons und Perms - in Bereiche höheren Drucks und höherer Temperaturen. Die dabei ablaufenden Prozesse führen dazu, daß die in den Schichten vorkommenden pflanzlichen Überreste Feuchtigkeit und flüchtige Bestandteile verlieren (sog. „Inkohlung“). Es bilden sich die entsprechend der ablaufenden Prozesse bzw. entsprechend der Sedimentzusammensetzung unterschiedlich ausgebildeten kohleführenden Schichten aus. Die erreichte Temperatur und die Zeitdauer der Temperatureinwirkung sowie der Druck bestimmen den Grad der Inkohlung. Der Gehalt an Kohlenstoff nimmt von ca. 75 % auf bis zu 90 % zu. Die Steinkohle wird dabei auch zusammengepreßt und die Mächtigkeit der in den geologischen Formationen vorkommenden Steinkohle nimmt ab. Nach dem steigenden Grad der Inkohlung und des abnehmenden Gehaltes an flüchtigen Bestandteilen (in %) wird die Steinkohle unterteilt in:

- 40 - 45 % Flammkohle
- 35 - 40 % Gasflammkohle
- 28 - 35 % Gaskohle
- 19 - 28 % Fettkohle
- 14 - 19 % Eßkohle
- 10 - 14 % Magerkohle
- unter 10 % Anthrazit

Hierdurch bestimmen sich letztlich die Qualitätsmerkmale der Steinkohle und damit die Verwendung der Steinkohle.

Abgebaut werden sollen durch den Rahmenbetriebsplan des Bergwerkes Walsum bis 2019 hauptsächlich Gasflamm- bzw. Gaskohlen. Die unter Energieverwertungsaspekten hochwertigere Fettkohle steht in Walsum nur in größerer Tiefe an; jedoch sollen nur Teile davon im Bereich Walsumer Horst – Altfeld und Nordfeld im Zeitraum 2016 bis 2019 gefördert werden. In den Rahmenbetriebsplanunterlagen finden sich jedoch keine Angaben, wie hoch die zu fördernden Anteile an höherwertiger Fettkohle an der Gesamtfördermenge sind.

Die tatsächliche Verwendung der Steinkohle bestimmt sich allerdings neben der Qualität auch von den jeweiligen gesamtwirtschaftlichen, insbesondere den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Aufgrund des weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird Steinkohle in Deutschland zum überwiegenden Anteil zur Energieerzeugung verwendet. Ein geringer Anteil wird in der Stahlerzeugung eingesetzt. Sonstige wirtschaftlich sinnvolle Verwendungen gibt es nicht.

Die vom Bergwerk Walsum geförderte Kohle geht ausschließlich an Abnehmer der Energieerzeugung und zu einem überwiegenden Anteil (genaue Angaben fehlen) an das Kraftwerk Voerde, wie die Beklagte in ihrer FFH-Verträglichkeitsprüfung auf Seite 62 anführt.

Es muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß moderne Kraftwerksanlagen, wie z.B. in Walsum und in Voerde sich in kürzester Zeit auf jede Qualität von Kraftwerkskohle einzustellen können. Die Qualitätsfrage spielt dabei keine Rolle. Letztlich spielt es demnach für die derzeitige Verwendung der Steinkohle auch keine Rolle, ob Gas- oder Fettkohle geliefert wird. Die Qualität der geförderten Steinkohle kann daher auch nicht als ausschlaggebender Grund für den Abbau durch das Bergwerk Walsum angeführt werden, denn alle Bergwerke Ruhrgebiet fördern vergleichbare Kohlenqualitäten. Die Beklagte verkennt diesen Sachverhalt und trifft hierzu im Planfeststellungsbeschluß keine Aussagen.

- 7.5 Soweit auf den S. 65 ff der Verträglichkeitsprüfung **Alternativen** im Hinblick auf die **konkrete Ausführung** des Projekts verneint werden, trifft dies von vornherein nicht zu. Insofern kann insbesondere nicht mit dem Ausfall eingeplanter Fördermengen argumentiert werden. Ausweislich S. 29 des Planfeststellungsbeschlusses für den Rahmenbetriebsplan des Bergwerkes Walsum betragen die Kohlevorräte dieses Bergwerkes 381.000.000 t Steinkohle (Stand 01.01.2000) bis in eine Teufe von 1.500 m. Der beantragte Abbau erfaßt hiervon ca. 50.000.000 t Steinkohle. Bereits diese Angaben verdeutlichen, daß eine Vielzahl von Alternativen bestanden hätte, bestimmte Bereiche von dem Abbau auszunehmen. Angesichts des wirtschaftlichen Drucks, unter dem die Bergwerke stehen, wurde jedoch von vornherein unzutreffend davon ausgegangen, daß Maßnahmen, die zu höheren Förderkosten führen, den Bergwerksbetreibern nicht zumutbar sind. Die Kosten, die mit der Realisierung von Abbaualternativen verbunden wären, wurden jedoch gar nicht erst ermittelt. Es wäre insbesondere zu prüfen gewesen, welche Kosten mit einem Verzicht auf den Abbau unter dem Rhein, der zu einer erheblichen Beeinträchtigung der FFH- und Vogelschutzgebiete führt, verbunden gewesen wären.
- 7.6 Soweit auf S. 66 des Planfeststellungsbeschlusses die Behauptung aufgestellt wird, die Beaufschlagung des Baufeldes Walsumer Horst Nordfeld mit drei gleichzeitig betriebenen Bauketten würden zu einer gegenseitigen Beeinflussung der Abbaubetriebe durch Gebirgsbewegungen führen und müsse aus **grubensicherheitstechnischer Sicht** abgelehnt werden, ist dies nicht nachvollziehbar. Gerade durch einen großflächigen Strebbau läßt sich – anders als bei einem nacheinander erfolgenden Abbau mehrerer Bauhöhen nebeneinander – das Entstehen einer Vielzahl von Zerrungsbereichen vermei-

den. Unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung von Schäden an der Tagesoberfläche wäre ein solcher Abbauzuschnitt – wie in dem Klageverfahren einer Vielzahl privater Kläger gegen den Rahmenbetriebsplan durch den Verfasser bereits näher ausgeführt und gutachtlich bestätigt – besonders vorteilhaft.

Insofern ist überhaupt nicht nachzuvollziehen, daß beginnend mit dem Abbau LK 91 drei Bauhöhen direkt nebeneinander nicht zeitlich parallel sondern nacheinander abgebaut werden sollen. Des weiteren ergibt sich aus den dem Gericht in dem Hauptsacheverfahren der privaten Kläger vorgelegten Betriebspunktrissen, daß eine Vielzahl von Bauhöhen, die nicht unterhalb des Rheins liegen und auch nicht zu bergbaubedingten Senkungen im Bereich der Deiche führen, bereits geplant sind. Warum eine entsprechende Verlagerung der Förderung nicht möglich sein soll, ist nicht nachvollziehbar.

- 7.7 Hinzu kommt noch, daß die Beigeladenen nur die mächtigsten Flöze abbaut, mit der Konsequenz, daß die darüber liegenden Flöze mit geringerer Mächtigkeit in der Zukunft nicht mehr abgebaut werden können. Der geologische Dienst des Landes NW hat diese Vorgehensweise im Erörterungstermin zum Rahmenbetriebsplan für das Bergwerk Walsum zutreffend mit **“Raubbau“** bezeichnet. Eine solche Vorgehensweise dient auch gerade nicht dazu, den Zugang zu den Lagerstätten zur Gewährleistung einer zukünftigen Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Vielmehr werden diese für alle Zukunft zerstört. Auch bezüglich des Abbaus geringer mächtiger Flöze hätten damit umfangreiche Alternativen bestanden. Diese wurden jedoch wiederum von vorneherein nicht untersucht, weil der entsprechende Abbau mit höheren Förderkosten verbunden gewesen wäre. Der Nutzen der entsprechenden Konzentration von Abbau in bestimmten Bereichen für den Schutz der FFH- und Vogelschutzgebiete wurde dabei überhaupt nicht betrachtet. Der Planfeststellungsbeschluß ist damit auch wegen einer Vielzahl nicht untersuchter Abbaualternativen – auch im Bereich des eigentlichen Bergwerks Walsum – aufzuheben.

Die Tatsache, daß unter Hinnahme wirtschaftlicher Ausfälle Alternativen bestanden hätten, wird sogar auf S. 66 der FFH-Verträglichkeitsprüfung bestätigt, wenn dort ausgeführt wird, daß sich die tatsächliche aktuelle Fördermenge bei einem Verlust des Baufeldes Walsumer Horst Altfeld auf max. 2/3 des geplanten wirtschaftlich erforderlichen Solls reduzieren würde. Soweit auf das wirtschaftlich erforderliche Soll abgestellt wird, wird wiederum verkannt, daß die Zumutbarkeit von Einschränkungen für den Bergwerksbetreiber gerade unter Berücksichtigung der mit einem Verzicht für die Umwelt verbundenen Vorteile hätte ermittelt werden müssen. Mit der Verneinung von Alternativen auf Grundlage der wirtschaftlichen Vorgaben des Bergwerksbetreibers werden die rechtlichen Vorgaben für die Alternativenprüfung im Ergebnis vollständig verkannt.

- 7.8 Bei der Alternativenprüfung wurden darüber hinaus folgende **weitere rechtliche Vorgaben** nicht betrachtet:
- Beschränkung der Alternativenprüfung auf das Bergwerk Walsum (Stellungnahme des Klägers vom 24.01.2001 Seite 44 u. 21.05.2002 Seite 16),
 - In der Alternativenprüfung ist im Widerspruch zu Art. 6 Abs. 4 der FFH-Rl. eine Abwägung mit anderen nicht naturschutzfachlichen Belangen vorgenommen worden (Stellungnahme des Klägers vom 21.05.2002 Seite 16),
 - In die Alternativenprüfung sind - entgegen den europarechtlichen Vorschriften (FFH-Rl.) - naturschutzfremde Aspekte wie z.B. Kosten oder Zeitverzug eingestellt worden (Stellungnahme des Klägers vom 24.01.2001 Seite 44, 45 u. 21.05.2002 Seite 16),
 - Abbaualternativen wurden nicht ausreichend untersucht (Stellungnahme vom 24.01.2001 Seite 44, 45 u. vom 21.05.2002 Seite 16),

- Maßnahmenalternativen wurden lediglich unter Kostengesichtspunkten geprüft, bei ausschließlicher Fokussierung auf das Bergwerk Walsum (Stellungnahme vom 24.01.2001 Seite 44, 45 u. vom 21.05.2002 Seite 16 u. 17),
- Standortalternativen werden ausschließlich auf das Bergwerk Walsum fokussiert; Umweltgesichtspunkte werden nicht betrachtet (Stellungnahme vom 24.01.2001 Seite 44, 45 u. vom 21.05.2002 Seite 17 u. 18).

Letztlich ist noch darauf hinzuweisen, daß auch die Ausführungen zur Verminderung der Folgen durch die Einbringung von Versatz nicht nachzuvollziehen sind. Insofern ergibt sich aus den bereits vorgelegten Gutachten, daß durch die Einbringung von Versatz die Senkung um mindestens 50 % zu vermindern sind. Angesichts dessen können die Angaben des Planfeststellungsbeschlusses nicht zutreffen.

8. **Fehlen eines überwiegenden öffentlichen Interesses zur Rechtfertigung der Beeinträchtigung der FFH- und Vogelschutzgebiete**

Selbst wenn – unter Zugrundelegung der Auffassung der Beklagten – keine der Beigeladenen zumutbaren Alternativen gegeben wären, könnte das Projekt auf der Grundlage der Ausnahmegesichtspunkte des Art. 6 FFH-Richtlinie bzw. des § 34 BNatSchG nur zugelassen werden, wenn zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses dies erfordern würden. Insofern ist maßgeblich zu berücksichtigen, daß rein private Interessen, wie das der Beigeladenen ihre Bergwerke fortzuführen, kein öffentliches Interesse begründen (Luis, BNatSchG, § 19 c Rn. 18; Schink, UPR 1999, 417, 418).

Insofern könnte allenfalls das Interesse an der Aufrechterhaltung des Zuganges zu den Rohstoffreserven als öffentliches Interesse zu berücksichtigen sein. Zur Aufrechterhaltung des Zuganges zu den Rohstoffreserven ist es jedoch nicht erforderlich, gerade unterhalb des Rheins und unterhalb von FFH- und Vogelschutzgebieten unter drastischer Vergrößerung von Hochwasserrisiken Bergbau zu betreiben. Das Bergwerk Walsum gehört insbesondere auch nicht zu den vergleichsweise wirtschaftlichen Zechen, da durch die Erhöhung der Grundwasserstände in weiten Bereichen und insbesondere im Bereich der Mommniederung Pumpmaßnahmen bis in alle Ewigkeit notwendig sein werden, um eine Übersäuerung der entsprechenden Bereiche zu verhindern.

Selbst wenn - entgegen den vorstehenden Ausführungen – keine Alternativen gegeben sein sollten und ein öffentliches Interesse an dem Projekt anzunehmen wäre, müßte eine Abwägung der öffentlichen Interessen mit denjenigen des Naturschutzes erfolgen. Dies würde sich nicht nur auf die Zumutbarkeit von Alternativen sondern auch darauf beziehen, ob **Abstriche bei der Verwirklichung des Projekts** vorgenommen werden können. Die für den Eingriff sprechenden öffentlichen Interessen müssen insoweit die durch die FFH-Richtlinie geschützten, ebenfalls öffentlichen Naturschutzbelange überwiegen (Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht, 2. Aufl. 2003, § 34 Rn. 14).

Bezüglich dieser rechtlich vorgeschriebenen Prüfung beinhaltet der Planfeststellungsbeschuß z.B. für die Rheinaue Walsum lediglich die Aussage, daß ein Verzicht auf den Abbau in der Rheinaue Walsum zu wirtschaftlichen Nachteilen für die Beigeladene führen würde. Dies beinhaltet bereits vom Ansatz her keine Abwägung der betroffenen öffentlichen Interessen. Die Beklagte mag zwar aufgrund von politischen Vorgaben gehalten gewesen sein, das Projekt ohne jegliche Abstriche und Nachteile für die Beigeladene zuzulassen. Dies vermag aber die einseitige Ausrichtung der getroffenen Entscheidung ausschließlich auf die Belange der Beigeladenen rechtlich nicht zu rechtfertigen. Wäre das möglicherweise gegebene öffentliche Interesse bei der Aufrechterhaltung des Zuganges zu den Rohstoffreserven mit dem Interesse an der Erhaltung, insbesondere der Rheinaue Walsum sowie der Rheinufer, in Relation gesetzt worden, hätte sich ohne

weiteres ergeben, daß eine Konzentration der Förderung in anderen Bereichen und auch eine Reduktion der Fördermengen möglich gewesen wäre. Zur Aufrechterhaltung des Zugangs zu den Rohstoffreserven ist nämlich allenfalls der Weiterbetrieb eines Bergwerks notwendig, nicht jedoch die Erzielung einer besonders hohen Produktionsmenge. Insofern ist nochmals zu betonen, daß die Steinkohle aus deutschen Bergwerken zur Gewährleistung der aktuellen Versorgungssicherheit nicht notwendig ist und jede geförderte Tonne Steinkohle hoch subventioniert werden muß.

9. Erfordernis einer Stellungnahme der EU-Kommission

Aus den Regelungen des Art. 6 der FFH-Richtlinie bzw. des § 34 Abs. 4 BNatSchG ergibt sich, daß beim Vorhandensein prioritärer Biotope oder Arten eine Beeinträchtigung aus wirtschaftlichen Gründen nur nach Einholung einer Stellungnahme der EU-Kommission zugelassen werden darf (Lortz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht, 2. Aufl. 2003, § 34 Rn. 17). Nach Art. 6 Abs. 4 FFH-Rl. können – wie bereits ausgeführt – in diesem Fall nur Erwägungen im Zusammenhang mit der Gesundheit des Menschen und der öffentlichen Sicherheit oder im Zusammenhang mit maßgeblichen günstigen Auswirkungen auf die Umwelt oder – nach Stellungnahme der EU-Kommission – andere zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses in Betracht kommen. Ohne vorherige Beteiligung der EU-Kommission, welche gemäß Art. 4 Abs. 2 und 3 FFH-Rl. das kohärente System im Zusammenwirken mit allen Mitgliedsstaaten erstellt hat, darf der einzelne Mitgliedsstaat daher nur Erwägungen im Zusammenhang mit der Gesundheit des Menschen und der öffentlichen Sicherheit oder im Zusammenhang mit maßgeblichen günstigen Auswirkungen auf die Umwelt als Gründe billigen, um sich über das negative Ergebnis der durch Art. 6 Abs. 3 FFH-R. gebotenen Verträglichkeitsprüfung hinwegzusetzen (BVerwG, Urteil vom 27.01.2000 – 4 C 2.99).

Der beklagte Planfeststellungsbeschluß ist bereits rechtswidrig, weil er diese Maßgabe nicht beachtet hat. Hierauf ist im weiteren noch einzugehen. Es ist darauf hinzuweisen, daß die strengen Voraussetzungen bereits einschlägig sind, wenn prioritäre Lebensraumtypen oder Arten in dem betroffenen Gebiet vorkommen (Gellermann, NATURA 2000, S. 100; Marzik/Wilrich, Bundesnaturschutzgesetz, S. 475; Lortz/Müller/Stöckel, BNatSchG, § 34 Rn. 17 f.). Es kommt somit nicht darauf an, daß der betreffende prioritäre Lebensraumtyp oder die prioritäre Art durch das Vorhaben direkt beeinträchtigt wird.

Vorliegend ist aber sogar letzteres der Fall, da im Gebiet Rheinaue Walsum die prioritären Weichholzauwälder erheblich und in einem nicht zu vernachlässigen Anteil ihres Vorkommens beeinträchtigt werden. Damit hätte die Rahmenbetriebsplanzulassung jedenfalls – für den Bereich der Walsumer Rheinaue und das Vogelschutzgebiet Unterer Niederrhein – nicht erfolgen dürfen.

10. Kohärenzgebot

Soweit ein Projekt ausnahmsweise – trotz erheblicher Beeinträchtigung – zugelassen wird, sind alle zur Sicherung des Zusammenhangs des europäischen ökologischen Netzes „NATURA 2000“ notwendigen Maßnahmen (Kohärenzausgleich) zwingend zu ergreifen. Diese Maßnahmen müssen erreichen, daß die von dem Projekt beeinträchtigten Funktionen im europäischen Netz „NATURA 2000“ wiederhergestellt werden. Die entsprechenden Maßnahmen müssen zu dem Zeitpunkt greifen, in dem die erhebliche Beeinträchtigung durch Verwirklichung des Plans eintritt. Insofern kann es insbesondere notwendig werden, Ausgleichsmaßnahmen bereits im Vorgriff auf die Durchführung des Projekts zu realisieren (Schliepkorth, in: Zinkahn/Bielenberg,

des Projekts zu realisieren (Schliepkorthe, in: Zinkahn/Bielenberg, BauBG § 1a Rn. 173; Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht, 2. Aufl. 2003, § 34 Rn. 20).

Entgegen diesen zwingenden rechtlichen Vorgaben verweist der angegriffene Planfeststellungsbeschuß jedoch lediglich auf ein nachfolgendes Monitoring. Obwohl – wie schon erwähnt – bereits seit mehr als einem Jahr auf der Grundlage des Rahmenbetriebsplans in der Rheinaue Walsum Bergbau erfolgt, existiert derzeit noch nicht einmal ein Konzept für die Durchführung irgendwelcher gegensteuernder Maßnahmen. Gerade die faktische Vorgehensweise in Umsetzung des Rahmenbetriebsplans zeigt, daß ein Monitoring vollständig ungeeignet ist, die rechtlichen Vorgaben im Zusammenhang mit der Zulassung von Ausnahmen nach der FFH-Richtlinie ordnungsgemäß umzusetzen. Eine zeitnahe Reaktion auf die eintretenden Beeinträchtigungen durch entsprechende Gegenmaßnahmen setzt zwingend voraus, daß bereits mit der Zulassungsentscheidung ein entsprechendes Konzept erarbeitet wird. Nur so kann überhaupt sichergestellt werden, daß es bei eintretenden Beeinträchtigungen zur Verwirklichung wirksamer Ausgleichsmaßnahmen kommt.

Gerade das Beispiel der Rheinaue Walsum macht insoweit auch deutlich, daß die Verwirklichung von Ausgleichsmaßnahmen bereits vorlaufend vor dem Eintritt der Beeinträchtigung erfolgen muß. Die vom Gutachter immer wieder behauptete Verlagerung von Biotopen kann nur eintreten, wenn für die geschützten Arten die Möglichkeit des Wechsels in andere Bereiche besteht. Soweit z.B. der Lebensraum des Kammmolches vernichtet wird, nützt es überhaupt nichts, wenn Jahre später an anderer Stelle Senkungsgewässer einen Entwicklungszustand erreichen, der als Lebensraum für den Kammolch geeignet wäre. Die geschützten Arten sind zu diesem Zeitpunkt längst vernichtet.

Dementsprechend hat auch die Bezirksregierung Düsseldorf in ihrer Stellungnahme zur FFH-Prüfung – wie bereits vorgetragen – die Forderung erhoben, die Ausgleichsmaßnahmen zumindest zum Teil vorlaufend zu verwirklichen. Demgegenüber wollen aber wohl die Beklagte und die Beigeladene die mit der Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen verbundenen Kosten vermeiden und verweisen statt dessen weitestgehend auf eine sich in "natürlicher Weise ergebende Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen".

Es fehlt auch jeglicher Nachweis dafür, daß genügend Flächen im Eigentum des Vorhabenträgers zur Verfügung stehen, um selbst Ausgleichsmaßnahmen ergreifen zu können. In diesem Zusammenhang ist nochmals auf die Ausführungen der EU-Kommission zu dieser Thematik zu verweisen (Dokument Assessment of Plans and Projects Significantly Affecting Natura 2000 Sites European Commission DG Environment, November 2001, Anlage K 15). Entsprechend den Aussagen des Dokuments für die Verträglichkeitsprüfung ist, soweit behauptet wird, daß Beeinträchtigungen vermieden werden können, zu erläutern wie dies konkret geschehen soll. Darüber hinaus ist es erforderlich, Nachweise über die Sicherung entsprechender Maßnahmen sowie über den für die Durchführung Verantwortlichen vorzulegen (S. 27 des genannten Dokuments). Des weiteren ist insbesondere nachzuweisen, daß die Ausgleichsmaßnahmen tatsächlich geeignet sind, den erforderlichen Ausgleich zu erbringen. (S. 38 des genannten Dokuments).

Beispielhaft hat der Kläger in seiner Stellungnahme vom 21.05.2002 (S. 10-12) umfassend dargelegt, daß die laut S. 53 der FFH-Verträglichkeitsprüfung unstrittige Beeinträchtigung des „Hartholzauwaldes“ (91F0) nicht – wie in der FFH-Verträglichkeitsstudie – Revision 01 fälschlich dargelegt – ausgeglichen werden kann. Dies wird schon deutlich, wenn man die deutsche Eingriffsregelung als immerhin ähnlichen methodischen Ansatz zu Rate zieht. Alle gängigen Beurteilungs- und Bewertungsverfahren zur

Eingriffsregelung bewerten die Vernichtung von Hartholzauwäldern als nicht ausgleichbar (siehe im einzelnen S. 11 der Stellungnahme des Klägers vom 21.05.2002). Denn Hartholzauwälder, wie sie bei Realisierung des Rahmenbetriebsplans Walsum im Bereich des FFH-Gebietes Walsum vernichtet werden, benötigen lange Entwicklungszeiten. Kann eine Beeinträchtigung schon nach der deutschen Eingriffsregelung nicht ausgeglichen werden, ist dies ein deutliches Indiz dafür, daß die insoweit strengere Verpflichtung der FFH-Rl. erst recht nicht erfüllt werden kann.

Vorliegend würde ein 50-80 Jahre alter Waldbestand durch senkungsbedingte Vernässungen in relativ kurzen Zeiträumen (etwa 1-2 Jahre) vernichtet. Die Beklagte plant als Kohärenzsicherungsmaßnahme dieser als erheblich erkannten Beeinträchtigung die Anlage eines Ersatzwaldes, der sich zu einem ähnlichen Hartholzauwald entwickeln und dann die verlorengegangenen Funktionen des vernässungsbedingt verlorengegangenen Bestandes im kohärenten Schutzgebietssystem NATURA 2000 einnehmen soll. Es ist offensichtlich, daß dabei mit Entwicklungszeiträumen von wiederum 50-80 Jahren für den neu begründeten Bestand gerechnet werden muß. Von einer – wie oben dargelegt – von Rechtslehre und EU-Kommission geforderten Funktionsfähigkeit der Ausgleichsmaßnahme schon bei Eintritt der Beeinträchtigung kann demnach vorliegend keine Rede sein.

Sind jedoch die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des ökologischen Netzes NATURA 2000 nicht möglich, darf das Projekt nicht zugelassen werden (OVG Lüneburg, NuR 1999, S. 522 ff.). Dann nämlich überwiegen die Schutzinteressen im Sinne der FFH-Richtlinie alle anderen Gründe des öffentlichen Interesses. Eine derartige Beeinträchtigung der Kohärenz des europäischen Schutzgebietssystems läßt Art. 6 FFH-Rl. nicht zu. (Halama, NVwZ 2001, S. 510, 512; Gassner, BNatSchG-Kommentar, S. 588; Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht, 2. Aufl., § 34 Rn. 22; Louis, BNatSchG, S. 659; Gellermann, NATURA 2000, 2. Aufl., S. 100).

Eben um eine solche Beeinträchtigung geht es jedoch vorliegend. Bei dem beeinträchtigten Lebensraumtyp 91F0 handelt es sich nämlich um einen der seltensten Lebensraumtypen des Anhangs I der FFH-Rl, von dem nach Schätzungen des zuständigen Fachinstituts der EU-Kommission lediglich 480-560 ha in der atlantischen Region (es handelt sich dabei um das gesamte nordwestdeutsche Tiefland einschließlich der Kölner Bucht und der westfälischen Bucht in den Bundesländern Schl.-H., NdS, HB, HH und NRW) Deutschlands, zu der die Rheinaue Walsum zählt, vorkommen. Mithin würden ~ 0,5 % des Gesamtbestandes dieses Lebensraumtyps in der atlantischen Region Deutschlands bei Realisierung des Rahmenbetriebsplans Walsum vernichtet. In Nordrhein-Westfalen befinden sich innerhalb der gemeldeten FFH-Flächen nur 141 ha dieses Lebensraumtyps. Die Kohärenz des Schutzgebietsnetzes NATURA 2000 würde in Nordrhein-Westfalen bezüglich des Lebensraumtyps 91F0 bei Vernichtung der in der Rheinaue Walsum befindlichen 2,5 ha demnach schwer beeinträchtigt, in dem fast 2 % des nordrhein-westfälischen NATURA 2000-Bestandes dieses Lebensraumtyps vernichtet würden. Der Zusammenhang des Netzwerkes NATURA 2000 würde daher schwerwiegend über mindestens 5 Jahrzehnte gestört, ohne daß entsprechende Maßnahmen getroffen werden könnten, die dennoch die Sicherung der Kohärenz des Netzwerkes sicherzustellen in der Lage wären.

Entsprechend den sich bereits logisch für eine Planfeststellung ergebenden Notwendigkeiten, wonach spätestens mit der Ausführung des Projekts die Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen auch faktisch gewährleistet sein muß und dementsprechend bereits vorlaufend ein nachvollziehbares Ausgleichskonzept zu erarbeiten ist, dessen Durchführung tatsächlich und rechtlich gesichert ist und welches zum Bestandteil der Zulassungsentscheidung zu machen ist, wird auf EU-rechtlicher Ebene das Monitoring dahingehend definiert, daß dieses **nach Durchführung von Ausgleichs- oder Vermei-**

dungsmaßnahmen zur Überwachung von deren Wirksamkeit greift (S. 28 des bereits zitierten Dokuments Assessment of Plans and Projects Significantly Affecting Natura 2000 sites).

Durch den ausschließlichen Verweis auf ein nachfolgendes Monitoring auf der Grundlage des Planfeststellungsbeschlusses werden die EU-rechtlichen Erfordernisse somit auf den Kopf gestellt und die zwingenden rechtlichen Vorgaben umgangen. Letztlich dient die entsprechende Vorgehensweise wiederum nur dazu, sich – unter Außerachtlassen der rechtlichen Erfordernisse – mit den eintretenden Folgen erst im Nachhinein beschäftigen zu müssen, damit sich für die Durchführung des Vorhabens keinesfalls Hindernisse ergeben. Damit ist die Zulassung der Beeinträchtigung der FFH- und Vogelschutzgebiete auch deshalb rechtswidrig, weil die Voraussetzungen der Ausnahmenvorschriften für die Zulassung von Beeinträchtigungen nicht eingehalten werden.

11. Beeinträchtigung weiterer Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete

- 11.1 Vorstehend wurde bereits eingehend dargelegt, daß das durch den angegriffenen Planfeststellungsbeschluß zugelassene Vorhaben zu gravierenden Beeinträchtigungen des rechtsverbindlich festgesetzten Naturschutzgebietes **Mommniederung** führen wird. Durch die Grundwasserflurabstandsveränderungen wird es zu einem Absterben der das Gebiet prägenden Heckenstrukturen und Kopfbaumbestände kommen. Des weiteren wird durch die Sohlvertiefung des Mombbaches dessen geschützter Charakter vollständig zerstört werden. Darüber hinaus werden auch die Geländeabsenkungen als solche in der Landschaft sichtbare Mulden hervorrufen, die den geschützten Landschaftscharakter als ehemaliger Auenlandschaft vollständig zerstören werden. Insofern ist der Kreis Wesel zu der Auffassung gelangt, daß nach Durchführung des Bergbauvorhabens die Festsetzung des Naturschutzgebietes Mommniederung – wegen Wegfall des Schutzgegenstands – aufzuheben sein wird.
- 11.2 Genauso gravierende Konsequenzen ergeben sich bezüglich des **Wohnungswaldes**. Durch die grundwasserregulierenden Maßnahmen wird es in großem Umfang zum Absterben des Waldbestandes kommen. Die auf S. 110 des Planfeststellungsbeschlusses getroffene Aussage, wonach es nur zum Absterben von Einzelbäumen kommen wird, ist fachlich nicht nachvollziehbar. Die Bäume stellen sich auf den vorhandenen Grundwasserflurabstand ein. Hierbei handelt es sich nicht nur um Einzelbäume, sondern die den Wald ausmachenden Baumbestände insgesamt.

Auch die Behauptung, daß Abgänge durch Ersatzpflanzungen kompensiert werden könnten ist nicht zutreffend. Soweit die Abgänge nämlich durch Ersatzpflanzung an "Ort und Stelle" ersetzt werden sollen, führt eine Neupflanzung erst nach Jahrzehnten dazu, daß möglicherweise der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt wird. Damit werden die vom Landschaftsplan des Kreises Wesel getroffenen Festsetzungen zur Erhaltung des Waldbestandes nicht eingehalten.

12. Rechtswidrigkeit pauschal erteilter Befreiungen

- 12.1 Die Beeinträchtigung der Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete kann der Kläger deshalb rügen, weil die diesbezüglich im Planfeststellungsbeschluß erteilten pauschalen Befreiungen rechtswidrig sind. Angesichts der Evidenz des Rechtsverstoßes könnte sogar an eine Nichtigkeit der entsprechenden Befreiung zu denken sein.

Grundsätzlich sind zwar auf der Grundlage der Konzentrationswirkung der bergrechtlichen Planfeststellung auch Befreiungen von den Festsetzungen eines Landschaftsplanes

möglich. Befreiungen von den Festsetzungen eines Landschaftsplanes insgesamt oder auch nur von Befreiungen, die für das Schutzziel des Landschaftsplans wesentlich sind, sind jedoch unzulässig (de Witt/Dreier Naturschutzrecht, in: Hoppenberg, Handbuch des öffentlichen Baurechts, Teil E Rn. 441; Stollmann, Kommentierung zum Landschaftsgesetz NW in: Praxis der Gemeindeverwaltung § 69 LG NW Anmerkung 2.2.2.1). Die von der Beklagten gewählte Vorgehensweise, sämtliche Vorgaben für die Landschafts- und Naturschutzgebiete außer Kraft zu setzen, läuft letztlich auf eine Aufhebung der Schutzgebietsfestsetzung für die Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete insgesamt hinaus. Dies obliegt ausschließlich dem zuständigen Plangeber und kann nicht Gegenstand einer Befreiung sein. Eine Befreiung darf nicht dazu führen, daß die Norm gegenstandslos oder funktionslos wird, weil der Schutzzweck ganz oder teilweise nicht mehr erreicht werden kann (VGH München, U. v. 14.1.2003 – 1 N 01.2072; Schumacher/Fischer-Hüftle, BNatSchG, § 62 Rn. 8).

Insofern hat der Kreis Wesel in seinem gegen den Rahmenbetriebsplan gerichteten Eilantrag auch zu Recht darauf hingewiesen, daß als Konsequenz der zugelassenen Beeinträchtigung – nach Durchführung des Vorhabens – kein Raum mehr für die Aufrechterhaltung der Schutzgebietsfestsetzungen verbleibt und diese daher aufzuheben wären.

- 12.2 Die materiellen Voraussetzungen für eine Befreiung werden auch deshalb verletzt, weil gemäß § 69 Abs. 1 LG NW jedweder Befreiungstatbestand voraussetzt, daß überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit eine Befreiung erforderlich machen. Die wirtschaftlichen Belange des Bergwerksbetreibers begründen insofern keinen Gemeinwohlbelang im Sinne der Vorschrift. Reine Privatinteressen begründen kein öffentliches Interesse im Sinne der Vorschrift. Zur Aufrechterhaltung des Zugangs zu den Rohstoffreserven ist es – wie bereits bei der Erörterung der Ausnahmegründe im Sinne der FFH-Richtlinie umfassend dargelegt – gerade nicht erforderlich, im Bereich des festgesetzten Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete Bergbau zu betreiben. Ein überwiegendes öffentliches Interesse im Sinne des § 69 LG NW, welches für ein bestimmtes Vorhaben spricht, liegt nur dann vor, wenn die beantragte Maßnahme das einzig denkbare Mittel ist, um das verfolgte öffentliche Interesse zu verwirklichen (Schumacher/Fischer-Hüftle, BNatSchG, § 62 Rn. 19).

Soweit die Planfeststellungsbehörde davon ausgeht, daß dem Bergbau immer und überall Vorrang vor sämtlichen anderen Belangen zukommt, verkennt sie die Voraussetzung, daß nur beim Vorliegen eines atypischen Sonderfalles eine **Abwägung** der betroffenen Belange dazu führen kann, daß die Gründe des Gemeinwohls gegenüber dem Interesse an der Aufrechterhaltung von Schutzgebietsfestsetzungen überwiegen (Schumacher/Fischer-Hüftle, BNatSchG, § 62 Rn. 17). Eine Abwägung im Einzelfall hat aber gerade nicht stattgefunden. Insofern wird zur weiteren Begründung ergänzend auf die Ausführungen im Eilantrages des Kreises Wesel (S. 9 ff.) verwiesen.

- 12.3 Die materiellen Befreiungsvoraussetzungen liegen auch deshalb nicht vor, weil der Landschaftsplan die Ge- und Verbote für die Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete auch unter Berücksichtigung der Tatsache getroffen hat, daß zukünftig unter dem Gebiet Bergbau umgehen kann. Dabei wurden – wie der Kreis Wesel auf den S. 16 ff. seines Eilantrages umfassend begründet hat – gerade die Vorgaben des Gebietsentwicklungsplans und des sich vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft im “Gesamtkonzept zur Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr“ ergebenden Anforderungen umgesetzt.

Danach sind die Bergbautreibenden bei ihren Planungen gehalten, die im Gesamtkonzept enthaltenen und im Gebietsentwicklungsplan textlich und zeichnerisch konkretisierten Umweltqualitätsziele zu beachten. Die im Rahmen der Aufstellung des Gebietsentwicklungsplans durchgeführte Prüfung der raumordnerischen Verträglichkeit der berg-

baulichen Vorhaben beinhaltet keine Entscheidung über die Zulässigkeit der bergbaulichen Vorhaben, sondern stellt fest, daß die geplanten untertägigen Abbauvorhaben mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar sind. Erst die nachfolgenden Fachplanverfahren entscheiden nach einer Prüfung der einzelnen konkreten Auswirkungen der Vorhaben über ihre Zulassung auf der Grundlage der rechtsgültigen Vorschriften zum Schutz von Natur und Landschaft und setzen die erforderlichen Auflagen fest. Insofern ist der Kreis Wesel im Rahmen der Festsetzung von Ge- und Verboten für Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete zu der Auffassung gelangt, daß auch unter Berücksichtigung der Belange des Bergbaus bestimmte Beschränkungen gerade einzuhalten sind.

Bezüglich der Befreiung von einzelnen Ge- und Verboten ist damit wiederum kein atypischer Einzelfall gegeben, der eine Überwindung der Schutzgebietsfestsetzung im Rahmen der gesetzlichen Befreiungsvoraussetzungen rechtfertigen könnte. Der Träger der Landschaftsplanung hat gerade unter Berücksichtigung der Interessen des Bergbaus die Entscheidung getroffen, bestimmte Ge- und Verbote (eine Auflistung der einzelnen Ge- und Verbote enthalten S. 12 f. des Eilantrages des Kreises Wesel) festzusetzen. Diese sind damit zugunsten des Bergbaus nicht befreiungsfähig. Da das Vorhaben jedoch in den unter Landschaftsschutz und Naturschutz stehenden Bereichen nur unter Verstoß gegen die entsprechenden Festsetzungen verwirklicht werden kann, ist die Zulassung des Abbaus jedenfalls für diese Bereiche aufzuheben.

13. Verstoß gegen europäisches Artenschutzrecht – mangelhafter Schutz der Brutplätze europäischer Vogelarten

Durch das Planfeststellungsverfahren kommt es zu EG-rechtlich verbotenen Eingriffen in den Schutz der Brutplätze europäischer Vogelarten. Die Vogelschutzrichtlinie begründet – ebenso wie die FFH-Richtlinie – außer dem Schutz bestimmter besonders wertvoller Gebiete auch einen allgemeinen Artenschutz für bestimmte Arten. Nach Art. 5 der VS-Rl. treffen die Mitgliedsstaaten die erforderlichen Maßnahmen, um für alle unter Art. 1 der VS-Rl. fallenden Vogelarten u.a. die absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von Nestern und Eiern und der Entfernung von Nestern zu verbieten. „Europäische Vogelarten“ sind die „in Europa natürlich vorkommenden Vogelarten im Sinne des Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie“.

Der Bundesgesetzgeber hat die EG-rechtlichen Schutzregelungen in § 42 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG umgesetzt, die es verbieten, Nist- und Brutstätten der besonders geschützten Arten zu beschädigen oder zu zerstören. Nach § 10 Abs. 2 Nr. 10 bb) BNatSchG zählen zu den besonders geschützten Arten auch die „europäischen Vogelarten“ im Sinne von § 10 Abs. 2 Nr. 9 BNatSchG (vgl. zur umfassenden Geltung des § 42 BNatSchG für die Europäischen Vogelarten Gellermann, NuR 2003, 386).

Im Beeinträchtigungsraum des Rahmenbetriebsplans Walsum kommen zahlreiche europäischen Vogelarten als Brutvögel vor, deren Brutplätze demnach von absichtlichen Zerstörungen geschützt sind. An dieser Stelle werden exemplarisch nur folgende europäische Vogelarten genannt:

Der Flußregenpfeifer, brütet im Bereich des Rheinvorlandes Mehrum auf natürlichen Kiesbänken mit mindestens 5 Brutpaaren (UVS Abbau BW-Walsum – Bd. 6 – Karte 2.02 a – Blatt 2). Durch die zu erwartenden Bergsenkungen gehen die aktuellen Brutplätze verloren (FFH-VS – Revision 01 – S. 42). Die bisherige Planung geht aber davon aus, daß sich die Bruthabitate (d.h. die natürlich entstandenen Kiesufer und Kiesbänke) aufgrund der Bergsenkungen sukzessive über längere Zeiträume verlagern. Es käme demnach zu keinem Verlust von Brutplätzen, sondern nur zu einer für die Brut-

vögel nicht wahrnehmbaren Verlagerung. Wie oben näher erläutert, trifft dies nicht zu. Vielmehr ist von einer raschen Vernichtung der heutigen Bruthabitate durch die Bergsenkungen auszugehen, der eine natürliche Wiederherstellung bestenfalls im Laufe vieler Jahre gegenübersteht. Ob es zu einer solchen natürlichen Wiederherstellung überhaupt kommen kann, ist angesichts der drohenden Uferverbauungen sehr ungewiß. Mithin gehen die Brutplätze von mindestens 5 Brutpaaren dieser Art kurzfristig verloren, ohne daß geeignete Ersatzbruthabitate zur Verfügung stehen.

Gartenrotschwanz, Nachtigall, Dorngrasmücke brüten in hoher Dichte insbesondere in den Teilflächen des Naturschutzgebietes Rheinaue Walsum, die bislang nicht vernäbt sind. In diesen Teilräumen befinden sich weiträumige Lebensräume der historischen Kulturlandschaft, die durch meist extensiv genutztes Grünland und Hecken- und Gebüschstrukturen geprägt sind. Für die oben genannten Vogelarten stellen diese Flächen der Rheinaue Walsum geeignete Bruthabitate dar. Insgesamt brüten in den binnendeichs gelegenen Teilen der Rheinaue Walsum nach den Erhebungen der UVS Abbau BW Walsum (Bd. 6 - Karte 2.02a - Blatt 5)

2 Brutpaare der Nachtigall
10 Brutpaare des Gartenrotschwanzes
16 Brutpaare der Dorngrasmücke.

Wie bereits dargelegt, wurden die Bestände jedenfalls des Gartenrotschwanzes im Rahmen der Bestandserhebungen zur UVS noch unterschätzt. Die genannten Vogelarten brüten nicht innerhalb der heute bereits vernäbten Flächen der Rheinaue Walsum, weil die überstauten bzw. vernäbten Lebensräume ihren Ansprüchen an ein Nahrungs- und Brutbiotop nicht entsprechen.

Nach dem „Grundwasserflurabstandsplan für den Endzustand (31.12.2019) mit Maßnahmen“ (Karte 34.2) ist bei Beibehaltung der derzeitigen Abbauplanung davon auszugehen, daß bei Realisierung des Rahmenbetriebsplanes in dem eingedeichten Teil der Rheinaue Walsum insgesamt ~ 130 ha (= 38 % dieses Teilgebietes) Grundwasserflurabstände von weniger als 0,5 m aufweisen bzw. als ständiges Gewässer ausgebildet würden. Dies hat auch Auswirkungen auf die Existenzgrundlagen der genannten Vogelarten Nachtigall, Gartenrotschwanz und Dorngrasmücke, die wiederum unstrittig sind. Die UVS Abbau BW Walsum weist selbst darauf hin, daß in dem Bereich der binnendeichs gelegenen Vernässungsflächen „Lebensraumverschlechterungen der an diesen Biotopkomplex angepaßten Biozönose (z.B. Gebüsch - und Heckenbrüter, ...)“ auftreten werden (Bd. 6 - Karte 2.13 - Blatt 5 / Legende zum Signet , 15'). Denn die sich bis 2019 verringenden Grundwasserabstände im Gebiet werden dazu führen, daß Gehölze, die den genannten Arten als Nahrungs- und Bruthabitat dienen, absterben. Auch die Erhöhung der Bodenfeuchte wird sich für diese Arten negativ auswirken. Insofern ist davon auszugehen, daß die genannten Arten einen großen Teil ihre Brutplätze in der Rheinaue Walsum aufgeben müssen. Zumindest ist aufgrund der Angaben der UVS BW Walsum davon auszugehen, daß folgende Brutplätze verloren gehen werden:

Nachtigall:	1 von 2 Brutplätzen
Gartenrotschwanz:	5 von 10 Brutplätzen
Dorngrasmücke:	9 von 16 Brutplätzen.

Die Uferschnepfe brüdet mit mindestens 5 Brutpaaren (siehe UVS BW Walsum Bd. 6 - Karte 2.02a - Blatt 5) im außendeichs gelegenen Teil der Rheinaue Walsum. Die Brut- und Nahrungsgebiete dieser auf feuchtes bis frisches Grünland angewiesenen Vogelart gingen durch die Bergsenkungen im Rheinvorland verloren, weil die Flächen unter den Rheinwasserspiegel abgesenkt würden und so eine Wasserfläche entstehen würde. Die aus wasserbautechnischen Gründen erforderlichen Aufhöhungen des Rheinvorlandes

werden zwar hypothetisch neue Brutgebiete für diese Art schaffen können. Doch bedarf es wie oben bereits ausgeführt für die Nutzbarkeit dieser aufgeschütteten Vorländer für die Uferschnepfe langer Entwicklungsphasen. Durch die sich mehrmals bis 2019 wiederholenden Vorland-Aufhöhungen geht der Lebens- und Brutplatz für die Uferschnepfe für mehrere Jahrzehnte verloren.

Die genannten drei Beispiele für den Verlust von Brutplätzen für europäischen Vogelarten betreffen bestandsbedrohte Arten, die in NRW als gefährdet eingestuft werden (Rote Liste für das Land Nordrhein-Westfalen).

Art Rote Liste NRW	Regionalisierung der Roten Liste für den Rhein-Ruhr-Ballungsraum, zu dem der betroffenen Bereich gehört.		
Flußregenpfeifer 3	2		
Uferschnepfe 2	-Nachtigall 3	3	
Gartenrotschwanz 3	1		
Dorngrasmücke V	*		

Legende

1	-	Vom Aussterben bedroht
2	-	Stark gefährdet
3	-	Gefährdet
v	-	Art der „Vorwarnliste“

Mithin werden bei Realisierung des Rahmenbetriebsplans für das Bergwerk Walsum Brutplätze mehrerer europäischer Vogelarten zerstört.

Diese Zerstörung erfolgt auch „absichtlich“, denn „absichtlich“ sind nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes vom 30.1.2002 auch nicht intentionale Störungen (vgl. EuGH, Slg. 2002, I-1147, Rdn. 34 – 36; HessVGH, Urteil vom 24.11.2003, Az. 3 N 1080/03; HessVGH, Urteil vom 25.02.2004, Az. 3 N 1699/03; Gellermann, NuR 2003, S. 388). Es kommt auch nicht darauf an, daß die Störungen willkürlich erfolgen. Absichtlich ist etwa ein Planfeststellungsbeschluß bzw. seine Umsetzung, wenn dabei die Zerstörung von Brutstätten oder die Störung der Vögel gleichsam „sehenden Auges“ in Kauf genommen wird.

Der Kläger ist in seinen Stellungnahmen vom 30.01.2002 (S. 10) und vom 21.05.2002 (S. 7-9, 13-14) auf die Bedeutung der europäischen Vogelarten eingegangen, wobei er die drohenden Verluste der Brutplätze ausdrücklich thematisiert hat. Wenn im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung oder - wie hier vorliegend - durch Stellungnahmen von mit der Wahrnehmung von Naturschutzinteressen betrauten Behörden sowie Naturschutzverbänden Hinweise auf das Vorkommen solcher Vogelarten, der Zerstörung ihrer Brutplätze oder schwerwiegende Störungen bekannt geworden sind, stehen absichtliche Beeinträchtigungen in Rede.

Dennoch ist dem Planfeststellungsbeschluß nicht zu entnehmen, daß die Beklagte auch nur erkannt hat, daß bei Realisierung des Gesamtvorhabens Brutplätze europäischer Vogelarten vernichtet werden. Die Beklagte hat zwar erkannt, daß der betroffenen Raum von hoher Bedeutung für die Avifauna ist. Konkret geht sie aber zu Unrecht davon aus, daß diese hohe Bedeutung lediglich aus dem Vorkommen von Wat- und Wasservögeln, der Steinkauzpopulation sowie den rastenden und überwinterten Gastvogelarten erwächst (Kap. 2.1.4.5.1 des Planfeststellungsbeschlusses, S. 62-63), während die eigentlichen Brutvorkommen dieser Zugvögel nicht ausreichend gewürdigt wurden. Somit wurden insbesondere die gehölzbrütenden Vogelarten Nachtigall, Dorngrasmücke und Gartenrotschwanz nicht als besonders wertvoll erkannt. Dies führt die Beklagte nachfolgend zu der falschen Einschätzung, die Vernässungen würden die Entwicklung

einer artenreichen Avifauna begünstigen. Für die Rheinaue Walsum geht die Beklagte ausdrücklich davon aus, daß negative Auswirkungen auf Wasservögel nicht zu erwarten sind, sondern daß im Gegenteil von einer Vergrößerung der Artenvielfalt auszugehen ist (/Kap. 2.1.4.5.3 des Planfeststellungsbeschlusses, S. 64). Die Tatsache, daß mit der angeblichen Begünstigung der Wasservögel gleichzeitig ein Verlust der Lebens- und Brutplätze von gehölzbrütenden europäischen Vogelarten gem. § 42 BNatSchG einhergeht, hat die Beklagte nicht berücksichtigt. Sie hat ebenso nicht zur Kenntnis genommen, daß die mittelfristigen Verluste der Brutplätze von Flußregenpfeifer und Uferschnepfe durch Absenkungen des Rheinuferes bzw. des Rheinvorlandes im Sinne des § 42 BNatSchG bzw. Art. 5 VS-Rl. beachtlich sind.

Auch die FFH-Verträglichkeitsprüfung läßt nicht erkennen, daß die Beklagte den langandauernden Verlust der Brutplätze von Flußregenpfeifer und Uferschnepfe sowie den dauerhaften Verlust der Brutplätze der gehölzbewohnenden Vogelarten Nachtigall, Gartenrotschwanz und Dorngrasmücke zur Kenntnis genommen hat (FFH-VP S. 55-56).

Damit verstößt das Vorhaben gegen Art. 5 VS-Rl. bzw. gegen § 42 Abs. 1 BNatSchG. Vorsorglich ist darauf hinzuweisen, daß durch § 43 Abs. 4 BNatSchG keine Freistellung von den artenschutzrechtlichen Verböten des Art. 5 VS-Rl. erfolgt. Die Vorschrift ist insoweit nicht europarechtskonform. Auch die EU-Kommission kommt zu einer gleichlautenden Einschätzung (Mahnschreiben an die Bundesrepublik Deutschland vom 04.04.2000, NuR 2000, S. 625 ff., zum insoweit wortlautgleichen § 20 c BNatSchG a.F.; Klage der Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 28.03.2003, ABl. C 146 vom 21.06.2003, S. 15). Das europäische Gemeinschaftsrecht sieht keine derartige Ausnahme vom Artenschutz für zugelassene Eingriffe vor. Im Zeitpunkt der Eingriffszulassung war u.U. noch gar nicht bekannt, daß eine geschützte Art betroffen ist (Klage der Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 28.03.2003, ABl. C 146 vom 21.06.2003, S. 15). Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Befreiung von den artenschutzrechtlichen Verböten nach Maßgabe des § 62 Abs. 1 BNatSchG (bzw. des Art. 9 FFH-Rl.) liegen nicht vor.

Der beklagte Planfeststellungsbeschluß ist auch deshalb rechtswidrig, weil ,andere zufriedenstellende Lösungen' im Sinne des Art. 9 VS-Rl. nicht betrachtet wurden. Die Beklagte hat nicht geprüft, ob es andere Lösungen gibt, die einen Abbau von Steinkohle ermöglichen, gleichzeitig jedoch die Brutplätze der genannten Vogelarten bewahren können.

Die Beklagte hat sich zwar wie bereits ausgeführt - in unzutreffender Weise - im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung mit der Alternativlösung im Sinne von Art. 6 FFH-Rl. auseinandergesetzt. Zusätzlich zu den dort erwähnten, zu Unrecht verworfenen Alternativen, kommen jedoch zum Schutz der Brutplätze der genannten Vogelarten noch weitere, punktuelle Alternativlösungen in Betracht.

Im Falle der kiesbrütenden Flußregenpfeifer wäre u.U. eine Sicherung der Brutplätze möglich gewesen, wenn kurzfristig nach Eintreten der Bergsenkungen Ersatzlebensräume für die betroffenen Flußregenpfeifer-Brutpaare durch Aufbringen von geeignetem Kiesmaterial hätten geschaffen werden können. Ähnliche Maßnahmen wären bezüglich der Uferschnepfen denkbar gewesen, wenn der Oberboden des bestehenden Rheinvorlandes vor Eintritt der Bergsenkungen unter das Wasserniveau lagegerecht mit der Grasnabe entnommen und unmittelbar nach der Aufhöhung des Vorlandes wieder eingebracht worden wäre. Zum Schutz der Niststätten der Brutvögel der Gründland-Gehölzkomplexe hätten analoge Maßnahmen getroffen werden können.

Der Kläger verkennt nicht, daß es sich bei derartigen Alternativplanungen sozusagen um „das letzte Mittel“ handelt, die Nistplätze zu sichern. Ihre Realisierbarkeit und ihre

Zielerreichung bedürfen zweifellos weiterer Untersuchungen. Ebenso ist aber deutlich, daß die Beklagte einerseits alle Standort- und Projektalternativen verworfen hat, um sich nachfolgend auch nicht weiter um punktuelle Alternativen zu bemühen. Insgesamt fehlt es an jedem Versuch, die Nistplätze der genannten Arten zu sichern, indem weniger schwerwiegende Alternativplanungen oder wenigstens Minderungsmaßnahmen getroffen bzw. auch nur geprüft wurden.

Zudem sprechen für die Realisierung des Vorhabens keine der in Art. 9 VS-RI. genannten Ausnahmegründe. Das Bergwerk Walsum dient weder der Volksgesundheit oder der öffentlichen Sicherheit, noch den anderen in Art. 9 VS-RI. genannten Ausnahmegründen (Gellermann, NuR 2003, S. 393).

Außerdem müssen nach Art. 13 VS-RI. die aufgrund dieser Richtlinie getroffenen Maßnahmen sicherstellen, daß es zu keiner Verschlechterung der derzeitigen Lage der Vögel kommt. Somit bedarf es auch bei Entscheidungen gem. Art. 9 VSchRI. einer Absicherung, daß die Situation der Vogelart hierdurch nicht verschlechtert wird (Gellermann, NuR 2003, S. 392 f.). Eine Verschlechterung ist schon dann anzunehmen, wenn sich die Anzahl der die Population bildenden Individuen maßgeblich verkleinert.

Dies ist vorliegend der Fall. Durch den lang andauernden Verlust der Brutplätze des Flußregenpfeifers im Bereich der Kiesufer des Rheinvorlandes Mehrum gehen die einzigen Brutplätze dieser Art im gesamten Bereich des Untersuchungsgebietes der UVS BW Walsum verloren. Faktisch handelt es sich dabei sehr wahrscheinlich auch um die einzigen natürlichen Brutplätze der Art im Bereich des Rheinstroms zwischen Duisburg und Wesel. Natürliche Brutplätze dieser Art, die besondere Bedeutung für die Erhaltung der Art haben, bedürfen der dynamischen Erhaltung durch Sedimentationserscheinungen an den Ufern des Stromes. Durch diverse Uferbefestigungen des Rheins im genannten Bereich fehlen gerade diese Verhältnisse. Befestigte Kiesufer kann der Flußregenpfeifer nicht bewohnen. Insofern ist erklärlich, daß Brutvorkommen der Art lediglich im Bereich der nicht verbauten rechtsrheinischen Ufer bei Mehrum vorgefunden wurden. Ein Verlust dieser Bereiche als Brutplatz käme der Verdrängung der Art aus dem gesamten Sektor zwischen Duisburg und Wesel gleich. In Anbetracht der Tatsache, daß der Flußregenpfeifer im Rhein-Ruhr-Gebiet bereits heute als stark gefährdet angesehen wird, wäre das regionale Aussterben der Art zu befürchten. Hinzu kommt, daß es bei einem Verlust dieser Brutplätze keine natürlichen Vorkommen der Art mehr im nordwestlichen Sektor der Region Rhein-Ruhr geben würde. Insofern würde die Vernichtung der Brutplätze des Flußregenpfeifers im Rheinvorland Mehrum zu einer schwerwiegenden Verschlechterung der Situation dieser Art führen. Es ist nicht erkennbar, daß die Beklagte Sorge dafür getragen hat, diese Situation durch geeignete Vermeidungs- oder Kompensationsmaßnahmen aufzufangen. Die bloße Erwartung, daß sich die Kiesufer langfristig wieder im Zuge der natürlichen Dynamik des Rheines ausbilden werden und dann wiederum als Brutplätze für die Art nutzbar wären, kann nicht als Ausgleichs- oder Verminderungsmaßnahme angesehen werden, da zwischen der Vernichtung der Brutplätze einerseits und der hypothetischen Wiederbegründung ein Zeitraum von etlichen Jahren bzw. Jahrzehnten steht, in denen der Flußregenpfeifer keine natürlichen Brutmöglichkeiten im Großraum mehr hätte.

Ähnlich ist der Verlust der Uferschnepfen-Brutplätze im Rheinvorland der Rheinaue Walsum zu sehen. Bei diesen Brutplätzen handelt es sich um die südlichsten Brutgebiete in Nordrhein-Westfalen. Ihr Verlust würde zu einer Arealverkleinerung der Art führen, die bereits heute als stark gefährdet gilt.

Auch der Verlust von Brutstandorten der Arten Nachtigall, Gartenrotschwanz und Dorngrasmücke stellt eine schwerwiegende Verschlechterung der Situation dieser Arten dar. Dies gilt insbesondere für den Gartenrotschwanz, der in der Region Rhein-Ruhr

als ‚vom Aussterben bedroht‘ eingeschätzt wird. Etwaige Maßnahmen, die den Gartenrotschwänzen neue Brutmöglichkeiten außerhalb der bei Realisierung des Gesamtvorhabens vernichteten Brutgebiete in der Rheinaue Walsum zur Verfügung stellen könnten, sind nicht ersichtlich. Sie wären auch außerhalb der Rheinaue Walsum kaum zu realisieren, da es an geeigneten Flächen in der Region fehlt, die durch habitatverbessernde Maßnahmen bis 2019 in einen Zustand versetzt werden könnten, der Bruten des Gartenrotschwanzes ermöglicht. Aus dem gleichen Grund ist auch nicht davon auszugehen, daß diejenigen binnendeichsgelegenen Teile der Rheinaue Walsum, die nach Realisierung des Rahmenbetriebsplans abtrocknen würden, mittelfristig als Brutplätze für die genannten Arten zu Verfügung stehen. Die nötigen Entwicklungszeiten, um auf den heute großteils als Feuchtgebiet bzw. Weiher ausgebildeten Flächen geeignete Brutstrukturen für die genannten Vogelarten herzustellen, liegen bei mehreren Jahrzehnten. Selbst wenn heute mit der Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen für die gehölzbrütenden europäischen Vogelarten begonnen würde, wäre bis zum Jahr 2019 kein geeigneter Brutraum entstanden, der als Ausweichbrutplatz für die inzwischen verlorengegangenen Brutstandorte genutzt werden könnte. Faktisch ist davon auszugehen, daß bei einer Vernichtung der Brutplätze des Gartenrotschwanzes in der Rheinaue Walsum die Art im westlichen Ruhrgebiet weiter an den Rand des Aussterbens gedrängt würde.

Im Ergebnis ist damit festzuhalten, daß der Planfeststellungsbeschluß gegen zwingende Vorschriften des Europäischen Naturschutzrechts verstößt und damit rechtswidrig ist.

14. Verstoß gegen die sich aus § 3 Abs. 4 LG NW ergebende Verpflichtung zur Regelung von Ausgleichsmaßnahmen

14.1 Aus § 4 Abs. 4 LG NW ergibt sich, daß der Verursacher eines Eingriffs in Natur und Landschaft zu verpflichten ist, unvermeidbare Beeinträchtigungen innerhalb einer von der zuständigen Behörde zu bestimmenden Frist durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen. Der Planfeststellungsbeschluß verstößt gegen diese gesetzliche Regelung, da er keinerlei Regelungen bezüglich der durchzuführenden Ausgleichs- oder auch Ersatzmaßnahmen beinhaltet. Statt dessen wird auf ein nicht näher konkretisiertes Monitoring verwiesen. Auch die Eingriffsermittlung selbst erfolgt in vollständig unzutreffender Weise.

14.2 Die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Rahmenbetriebsplans ermittelbaren abbaubedingten Auswirkungen und Eingriffe wurden bereits unzutreffend prognostiziert. Abbaubedingte Auswirkungen werden zum einen von vornherein nicht erfaßt, zum andern wird die Realisierbarkeit und Wirkung der gegensteuernden Maßnahmen und der damit einhergehenden erheblichen nachteiligen Auswirkungen falsch eingeschätzt.

Grundsätzlich ist anzumerken, daß in allen Gutachten davon die Rede ist, daß die Verluste an Lebensräumen nur kleinflächig sind oder es sich um Verschiebungen in der Entwicklung handelt, die in sich ausgeglichen sein sollen. Der Nachweis hierzu wird jedoch nicht erbracht. Wenn schon der Gutachter im Ziel- bzw. Kompensationskonzept zum Thema UVS und FFH-Studie davon ausgeht, daß „... nur teilräumliche Inanspruchnahmen des Gebietes ... „ durch die Vorlandaufhöhung stattfinden, sollte dieses auch anhand von Flächenquantifizierungen nachgewiesen werden. Derartige Quantifizierungen sind ohne weiteres möglich. Sie fehlen jedoch in den Unterlagen.

Dieses betrifft auch die Bereiche, in den denen die Deiche erhöht werden müssen. In den in der EÖT-freien Zeit im Sommer 2001 nachgereichten Unterlagen des Gutachters ARCADIS v. 30.05.2001 (Machbarkeitsstudien zur Aufhöhung der Rheindeiche infolge bergbaubedingter Absenkungen, Teil A II bis A III) ist eindeutig die Flächenin-

spruchnahme für die Deicherweiterungen (Grundflächen) einschließlich der Flächeninanspruchnahme für zugehörige Einrichtungen (z.B. Deichverteidigungsweg) quantifiziert. Dementsprechend ist es ohne weiteres möglich, auf diesen Quantifizierungen aufbauend eine Kompensationsbedarfsermittlung vorzunehmen.

Für das Rheinvorland Hasenfeld sowie das Rheinvorland Walsum wird in der UVS bzw. im nachgereichten Zielkonzept die Einschätzung abgegeben, daß mit der geplanten Vorlandaufhöhung nachteilige Folgewirkungen nicht auftreten würden und damit eine auentypische Entwicklung der Rheinaue möglich wäre. Diese Einschätzungen werden nicht geteilt, da die Aufhöhung mit Bergematerial o.ä. nicht mit den auentypischen geologischen und geohydrologischen Verhältnissen verglichen werden kann. Denkbar ist dieses unter Umständen aus Sicht des Landschaftsbildes und der Erholungseignung – auf gar keinen Fall aber aus Sicht von Natur und Landschaft. Auch aus Sicht der FFH- und Vogelschutzproblematik fehlen hier genaue Angaben, wie der Gutachter zu dieser Einschätzung gelangt ist.

Selbst, wenn die Vorlandaufhöhung in fachlicher Hinsicht geeignet wäre, den bergbaubedingten Auswirkungen entgegenzusteuern und nicht ihrerseits wieder zu „temporären“ Beeinträchtigungen der Habitatfunktionen des Rheinvorlandes für rastende und überwinternde Gänse und für Wat- u. Wiesenvögel im Baubereich (z.B. Kiebitz) führen würde (S. 56 – 3. Absatz der FFH-Verträglichkeitsprüfung), und der dauerhafte Verlust der Landlebensräume im Rheinvorland wegen der auch zur Gewährleistung der Schifffahrt gebotenen flächigen Aufhöhung des absinkenden Vorlandes nicht mehr eintrete (S. 55-56 FFH-Verträglichkeitsprüfung), und die Vorlandaufhöhung als Maßnahme zu favorisieren wäre (S. 497 – 4. Absatz UVS), ist jedenfalls nicht gesichert, daß diese Maßnahmen durchgeführt werden. Es handelt sich dabei in erster Linie um Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit der Rheinschifffahrt (S. 494, 10.4 UVS), deren Realisierung weder in den Zuständigkeitsbereich der Beklagten noch der Beigeladenen fällt. Im Planfeststellungsbeschluß wird dazu unter Punkt 2.1.4.9.3., Seite 73 (wie bereits oben zitiert) ausgeführt,

„Das Rheinvorland ist daher, sofern es von Senkungen betroffen ist, entsprechend aufzuhöhen. Ersatzweise kann die Stromführung in Teilbereichen durch den Bau eines Ersatzufers und eines stromparallelen Dammbauwerks (Mittelhochwasserführung) sichergestellt werden. Für das Rheinvorland ergeben sich aus diesen Maßnahmen keine relevanten Beeinträchtigungen (gilt nur hinsichtlich der Schiffbarkeit des Rheins, da das Vorland überflutet würde – Anmerkung des Klägers), da im Endzustand ein dem heutigen Stand entsprechender gleichwertiger Zustand hergestellt werden soll.“

Da es der Beklagten offensichtlich rechtlich nicht möglich erschien, den für die Schiffbarkeit des Rheins Unterhaltungspflichtigen zu einer bestimmten – auch mit Blick auf den Naturhaushalt vermeintlich gegensteuernden – Maßnahme zu verpflichten, - auf Seite 60 der FFH-Verträglichkeitsprüfung wertet die Beklagte die Vorlandaufhöhung als ein „Projekt Dritter“ – darf die Vorlandaufhöhung bei der Ermittlung und Bilanzierung der Eingriffe nicht berücksichtigt werden.

Die Aussagen im Ziel- bzw. Kompensationskonzept für das Rheinvorland Mehrum, Hasenfeld-Milchplatz, Hopmannshof und Mommniederung-Ost sind ebenso anzuzweifeln. Hier ist die Rede davon, daß diese Entwicklungsräume durch die Entstehung auentypischer Feuchtgebietskomplexe in kleinen Teilbereichen in ihrer Struktur verändert wer-

den. Weiterhin ist die Rede davon, daß auf kleineren Teilflächen die vorhandene Nutzung zugunsten einer Entwicklung auentypischer Feuchtbiopte verdrängt werden wird. In den Bereichen Hopmannshof und Mommniederung soll angeblich die großräumige Landschaftsstruktur erhalten bleiben. Allerdings wird auch prognostiziert, daß es zu Verschiebungen in den Biotopen kommen wird, wenn auch angeblich kleinflächig. Einmal abgesehen davon, daß hier wiederum Quantifizierungen fehlen, fehlen genaue Angaben, von welchen zu welchen Biotopen eine Verschiebung stattfindet und welche Arten hiervon betroffen sind. Im übrigen läßt das Konzept nicht erkennen, daß die Fauna in irgend einer Weise bei den Überbügungen zur möglichen Kompensation berücksichtigt wurden. Möglicherweise werden zwar die Arten der Feuchtlebensräume begünstigt aufgrund der Feuchtzunahmen; ob aber die Arten der Trockenlebensräume Ausweichmöglichkeiten haben, bleibt offen.

Am deutlichsten sind laut Zielkonzept die Auswirkungen in der Rheinaue Walsum. Hier soll es im Nord-Westteil zu großflächigen Ausdehnungen von Feuchtgebietskomplexen kommen, während für den Südteil Abtrocknungen von Feuchtgebieten prognostiziert werden. Laut Ziel- bzw. Kompensationskonzept wären diese entgegengesetzten Entwicklungen aber in sich ausgeglichen. Auch hier fehlen genaue Angaben, sowohl was die Qualitäten (Lebensräume, Arten, Schutzgüter, Nutzungen etc.) als auch der Quantitäten betrifft.

Im übrigen sind die bereits vorhandenen und die zu erwartenden relativ tiefen Bergsenkungsgewässer durchaus nicht auentypisch. Jeder Fachmann weiß, daß in einer natürlichen Aue keine derartig tiefen Gewässer vorkommen. In einer natürlichen Aue bleibt - wenn überhaupt - nach Rückgang von Hochwässern in Geländemulden Wasser stehen; dieser Zustand ist nicht von Dauer, sondern nur temporär. Man braucht sich nur das Bild von einigermaßen intakten naturnahen Auen vor Augen führen (z.B. naturnahe Abschnitte von Lippe, Ruhr, Sieg, Ems etc.), dann ist unschwer zu erkennen, daß hier die Beklagte dem Beschluß fachlich falsche Aussagen zugrunde gelegt hat.

- 14.3 Das Vorliegen eines Kompensationskonzeptes ist bereits Zulässigkeitsvoraussetzung für die Zulassung eines Eingriffs in Natur und Landschaft (Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht, 2. Aufl. 2003, § 19 Rn. 9 und 23). Darüber hinaus muß der Ausgleich auch möglichst zeitnah mit dem Eingriff erfolgen (Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht, 2. Aufl. 2003, § 19 Rn. 14). Soweit kein Kompensationskonzept besteht, ist eine zeitnahe Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen gar nicht möglich. Dies zeigt auch die bereits mehrfach erwähnte und jetzt tatsächlich eingetretene Entwicklung, daß der Planfeststellungsbeschluß immer noch nicht um Regelungen bezüglich der durchzuführende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ergänzt wurde, wie dies in dem entsprechenden Planergänzungsvorbehalt vorgesehen ist. Das erst im laufenden Verfahren als erläuternde Unterlage zur UVS vorgelegte „Kompensationskonzept“ für die ermittelbaren Eingriffe genügt den gesetzlichen Anforderungen jedenfalls nicht.

Zunächst ist erforderlich, die vorgesehenen Maßnahmen eindeutig als Ausgleichsmaßnahmen und ggf. Ersatzmaßnahmen identifiziert werden. Als Ausgleichsmaßnahmen sind nach § 4 Abs. 4 Satz 2 LG NW nur solche Maßnahmen anzusehen, nach deren Durchführung keine erhebliche oder nachteilige Beeinträchtigung des Naturhaushaltes zurückbleibt und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wieder hergestellt oder neu gestaltet ist. Die Pflicht zum Ausgleich setzt als ersten Schritt die Festlegung eines sachlichen und räumlichen Rahmens voraus. Auszugehen ist von den Eingriffsfolgen, die die Funktionen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes beeinträchtigen. Diese Funktionen sind gleichartig wiederherzustellen. Soweit der Ausgleich nicht an Ort und Stelle des Eingriffs stattfinden soll, ist ein weiterer Rahmen in räumlicher Hinsicht vorzugeben, der aber immer noch einen sinnvollen sachlich – funktionellen Ausgleich ge-

statten muß. Der Ausgleich muß sich jedenfalls auch dort auswirken, wo die mit dem Vorhaben verbundenen Beeinträchtigungen auftreten (Gassner u.a. BNatSchG, 2. Auflage 2003, § 19 Rn. 27) .

Das Konzept weist insoweit nur „räumliche und zuordnungsfähige Suchräume für die Kompensationsmaßnahmen“ auf. Es wird nicht danach differenziert, ob ein ermittelbarer prognostizierter Eingriff ausgleichbar oder nur ersetzbar ist. Der Umstand, daß es hierauf entscheidend bei der Abarbeitung der Eingriffsregelung ankommt, da es einen grundlegenden Unterschied bedeutet, ob ein Eingriff gleichartig oder nur gleichwertig kompensiert wird, wurde verkannt. Dies wird deutlich an der Feststellung auf Seite 4 des Konzeptes, wonach sich der Ausgleich vom Ersatz fachlich insbesondere durch seine engere funktionale und räumliche Zuordnung zum Eingriff unterscheidet. Insofern enthält die o.g. Tabelle für jede Einzelmaßnahme den Hinweis, Kompensationsmaßnahmen zunächst im näheren oder weiteren Umfeld des jeweiligen Eingriffs räumlich anzuordnen. Neben dieser räumlichen Zuordnung sind möglichst auch die vom Eingriff betroffenen Funktionen wiederherzustellen.

In methodischer Hinsicht ist zweifelhaft, bei der Bildung von Biotopkategorien hinsichtlich „Acker/ - Grünland“ nicht zu differenzieren. Mit Blick auf die Bilanzierung der Eingriffe und des Ausgleichserfordernisse ist eine Unterscheidung hinsichtlich „Acker“, „intensiv genutztes Grünland“ und „extensiv genutztes Grünland“ fachlich geboten. Weiterhin unverständlich ist, daß der beauftragte Gutachter zu Flächenverlusten in Fußnote 1 der Tabelle erläutert,

„... die genannten Verluste ergeben sich aufgrund gutachterlich empfohlener senkungsbedingter Vernäsuren, die eine ökologische Verbesserung erwarten lassen.“

Die Beeinträchtigungen der Schutzgüter sind voll zu beheben. Die Bewertung einerseits der Eingriffsfläche und andererseits der Ausgleichsfläche muß zu einer ausgeglichenen Bilanz führen. Insbesondere muß der Faktor des Zeitverlustes - time lag - explizit gemacht und je nach den Besonderheiten des Einzelfalles unter Berücksichtigung fachlicher Aspekte angemessen bewertet werden. Beeinträchtigungen, die nicht in einem überschaubaren Zeitraum wiederherstellbar sind, sind nicht ausgleichbar (Gassner u.a. BNatSchG, 2. Auflage 2003, § 19 Rn. 28 f). Als Beispiel sei hierzu auf die Ausführungen zu den temporären Verlusten von Bruthabitaten von Flußregenpfeifer und Uferschnepfe verwiesen.

Weiterhin muß zumindest eine gesicherte Prognose vorliegen, der zu Folge die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen überhaupt durchgeführt werden können (vgl. Stich, Aufhellung wichtiger Vollzugsprobleme der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung durch die Rechtssprechung, DVBl. 2002, 1588, 1597 f.). Auch insofern fehlt jeglicher Nachweis dafür, daß die Ausgleichsmaßnahmen unter funktioneller Zuordnung der jeweiligen Maßnahmen überhaupt durchgeführt werden können. Des weiteren müssen die entsprechenden Flächen dauerhaft rechtlich gesichert sein, z.B. durch Baulasten oder Dienstbarkeiten. Bei Fehlen einer solchen Sicherung kann nicht davon ausgegangen werden, daß die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchgeführt werden bzw. später auch erhalten bleiben (Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht, 2. Aufl. 2003, § 19 Rn. 25).

Neben dem Kreis Wesel hat auch der Kläger auf die Problematik des unzureichenden Ziel- bzw. Kompensationskonzeptes in der Stellungnahme vom 30.01.2002 Seite 2 bis 6 hingewiesen. Der Kreis Wesel hatte in dem Erörterungstermin zum Rahmenbetriebsplan für das Bergwerk Walsum auch darauf hingewiesen, daß im Kreisgebiet und insbe-

sondere dem durch den Rahmenbetriebsplan betroffenen Bereich bereits jetzt Schwierigkeiten bestehen, Flächen für die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu finden. Schon die bergbaubedingt notwendige Aufhöhung der Deiche, mit der eine notwendige erhebliche Verbreiterung einhergeht, wird einen sehr großen Ausgleichsbedarf auslösen. Allein für die Durchführung der hierfür notwendigen Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen dürften ganz erhebliche Schwierigkeiten bestehen, entsprechende Flächen zu erwerben.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Beklagte offensichtlich nicht in der Lage gewesen ist, die abbaubedingten Auswirkungen und daraus resultierenden Eingriffe zu ermitteln bzw. in fachlich zutreffender Weise zu prognostizieren, obwohl dies zwingende Voraussetzung für die auf Ebene des Rahmenbetriebsplanes erfolgte grundsätzliche Beurteilung der landschaftsrechtlichen Zulässigkeit sein mußte. Denn nach den Bestimmungen des Landschaftsgesetzes ist der Nachweis zu erbringen, daß die vom Verursacher hervorgerufenen nicht ausgleichbaren Eingriffe, wenn sie denn vorrangig sind, durch Ersatzmaßnahmen zu kompensieren sind. Ein Nachweis, daß dies der Fall ist, ist jedoch nur mit einer detaillierten Auf- bzw. Gegenüberstellung von Eingriffen und Kompensationsmaßnahmen möglich und folgerichtig auch in allen Planungen Standard. Alle hierzu im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens vorgelegten Unterlagen weisen diesbezüglich erhebliche Defizite auf, auf deren Grundlage die Beklagte eine den Anforderungen des Landschaftsgesetzes genügende Entscheidung gar nicht treffen konnte.

Die entsprechenden Rechtsfragen waren auch bereits vor Zulassung des Rahmenbetriebsplans durch die höchstrichterliche Rechtsprechung grundsätzlich geklärt. Das OVG NW hat sich in einer aktuellen Entscheidung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts wie folgt angeschlossen:

„Der Planfeststellungsbeschluß genügt nicht den Anforderungen, die § 4 Abs. 5 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushaltes und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz – LG NRW) in der hier maßgeblichen Fassung der Bekanntmachung vom 15. August 1994 (GV NRW S. 710)... , an die Entscheidung über den erforderlichen Ausgleich nicht vermeidbarer Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft stellt. Nach der genannten Vorschrift, die mit der rahmengesetzlichen Norm des § 8 Abs. 2 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) in der bei Erlass des Planfeststellungsbeschlusses geltenden Fassung ... inhaltlich übereinstimmt, ist ein Eingriff zu untersagen, wenn die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei der Abwägung im Range vorgehen und die Beeinträchtigung nicht zu vermeiden oder nicht im erforderlichen Maße auszugleichen ist. Diese besondere naturschutzrechtliche Abwägungsentscheidung bildet den Schlußpunkt der Eingriffsregelung, die auf einer Stufenfolge (Vermeidung, Ausgleich, Ersatz) aufbaut, bei der die Tatbestandsvoraussetzungen für jede Stufe abschließend umschrieben sind. **Dabei ist nach der gesetzlichen Systematik von zentraler Bedeutung mit welchem Ergebnis die Kompensationsproblematik auf der ihr vorgelagerten Ebene bewältigt worden ist, weil im Falle eines vollständigen Ausgleichs des Eingriffs für eine**

fachplanerische Abwägung kein Raum ist. Auch ist eine Entscheidung über die Durchführung von Ersatzmaßnahmen auf der nachgeschalteten dritten Stufe der Eingriffsregelung nur noch dann zu treffen, wenn ein Rest von nicht vermeidbaren und nicht in dem erforderlichen Maße ausgleichbaren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft übrig bleibt. Ist ein vollständiger Ausgleich nicht möglich, hat sich die dann gebotene Abwägung daran auszurichten, ob die Ausgleichsbilanz ausreicht, um die mit einem Vorhaben verbundenen Anforderungen an Natur und Landschaft zu rechtfertigen. Der Ausgleichsbedarf bestimmt sich nach der Art und der Schwere des Eingriffs. Je größer das Ausgleichsdefizit im Verhältnis zur Schwere des Eingriffs ist, desto mehr spricht für einen Vorrang der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, während im umgekehrten Fall die Wahrscheinlichkeit wächst, daß ein Eingriff zu untersagen ist, BVerwG, U. v. 27.10.2000 – 4 A 18/99, BVerwGE 112, 140 (160 ff.).

Um den gesetzlichen Anforderungen des § 4 Abs. 5 LG NW gerecht werden zu können, muß der Planungsträger zunächst im einzelnen darlegen, wie sich der geplante Eingriff auf Natur und Landschaft auswirkt, wobei neben den Flächenverlusten insbesondere die funktionalen Beeinträchtigungen aufzulisten sind. Anhand dieser Zusammenstellung ist der Ausgleichsbedarf zu ermitteln. Sodann sind Ausgleichs- und ggf. Ersatzmaßnahmen festzulegen (OVG NW, U. v. 26.09.2003 – 11 D 53/00.AK). (Hervorhebungen vom Unterzeichner)

Genau diesen Verpflichtungen wollte die Beklagte im Interesse der Beigeladenen nicht nachkommen und hat deshalb allein darauf verwiesen, daß die Ausgleichsmaßnahmen im Wege des Monitorings einschließlich der grundlegenden Ermittlung der Auswirkungen des Vorhabens geregelt werden sollen (Nebenbestimmung 1.3.4.1).

Nach der Nebenbestimmung 1.3.6.4 sind nicht vermeidbare und nicht ausgleichbare Eingriffe in Natur und Landschaft zu ersetzen. Entscheidungen über Art und Umfang erforderlicher Kompensationsmaßnahmen bleiben jedoch Nachtragsbeschlüssen vorbehalten. Diese Vorgehensweise läßt außer Acht, daß sich aus der Eingriffsregelung ein zwingender Versagungsgrund für das Vorhaben ergeben kann. Die Konzeption des Rahmenbetriebsplans gewährleistet nicht, daß sich ein im Zuge der „Abarbeitung“ der Eingriffsregelung ergebendes Prüfergebnis, der Eingriff sei zu untersagen, auf die Zulassung des Rahmenbetriebsplans auswirkt mit der Folge, daß der Abbau gestoppt wird. Der Auffassung, die Abwägung nach § 4 Abs. 5 LG NW sei bereits mit Zulassung des Rahmenbetriebsplans erfolgt, ist entgegenzuhalten, daß der Stufe der Abwägung die Ermittlung der nicht vermeidbaren und nicht ausgleichbaren Eingriffe zwingend vorgelegt ist und diese Stufen offensichtlich noch nicht abschließend „abgearbeitet“ sind. Eine „Abarbeitung“ der Eingriffsregelung im Zeitpunkt der Zulassung des Rahmenbetriebsplans würde es jedenfalls erfordern, das „worst case“ Szenario darzustellen und der Abwägungsentscheidung zugrunde zu legen.

- 14.4 Die von der Beklagten bezüglich aller kritischen Fragen des Vorhabens (z.B. auch bezüglich der Fragen der grundwasserregulierenden Maßnahmen oder auch des Hochwasserschutzes) herangezogene Regelung des § 57 b Abs. 3 S. 3 BBergG vermag ebenfalls eine Ausblendung der entsprechenden rechtlichen Erfordernisse nicht zu rechtfertigen. Insofern wird zunächst auf die amtliche Begründung zum Bundesberggesetz verwiesen, in der bezüglich der Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung in das Bundesberggesetz folgendes ausgeführt wird (BT-Drucksache 11/4015, S.8):

“Die Einführung eines Planfeststellungsverfahrens mit Umweltverträglichkeitsprüfung in das bergrechtliche Genehmigungsverfahren anstelle des üblichen Rahmenbetriebsplansverfahrens unter den im Gesetzesentwurf niedergelegten Voraussetzungen bedeutet – allein aufgrund der erweiterten Öffentlichkeitsbeteiligung – ein erheblich aufwendigeres Verfahren und würde insofern mehr Aufwendung mit sich bringen. **Auf der anderen Seite werden hierdurch entscheidende Gesichtspunkte des Vorhabens einer verbindlichen Regelung zugeführt, die für die gesamte Dauer des Vorhabens Bestand haben soll.** Dies bedeutet nicht nur eine Entlastung des in aller Regel alle 2 Jahre stattfindenden Hauptbetriebsplanverfahrens und aller anderen Betriebsplanverfahren, für die der Rahmen insofern ein für allemal festgelegt ist, sondern insbesondere auch eine Entlastung durch Wegfall derjenigen Verfahren und Entscheidungen nach anderen Gesetzen, auf die sich die Konzentrationswirkung eines Planfeststellungsbeschlusses erstreckt.“ (Hervorhebung vom Unterzeichner)

Die Auffassung, daß entscheidende Gesichtspunkte des Vorhabens weiterhin auf der Ebene der Sonderbetriebspläne geregelt werden können, ist demnach mit dem Willen des Gesetzgebers nicht vereinbar.

Dies wird nunmehr auch durch den EuGH bestätigt, der die EG-rechtlichen Vorgaben zur UVP genauso wie der Bundesgesetzgeber interpretiert. Es bestehen insofern gerade keine Auslegungsspielräume, die zugunsten des Bergbaus angewandt werden könnten. Gegenstand der Sonderbetriebspläne können – auch entsprechend den Hinweisen des Länderausschusses Bergbau – nur noch betriebstechnische Einzelheiten, nicht aber die Umweltauswirkungen des Vorhabens sein. Der EuGH hat in der Entscheidung vom 07.01.2004 – C 201/02 – (DVBl. 2004, 370 ff.) bezüglich der Notwendigkeit der Ermittlung der Umweltauswirkungen in einem gestuften Genehmigungsverfahren mit Bindungswirkung für nachfolgende Entscheidungen folgendes ausgeführt:

„Nach Art. 2 Abs. 1 der RL 85/337 muß die UVP vor der Erteilung der Genehmigung durchgeführt werden. Nach ihrer ersten Begründungserwägung bezweckt die RL 85/337, daß die zuständige Behörde die Auswirkungen des in Rede stehenden Projekts auf die Umwelt so früh wie möglich berücksichtigt. **Sieht also das nationale Recht ein mehrstufiges Genehmigungsverfahren vor, in dem zunächst nur eine Grundsatzentscheidung ergeht und sodann eine Durchführungsentscheidung getroffen wird, die nicht über die in der Grundsatzentscheidung festge-**

legten Vorgaben hinausgehen darf, sind die Auswirkungen, die das Projekt möglicherweise auf die Umwelt hat, im Verfahren zum Erlaß der Grundsatzentscheidung zu ermitteln und zu prüfen“ (DVBl. 2004, S. 372). (Hervorhebungen vom Unterzeichner)

Aus den Gesetzesmaterialien zum Bundesberggesetz ergibt sich auch eindeutig, daß § 52 Abs. 2 b S 1 BBergG redaktionell an § 75 Abs. 1 S. 1 VwVfG angepaßt werden sollte. Zwischen den Vorgaben des Verwaltungsverfahrensgesetzes und denjenigen des Bundesberggesetzes bezüglich der Durchführung von Folgemaßnahmen besteht daher keine inhaltliche Diskrepanz. Aus diesem Grund wurde auch in § 52 Abs. 2 b S. 1 BBergG vor das Wort “Folgemaßnahme“ das Wort “notwendiger“ eingefügt. Bezüglich der Regelungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes für Folgemaßnahmen ist anerkannt, daß ein Vorbehalt nachträglicher Entscheidungen nur zulässig ist, **“wenn sich zur Zeit der Entscheidung die maßgeblichen Umstände noch nicht erkennen lassen; fehlerhafte Organisation und verspätetes Erkennen von Schwierigkeiten reichen als Rechtfertigung allerdings nicht aus (Czychowski/Reinhard, WHG 8. Aufl., § 31 Rn. 95 m.w.N.).**

Da die Umweltauswirkungen des Vorhabens durch die eintretenden Senkungen hervorgerufen werden, die sich bereits jetzt größtenteils zuverlässig prognostizieren lassen (entsprechende Senkungspläne sind auch Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses), bestand überhaupt keine Rechtfertigung, die durchzuführenden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in dem angegriffenen Planfeststellungsbeschuß nicht zu regeln. Auch die von der Gegenseite immer wieder angeführten Prognoseschwierigkeiten des Bergbaus aufgrund des Auftretens von geologischen Störungen begründen keine Notwendigkeit, eventuelle Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erst zu einem späteren Zeitpunkt zu regeln. Während es für die Prognose von Bergschäden sehr wichtig ist, in welchem Bereich bestimmte Zerrungswerte auftreten können, denen Gebäude möglicherweise nicht standhalten, kommt es für die Prognose der Auswirkungen für Natur und Landschaft – wie bereits angesprochen – im wesentlichen nur auf die Senkungen selbst an. Soweit tatsächlich eine bestimmte Bauhöhe – wegen nicht prognostizierter geologischer Störungen – nicht vollständig abgebaut werden kann, bewirkt dies lediglich, daß auch die Umweltauswirkungen hinter der Prognose - unter Zugrundelegung des geplanten Bauhöhenzuschchnittes - zurückbleiben. Damit werden unter Umständen im Ausgleichskonzept vorgesehene Ersatzmaßnahmen entbehrlich. Dem kann jedoch ohne weiteres in einem Ausgleichs- und Ersatzkonzept dadurch Rechnung getragen werden, daß für den “worst case“ (welcher ja auch durch die Planfeststellung zugelassen wird) die notwendigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen festgelegt werden und für den Fall des Eintretens geringerer Folgen der Verzicht auf die Durchführung bestimmter Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mitgeregelt wird. Dies entspricht auch der Systematik der Umweltverträglichkeitsprüfung, bei der Betrachtung der Umweltauswirkungen den “worst case“ zugrunde zu legen.

- 14.5 Selbst wenn dem nicht zu folgen wäre und der Vorbehalt des Monitoring im Planfeststellungsbeschuß als rechtmäßig anzusehen sein sollte, müßte auch nach nationalem Recht zumindest eine gesicherte Prognose gegeben sein, der zu Folge die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen überhaupt durchgeführt werden können (vgl. Stich, Aufhellung wichtiger Vollzugsprobleme der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung durch die Rechtssprechung, DVBl. 2002, 1588, 1597 f.). Auch insofern fehlt jeglicher Nachweis dafür, daß die Ausgleichsmaßnahmen unter funktioneller Zuordnung der jeweiligen Maßnahmen überhaupt durchgeführt werden können. Des weiteren fehlt eine dauerhafte rechtliche Sicherung der entsprechenden Flächen, z.B. durch Baulasten oder Dienstbar-

keiten. Beim Fehlen einer solchen Sicherung kann nicht davon ausgegangen werden, daß die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchgeführt werden (Lorz/Müller/Stöckel, Naturschutzrecht, 2. Aufl. 2003, § 19 Rn. 25).

Die Zulassung des Vorhabens ohne ein Konzept für die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und den Nachweis der Verfügbarkeit der entsprechenden Flächen verstößt damit gegen zwingende Vorgaben des Naturschutzrechts. Auch aus diesem Grund ist der angegriffene Planfeststellungsbeschluß aufzuheben.

15. Verstoß gegen Regelungen des Landesforstgesetzes

Gemäß § 39 Abs. 4 Landesforstgesetz NW darf die Umwandlung von Schutz- und Erholungswald nur bei einem überwiegenden öffentlichen Interesse genehmigt werden. Diesbezüglich hat das Staatliche Forstamt Wesel in seiner Stellungnahme von 23.01.2001 folgendes ausgeführt:

“Der geplante untertägige Abbau durch das Bergwerk Walsum bis Ende 2019 nach dem Rahmenbetriebsplan wird ohne gegensteuernde Maßnahmen den Wald im betroffenen Gebiet deutlich beeinträchtigen.

Ohne gegensteuernde Maßnahmen sind auf ca. 20 Hektar Waldflächen Verluste und Beeinträchtigungen zu erwarten. Besonders gravierende und nicht kompensierbare Auswirkungen wären im Wohnungswald bei Voerde zu erwarten.

Aufgrund der besonders hohen Bedeutung des Wohnungswaldes hinsichtlich seiner Waldfunktion und hier insbesondere des Arten- und Biotopenschutzes und der Erholung, aber auch der forstlichen Nutzung können diese Beeinträchtigungen nicht mitgetragen werden.

Es ist zu befürchten, daß die Auswirkungen des Bergbaus langfristig den Verlust dieses Waldstandortes zur Folge haben.

Aufgrund dieser starken Auswirkungen wird der Rahmenbetriebsplan ohne gegensteuernde Maßnahme von mir abgelehnt.“

Im weiteren ist das Staatliche Forstamt Wesel zwar davon ausgegangen, daß die flurstandsregulierenden Gegenmaßnahmen tatsächlich stattfinden und deren Sekundärauswirkungen den beschriebenen Umfang nicht überschreiten. Zu einer Überprüfung der Prognosen der Umweltverträglichkeitsprüfung war das Forstamt aber wohl offensichtlich nicht in der Lage. Unter Zugrundelegung der gravierenden Grundwasserflurabstandsveränderungen, die in Teilbereichen des Wohnungswaldes zu einer Vergrößerung der Grundwasserflurabstände und in anderen Teilen zu deren Verringerung führen werden, ist jedoch von gravierenden Auswirkungen auf den Waldbestand auszugehen. Angesichts der überragenden Bedeutung des Wohnungswaldes als Erholungswald und der Waldarmut des durch das Bergbauvorhaben betroffenen Bereichs ist die Waldumwandlung nicht genehmigungsfähig.

Die Stellungnahme des Landesforstamtes verdeutlicht im weiteren, daß die in die Begründung der Planfeststellungsentscheidung übernommene Auffassung des Gutachters, wonach Abgänge von Bäumen durch schlichte Ersatzpflanzung ausgleichbar seien, nicht zutrifft. Auf S. 2 des Schreibens des Staatlichen Forstamtes Wesel vom 23.01.2001 wird vielmehr ausgeführt, daß von folgenden Ausgleichsverhältnissen auszugehen ist:

“Altholzbestände mindestens: 1:3
 Laubhals, sonstige Flächen: 1:2
 Nadelholz (ohne Altholzbestände): 1:1“

Ein solcher Ausgleich ist bereits deshalb nicht zu leisten, weil der Wohnungswald größtenteils direkt von Wohnbauflächen umschlossen wird. Auch insofern zeigt sich wiederum, daß die Verlagerung der Festlegung von Ausgleichsmaßnahmen auf nachfolgende Verfahren nicht geeignet ist, zu einer ordnungsgemäßen Abwägung bei der Zulassung zu führen, da vollständig offen bleibt, ob und wie ein Ausgleich oder Ersatz für eintretende Beeinträchtigungen geschaffen werden kann. Vielfach liegt es sogar auf der Hand, daß dies überhaupt nicht möglich sein wird.

Der Kläger kann sich auch auf die Regelungen des Landesforstgesetzes berufen. Es handelt sich hierbei um im Wege der Verbandsklage rügefähige Rechtspositionen (Schumacher/Fischer-Hüftle, Bundesnaturschutzgesetz, § 61 Rn. 19).

16. Umweltverträglichkeitsprüfung

Die im Rahmen der Zulassung des Rahmenbetriebsplans durchgeführte Umweltverträglichkeitsprüfung genügt nicht den gesetzlichen Anforderungen nach § 57 a Abs. 2 Bundesberggesetz (BBergG) iVm. der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau).

Die gesetzliche Aufgabe, alle möglichen Umweltauswirkungen des Vorhabens bereits auf der Ebene des Rahmenbetriebsplans einer umfassenden und abschließenden Betrachtung zu unterziehen, führt zu einer beträchtlichen Untersuchungs- und Prüftiefe. Die durch die UVP im frühen Zeitpunkt der Aufstellung des Rahmenbetriebsplans geforderte Untersuchungstiefe einerseits, der Umstand, daß Bergbauvorhaben regelmäßig unter dem Vorbehalt später hinzutretenden Erkenntnisse stehen, andererseits gebieten es, ein Entscheidungsprogramm zuzulassen, daß im Zeitpunkt der Aufstellung absehbar zu bewältigen ist (vgl. auch Hoppe, Kommentar zum UVPG, 2002, § 18 Rn. 27 ff). Der vorliegende Planfeststellungsbeschluß dokumentiert, daß die Auswirkungen des beabsichtigten Abbaus bis in das Jahr 2019 nicht in dem Maß vorhersehbar und damit einschätzbar sind, wie der Prüfauftrag der UVP – Bergbau dies fordert. § 52 Abs. 2 b Satz 1 BBergG verwehrt im übrigen eine abschnitts- und stufenweise Planfeststellung, wenn dadurch die „Einbeziehung der erheblichen Auswirkungen des gesamten Vorhabens auf die Umwelt“ gefährdet wird. Der Zeitrahmen des Rahmenbetriebsplans ist daher für den Fall, daß er nicht ohnehin aufgehoben wird, zumindest auf einen überschaubaren Zeitraum zu verkürzen, um die Anforderungen an den Umweltschutz als öffentlichen Interessen im Sinne des § 48 Abs. 2 BBergG in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Die vorgelegte Umweltverträglichkeitsstudie ist in vielen Punkten unvollständig, da Auswirkungen entweder von vornherein nicht erfaßt oder nicht zutreffend beschrieben wurden. Die darauf beruhende Bewertung der Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt durch die Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher nicht geeignet, den Prüfauftrag des, BBergG iVm. UVPV-Bergbau zu erfüllen. Auf die Mängel der Umweltverträglichkeitsstudie wird im folgenden am Beispiel einzelner Schutzgüter eingegangen:

16.1. Schutzgut Landschaft

Aufgrund des bereits aufgenommenen bzw. noch im Juni 2004 zu erwartenden Abbaus unter dem Rhein bzw. im Bereich der Mommniederung sollen an dieser Stelle exemplarisch die Mängel der UVS hinsichtlich der Auswirkungen auf die Landschaft (Landschaftsbild/ Erholungsnutzung) dargestellt werden.

16.1.1 Schutzwürdigkeit der Mommniederung

Die Veränderung der natürlichen Morphologie in den vom Abbau in den Baufeldern Walsumer Horst/Altfeld und Dinslakener Graben Nord durch die entstehenden Senkungsmulden ist erheblich. Der Landschaftsraum wird sich dadurch – entgegen der im Planfeststellungsbeschluß, Seite 43 von der Beklagten geäußerten Auffassung - signifikant verändern. Die Situation der besonderen Landschaft der Mommniederung kann wie folgt charakterisiert werden:

Im Westen der Stadt Voerde erstreckt sich, abgegrenzt durch eine markante Geländekante (ehemaliger Prallhang des Rheines) die nacheiszeitliche Rheinaue, also der Bereich, der bis etwa 1925 (Errichtung des Banndeichs) regelmäßig von Hochwässern beeinflusst war. Innerhalb dieser Rheinaue sind die natürlichen Landschaftsstrukturen grundsätzlich auf prägende Einflüsse des Rheinhochwassers zurückzuführen.

Die unmittelbar in der Niederterrasse liegende Mommniederung wird geprägt durch einen Altrheinarm, der im Laufe von einigen Jahrhunderten zum Teil mit Sedimenten des Rheinhochwassers aufgefüllt wurde. Die von diesem Altrheinbogen umspannten Kernflächen mit den Siedlungsstandorten Mehrum, Löhnen und Götterswickerhamm dagegen sind Reste der durch die Rheinbettverlagerung abgetrennten Niederterrasse, die bedingt durch einen fortdauernden Anstieg der höchsten Hochwasserstände (bis zur Errichtung des Rheindeiches) vermehrt überflutet wurden. Dabei haben auch hier die Hochflutsedimente des Rheins wesentlichen Einfluß auf die Bodenbildung gehabt.

In dieser Landschaft, die in Ihrer Nutzungsstruktur seit der ersten kartographischen Erfassung 1730 (wahrscheinlich aber noch wesentlich länger) kaum wesentliche Veränderungen erfahren hat, waren die Einflüsse des Hochwassers bis zu Beginn des letzten Jahrhunderts stets prägend. Dauer, Höhe und Strömungsgeschwindigkeit der regelmäßig auftretenden Hochwasserereignisse hatten wesentlichen Einfluß auf die Bodenbildung, die Vegetation und die Nutzbarkeit einer solchen Landschaft. Diese Faktoren hängen wesentlich von der Höhenlage resp. dem Geländeprofil ab. Während selten bzw. niedrig überflutete Bereiche besiedelt und ackerbaulich oder für Obstkulturen genutzt werden konnten, waren die häufiger, höher und länger überfluteten Bereiche nur als Dauergrünland (Weidewirtschaft) nutzbar. Da zahlreiche Arten der heimischen Vegetation Hochwässer nicht oder nur für eine kurze Zeitspanne ertragen, haben sich in Abhängigkeit von der regelmäßigen Überflutungsdauer bestimmte Artengemeinschaften, insbesondere der Gehölzvegetation ausgebildet, die bis heute unverfälscht erhalten sind. Während in den niedrigsten Bereichen der Mommniederung (niedriger als 20 m ü. NN) lediglich extensive Weidewirtschaft (früher auch Teichwirtschaft) möglich war, wurden die etwas höher gelegenen größten Teile der Niederung intensiv als Wiese und Weide genutzt. In diesem Bereich wurde als Sonderform der Forstwirtschaft eine Kopfbaukultur (Einzelbäume der Esche und Weide) betrieben, die sich ebenso bis heute erhalten hat. Jenseits einer Höhenlinie von ca. 22,5 m waren Überflutungen so selten, daß Ackerbau möglich war. Die höchsten Standorte wurden durch Bebauung und Obstbaumkulturen genutzt.

Der Landesentwicklungsplan NRW (GVBl. NW. 1995, S. 532) schreibt unter B III 2.26 als Ziel vor:

„In den Großlandschaften des Landes sollen wertvolle Kulturlandschaften mit nachhaltigen Nutzungen und hohem Anteil naturnaher Bereiche vorbildlich erhalten werden. Sie sind hinsichtlich ihrer charakteristischen Eigenart und der durch den Naturraum typischen Biotope und Landschaftsstrukturen besonders zu pflegen und zu entwickeln.“

In der kartenmäßigen Darstellung dieser Gebiete erscheint dann unter der Nr. 13 das Feuchtgebiet „Unterer Niederrhein“, das die Mommniederung umfaßt. Konkretisiert wird dies in der Darstellungskarte, in der eindeutig erkennbar die obige Zielsetzung kartenmäßig durch die Darstellung eines Gebietes für den Schutz der Natur festgeschrieben wird.

Da diese klar gegliederte, für die Auen des Niederrheins ehemals typische Landschaftsstruktur nur in der Voerder Rheinaue in einer so reinen Form erhalten ist, wurde diese besondere Kulturlandschaft schon zu Beginn der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts erstmals unter Schutz gestellt. Klaren Ausdruck findet dieser Schutzgedanke in den Darstellungen Ziff. 1.12, 1.15, 2.6 und Festsetzungen Ziff. 2.2.1 und 2.4.3 des Landschaftsplans Dinslaken/ Voerde des Kreises Wesel. Bedingt durch den Schutz der Landschaft haben sich die fehlenden Einflüsse des Hochwassers nicht auf die Landschaftsstruktur ausgewirkt, so daß der Zusammenhang zwischen den natürlichen Standortfaktoren und der Nutzung bzw. dem Landschaftsbild klar erkennbar ist.

Die Landesanstalt für Ökologie, Landwirtschaft und Forstplanung Nordrhein-Westfalen hat in ihrem ökologischen Beitrag zum Landschaftsplan Dinslaken-Voerde, Teil II – schutzwürdige Biotope des Kreises Wesel – im Jahre 1980 das Gebiet, wie aus der Anlage ersichtlich, beschrieben und auf dem Ergänzungsbogen unter E 71 bewertet: „Bedeutung durch Flächengröße/landesweite Bedeutung“. In ihrer Fortführung des Biotopkatasters im Jahre 1991 führt sie unter der Überschrift „Wertbestimmende Merkmale“ aus: ... „kulturhistorisch wertvoll/hohe strukturelle Vielfalt/ Flächengröße/ landesweite Bedeutung“.

Im Zuge der Aufstellung des GEP 1999, der gleichzeitig Landschaftsrahmenplan ist, bewertet sie die Mommniederung wie folgt: „Nationale Bedeutung/naturschutzwürdig“, und schlägt als Schutzziel vor: „Erhaltung der Rheinschlinge in ihrer historischen Nutzungsform durch Beibehaltung der Grünlandnutzung, Erhalt der Heckenkopfbäume und Obstwiesen/Erhalt des Mommbachs durch Verhinderung von Entwässerung und Grundwasserabsenkung“.

Diese Beurteilung führte zu einer Konkretisierung im Punkt 2.5, Ziel 1, Abs. 6 des GEP 99 (Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung): "Der Untere Niederrhein und ... sind als wertvolle Kulturlandschaften mit hohem Anteil naturnaher Bereiche und nachhaltiger Nutzung beispielhaft zu pflegen und zu entwickeln." Im folgenden findet die Erläuterung statt:

"Die im LEP NRW benannten wertvollen Kulturlandschaften 'Unterer Niederrhein' ... zeichnen sich durch einen besonderen hohen Flächenanteil naturnaher und halb-natürlicher Biotopkomplexe aus und stellen damit Schwerpunkträume des landesweiten Biotopverbundsystems dar. Die Kernbereiche sind als Bereiche zum

Schutz der Natur dargestellt. Die räumliche Dichte ... dieser Bereich erfordert eine übergreifende Umsetzung von Zielen des Naturschutzes und des Landschaftsschutzes mit den benachbarten Bereichen für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung; dabei ist auch die Nutzung der wertvollen Kulturlandschaften einzubeziehen.

Die Entwicklung der wertvollen Kulturlandschaften bedarf der Kooperation aller Beteiligten und soll im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege prioritär gefördert werden. Im Ergebnis sollen die wertvollen Kulturlandschaften beispielgebend für die nachhaltige Landschaftsentwicklung und Landnutzung weiterer wertvoller Kulturlandschaften ... sein."

16.1.2 Auswirkungen auf die Mommniederung

Durch den geplanten untertägigen Steinkohleabbau wirken Senkungen auf das Gebiet ein, die dem Schutzzweck widersprechen und den Gebietscharakter verändern. Bis zum Jahr 2019 wird es zu einer völligen Veränderung der landschaftlichen Strukturen kommen: Der geplante und bereits ab 2002 durchgeführte Steinkohleabbau unter der Mommniederung bzw. dem Rhein bewirkt die Absenkung von Teilbereichen um mehrere Meter. Die Senkungsschwerpunkte werden sich nordöstlich der Ortslage Mehrum, nördl. des Gehöftes Wurm-Götterswick sowie zwischen Mehrumer Straße und Banndeich bis 2009 mit einem Senkungsmaxima von jeweils ca. 3,0 m ausbilden. Bis 2019 werden sich die Senkungen auf ein prognostiziertes Maximalmaß von bis zu 5,0 m erhöhen. Folgende nachhaltige Veränderungen der Landschaft sind zu erwarten:

16.1.2.1 Überformung des Geländeprofils

Das Geländeprofil wird grundlegend überformt. Neben der Veränderung der abiotischen Faktoren tritt auch die visuell erkennbare Deformierung der Geländemorphologie deutlich ein (siehe Rahmenbetriebsplan UVS Kap. 9, FFH-Studie Kap. 5).

Bedingt durch den von Nordwesten nach Südosten laufenden Abbau in nebeneinanderliegenden Abbaubetrieben ergibt sich eine deutlich erkennbare Veränderung des Geländeprofils, da die bislang weitgehend flache Auenlandschaft in eine Abfolge von Satteln und Mulden zergliedert wird. Alle geplanten Abbaue verlaufen rechtwinklig zur Niederung und die mehr oder weniger ebene Altstromrinne wird in eine Berg- und Talbahn mit prognostizierten Höhenunterschieden von bis zu 500 cm verwandelt (siehe Rahmenbetriebsplan Ordner 1 Anlage 6.2). Diese Veränderungen sind nachhaltig und erheblich. Eine Kompensation ist nicht möglich.

Entgegen der Auffassung der Beklagten, ist der Kläger der Auffassung, daß die Bildung der beschriebenen Mulden mit einem prognostizierten Senkungsmaxima von ca. 5,00 m in der bislang flachen Mommniederung deutlich wahrnehmbar ist und damit zu einer nachhaltigen Umgestaltung des Landschaftsbildes führt.

16.1.2.2 Verlust der Elemente der Kulturlandschaft

Zudem werden die zur erforderlichen Grundwasserregulierung bzw. der Regulierung der Vorflut vorgeschlagenen Maßnahmen zu weiteren Veränderung der Landschaft beitragen, wie die Unterlagen zum Rahmenbetriebsplan (UVS, Mommbachkonzept etc.) aufzeigen:

Die Bergsenkungen führen zu Verringerungen der GW-Flurabstände bis hin zu großflächigen Übersauungen; spätestens bei langanhaltenden Hochwasserständen Im Zustand 2009 ist mit Verlusten der bestimmenden Gehölzbestände zu rechnen. Dies bewirkt eine nachhaltige Veränderungen der Kulturlandschaft. Die Erholungsnutzung wird eingeschränkt. Den Gehölzverlusten kann nur teilweise durch Umsetzung der Maßnahmen der Landschaftspläne entgegengewirkt werden (z.B. Gehölzanpflanzungen sind in übersauten Bereichen nicht mehr möglich).

Der Mommbach muß daher in mehreren Teilabschnitten um bis zu 2 m vertieft werden, um das von den Polderanlagen geförderte (angestiegene) Grundwasser problemlos aufnehmen zu können (Ableitung zum Rhein). Es entsteht dadurch ein insgesamt um ca. 4 m eingetieftes naturfernes Gewässer. Diese Umgestaltung ist als nachhaltig zu bezeichnen, vor allem im Hinblick auf den heutigen Zustand des Mommbaches. In Teilbereichen erfordert dieser zur Ableitung des gepolderten Wassers unbedingt notwendige Ausbau eine Fläche von bis zu 50 m Breite. Das bislang relativ schmale Gewässer wird sich auf ca. 10 m verbreitern. Auch der Voerder Leitgraben und Nebengewässer werden verändert; hier sind Sohlvertiefungen bzw. Sohlhebungen bis zu einem Meter notwendig. Der bisherige Lauf des Voerder Leitgrabens muß um ca. 300 m verkürzt werden infolge der Abkoppelung des Oberlaufes. Auch am Unterlauf des Mommbaches im Rheinvorland ist aufgrund des geplanten Mommbachausbaus eine Profilaufweitung notwendig, die zum einseitigen Verlust der heutigen landschaftsbildprägenden Gehölzvegetation führen wird. Auch hier entstehen deutlich wahrnehmbare gewässeruntypische Einschnittstiefen von über 2 m.

16.1.2.3 Riegelwirkung aufgrund der Deicherhöhungen bzw. - ertüchtigungen

Nicht unerheblich sind die Landschaftsbildbeeinträchtigungen durch die notwendigen Erhöhungen bzw. Sanierungen der Rheindeiche. Die Bergsenkungen infolge des Steinkohleabbaues führen zu einer Absenkung der Banndeichkrone. Um den Hochwasserschutz auch zukünftig zu gewährleisten, muß der gesamte Banndeich von Götterswickerhamm bis westlich von Spellen aufgehöhht bzw. saniert werden. Aufgrund der nicht mehr dem Stand der Technik entsprechenden Bauweise des vorhandenen Deiches ist ein vollständiger Ersatz durch einen neuen Deich erforderlich, der in der alten Trasse errichtet werden soll. Die Erhöhung der heute vorhanden Deiche ist deutlich wahrnehmbar, da die Deiche bereits heute ca. 10 m hoch sind (max.) und um ca. 5,00 m (max.) erhöht werden müssen. Große Teile des gesamten Deichabschnittes zwischen Wurm-Götterswickerhamm und westlich von Spellen werden zukünftig den Charakter von Tal-sperrendämmen aufweisen. Die Landschaftsbildbeeinträchtigungen sind erheblich und nicht kompensierbar.

Aus Sicht des Klägers ist unverständlich, daß angesichts der im Zeitpunkt der Zulassung des Rahmenbetriebsplans festgestellten Notwendigkeit der Maßnahmen zur Deichertüchtigung eine Beschreibung der Auswirkungen der Maßnahmen auf das Landschaftsbild und eine Bewertung auf der Ebene des Rahmenbetriebsplanes nicht erfolgen ist. Im Planfeststellungsbeschluß wird hierzu unter Punkt 2.2.1.3., Seite 105 festgestellt:

„Regelungen, wie z.B. landschaftstypische Einbindung der Bauwerke, bleiben den wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahren für die Deicherhöhung vorbehalten.“

Diese Feststellung der Beklagten läßt erkennen, daß die Relevanz der Baumaßnahmen hinsichtlich des Schutzgutes Landschaft zwar erkannt wurde, aber auf Ebene des Rahmenbetriebsplans nicht behandelt werden sollte und, daß es sich dabei lediglich um eine Frage der Gestaltung bzw. Ausgestaltung der Maßnahmen, handeln soll. Nach Auffassung des Klägers handelt es sich dabei jedoch um abbaubedingte Auswirkungen, die ggf. als mittelbare Auswirkungen – vgl. § 2 Abs. 1 UVPG – im Zeitpunkt der Aufstellung des Rahmenbetriebsplans zu ermitteln bzw. im Rahmen einer Prognose zumindest beschreibbar waren und folglich auch zu bewerten waren.

Diese Vorgehensweise der Beklagten im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung bestätigt den Kläger in seiner Einschätzung, daß der gesetzlichen Verpflichtung, eine frühzeitige Betrachtung und Bewertung aller im Zeitpunkt der Zulassung des Rahmenbetriebsplans bekannten und ermittelbaren Auswirkungen des Vorhabens, nicht nachgekommen wurde. Aus Sicht des Klägers ist in diesem Zusammenhang unerheblich, daß die Realisierung der Deichbaumaßnahmen der Zulassung in wasserrechtlichen Verfahren bedarf. In diesen Verfahren wird man zwar über die Anforderungen hinsichtlich der Gestaltung befinden, eine Gesamtschau und Bewertung der abbaubedingten Auswirkungen wird jedoch nicht stattfinden.

Der Kläger sieht sich auch durch die aktuelle Rechtsprechung des EuGH bestätigt. Der EuGH hat in der Entscheidung vom 07.01.2004 – C 201/02 – (DVBl. 2004, 370, 372) bezüglich der Notwendigkeit der Ermittlung der Umweltauswirkungen in einem gestuften Genehmigungsverfahren mit Bindungswirkung für nachfolgende Entscheidungen wie bereits wörtlich zitiert ausgeführt, daß **die Auswirkungen, die das Projekt möglicherweise auf die Umwelt hat, im Verfahren zum Erlaß der Grundsatzentscheidung zu ermitteln und zu prüfen sind.**

16.2 Schutzgut Wasserhaushalt

Es kann zunächst dahin gestellt bleiben, ob die Auswirkungen des Vorhabens auf die im Abbaugbiet vorhandenen Fließgewässer und den Grundwasserhaushalt zutreffend in der Umweltverträglichkeitsstudie ermittelt bzw. prognostiziert worden sind. Bei Bewertung der Auswirkungen geht die Beklagte jedenfalls unzutreffend davon aus, daß durch sogenannte gegensteuernde Maßnahmen die Auswirkungen vermieden bzw. vermindert werden können. Im weiteren legt die Beklagte der Bewertung nur noch die verbleibenden Umweltauswirkungen zugrunde. Hierzu wird im Planfeststellungsbeschluß unter Punkt 2.2.1, Seite 77 festgestellt:

„Die Planfeststellungsbehörde geht nach entsprechender Prüfung davon aus, daß die von der Antragstellerin beabsichtigten gegensteuernden Maßnahmen realisiert werden können. Die Umsetzung der vorgeschlagenen und der Umweltverträglichkeitsstudie zugrundeliegenden gegensteuernden Maßnahmen ist nach Überzeugung der Planfeststellungsbehörde *technisch* möglich und somit Basis der Bewertung der – verbleibenden – Umweltauswirkungen für die bergrechtliche Planfeststellung.

.....

Die verbleibenden Auswirkungen bergen teilweise positives Entwicklungspotential und sind ansonsten – soweit sie erheblich sind – kompensierbar.“

Als gegensteuernde Maßnahmen sollen u.a. Grundwasserhaltungsmaßnahmen und Maßnahmen an den Fließgewässern nach der jeweiligen Vorzugsvariante durchgeführt werden. In der Begründung zum Planfeststellungsbeschluß unter Punkt 2.2.1, Seite 77 wird hierzu weiter ausgeführt:

„Zur Überwachung des ... zugelassenen Vorhabens ist es erforderlich, daß die Planfeststellungsbehörde sowie die Aufsichtsbehörde über Einleitung und Abschluß nachfolgender erforderlicher Zulassungsverfahren durch Vorlage der Zulassungsbescheide unterrichtet wird. Abbaumaßnahmen sind vor Umsetzung der nachfolgenden zu Grunde gelegten gegensteuernden Maßnahmen nur zulässig, soweit sie zu keinen Umweltauswirkungen führen, zu deren Vermeidung und Verminderung die vorherige Durchführung gegensteuernder Maßnahmen erforderlich ist. Sofern die erforderlichen gesonderten Zulassungen der gegensteuernden Maßnahmen von den dafür zuständigen Behörden entgegen der Erwartung der Planfeststellungsbehörde nicht erteilt werden, darf der davon betroffene Abbau nicht vorgenommen werden. Für diesen Fall trifft die Nebenbestimmung Nr. 1.3.2.5 die zur Anpassung der bergrechtlichen Zulassung erforderliche Regelung.“

Der Kläger wird im folgenden am Beispiel der beabsichtigten gegensteuernden Maßnahmen am Fließgewässer - Mommbach - aufzeigen, daß die Beklagte bei der Einschätzung der Realisierbarkeit der gegensteuernden Maßnahmen, der mit den Maßnahmen einhergehenden Auswirkungen auf die Schutzgüter des UVPG und der Prognose der verbleibenden Auswirkungen, von einer unhaltbaren Prognose ausgeht:

16.2.1 Situation des Mommbachs

Der Mommbach verläuft derzeit in einem verlandeten ehemaligen Rheinarm, er hat keine direkte Anbindung an den Rhein und wird durch den Deich in zwei Teilabschnitte geteilt:

- Mommbachunterlauf - außendeichs, im Rheinvorland vom Deich bis zur Mündung in den Rhein. Das Gewässer ist vor dem Deich stark eingetieft und von dichten Gehölzen zum Rhein hin abnehmend gesäumt. Im gesamten Bachabschnitt Rheinvorland gibt es keine regelmäßige Wasserführung (nur bei Rheinhochwasser).
- Mommbachoberlauf - binnendeichs, von Haus Voerde entspringend, im weiteren Verlauf als Langenhorster Leitgraben und schließlich als Mommbach bis vor den Deich. Im Hochwasserfall muß bei Bedarf das sich im Mommbach aufstauende Wasser über den Deich gepumpt werden (Hebeanlage Schloßstraße). Der Mommbachoberlauf ist kaum eingetieft und selten mit Gehölzen gesäumt (wenn, dann nur einseitige Kopfbäumreihen); nur kurz vor

dem Deich etwa parallel zum Birnbaumweg findet sich ein zunehmender Gehölzbewuchs bis hin zu einem beidseitig geschlossenen Bestand. Abschnittsweise ist der Mombbach kritisch belastet, z.T. finden sich Anzeichen starker Eutrophierung.

Eine Gewässergütebestimmung konnte laut den Rahmenbetriebsplanunterlagen aufgrund der nicht vorhandenen Wasserführung nicht durchgeführt werden (März 1996 trotz ergiebiger Regenfälle).

16.2.2 Abbaubedingte Auswirkungen

Die Bergsenkungen führen in der Mommniederung zu Verringerungen der Grundwasserflurabstände bis hin zu großflächigen Übersauungen. An allen Fließ- und Stillgewässern kommt es zu erheblichen Veränderungen der Fließgewässerrichtungen; insbesondere ist eine nachhaltige Veränderung der Vorflut aufgrund der Bergsenkungen prognostiziert. Bei zahlreichen Abschnitten der Fließgewässer wird die Durchgängigkeit unterbrochen (Fließgewässerumkehr).

Bei Rheinhochwasser (ungünstigster Zustand 32. Tag) ist in Teilabschnitten des Mombbachs aufgrund von geringmächtigen nach unten abdichtenden Auenlehmschichten mit einem Grundbruch der Lehmschicht zu rechnen, d.h. der Druck des ansteigenden Grundwassers führt zu einem Durchbruch der Schicht. Die Folge wäre die komplette und unkontrollierte Übersauung der gesamten Mommniederung - Bereich Hof Wurm-Götterswick und Wasserwerk bis Timmermannshof sowie beiderseits des Deichs. Lediglich Flächen nördlich des Ettwigshofs und Flächen westlich der Bahnlinie wären nicht überstaut.

Infolge des Grundwasseranstiegs und damit der Reduzierung der Grundwasserflurabstände kommt es zu einer Einschränkung der Filterfunktion der Böden. In dieser Situation wäre die Trinkwassergewinnung durch die Wassergewinnungswerke nicht mehr möglich.

16.3 Gegensteuernde Maßnahmen

Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen, die u.a. die dauerhaften Überflutungen und den nutzungsschädlichen Anstieg des Grundwassers entgegenwirken sollen, kommt es zu nachhaltigen und erheblichen Beeinträchtigungen der vorhandenen Fließgewässer (z.B. Vertiefungen, technische Verbauten, Bachpumpwerke). Insbesondere der Mombbach wird durch Unterbrechung der Fließgewässerdurchgängigkeit und den ökologisch kritischen und landschaftsraumuntypischen Ausbau erheblich und nachhaltig beeinträchtigt. Die vorgesehenen Maßnahmen zur Vorlandaufhöhung im Rheinvorland führen zum Verlust der heute noch relativ naturnah ausgebildeten Mündung in den Rhein. Die gegensteuernden Maßnahmen werden in der Machbarkeitsstudie Mombbach im Auftrag des Lippeverbandes, 2001 umfassend beschrieben:

Maßnahmen zur Grundwasserregelung

Ab 2004 (betriebsbereit)

- Polderanlage Wurm-Götterswick, Polderbrunnen „Die Miers“, Polderbrunnen „Rauhe Huck“, Objektschutzbrunnen WW Löhnen

Ab 2007 (betriebsbereit)

- Obere (km 3,8 – 4,85) und untere Grundwasserkontaktstrecke (km 2,2 – 2,6) Momm bach durch Sohlschlitzung gegen Grundbruch
- Vorflutpumpwerk Momm bach (20 m Hebung über Rheindeich) und Hebeanlage Kemperweg

-

Ab 2008 (betriebsbereit)

- Versickerungsanlage nördlich Langenhorster Leitgraben zur Verhinderung von Zustrom aus Einzugsgebiet WW Buchhotwelmen
- Grundwasseranreicherung „Stockum“ zur Verminderung Auswirkungen auf Feuchtgrünlandbestände am Momm bachoberlauf

Maßnahmen Vorflutregelung

- Ab Mitte 2004 (betriebsbereit bzw. Fertigstellung)
- Anpassung Hebeanlage Schloßstraße (aufgrund Polderanlagen) zeitweise bis Bachpumpwerk Momm bach (Hebung über Rheindeich) fertiggestellt
- Sohlräumung Momm bach km 2,4 bis 3,8

Ab Anfang 2007 (betriebsbereit bzw. Durchführung Sohlräumung)

- Hebeanlage Kemperweg
- Pumpwerk Momm bach bei Mehrum (km 2,2) - Hebung über Rheindeich und Wiedereinleitung in den Momm bachunterlauf im Rheinvorland
- Sohlanhebung mit Rücklaufstrecke km 1,85 – 2,2 nach Rückbau bereits heute vorhandener Hebeanlage Schloßstraße u. Hebeanlage Hükelenbrink

16.4 Auswirkungen der gegensteuernden Maßnahmen

Die gegensteuernden Maßnahmen führen ihrerseits zu erheblichen Auswirkungen auf die Oberflächengewässer und den Grundwasserhaushalt, auf Flora und Fauna. Im Erörterungstermin zum Rahmenbetriebsplan bestätigte sich, daß aufgrund der bergbaubedingten Senkungen bis zu 4 m tiefe Einschnitte des Bachlaufes in die Geländeoberfläche notwendig durchzuführen sein werden. Der Charakter des Bachlaufes geht – wie bereits unter dem Aspekt Auswirkungen auf die Landschaft dargestellt – vollständig verloren und erhält den Charakter eines naturfernen Gewässers. Alle in der Machbarkeitsstudie zum Momm bach vorgeschlagenen Maßnahmen wirken nachteilig auf das Naturschutzgebiet Momm niederung im Landschaftsplan des Kreis Wesel. Ohne diese gegensteuernden Maßnahmen würde die Niederung jedoch völlig überflutet. Es könnte weder der Schutz des Wasserwerks Löhnen erreicht noch die Gefahr eines Grundbruchs der Auelehmdecke abgewendet werden.

Die Auswirkungen der geplanten gegensteuernden Maßnahmen durch die Erhöhung der Grundwasserförderung um ca. 30 Mio m³/a im Jahr 2019 auf Gehölze werden in der Machbarkeitsstudie Momm bach als umweltverträglich dargestellt. Ein direkter Einfluß auf die Vitalität von Gehölzen wurde trotz ausführlicher Diskussion während des Erörterungstermins verneint.

Gegenteilige Erfahrungen liegen aus dem Großraum Hannover vor, wo umfangreiche wissenschaftliche Arbeiten einen Wirkungszusammenhang zwischen Vitalitätsverlust und Grundwassergewinnung feststellen. (z.B.: QUAST, J. G., 1982: Landschaftsökolo-

gisches Gutachten über die Beeinflussung des Landschaftshaushaltes im Raum Fuhrberg, Berkhof, Lindwedel, Elze durch die Grundwassernutzung. Beiträge zur Regionalen Entwicklungsplanung 5, BUSSE, U., DELUCCHI, F., KOSS, A., RAMSCH, J., SCHIRMER, K., STEFFEN, R., STILLE, F. & TORNEY, C., 1996: Die Landschaftsbildveränderung aufgrund der Trinkwasserentnahme im Fuhrberger Feld, unveröffentlichte Projektarbeit, Universität Hannover, Institut für Landschaftspflege und Naturschutz, Hannover). Auf der Internetseite http://www.land.uni-hannover.de/Fuhrberg/infos_fuhrberg.htm) wird u.a. ausgeführt:

"Einflüsse von Grundwasserentnahme und Entwässerung Die langfristige Grundwasserentnahme (Trinkwasser und Feldberegnung) hat zu einer Absenkung des Grundwasserspiegels und zur besagten Änderung der Fließrichtung des Grundwassers in Brunnennähe geführt (s. o.).

Die Beregnungen wurden z. T. erst infolge der Trinkwasserförderung erforderlich, um den Anbau von Feldfrüchten weiterhin zu gewährleisten (ARUM 1994: 54). Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, daß der natürliche Wasserhaushalt vieler beregneter Böden oft nur wenig für anspruchsvolle Kulturarten geeignet ist, das landwirtschaftliche Ertragspotenzial ist also oft gering. Andererseits ermöglicht die Grundwasserspiegelabsenkung nun Ackernutzung auf Flächen, die ehemals feuchte Grünlandstandorte waren (ebd.: 55).

Trockenschäden finden sich im Gebiet z. B. bei Bäumen (Eichen, Erlen) und an Feldhecken (ebd.: 54). Außerdem kommt es zum Trockenfallen von eigentlich ständig wasserführenden Fließgewässern (zeit- und abschnittsweise) und somit zu einer Veränderung des Fließgewässercharakters (ebd.: 55, LAMPRECHT 1993: 67). Die insgesamt stattgefundenen Landschaftsbildveränderungen sind dokumentiert von QUAST (1982) und BUSSE et al. (1996). Außerdem wurden infolge der Grundwasserabsenkung alle grundwasserbeeinflussten Böden gestört (LAMPRECHT 1993: 65).

...

Der Ausbau der Fließgewässer und das Anlegen von weitläufigen ober- und unterirdischen Entwässerungssystemen (Gräben, Dränagen) führte zu einer großflächigen Oberflächenentwässerung weiter Teile des Fuhrberger Feldes. Dieser Zustand wird bis heute durch entsprechende Unterhaltungsmaßnahmen aufrechterhalten (ARUM 1993: 58).

Es läßt sich also feststellen, daß Trinkwassergewinnung, Feldberegnung, Melioration und Gewässerausbau gravierende Eingriffe in den Gebietswasserhaushalt darstellen. Daraus resultieren ein beschleunigter

Wasserabfluß, eine geringere Grundwasserneubildungsrate und Absenkungstrichter im Bereich der Feldberechnungs- und Trinkwasserförderbrunnen (ebd.; LAMPRECHT 1993: 68)."

Die Beklagte geht bei der Bewertung der abbaubedingten Auswirkungen allein von der technischen Realisierbarkeit der gegensteuernden Maßnahmen aus, läßt die erheblichen Auswirkungen der gegensteuernden Maßnahmen auf die Schutzgüter jedoch außer Acht. Dies beruht entweder darauf, daß die erheblichen Auswirkungen der Grundwasserhaltungsmaßnahmen und Gewässerausbaumaßnahmen in der Machbarkeitsstudie des Lippeverbandes nicht ermittelt werden, oder, daß sie unzutreffend als umweltverträglich eingestuft werden. Der Kläger wird hierzu ggf. weiter vortragen.

Im Zeitpunkt der Zulassung des Rahmenbetriebsplans war bereits bekannt, daß sich die Anforderungen an die Bewirtschaftung des Wasserhaushaltes und folglich die Vorgaben für die Genehmigungsfähigkeit der beabsichtigten gegensteuernden Maßnahmen durch die im Dezember 2000 in Kraft getretene europäische Wasserrahmenrichtlinie ändern würden. Die sich daraus im Zuge der Realisierung der gegensteuernden Maßnahmen ergebenden Konflikte wurden ignoriert und statt dessen die „Machbarkeit“ der Maßnahmen propagiert. Im Planfeststellungsbeschluß wird hierzu unter Punkt 2.2.3.1, Seite 141 ausgeführt:

„Die Planfeststellungsbehörde geht nach ihrer Prüfung davon aus, daß diese Zulassungen erteilt werden können. Sollten die zuständigen Behörden die Erteilung der zur Verwirklichung des Vorhabens notwendigen Genehmigungen ablehnen, stellt die Nebenbestimmung Nr. 1.3.2.5. sicher, daß auch für das dann zu ändernde Vorhaben ein Rahmenbetriebsplan zugelassen wird.“

Inzwischen sind erste wasserwirtschaftliche Notmaßnahmen erforderlich geworden, weil der Abbau unter der Mommniederung im Bereich der Abbaufelder Dinslakener Graben Nord und Walsumer Horst/ Altfeld ab August 2004 stattfindet wird. Dabei handelt es sich um:

- Erstellung einer Anbindungsleitung aus dem Versickerungsteich WW Löhnen,
- teilweise Anpassung Hebeanlagen Schloßstraße (Rheindeichhebung) u. Hükelenbrink,
- temporäre Verlängerung vorhandener Rohrleitung Hükelenbrink (DIN 600) zum Ableiten des Polderwassers in den Mommbach,
- temporäre Rohrleitung im Teilbereich (ca. 450 m) des Mommbaches, in dem die Sohlräumung vorgesehen war.

Entgegen der Begründung zum Planfeststellungsbeschluß unter Punkt 2.2.1, Seite 77 und 2.2.3.1, Seite 141 ist der Abbau in diesem Bereich gerade nicht an die Zulassung der bereits jetzt erforderlichen gegensteuernden Maßnahmen und Vorlage der wasserrechtlichen Zulassungsbescheide gekoppelt. Dies ergibt sich aus den Nebenbestimmungen in 1.3.2.1 – Dinslakener Graben Nord - und 1.3.2.4 – Walsumer Horst/ Altfeld. Diese haben nur Versickerungsmaßnahmen im Bereich des Wasserwerks Löhnen und diese Deichertüchtigungsmaßnahmen zum Gegenstand. **Die nicht vollständige oder nicht fristgerechte Vorlage der behördlichen Zulassungen für die notwendigen Maßnahmen hat gerade nicht zur Folge, daß die Beigeladene - entsprechend der Nebenbestimmung 1.3.2.5 - einen „zulassungsfähigen Rahmenbetriebsplan ... auf-**

zustellen und einen Planfeststellungsantrag unverzüglich bei der Planfeststellungsbehörde, spätestens jedoch 12 Monate vor Erreichen der vorgenannten Abbaubereiche“ zu stellen hat.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Beklagte die Aussage über die Umweltverträglichkeit der abbaubedingten Umweltauswirkungen überhaupt nur unter Hinzuziehung gegensteuernder Maßnahmen treffen kann. Dabei werden jedoch die mit den gegensteuernden Maßnahmen einhergehenden erheblichen Auswirkungen nicht darstellt bzw. unzutreffend bewertet und die sich im Zeitpunkt der Zulassung des Rahmenbetriebsplans absehbare mangelnde Genehmigungsfähigkeit ignoriert. Die wasserrechtliche Zulassung der gegensteuernden Maßnahmen wurde – nach der Logik der Beklagten folgerichtig – nicht zur Bedingung für das Voranschreiten des Abbaubetriebes gemacht. Dem Versinken der Mommniederung in einem Bergsenkungssee wird letztlich mit Notmaßnahmen „entgegengesteuert“.

16.5 Mangelhafte Berücksichtigung der Gefährdung der Schutzgüter durch Hochwasserrisiken

Der Rahmenbetriebsplan hat die sich aus der Vergrößerung der Hochwasserrisiken ergebenden Folgen weder entsprechend den Vorgaben des UVPG ermittelt noch beschrieben oder bewertet. Es wurde bezüglich der drastischen Erhöhung der Hochwasserrisiken durch den zugelassenen Rahmenbetriebsplan für das Bergwerk Walsum zwar in dem Rahmenbetriebsplanverfahren ein Gutachten des Instituts für Wasserbau der RWTH Aachen eingeholt. Dieses stellt auch die sich durch die bergbaubedingten Geländeabsenkungen ergebenden Veränderungen der Überfutungshöhen im Deichhinterland im Falle eines Deichbruches dar. Wie viele Einwohner hiervon betroffen werden, wurde jedoch nicht ermittelt. Die sich durch bergbauliche Einwirkungen auf die Deiche ergebenden Risikoerhöhungen, die zu erheblichen Auswirkungen für die Schutzgüter Mensch, Tiere und Pflanzen führen können, wurden ebenfalls in der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht betrachtet.

In der Beschreibung der Umweltauswirkungen des Vorhabens wird auf Seite 55 des Planfeststellungsbeschlusses unter Punkt 2.1.4.1.3.6.3 "Deiche" bezüglich der Bewertung der Umweltauswirkungen nur lapidar ausgeführt:

"Die prognostizierten Bergsenkungen wirken sich auch unmittelbar auf die Deiche im Senkungsbereich aus. Im Senkungsbereich liegen die Deiche zwischen Duisburg-Walsum und Voerde-Spellen. Der Senkungsbereich erstreckt sich zwischen (Rhein) Stromkilometer 792,0 und Stromkilometer 808,1. Zur Überprüfung der senkungsbedingten Auswirkungen auf die Deiche hat das Ingenieurbüro R. A. Patt GmbH die Deichkronen mit Bezugspunkt September 1997 um das bis 2019 prognostizierte jeweilige Senkungsmaß reduziert und so die theoretische Deichhöhe nach Senkungen ermittelt - Anlage 18.1 des Rahmenbetriebsplans. Die Differenz zwischen der Deichkrone, Stand 1997, und der theoretischen Deichhöhe nach Senkungen 2019 ergab das bergbauinduzierte erforderliche Aufhöhungsmaß."

Auf Seite 54 des Planfeststellungsbeschlusses wird unter Punkt 2.1.4.1.3.6.2 bezüglich "potentielle Überfutationsflächen" weiterhin folgende Beschreibung der Umweltauswirkungen vorgenommen:

"Mit Stand vom 31.12.1999 führt das BHW 77 (bei dem BHW handelt es sich um das für die Bemessung der Deichhöhen zugrundegelegte Hochwasserereignis) linksrheinisch zu einer Überflutung von maximal 14 Metern im Binsheimer Feld. Rechtsrheinisch wird der maximale Wasserstand von 14 Metern im Bereich der Ortschaft Altenrade an der kleinen Emscher erreicht. ...

Linksrheinisch nimmt die überflutete Fläche um 0,09 % zu, bei einem Wasservolumenanstieg von 5,05 %. Rechtsrheinisch nimmt die Überflutungsfläche um 18,74 % zu bei einem Volumenanstieg von 51,93 % zu."

Außer diesen weitestgehend theoretischen Ausführungen bezüglich der Beschreibungen der Auswirkungen finden sich mit Bezug auf den Hochwasserschutz in dem Rahmenbetriebsplan keine weiteren Feststellungen. Um aber überhaupt eine sachgemäße Bewertung der Umweltauswirkungen des Vorhabens, insbesondere bezüglich der geschaffenen Gefahren für die Bevölkerung, vornehmen zu können, wäre es erforderlich gewesen, die Auswirkungen wesentlich genauer zu ermitteln. Die sich aus der Vergrößerung der Überflutungsrisiken ergebenden Gefahren können keinesfalls dadurch zutreffend beschrieben werden, daß lediglich die Vergrößerung des Überflutungsvolumens und die Veränderung der maximalen Überflutungshöhen betrachtet werden. Insoweit nimmt die Internationale Kommission zum Schutz des Rheines folgende Klassifizierungen der Hochwasserrisiken vor:

"Geringe Überschwemmungstiefen: Hierzu zählen Wassertiefen bis zu 0,5 m. Bei diesen Tiefen besteht kaum eine Gefährdung von Menschenleben. Die Maßnahmen zum Schutz können zumeist mit einfachen Mitteln ergriffen werden.

Mittlere Überschwemmungstiefen: Hierzu zählen Wassertiefen zwischen 0,5 m und 2 m. Bei diesen Tiefen kann das Wasser ohne besondere Vorkehrungen nicht mehr vom Eindringen in Gebäude abgehalten werden. **Personen außerhalb von Gebäuden geraten in Lebensgefahr.**

Große Überschwemmungstiefen: Hierzu zählen alle Wassertiefen über 2 m. Bei diesen Tiefen besteht auch in Gebäuden Lebensgefahr, wenn keine Fluchtwege, z.B. in höhergelegene Stockwerke, existieren. Je höher das Wasser steht, um so weniger Fluchtmöglichkeiten bleiben den Bewohnern eines Hauses. **Ein eingeschossiger Bungalow bietet seinen Bewohnern schon bei Wassertiefen von 2,5 m keinerlei Schutz mehr, die Bewohner eines zweigeschossigen Wohnhauses sind bei Wassertiefen von ca. 5 m auch innerhalb des Hauses in Lebensgefahr."**

Die Fließgeschwindigkeit wurde durch die IKSr wie folgt klassifiziert:

"Schwache Fließgeschwindigkeiten 0,5 m³/sek.

Mittlere Fließgeschwindigkeiten: 0,5 bis 2,0 m³/sk: **Bei dieser Intensität sind Personen außerhalb von Gebäuden stark gefährdet.**

Starke Fließgeschwindigkeit: Über 2 m³/sek.: Durch den Strömungsdruck können Gebäude einstürzen. Personen sind auch innerhalb von Gebäuden stark gefährdet. **Diese Intensitäten treten z.B. bei Deichbrüche auf."**

Die entsprechenden Risiken wurden in der Umweltverträglichkeitsstudie nicht ermittelt. Allein dies bedeutet - insbesondere angesichts des Gewichts, das dem Schutz von Leib und Leben der Bevölkerung sowie dem Schutz der Natur in dem entsprechenden Bereich zukommt - daß der Planfeststellungsbeschluß, da ohne weiteres die Möglichkeit besteht, daß bei zutreffender Ermittlung das Vorhaben abgelehnt worden wäre, einem zwingenden Aufhebungsgrund unterliegt.

Die Beklagte begründet die Nichtbetrachtung der entsprechenden Risiken im Planfeststellungsbeschluß unter Punkt 2.2.1.9, Seite 135 wie folgt:

"Die senkungsbedingt eintretende Erweiterung potentieller Überfutuungsflächen im Hochwasserfall stellt ebenfalls keinen Gemeinschaden dar. Die Planfeststellungsbehörde verkennt nicht, daß mit den abbaubedingten Senkungen der Bereich der potentiellen Überfutuungsflächen vergrößert wird. Die Einzelheiten sind im Überfutuungsdifferenzplan der RWTH Aachen dargestellt. Unabhängig von der Größe der potentiellen Überfutuungsfläche ist jedoch maßgeblich, daß der Fall, in dem die Überfutuungsflächen überhaupt Relevanz entwickeln, nämlich der das für die Auslegung der Deiche maßgebliche Bemessungshochwasser übersteigende Hochwasserfall, ein Restrisikoereignis darstellt, welches nicht zu unterstellen ist. Die Rheindeiche sind gegen das Bemessungshochwasser entsprechend den Vorgaben der Bezirksregierung Düsseldorf ausgelegt und auch zukünftig auszulegen; die Rheindeiche gewährleisten damit Hochwasserschutz gegen ein fünfhundertjähriges Ereignis. Dieser Schutz wird bergbaubedingt nicht verändert oder gar reduziert. Das Hochwasserrisiko bleibt Restrisiko."

Die entsprechenden Ausführungen sind fachlich unrichtig und sollen offenkundig über die immense Risikovergrößerung und die durch die bergbaulichen Einwirkungen auf die Deiche sowie die Geländeabsenkungen im Deichhinterland eintretenden erheblichen Gefahren für die Natur und die Bevölkerung hinwegtäuschen. Zur Aufklärung der sich aus den bergbaulichen Einwirkungen auf die Deiche und den Geländeabsenkungen ergebenden Risiken wurden mehrere Sachverständigengutachten eines renommierten Deichbauexperten, und zwar des Universitätsprofessors Dr. Ing. H. Schulz vom Institut für Bodenmechanik und Grundbau der Universität der Bundeswehr in München, eingeholt. Dieser war zuvor auch bereits im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit für die Bundeswasserstraßenverwaltung dienstlich mit der Beurteilung von Deichsicherheitsfragen befaßt und verfügt auf diesem Gebiet über eine umfassende Erfahrung. Prof. Dr. Schulz hat im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Abbaus durch das Bergwerk Walsum mehrere Gutachten im Auftrag der Bürgerinitiative Bergbaubetroffener und auch der Stadt Voerde erstellt. In dem ersten Gutachten vom 17.07.2002, welches sich mit der

"Standsicherheit der Rheindeiche nach der bergsenkungsbedingten Aufhöhung" befaßt, ist er auf der Seite 71 unter dem Punkt "17 Zusammenfassung" zu folgender Aussage gelangt:

"Der mit dem Planfeststellungsbeschluß der Bezirksregierung Arnsberg zugelassene Kohleabbau unter dem Rhein wird zu Deichhöhen von bis zu 15 Metern führen. Übliche Deichhöhen liegen bei 4 bis 5 Metern. Am Niederrhein liegen Erfahrungen mit Deichen bis 10 Meter Höhe vor. **Bei einer Erhöhung der Deiche auf das Dreifache des bewährten Maßes nimmt die Wirkung des Wasserdruckes um das rund 10-fache zu.**" (Hervorhebungen vom Unterzeichner)

Bereits diese Aussage belegt, daß allein durch die bergbaulichen Einwirkungen auf die Deiche eine enorme **Risikovergrößerung** geschaffen wird. Das Gutachten wird als

Anlage K 19

beigefügt.

Bezüglich der dem Rahmenbetriebsplan für das Bergwerk Walsum zugrundeliegenden Sachverständigengutachten zur Machbarkeit der Deichaufhöhung kommt Prof. Dr. Schulz in dem genannten Gutachten zu folgender Einschätzung:

"Eine Risikoeinschätzung bzw. eine Abschätzung über die Vergrößerung des Risikos infolge eines Deichbruchs nach erfolgtem Kohleabbau für das hinter den Deichen liegende Land ist in den vorgelegten Unterlagen über die Machbarkeit nicht enthalten. Es muß im Gegenteil damit gerechnet werden, daß es bei weiterer Absenkung des Geländes verstärkt auftritt. Aus der Aktenlage und den Beobachtungen von Anwohnern geht hervor, daß bereits in der Vergangenheit zahlreiche Sickerstellen aufgetreten sind."

Durch die höheren Wasserdrücke ergibt sich in der Konsequenz eine wesentliche Erhöhung des Risikos, daß es zu einem Deichbruch kommt. Ein ganz wesentlicher Versagensmechanismus bei einem Deich ist die sog. rückschreitende Erosion. Dies bedeutet, daß es, aufgrund des unter dem Deich hindurchwirkenden Wasserdruckes zum Austrag von Bodenteilchen durch aus dem Boden austretendes Sickerwasser kommt. Dabei bildet sich eine Röhre im Boden, die durch den fortschreitenden Austrag von Bodenteilchen entgegen der Fließrichtung des Wassers verlängert wird. In der Konsequenz kann es dann zu einem Erosionsgrundbruch (siehe DIN 19 702) kommen, wenn von der landseitigen Böschung des Deiches durch Austreten von Sickerwasser Bodenteilchen ausgeschwemmt werden. Der entsprechende Vorgang führt bei anhaltender Durchströmung mit gleichzeitiger Erosion sehr schnell zu einem Deichbruch (siehe zu den Begriffen das Sachverständigengutachten von Prof. Dr. Schulz vom 17.07.2002 Glossar, S. 77 ff (Anlage K 19).

Bezüglich der Wahrscheinlichkeit eines Deichbruches aufgrund einer rückschreitenden Erosion ist Prof. Dr. Schulz weiterhin in seinem Gutachten zu folgendem Ergebnis gelangt:

"Eine einheitliche, insbesondere durchgehende Schicht des Auelehms, wie sie in der Machbarkeitsstudie (U 2 und U 3) den Nachweisen zugrundegelegt wurde, ist weder in der Mächtigkeit noch in der Zusammensetzung im gesamten Bereich der Deiche und der Vorländer zu erwarten. Daraus folgt, daß bei mit der Absenkung zunehmenden Einstauhöhen gegenüber heute zahlreiche zusätzliche Wasseraustritte mit der Gefahr der rückschreitenden Erosion (siehe Glossar) zu erwarten sind. Diese müssen im Hochwasserfall jeweils umgehend gesichert werden, was die Intensität der Deichbeobachtung und Deichverteidigung im Hochwasserfall gegenüber dem derzeitigen Zustand erhöht und die Gefahr von Deichbrüchen vergrößert (Abschnitt 5 in Verbindung mit Abschnitt 10.7.3 und 10.7.4)." (S. 73 des Gutachtens vom 17.07.2002)

Darüber hinaus werden durch die bergbaulichen Einwirkungen auf die Deiche, die durch den Rahmenbetriebsplan für das Bergwerk Walsum zugelassen werden, eine Vielzahl weiterer Gefahren mit gravierenden Konsequenzen für die durch die Deiche geschützte Natur sowie die Bevölkerung geschaffen. Es soll hier nicht auf sämtliche Versagensmechanismen für Deiche, deren Eintrittswahrscheinlichkeit durch die bergbaulichen Einwirkungen auf die Deiche wesentlich erhöht wird, eingegangen werden. Insofern kann auf die Ausführungen in dem Gutachten verwiesen werden. Es soll in diesem Zusammenhang wohl aber auf die Risiken durch zukünftig vermehrt zu erwartende Hochwasserereignisse des Rheins sowie auf die Gefahren, die durch Rißbildungen für die Deiche entstehen, eingegangen werden. Diesbezüglich führt Prof. Dr. Schulz in der Zusammenfassung seines Gutachtens folgendes aus:

"Die Veränderungen der Häufigkeiten und Maximalwerte der Rheinwasserstände infolge klimatischer Veränderungen bis zum Jahr 2019 und danach ist nicht berücksichtigt worden. Es wird in Zukunft mit niederschlagsreicheren Jahren zu rechnen sein als bisher, so daß diese Entwicklung bei der Festlegung des Bemessungshochwassers und damit der Deichhöhen berücksichtigt werden muß (Abschnitt 7 und Anlage 7.2).

Beim heutigen Abbaubetrieb ist das Entstehen von Erdstufen und klaffenden Rissen viel wahrscheinlicher geworden als es früher war, eine Prognose des räumlichen Auftretens oder des Verwurfmaßes ist nicht möglich (Planfeststellungsbeschuß Abschnitt 2.2.6.2.4, Seite 173, 174). In der Machbarkeitsstudie (U 4) werden nur relativ feine Risse bis maximal einige Zentimeter Breite, nicht aber Spalten bzw. Versätze mit Breiten- wie Höhenunterschieden im Dezimeterbereich, wie sie beispielsweise beim Löhnenriß im Sommer 2001 aufgetreten sind, untersucht. Es ist nicht nachgewiesen, daß beim Auftreten solcher Spalten in den Deichen, insbesondere wenn sie aus Waschbergematerial bestehen, die im Planfeststellungsbeschuß der Bezirksregierung Arnsberg vorgesehenen Zerrungssicherungselemente (Abschnitt 1.4.2, Seite 25) wirksam werden können. Nach der entsprechenden Passage im Planfeststellungs-

beschluß liegt ohnehin keine verpflichtende Anordnung der Überwachungsbehörde vor, sondern allenfalls eine Empfehlung an den Bergbaubetrieb, sie einzubauen (Abschnitt 1.4.2 des Planfeststellungsbeschlusses)."

In einem weiteren als

Anlage K 20

beifügten Gutachten, hat sich Prof. Dr. Schulz eingehend mit den "Auswirkungen bergbaubedingter Zerrungen und Unstetigkeiten auf die Deichsicherheit sowie zur Anwendbarkeit einschlägiger technischer Normen in bezug auf den Rahmenbetriebsplan Walsum bis 2019" befaßt. Dieses Gutachten wurde unter dem 28.03.2003 - angesichts einer Vielzahl von Rissen, die im Deichbereich durch den Abbau des Bergwerk Walsums nach Zulassung des Rahmenbetriebsplans für das Bergwerk Walsum verursacht wurden - durch die Stadt Voerde in Auftrag gegeben. Prof. Dr. Schulz gelangt in der Zusammenfassung zu diesem Gutachten auf Seite 19 zu folgendem Ergebnis:

"Für einen berechneten Fall konnte unter plausiblen Annahmen über die Bodeneigenschaften exemplarisch gezeigt werden, daß bei Zerrungen von 2 mm/m Zugrisse an der Oberfläche auftreten und bis in Tiefen von knapp 30 Metern unter der Oberfläche die Scherfestigkeit des Bodens überschritten wird und daher Scherzonen bzw. Scherfugen, abhängig im wesentlichen vom Verformungsverhalten des Bodens (duktile oder spröde) entstehen."

In einem weiteren als

Anlage K 21

beigefügten Gutachten für die Stadt Voerde vom 17.07.2003, ist Prof. Dr. Schulz dann, bezüglich der Risse, die im Deich in Voerde-Mehrum bei Rheinkilometer 804,6 durch den Abbau des Bergwerks Walsum am 30.06.2003 entstanden sind, zu folgendem Ergebnis gelangt:

"Dies zeigt, daß der Deich bei Mehrum nicht sicher gegen einen Erosionsgrundbruch ist, wenn bergbaubedingte Zerrungen zu Rissen in den Vorländern führen. **Würde im engen zeitlichen Zusammenhang mit dem Auftreten derartiger Risse ein Hochwasser auflaufen, wäre ein sehr schnelles Versagen des Deiches nicht auszuschließen, jedenfalls müßten sehr günstige Umstände dazu beitragen, daß ein Deichbruch nicht eintreten kann.**" (Hervorhebungen vom Unterzeichner)

Damit ist festzuhalten, daß es sich bei der Behauptung, die Gefahr eines Deichbruchs durch bergbauliche Einwirkungen, der zu einer Überflutung des Deichhinterlandes führen würde, um ein Restrisiko handelt, wie sie in dem Planfeststellungsbeschluß für den Rahmenbetriebsplan des Bergwerks Walsum aufgestellt wurde, um eine wissenschaftlich nicht vertretbare Einschätzung handelt. Vielmehr werden durch die direkten berg-

baulichen Einwirkungen auf die Deiche eine Vielzahl von Risiken geschaffen, die die Gefahr eines Deichbruches bei einem Hochwasserereignis ganz wesentlich erhöhen. Von einem unabwendbaren und hinzunehmenden Restrisiko kann allein schon deshalb nicht ausgegangen werden, weil eine Vielzahl technischer Maßnahmen zur Ertüchtigung der Deiche zur Verfügung stehen (Verstärkung der Deichböschung, Einbau von Zerrungssicherungselementen, Einbau eines Geotextils zur Beherrschung der Rißgefahren und der Gefahr einer Durchströmung des Deiches mit der Konsequenz eines nachfolgenden Deichversagens aufgrund von Materialaustrag u.s.w.), die das Risiko eines bergbaubedingten Deichversagens vermindern könnten.

Wie sich bereits aus den zitierten Aussagen der IKSR zu den Risiken bei einem Deichbruch und bei Hochwasserereignissen ergibt, hätte selbstverständlich auch betrachtet werden müssen, welche Veränderungen sich bezüglich der Hochwasserrisiken durch eine Absenkung des Deichhinterlandes ergeben. Es befinden sich eine Vielzahl von Ortsteilen in unmittelbarer Deichnähe. Dies betrifft z.B. die Ortsteile Duisburg-Walsum, Dinslaken "Am Stapp", Voerde-Götterswickerhamm, Voerde-Mehrum und Voerde-Ork. Die Risikoerhöhung, die sich allein aus einer Vergrößerung der Strömungsgeschwindigkeit bei einem Deichbruch aufgrund der Absenkung des Deichhinterlandes durch den Bergbau ergibt, hätte zwingend betrachtet werden müssen. Nach den Aussagen von Herrn Bosch, der bei der Bezirksregierung Düsseldorf für den Katastrophenschutz zuständig ist, kommt es für Gebäude in Deichnähe bei einem Deichbruch zu deren vollständigen Zerstörung. Gleiches gilt für die Risikoerhöhung, die sich durch die Erhöhung der Überfutungshöhen im Deichhinterland ergibt.

In diesem Zusammenhang ist nochmals darauf hinzuweisen, daß der Stadtkern von Voerde bisher unter Zugrundelegung des für das BHW 1977 maßgeblichen Hochwasserereignisses hochwasserfrei liegt. Nach dem Eintritt der bergbaulichen Senkungen werden sich Hochwasserhöhen bis zu 3,5 Metern ergeben. Damit entstehen bei einem Deichbruch für die Wohnbevölkerung, Lebensgefahren.

Für den Bereich der Ortslage Voerde-Mehrum, die bisher ebenfalls weitestgehend hochwasserfrei lag, wird sich ergeben, daß nach Eintritt der bergbaubedingten Senkungen Überfutungshöhen bis zu 5 Metern zu erwarten sind. Damit bestehen dann noch nicht einmal mehr innerhalb eines Gebäudes Rettungsmöglichkeiten. Gleiche Auswirkungen ergeben sich für eine Vielzahl weiterer Ortsteile.

Völlig mißachtet werden die Auswirkungen auf den Naturhaushalt bei einem Deichbruch. Wären bei Vorliegen natürlicher Verhältnisse die Überfutungen der Aue bei Rheinhochwässern als ein „normaler“ Vorgang im Naturhaushalt zu bewerten, trifft dies auf die Verhältnisse nach Eintreten der Bergsenkungen nicht mehr zu. Die gesamte Mommniederung würde bereits ohne gegensteuernde Maßnahmen durch den Grundwasseranstieg überflutet. Um so gravierender sind die Auswirkungen auf den Naturhaushalt bei einer Überfutung infolge Deichbruchs. U.a. aufgrund der nebeneinander liegenden Senkungströge kann das Wasser nicht mehr abfließen und würde monatelang stehen bleiben. Die entsprechenden Auswirkungen auf den Naturhaushalt wären irreparabel (u.a. Absterben fast der gesamten Vegetation, Verlust der terrestrischen Lebensräume etc.). Die gesamte Mommniederung mit der derzeitigen Bedeutung für den Naturhaushalt ginge vollständig verloren.

Die aufgezeigten Risiken hätten nach den gesetzlichen Vorgaben im Rahmen der Umweltverträglichkeitsstudie ermittelt und beschrieben, in der Umweltverträglichkeitsprüfung durch die Beklagte bewertet und bei der Zulassung des Rahmenbetriebsplans berücksichtigt werden müssen.

17. Hilfsanträge

Die Begründung für die Hilfsanträge ergibt sich aus den bereits im Rahmen der vorstehenden Klagebegründung erfolgten Ausführungen, insbesondere zur Notwendigkeit der Festlegung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf der Ebene der Planfeststellung sowie der Verpflichtung zur Berücksichtigung von Summationseffekten, der Wahrung des Zusammenhangs der Natura 2000 Gebiete und den Vorgaben für den Gewässerschutz (einschließlich des Grundwassers).

Nach alledem ist der Planfeststellungsbeschluß aufzuheben.

Dr. Chr. Tünnesen-Harmes
Rechtsanwalt und
Fachanwalt für Verwaltungsrecht